

ED 718-26-1

Band 26: Materialien anderer Friedensorganisationen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 7842/90	Best. ED 718/26
Rep. Baum	Kat.

Liebe Freunde,
anliegendes Rundschreiben versende ich
auf besonderen Wunsch von Herrn Hertling.
Ich möchte aber daraufhinweisen, daß der
aufgeführte Betrag von 100,-DM monatl.f.
die Dokumentationsabteilung nicht den
Tatsachen entspricht. Die Summe ist mit
Absicht genannt, um gegenüber den zu ge-
winnenden Geldgebern ein besseres Argu-
ment zu haben. Herr Hertling ist bemüht,
die Bibliothek der DFG weiter auszubauen.
Zur Mithilfe habe ich mich hierfür bereit-
erklärt. Mit frdl. Grüßen gez. K.-H. Stahnke

17. IX. 60

19/9 7:

ED 718-26-2



Bitte um gelegentliche Rücksprache

19/ii.60 7:

Wann
Verbindung mit
Stafube in
Herbling wegen
unserer Bücheres
aufnehmen?
Bitte um gelegentliche Rücksprache

An den Bundesvorstand, das Kuratorium, die Landesverbände
und die Ortsgruppen der DFG sowie an die Vorstände
der der ADF angeschlossenen Vereinigungen

mit der Bitte um Kenntnis- und Stellungnahme sowie um Nutzung der
Ausführungen vor und nach dem Bielefelder Bundestag (30.9. - 2.10.60)

- 1.) Die Beilagen Ia u.b sowie II betreffen ein Thema, welches auf dem Bielefelder Bundestag eine entscheidende Rolle spielen sollte. Wir müssen uns m.E. entscheiden, ob wir uns mit der Unzulänglichkeit unserer pazifistischen Bemühungen abfinden und so auch unser Verhältnis zum Weltfriedensrat mehr oder weniger Tageseingebungen einiger eifrig um Kontakt bemühter Freunde überlassen, es also nicht bewusst nach bundesöffentlicher Aussprache und in Übereinstimmung mit der ADF in unsere friedenspolitischen Absichten einordnen oder ob wir den Weg eines wohldurchdachten ganzheitlichen Pazifismus gehen und durch Beachtung der Mentalität der unser Leben in Europa gefährdenden grossen Gegner unserer Arbeit bessere Erfolgsaussichten sichern wollen.
- 2.) Kurze Zusammenfassung der Gedankenfolge zum Thema: Aufgaben der Friedensverbände, Weltfriedensrat, parlamentarische Arbeit und Friedensakademie.
- / Der "Schliesskrieg" als letzte Stufe des Gesamtphänomens Krieg ^{ist} nur zu bannen, wenn man die vier vorausgehenden Entwicklungsstadien systematisch abbaut.
 - / Ohne die richtige, wissenschaftlich fundierte, ethisch-religiöse, pädagogische, psychologische und wirtschaftliche Befriedigungsarbeit kann es zu keinem echten politischen, also auch zu keinem wirklichen militärischen Frieden kommen.
 - / Das politische Ziel der Abrüstung und der gleichzeitigen Aufrichtung einer Weltautorität verlangt politische Mittel, welche in wissenschaftlich durchdachter Weise von den anderen vier Grundbemühungen gestützt werden müssen.
 - / Friedenspolitische Arbeit leisten heisst heute vor allem, den wirtschaftlichen und politischen Machtkämpfen Rechnung tragen. Das fordert energische, konsequente Ausbildung und Einflußnahme einer genügenden Zahl charaktervoller Fachleute der Friedensarbeit.
 - / Alle Friedensverbände haben sich in der Richtung der Ganzheit und der stärkeren Betonung der politischen Arbeit entwickelt; aber ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur Zusammenarbeit ist noch gering. Versöhnungsbund und Woman sind darin m.E. gut. Letztere gibt das Problem der Kooperation verschieden entschiedener Gruppen auf.
 - / Die durch die Parteien (FDP, SPD, GVP) und in ausserparlamentarischen Aktionen versuchte friedenspolitische Einflussnahme schlug fehl.
 - / Die Bedeutung der Wirtschaftsformen für Krieg und Frieden blieb noch ununtersucht; auch die Fragen des klein- und grossräumigen Föderalismus sollten planmässig bearbeitet werden.
 - / Persönliche Verpflichtung zur Kriegsdienstverweigerung, Aufbau einer Friedenslegion von Freiwilligen der gewaltlosen Selbsthilfe und Besetzung von Schlüsselpositionen gehören zusammen.
 - / Weltfriedensdienst der übernationalen Werklagerverbände ist für persönliche sozial- und friedenspädagogische Ausbildung wie für Entwicklung des politischen Ethos der gegenseitigen Hilfe der westlichen und der Entwicklungsländer gleich wichtig. Austauschbestrebungen aller Art wie Friedenspädagogik in der Schule gleichfalls mehr zu fördern.
 - / Plan der Übernationalen Friedensakademie mit der Idee von Kraschutzki betr. Gründung eines Instituts für Nachrichtenprüfung ("Wahrheitsinstitut") zu verbinden.
 - / Nur öffentlich zu kontrollierende, wissenschaftlich vorurteilslose Beratungen und Forschungen auf der Grundlage einer derartigen Friedensakademie können die gefährlichen Differenzen überwinden.

Rücksichtnahme auf die verschiedenen Mentalitäten beider Gegner, wie sie in der Friedensakademie wortlos geübt wird, ist die Voraussetzung zum Zusammenführen der Gegner.

3.) Anträge der Landesgruppe Hamburg

- 1) Die DFG möge gemeinsam mit den anderen Verbänden der ADF und gleichgerichteten Gruppen die Initiative ergreifen zur Schaffung einer Übernationalen Friedensakademie als eines unabhängigen wissenschaftlichen Forums für ganzheitliche Friedenspolitik. Um der besonderen Aufgabe der Überwindung der Ost-West-Feindschaft dienen zu können, soll der pazifistische Charakter durch eine 2/3 Mehrheit im Kuratorium gesichert werden und sollen östliche und westliche nichtpazifistische Kriegsgegner und Abrüstungsfreunde stets zu gleichen Teilen Einfluss haben. In einem vorbereitenden Dreierausschuss soll der Bundesvorstand, das Kuratorium und ein Gruppenvorstand vertreten sein. Für die Gründungsarbeiten ist eine angemessene Summe für Unkosten zu bewilligen. Der Ausschuss hat jährlich auf dem Bundestag zu berichten.
- 2) Die DFG anerkennt die Grundtendenz der Grundsatzerklärung des ADF-Vorstandes zur Frage des Verhältnisses von Weltfriedensrat und Westdeutschen Friedensverbänden. Sie hält es nicht nur für möglich, sondern für notwendig, mit dem Weltfriedensrat Beratungen zu pflegen. Doch sollen diese bis auf weiteres nur im Rahmen der Gründungsgesellschaft und der konstituierten Friedensakademie oder von Vertretern der ADF stattfinden. Deren Gesprächsabsicht und der Charakter und die Arbeitsmethoden der Akademie sind der Presse bekanntzugeben. Die DFG bittet alle Mitglieder der Verbände, bei persönlichen Gesprächen den privaten Charakter ihrer Äusserungen zu betonen, auf eine eventuelle Pressereaktion zu achten und ihrem Vorstand von ihren Erfahrungen zu berichten.
- 3) Anträge Hertling
Der Bundesvorstand möge die ADF-Verbände anregen, in allen Ländern und grösseren Städten überbündische Arbeitsgemeinschaften für pazifistische Partei- und Gewerkschaftsarbeit zu bilden. Es müsste auf Bundesebene eine Verbindungs- und Informationsstelle eingerichtet werden.
- 4) Der Bundesvorstand möge die pazifistische Bildungsarbeit auf zweierlei Weise unterstützen:
 - a) durch Empfehlung oder Einrichtung von Kursen im "Freundschaftsheim Bückeberg"
 - b) durch Mithilfe beim Aufbau einer pazifistischen Zentralbücherei und einer Dokumentationsabteilung als Grundstock der Friedensbücherei der Akademie. (Der VK-Vorstand unterstützt seine von K.-H. Stahnke vorbildlich entwickelte Dokumentationsabteilung mtl. mit etwa 100 DM!)

4.) Bemerkungen zu a) dem ADF-Entwurf
b) dem Aufsatz Prof. Rauhut
c) dem Vorschlag Kraschutzki

- zu a) Unser Antrag 2) besagt, daß wir die Ausführungen in ihrer Tendenz bejahen. Es scheint uns nur, daß der dritte die Beziehungen bestimmende Satz mit der allgemeinen Forderung von Vollmachten ungenügende Sicherheit gibt. Die Einbeziehung in die Arbeit der Übernationalen Friedensakademie verbessert m.E. den Vorschlag.
- b) Interessant ist die Übereinstimmung in den Grundforderungen. Durch die vorgeschlagene Gipfelkonferenz könnte die Fr.Ak. einen guten Start gewinnen.
- c) Glücklicherweise über die Unterstützung, bitte ich nur den Namen "Wahrheitsinstitut" kritisieren zu dürfen. Schon Lessing begnügte sich damit, nach der Wahrheit zu forschen. Vielleicht kann uns unser Mitglied Sänger aus seiner dpa-Praxis helfen, die technischen Möglichkeiten einer Nachrichtenprüfung zu beurteilen.

Betr. Beilage II bedaure ich, eine ganze Reihe wichtiger Punkte nicht ausführen zu können, vor allem auch die Frage der befreundeten Verbände. H.H.

Anlage la zum Schriftsatz
der Landesgruppe Hamburg
"Zum Bundestag der D.F.G.
in Bielefeld (30.9.-2.10.60)

ED 718-26-4

A b s c h r i f t

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände.

Pfarrer Gerold Jaspers

Dortmund, d.22.Juli 1960

Friedensstr. 8

Ruf 22520

An die Vorstände der Verbände der ADF

Anliegend erhalten Sie den Entwurf einer Grundsatzerklärung der ADF
"Der Weltfriedensrat und die Westdeutschen Friedensverbände".

Diese Erklärung, die unter Mitwirkung der Herren: Prof. Dr.N.Koch,
Dr. Michaltscheff, Dr. Katz, und vor allem OKR Kloppenburg ihre
jetzige Fassung gefunden hat, ist für folgende Zwecke gedacht:

- 1) Sie soll das Verhältnis zwischen den Verbänden der ADF einerseits
und dem Weltfriedensrat mit seinen Komitees andererseits klären
und als Gesprächsbasis dienen.
- 2) Sie möchte zur Klärung des gemeinsamen Wollens der eigenen Ver-
bände der ADF beitragen und deshalb den einzelnen Ortsgruppen
dieser Verbände als Arbeitsmaterial und als Mittel zum Schutz
gegen verfälschende Tendenzen dienen.
- 3) Sie möchte der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft und Auskunft
geben über den gegenwärtigen Stand unserer politischen Pläne,
Ziele und Möglichkeiten. (Anleitung für Presseveröffentlichungen)

Vorgesehen ist ferner, sie dem Brief an den Deutschen Friedensrat
beizugeben, dessen Entwurf Ihnen ebenfalls hiermit vorgelegt wird.
Wenn eine Aussprache mit dem Deutschen Friedensrat Sinn haben soll,
wird sie ja nur auf dem Hintergrund dieser Erklärung geführt werden
können, auch wenn dies nicht in jedem Fall unbedingt betont zu werden
braucht.

Ob die Erklärung diesen Zwecken gerecht werden kann, ist eine Frage,
die wir Sie zu prüfen bitten. Sollten Sie sie bejahen können, bitten
wir Sie um ausdrückliche Zustimmung. Sollten Sie sie verneinen
müssen, bitten wir, uns zu sagen, welche Punkte Ihnen falsch zu sein
scheinen, oder welche Abänderung Sie für nötig halten.

Die ADF hat den Zweck, die Arbeit der ihr angeschlossenen Verbände
zu koordinieren. Da es sich um eine Arbeitsgemeinschaft handelt,
wird der Vorstand seine Aufgabe nicht darin sehen können, fertige
Arbeiten vorzulegen, sondern er wird versuchen müssen, dasjenige,
was allen Verbänden der ADF gemeinsam und wichtig ist, herauszustellen
und zu vertreten. Daß dies nur mit einem beharrlichen Aufwand von
Zeit und Geduld möglich ist, wird jeder verstehen. Wem aber daran
liegt, den richtigen Weg gemeinsam zu gehen mit denen, die dasselbe
wollen, wird diese Mühe in Kauf nehmen.

Darum bitten wir Sie:

- 1) Versagen Sie dem Vorstand der ADF nicht Ihre Hilfe und Mitarbeit,
wenn es darum geht, die Arbeit der Friedensverbände zu koordinieren.
- 2) Geben Sie dem Vorstand der ADF die Möglichkeit, an Ihrer Arbeit
teilzunehmen, um sie auch für die anderen Verbände fruchtbar zu
machen, indem Sie die geeignet erscheinenden Rundschreiben und
Drucksachen Ihres Verbandes regelmäßig auch dem Vorstand der ADF
zugehen lassen.

Nur wenn wir uns gegenseitig informieren, können wir auch zusammen
arbeiten.

gez. Jaspers

Anlage 1b zum Schriftsatz
der Landesgruppe Hamburg
"Zum Bundestag der D.F.G.
in Bielefeld (30.9.-2.10.60)

EO 718-26-5

Abschrift

Der Weltfriedensrat und die Westdeutschen Friedensverbände.

Entwurf einer Grundsatzerklärung der ADF.

Im Laufe der letzten Jahre hat es in den zur ADF (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände) zusammengeschlossenen kriegsgegnerischen Verbänden der Bundesrepublik immer wieder Beunruhigung und Meinungsverschiedenheiten gegeben, deren Ursache unzutreffenderweise häufig mit dem Schlagwort "kommunistische Unterwanderung" umschrieben wird. Es geht dabei nämlich in Wahrheit nicht nur um das politische Problem der Unterwanderung durch Kommunisten, als vielmehr um einen beklemmenden Mangel an brauchbaren Maßstäben, mit denen sich feststellen ließe, was unter den umlaufenden Parolen den gemeinsamen Grundsätzen und Zielen wirklich entspricht und was als aus fremden Quellen kommende Verzerrung anzusehen ist.

Die politische Lage ist dadurch gekennzeichnet, daß zwar weder der Osten noch der Westen den Krieg will, daß aber der Westen dem Osten und der Osten dem Westen gegenüber so von Mißtrauen erfüllt ist, daß man auf beiden Seiten glaubt, die Rüstung aufrecht erhalten zu müssen. Gewiß besteht kein Grund, den wiederholten westlichen Erklärungen: man werde keinesfalls den ersten Schlag zur Entfesselung eines Krieges tun, zu mißtrauen. Man darf aber auch die anderen Erklärungen beider Seiten nicht vergessen, die besagen: man werde, sofern man angegriffen werde, - (und also von der Gegenseite einen Verteidigungskrieg aufgezwungen bekomme, der dann für den Angegriffenen als "gerechter Krieg" verstanden wird) - mit allen verfügbaren Mitteln zurück schlagen.

Beide Seiten sind also trotz aller gegenseitigen Vorbehalte doch in dem einen Punkt einig: daß es nämlich einen gerechten Krieg geben kann und daß man ihn gegebenenfalls auch führen müsse und wolle.

Darüber hinaus hat jedoch vorwiegend der Osten, unterstützt von vielen Bürgern neutraler Staaten, eine rege, teilweise stark geförderte Propaganda für den Frieden aufgezo-gen, die sich durch Bildung von Friedenskomitees und Friedensräten in vielen Ländern bereits einen Namen gemacht hat. Diese Propaganda richtet sich gegen die Aufrüstung im allgemeinen mit einer besonderen Zuspitzung auf die möglichen Angreifer, die nach ihrer Meinung nur im Westen vermutet werden können, und sucht die Bevölkerung aller Länder von der Sinnlosigkeit und Verwerflichkeit eines Krieges zu überzeugen und sie zum Verzicht auf weitere Aufrüstung und zur Annahme von Abrüstungs- und Entspannungsplänen zu bewegen, damit beide Seiten die Rüstung verkleinern und die dadurch freiwerdenden Menschen sinnvolleren Aufgaben zuführen können.

Dabei ist es verhältnismäßig belanglos, ob die Ziele wirklich so weit gesteckt sind, oder ob es einem Teil dieser Komitees auch darum zu tun ist, der Welt zu zeigen, wie sehr gerade die kommunistischen Staaten dem Wunsch aller Menschen nach Frieden entgegenkommen, - im Gegensatz zu den kapitalistischen, die angeblich immer nur die Aufrüstung betreiben.

Tatsächlich hat es der Westen versäumt, der östlichen Friedenspropaganda durch eine eigene glaubwürdigere Form von Friedensprogrammen zuvorzukommen. Die Angst vor Rußland und dem Kommunismus war aufs Ganze gesehen größer als die politische Vernunft und das Gottvertrauen

- trotz aller Betonung christlicher Überzeugungen. Daß der Osten nun mit Friedensparolen auftritt, trifft den Westen um so empfindlicher, als diese nicht nur im Osten, sondern auch im Westen Anklang finden. Wie aber sind sie gemeint? Man darf keinesfalls übersehen, daß sich in der UDSSR z.Zt. die von Chruschtschow vertretene Auffassung durchgesetzt hat, daß der Krieg zwischen den sozialistischen und den kapitalistisch-imperialistisch genannten Staaten keine geschichtliche Notwendigkeit darstellt, daß der Sozialismus sich auf andere Weise durchsetzen wird, und daß es deshalb unsinnig ist, so große Teile des National-Einkommens für die Rüstung zu verwenden, wie es tatsächlich geschieht. Der zerstörerische Charakter des modernen Krieges gefährdet auch den sozialistischen Aufbau. Das ist ein weiteres Argument für die Abrüstung. Man sollte nicht daran zweifeln, daß der Osten hier eine Chance gibt, die Auseinandersetzung zwischen den rivalisierenden Gesellschaftssystemen vom militärischen auf das wirtschaftliche und kulturelle Gebiet zu verlagern. Die Friedenskomitees finden deshalb auch immer wieder Anhänger unter Nichtkommunisten, die meinen, daß der Westen diese Chance nicht verspielen dürfe, und daß sich hier eine echte Möglichkeit biete, eine Menschheitskatastrophe, wie sie ein moderner Krieg darstellen würde, zu vermeiden.

Andererseits ergibt sich aus der kommunistischen Gesellschaftslehre, daß eine Friedensbewegung sich nicht außerhalb der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung sozusagen selbständig entfalten kann. Der Pazifismus in den Weststaaten wird deshalb nach kommunistischer Überzeugung nicht eher festen Boden unter die Füße bekommen, bevor er nicht den Anschluß an die geschichtsentwickelnden gesellschaftlichen Kräfte gefunden hat. Außerdem befürchtet der Osten, daß der Pazifismus in den westlichen Staaten nur deshalb geduldet wird, weil man ihn dort für politisch belanglos hält, und weil gewisse westliche Kreise hoffen, hinter seinem Rücken um so besser ihre ständig wachsende radikale Ablehnung aller Verständigungsversuche tarnen zu können. Dennoch wird die Arbeit der westlichen Friedensverbände vom Osten her als relativ wertvoll bejaht.

In den Staaten des Ostens dagegen werden diese Verbände als überflüssig angesehen. Dort erfolgt eben, wie man meint, die Friedensarbeit in echter Bindung an die gesellschaftlich fortschrittlichen Kräfte. Deshalb gelten dort die Formen des Westens als überholt, wenn nicht gar als schädlich. In den Ost-Staaten gibt es nun einmal keinen Versöhnungsbund, keine Internationale der Kriegsdienst-Gegner, keine Deutsche Friedensgesellschaft, und wenn dort von früher her noch vereinzelt Mitglieder dieser Gruppen vorhanden sein sollten, so dürfen sie doch nicht öffentlich auftreten und arbeiten. Sie erfahren von der offiziellen Partei-Dogmatik eine Beurteilung, die ziemlich erschütternd ist. (vergl. Rauhut, Friedensrundschau 3/1958/S.22) In einer DDR-Zeitschrift "Informationen für Arbeiter, Jugend-Funktionäre" 8/1957/ S.30 wird zur ideologischen Schulung laufend ein "Lexikon für junge Arbeiter" angefügt. Darin findet sich unter dem Stichwort "Pazifismus" folgende Definition:

Bürgerliche politische Strömung, die den Werktätigen den falschen Gedanken einzuimpfen versucht, daß man einen dauerhaften Frieden im Kapitalismus sicherstellen könne, trennt den Kampf um den Frieden von dem Kampf gegen die reaktionäre Politik der Imperialisten, die Kriege nach sich zieht; ist ein Gegner jeglicher Kriege, auch der gerechten, revolutionären und der nationalen Befreiungskriege; er unterstützt damit die imperialistischen, ungerechten Eroberungskriege.

Die Pazifisten, die die revolutionären Handlungen der Massen ablehnen, betrügen die Werktätigen

Pazifismus unterscheidet sich grundlegend von der internationalen

Weltfriedensbewegung der Massen

die Bourgeoisie gebraucht ihn als Maske. In dieser Maskierung besteht die Hauptgefahr des Pazifismus.

Offensichtlich ist diese Definition des Pazifismus tendenziös verzerrt, aber sie ist partei-offiziell und damit für die DDR maßgebend. Schon deshalb sollte sie nicht ohne Antwort bleiben.

Aber bevor diese Fragen erörtert werden, sei ausdrücklich festgestellt, daß die ADF es genau so entschieden ablehnt, sich in die Schablone eines westlichen Antikommunismus pressen zu lassen, wie sie sich andererseits gegen eine Diffamierung als kapitalistisch-imperialistische Tarnorganisation verwahrt.

- 1) Die ADF distanziert sich von jedem utopischen Pazifismus, der die Realität der in der Welt vorhandenen Gegensätze unterschätzt. Der Friede wird bis ans Ende der Tage immer bedroht sein: kapitalistischer Imperialismus ist für den Frieden sehr gefährlich, imperialistische Politik sozialistischer oder kommunistischer Funktionäre ebenfalls. Man muß also immer und nach allen Seiten auf der Hut sein.
- 2) Es ist die Aufgabe der Friedensverbände, in allen Völkern die Kräfte zu entwickeln, die den Krieg als Mittel politischer Auseinandersetzungen grundsätzlich (und nicht nur aus der jeweiligen Lage heraus als unzweckmäßig) ablehnen und statt dessen an der Erarbeitung von Wegen zu wirken, die die notwendigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen unter Verzicht auf Blutvergießen weiterführen. Sie halten die Arbeit, die die Vereinten Nationen auf einzelnen Gebieten begonnen haben, für entwicklungsfähig und Erfolg verheißend. Jeden Versuch, den Krieg unter dem Gesichtspunkt eines "gerechten", der gesellschaftlichen Entwicklung oder der Verteidigung sogn. höherer Werte dienenden Krieges noch als Möglichkeit zu rechtfertigen, lehnen sie ab.
- 3) Daß die "Bourgeoisie" (und wohl auch der Kommunismus, wenn es ihm gerade so paßt) den Pazifismus zu mißbrauchen sucht, ist zwar wahr, spricht aber eher für als gegen seinen Wert. Wer solchen Mißbrauch verurteilt, der möge den Pazifisten helfen, ihnen zu widerstehen.

Von hier aus haben unsere Verbände eine Reihe von Fragen an die Friedenskomitees. Wir verstehen es zunächst nicht, weshalb die dem Welt-Friedensrat angeschlossenen Verbände sich um unsere Mitarbeit bemühen ohne gleichzeitig die gegen uns etwa im oben genannten Lexikon für junge Arbeiter aufgestellte These: Pazifismus unterscheidet sich grundlegend von der Internationalen Weltfriedensbewegung der Massen, auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen. Wenn diese These gelten soll, ist es dann nicht unwahrscheinlich, die westlichen Pazifisten in den Friedenskomitees aufzufordern?

Wir sagen es frei heraus: Oft entsteht der Eindruck, als seien diese Komitees durch ihre Bindungen und Bündnisse festgelegt, nur solche Kriege zu ächten, die von den maßgebenden östlichen Stellen als ungerechte imperialistische Kriege bezeichnet werden und die (deren Dogmatik zufolge) nur auf westlich-kapitalistischer Seite ihren Ursprung haben können. Eine "Friedensbewegung", die jedoch einseitig von vorn herein nur die Kriege einer Partei verurteilt, die Kriegsbereitschaft der anderen aber als Friedenskampf zu rechtfertigen versucht oder stillschweigend billigt, ist für einen echten Pazifisten unmöglich und unglaubwürdig.

Unsere weiteren fünf Fragen lauten:

- 1) Ist der Welt-Friedensrat mit den ihm angeschlossenen Organisationen entschlossen, von den Regierungen des jeweils eigenen Landes die Abrüstung und Abschaffung des Militärs zu verlangen ohne Rücksicht auf das, was andere Regierungen tun und statt dessen alle Kraft für den Aufbau

friedlicher Schutz- und Entwicklungsdienste einzusetzen? (Vergl. Frage 5) - Die Verbände der ADF tun dies gegenüber der Regierung der Bundesrepublik ohne Rücksicht auf das, was andere Länder unternehmen.

- 2) Wenn auch nicht alle Staaten die allgemeine Wehrpflicht eingeführt haben, so ist es doch auch da, wo der Wehrdienst "freiwillig" geleistet wird, für einen Wehrdienst-Verweigerer aus Gewissensgründen nicht immer leicht, sich gegen einen gewissen Druck von Behörden und Organisationen ohne Nachteil vom Militärdienst freizuhalten. Darum fragen wir:
Ist der Welt-Friedensrat mit den ihm angeschlossenen Organisationen ein aktiver Helfer derer, die den Wehrdienst aus Gewissensgründen ablehnen und sucht er seinerseits junge Menschen von der Richtigkeit solcher Ablehnung zu überzeugen? - Die Verbände der ADF tun dies in der Bundesrepublik ihren Wehrpflichtigen gegenüber seit Jahren.
- 3) Sind die Organisationen des Weltfriedensrates entschlossen, jeden Krieg zu ächten und jede Beteiligung an ihm zu verweigern, auch wenn er von den zuständigen Behörden als gerechter revolutionärer Krieg oder als nationaler Befreiungskrieg bezeichnet wird? - Die Verbände der ADF sind bestrebt, nur solche Personen als Mitglieder aufzunehmen, die auf diese Frage mit einem rückhaltlosen Ja antworten.
- 4) Sind die Organisationen des Weltfriedensrates entschlossen, die Lösung von friedenbedrohenden Konflikten grundsätzlich nicht durch Anwendung von Gewalt, sondern durch die zu stärkende UNO und ihre Organe oder in besonderen Fällen durch ein von Neutralen zu bildendes Schiedsgericht anzustreben, auch wenn dadurch die eigenstaatliche Souveränität eingeschränkt werden sollte? - Die Verbände der ADF bekennen sich satzungsgemäß sowohl zur Kriegsdienstverweigerung als auch zu einer internationalen Rechtsordnung.
- 5) Sind die Organisationen des Weltfriedensrates entschlossen, sich von dem rückständigen Gewaltdenken - ganz gleich ob kapitalistischer oder kommunistischer Art - abzuwenden und mit uns Wege zur unmilitärischen Sicherung von Völkern, Kulturen und sozialer Gerechtigkeit zu suchen und zu erproben? - Die Verbände der ADF sind bemüht, alle Mittel und Möglichkeiten aufzuspüren und entwickeln zu helfen, die geeignet sind, den Verteidigungskampf mit der tödlichen Waffe und die vermeintliche Sicherheit durch Atomrüstung durch friedliche Dienste zu ersetzen, durch die die möglichen Kriegsursachen abgebaut werden, bevor sie den Frieden gefährden.

Der Weltfriedensrat und seine angeschlossenen Organisationen würden gewiß dem Frieden in der Welt einen wichtigen Dienst tun, wenn sie zu diesen 5 Fragen in Wort und Tat ein klares Ja sagen könnten.

Zwar meint man herkömmlicherweise, den Frieden im Ernstfall dadurch zu erreichen, daß man den Feind mit Gewalt oder ihrer Androhung zwingt, seine Feindschaft aufzugeben. Das ist der rückständige blutige Weg, der nur scheinbar Frieden schafft und den wir nicht mehr gehen können und wollen, selbst wenn er erfolversprechend wäre oder wenn sogar das Recht eindeutig auf unserer Seite läge.

Man kann den Frieden besser auf die Weise erreichen, daß man den derzeitigen Feind zum Bundesgenossen zu gewinnen sich bemüht, um mit ihm zusammen die friedenbedrohenden Konflikte auszuräumen. Wenn dieser Weg für die Ost-Westprobleme auch weit zu sein scheint, so sind doch gewisse Gemeinsamkeiten bereits gegeben:

- 1) Der schlimmste Feind ist für beide Partner nicht jeweils die andere Seite, sondern der Krieg.
- 2) Beiden Partnern mit ihren hochentwickelten und leistungsfähigen Industrien werden mit der Zeit in den unterentwickelten Gebieten der Welt

natürliche Gegner entstehen, wenn es nicht gelingt, rechtzeitig ihre Freundschaft zu gewinnen durch eine Entwicklungshilfe, die davon ausgeht, daß eine Selbständigkeit politisch nicht gewährleistet ist, solange sie nicht auch wirtschaftlich gesichert dasteht. Wenn diese Entwicklungshilfe freilich so geschieht, daß man die Systeme hineinzumanövrieren versucht, wird das Ende nicht Frieden, sondern eine bestenfalls hinausgeschobene Feindschaft sein. Die Friedensorganisationen sehen es als ihre Aufgabe an, Mittel und Möglichkeiten modellhaft auszuprobieren, die zu einer echten Entwicklungshilfe und damit zur Befriedung der Welt führen.

Ein Wettbewerb zwischen Ost und West auf diesem Gebiet ist viel besser als Wettrüsten und vor allem wirklich geeignet, Frieden zu schaffen und zu sichern. Was man vom Wettrüsten nicht behaupten kann. Vielleicht führt ein solch friedlicher Wettbewerb auf organische Weise beide Seiten dorthin, wo die Gegensätze zumindest der beiden verfeindeten Wirtschaftssysteme sich unter dem mächtigen Einfluß der Technik derart abgeschwächt haben, daß ihre Verfeindung gegenstandslos zu werden beginnt. Ansätze dazu sind bereits vorhanden. Solch ein friedlicher Wettkampf hat außerdem den Vorteil, daß Zeit gewonnen wird, um dem Westen die Illusion einer gewaltsamen Vernichtung des Kommunismus und dem Osten die Illusion einer gewaltsamen Weltrevolution allmählich aufzulösen und auf beiden Seiten größere Nüchternheit zu erzeugen. In ihr kann die Erkenntnis wachsen, daß auch das Leben der Völker sich nicht in Ideologien einfangen läßt, sondern daß die Ideologien sich am Ablauf des Lebens zu korrigieren haben.

Wir können uns vorstellen, daß aus Kreisen der Friedenskomitees unsere Fragen mit der Gegenfrage beantwortet werden, ob wir denn nicht einsähen, daß im Grunde ihre Beantwortung von der erreichten Entwicklungsstufe der Gesellschaft abhängig sei. In den Zielen dieser Fragen seien wir sicher einig. In der kommunistischen Gesellschaft seien sie ohnehin gegenstandslos, denn in ihr gäbe es keine Kriege, also entfielen auch die Notwendigkeit der Propaganda für Wehrdienstverweigerung. Aber solange die Welt nicht so geordnet sei, daß Kriege von selber aufhören, träfen die gestellten Fragen leider nicht die konkrete Situation. Eine solche Antwort zwänge aber zu der Schlußfolgerung: Eine organisatorische Zusammenarbeit der ADF mit den Friedenskomitees ist deshalb unmöglich, weil sich die Arbeit auf zwei verschiedenen Ebenen vollzieht. Eine solche Zusammenarbeit würde der Sache nicht helfen, aber Verwirrungen stiften und Mißverständnisse produzieren, die unsere Arbeit auf das schwerste gefährden würden. Es ist deshalb einfach ein Gebot der Redlichkeit, wenn man in Anerkennung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Ausgangsposition die Beziehungen so klärt, daß man sagt:

- 1) Wir lehnen es ab, uns in die bestehenden Fronten gegeneinander einordnen zu lassen.
- 2) Solange die Friedenskomitees die unter 1 bis 5 gestellten Fragen nicht positiv beantworten können, ist ein organisatorisches Kartell auf überörtlicher oder örtlicher Basis von den beiderseitigen Voraussetzungen her nicht möglich.
- 3) Die ADF hält es für möglich, durch Beauftragte ihres Vorstandes da, wo es nötig erscheint, den Weltfriedensrat oder einzelne Friedenskomitees anzureden oder auch Beauftragte als Beobachter zu Tagungen und Gesprächen zu entsenden, deren Vollmachten jedoch vorher von Fall zu Fall klar zu umgrenzen wären. Diese Einschränkung der Vollmachten ist nötig, um zu verhindern, daß das Anliegen der ADF im Propaganda-Spiel des kalten Krieges nicht ausgehöhlt oder mißbraucht und damit unglaubwürdig wird. Auch wo Verbände der ADF einzeln mit den Friedenskomitees Gespräche oder Kontakte haben, sollte dies nur durch geeignete Mitglieder mit besonderer Vollmacht der jeweiligen Organisation erfolgen.

Sollte diese Vorsicht für übertrieben oder unnötig erachtet werden, dann ist es Sache der Organe des Weltfriedensrates, durch eindeutige Antwort auf unsere Fragen die für eine bessere Zusammenarbeit notwendige Klarheit zu schaffen. Wer mit uns zusammenarbeiten will, muß einsehen können, daß man die Abrüstung und den Frieden nicht dadurch glaubhaft vertreten kann, daß man von anderen verlangt, zuerst die Waffen wegzuwerfen, sondern man muß es riskieren, selber damit anzufangen.

Wir westlichen Friedensverbände fordern von unseren Regierungen, daß sie nicht allgemeine Abrüstungsverhandlungen abwarten, ehe sie eigene Schritte tun, sondern daß sie mit eigenen Vor-Leistungen die internationale Abrüstung in Gang bringen. Die östlichen Friedensorganisationen mögen dasselbe ihren Regierungen gegenüber tun. Dann wäre eine Gemeinsamkeit zwischen uns deutlich gegeben.

Die allgemeine Tendenz des Kampfes gegen Aufrüstung und Militarismus erkennen wir auch beim Weltfriedensrat und seinen Unter-Organisationen durchaus an. Wir stellen auch fest, daß selbst westliche führende Staatsmänner in steigender Zahl zugeben, daß der Osten keine militärische Aggression beabsichtigt. Trotzdem sind wir der Überzeugung, sowohl den Vertretern der sozialistischen Gesellschaftsordnung, als auch denen der westlichen Gesellschaftsform immer wieder erklären zu müssen:

Rüstung bedeutet, Gewaltanwendung kriegerischer Art immer noch als eine mögliche oder ggf. leider nötige Art der Auseinandersetzung zwischen den Völkern anzusehen. Gerade dagegen wenden wir uns. Solange der Weltfriedensrat und die mit ihm verbundenen Organisationen in dieser Frage nicht eindeutiger sprechen, können wir ihrer Arbeit zwar wünschen, daß sie den Friedensbestrebungen einen echten Dienst leisten. In bezug auf organisatorische Fragen und gemeinsames öffentliches Auftreten scheint es uns jedoch am ehrlichsten zu sein, wenn wir die sachlich bedingte Distanz voreinander einhalten. In dieser Distanz werden wir uns jeder falschen Verdächtigung der Friedensarbeit anderer Organisationen widersetzen, aber zugleich von allen, die es angeht, Respektierung unseres besonderen Beitrages zur Völkerversöhnung auch durch Achtung der Integrität unserer Verbände fordern.

=====

Dieser Entwurf wird den angeschlossenen Verbänden der ADF zur Stellungnahme vorgelegt.

Zum Bundestag der Deutschen Friedensgesellschaft
in Bielefeld (30.9. - 2.10.60)

Beitrag Hertling zum Vortrag Dr. Schmidt und zur ADF-Erklärung
sowie Anträge der Landesgruppe Hamburg der DFG.

Was können die deutschen Friedensverbände für den Weltfrieden tun, und weshalb sind die Pioniertätigkeit der wissenschaftlichen Beratung mit dem Weltfriedensrat, die parlamentarische Einflußnahme und die Schaffung einer übernationalen Friedensakademie drei gleich wichtige, zusammengehörige Beiträge zur Überwindung der Ost-West-Spannung?

Das Suchen nach den Methoden und den Teilaufgaben unserer Friedensarbeit führt zur Frage nach dem Wesen des Friedens. Definieren wir Frieden als die Harmonie aller menschlichen Strebungen, so wird die ungeheure Größe der Aufgabe erkennbar. Es handelt sich ja nicht nur um die Harmonisierung der großen Zahl von Kollektiven, der Staaten und staatsähnlichen Verbände, welche als recht labile Zusammenfassung des politischen Willens ihrer Glieder und kleinen Gemeinschaften mehr oder weniger auf Souveränität, auf politische Selbstbestimmung Anspruch erheben. Es geht letztlich zugleich um die Herstellung einer echten Übereinstimmung in den Grundfragen des Zusammenlebens zwischen den vielen Millionen von Einzelmenschen der verschiedensten Rassen und Weltanschauungen. Es besteht kein Zweifel, daß die Schaffung des ewigen und totalen Friedens im Sinne dieser Gleichrichtung aller persönlichen und gesellschaftlichen Willenskräfte eine unendliche Aufgabe ist.

Nur wenn wir uns über die Richtigkeit und praktische Bedeutung dieser Aussage klar sind, begreifen wir die uralte Skepsis der Tausende kluger und gutwillender Menschen, welche die Haltung der alten Christen wie diejenige der heutigen Pazifisten für gleich weltfremd und gefährlich erklären. Gefährlich wäre sie, weil die Unterschätzung der Schwierigkeiten, das alleinige Rechnen mit der Güte des Menschen, das Übersehen seiner Schwächen, vor allem des zumeist unguuten Willens zur Macht, zu falschen Maßnahmen und damit oft zur Auslösung neuer Gewalttaten führte. Beachten wir also die Kompliziertheit der zu Krieg oder Frieden führenden Vorgänge und versuchen wir nicht nur, die mannigfaltigen Ursachen zu erkennen, sondern bemühen wir uns vor allem um das richtige Verhältnis und die richtige Rang- und Zeitfolge unserer Teilziele und Arbeitsweisen!

In seinen Untersuchungen zur Frage der "neuen Wehrhaftigkeit" spricht Prof. Nikolaus Koch (Dortmund u. Witten-Bommern) immer vom "Fünfkrieg" und betont, daß der "Schießkrieg", der gemeinhin als der Krieg angesehen wird, nur die letzte, verheerendste Stufe des Gesamtphänomens Krieg bedeutet. Bei der "totalen Verteidigung" handelte es sich entsprechend um die systematisch und rechtzeitig begonnene "gewaltlose Selbsthilfe im psychologischen, ideologischen und politischen Krieg".

Entsprechend der Wertung der Ursachen als der entscheidenden Vorstadien des Waffenkrieges und der von allen Militärs und Aufrüstungspolitikern neuerdings glaubhaft betonten Absicht, durch Abschreckung im Frieden den Krieg zu verhindern, hat der ganzheitliche Pazifismus seine Arbeit zu vollbringen, solange die Waffen schweigen. Er sollte aber mehr als bisher sich theoretisch und praktisch auch um die Meisterung der kritischen Situationen bemühen. Das bedeutet nicht nur Abbau des kalten Krieges, sondern zu gleicher Zeit Entwicklung von Methoden, welche die Erhitzung oder die Selbstentzündung zum heißen Krieg verhindern können.

Die Verteidigung des Friedens, die Löschung oder Isolierung der Brandherde in Korea, Vietnam, Ungarn, Sues, Algerien, Kongo, Cuba und - Berlin stellte und stellt gewaltige und dringende Aufgaben, welche nur bei geschickter

Kombination und energischer Handhabung aller in Frage kommenden Befriedungsmittel zu lösen sind. Vor diesem düsteren Hintergrund haben wir unsere noch so geringen Friedens- und Aufbaukräfte zu prüfen, um in Erkenntnis der ungeheuren Verantwortung für ein vorbildliches Modell das richtige Gleichgewicht von Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung zu finden. Auch ohne das gute Verhältnis von Recht und Macht, von technisch-wirtschaftlicher und geistig-sittlicher Gewalt vermögen wir das atomare Verhängnis nicht zu bannen.

Drei die Komplexheit der Erscheinungen beachtende Erkenntnisse scheinen mir für die erfolversprechende Einstellung unserer Friedensverbände besonders wichtig.

1.) Wir können der Lebensbedrohung Krieg nur Herr werden, wenn wir den auf allen Gebieten wirkenden Aggressions-, ja Bekriegungstendenzen durch einen umfassenden, alle menschlichen Strebungen, Individuen und Gemeinschaften einbeziehenden Befriedungswillen umformen. Bei der Therapie dieser zur sicheren Zerstörung des menschlichen Organismus führenden Aggressionskrankheit gilt das gleiche Gesetz wie bei der gesunden pflanzlichen und tierischen Ernährung: Sind gewisse Stoffe im Boden oder in der Nahrung nicht vorhanden, so sind alle Bestandteile und Zutaten für den gewünschten Effekt wirkungslos. Ohne die richtige, wissenschaftlich fundierte ethisch-religiöse, pädagogische, psychologische und wirtschaftliche Befriedungsarbeit kann es zu keinem echten politischen, also auch zu keinem militärischen Frieden kommen.

Ohne Zweifel sind aber die auf verschiedenen Gebieten arbeitenden Friedensbestrebungen für den notwendig in Kürze zu erreichenden Erfolg der Verhinderung des Schießkrieges nicht gleich wichtig. Obgleich man von dem chronischen, schleichenden Übel der Kriegsbereitschaft und Kriegsdrohung sprechen kann - Günter Anders begründet in seinem Tagebuch von Hiroshima, weshalb und in welchem uns aktivierenden, sie ächtenden Sinne wir fortan ständig "mit der Bombe leben" müssen - fordert doch das Auf und Ab der akuten Gefahren eine kluge Dosierung und einen Wechsel der Heilmittel. So sicher wir zur Gesundung der Lebensluft der seelischen Fürsorge ständig bedürfen, so kann sich doch die Menschheit nicht noch einmal 2000 Jahre um die innere Erneuerung ohne genügende Beachtung der gesellschaftlichen Friedenssicherungen bemühen.

2.) Zur Frage der Zeit- und Rangfolge der inneren und äußeren Mittel zunächst einen Leitsatz aus den "Lebensregeln der Kameraden von Emmaus" des Abbé Pierre, jenes hervorragenden Arbeiters für ganzheitlichen Frieden, welcher Nächsten- und Fernstenliebe im persönlichen wie im politischen Bereich, im Nachbarschaftskreis wie in der Stadtgemeinde, im nationalen wie im übernationalen weltbürgerlichen Raum gleich ernst nimmt: "Jedes menschliche Leid sollst du nicht nur sofort und unmittelbar zu lindern versuchen, sondern zugleich auch seine Ursachen bekämpfen. Bemühe dich nicht nur um das Abstellen der Ursachen, sondern mache dich ohne Zögern auch an die direkte Hilfe für die Leidenden. Nur derjenige ist wirklich gut, gerecht und wahrhaftig, der sich mit ganzem Herzen beiden Aufgaben widmet."

Die hier gemeinte gegenwärtige Not, die lastende Sorge um die drohende Gefahr des dritten Weltkrieges kann nur überwunden werden, wenn wir den politischen Frieden herstellen, sei es auch zunächst in Gestalt eines Provisoriums. Dieses Ziel der allgemeinen Abrüstung und der gleichzeitigen Aufrichtung einer Weltautorität verlangt politische Mittel, welche in angemessener, wissenschaftlich begründeter Weise von ethisch-religiösen, pädagogischen, psychologischen und wirtschaftlichen Bemühungen gestützt werden müssen.

3.) Friedenspolitische Arbeit leisten heißt heute außerdem mehr denn je, den wirtschaftlichen und politischen Machtkämpfen Rechnung tragen.

Das tun wir nur dann wirkungsvoll, wenn wir versuchen, mit wohldurchdachten Methoden in den entscheidenden Gremien Einfluß zu gewinnen. Der amerikanische Soziologe Wright Mills weist in seinem Aufsehen erregenden neuen Buch "Die Konsequenz" nach, daß allein der Machtgewinn einer neuen friedenswilligen Elite das auf uns zukommende Verhängnis abwehren kann. Es gibt auch nach seiner Meinung keinen anderen Weg als den der energischen und konsequenten Ausbildung und Einflußnahme einer genügenden Zahl von Fachleuten der Friedensarbeit.

Diese qualifizierten Friedenshelfer haben, von echtem Friedensgeist und Opfersinn bewegt, sozialpädagogische und psychologische mit wirtschaftlichen und politischen Kenntnissen und Fähigkeiten zu verbinden. - Die Stärke der Mitarbeiterschaft und Schüler Gandhis beruhte und beruht auf der Harmonie ihrer politischen und erzieherischen Leistungen, welche sie bei dem situationsbedingten Wechsel von Dorfaufbau und politischem Einsatz gewannen. Diese Methode der Schwerpunktsarbeit mit ihrem Wechsel von mehr politisch-propagandistischer und mehr sozialpädagogischer Tätigkeit sollte auch in Deutschland mehr geübt werden.

/ Nach allem müssen also bei uns heute die äußerlichen, die politische Gesellschaft und ihre Wirtschaft betreffenden Mittel den Vorrang haben;
/ doch wissen wir, daß ohne die gründliche Ausbildung der Friedensarbeiter
/ und ohne eine in die Breite wirkende Aufklärung und ohne Stärkung der
/ Friedensgesinnung durch Schule und Erziehung auf die Dauer kein Erfolg
/ zu erwarten ist.

Nachdem mit den drei obigen Thesen entscheidende Grundlagen zur Beantwortung der Frage nach den Aufgaben der deutschen Friedensverbände gewonnen sind, sollen Art und Arbeitsweise derselben verglichen und untersucht werden, was sie einzeln und zusammen zur Überwindung der Weltkriegsgefahr beizutragen vermögen. Vorher sei noch ein Qualitätsmerkmal genannt, welches heute von ausschlaggebender Bedeutung ist: die Fähigkeit der Friedensvereinigungen zusammenzuarbeiten. Wer nicht zusammenarbeiten kann, ist nicht berufen oder fähig, Frieden zu bewirken. Auch darf die Arbeitsteilung nie so weit gehen, daß die Mitglieder eines Verbandes über der Konzentration auf ihr Sonderziel die Teilnahme an der ergänzenden Arbeit der anderen Gruppen versäumen oder deren Sonderart nicht positiv tolerieren. Wer sich um der Notwendigkeit der Koordination willen gezwungen sieht, in mehreren Verbänden zu arbeiten, ist oft entsetzt über die lieb- und kenntnislose gegenseitige Beurteilung. Die in unseren Kreisen verständliche Eigenwilligkeit führt häufig zu einer Verhärtung, Verengung und Überheblichkeit, welche alle gute Wirkung in Frage stellt.

+ Die kurze Kennzeichnung und Überlegung einleitend, glaube ich feststellen zu dürfen, daß sich alle Verbände in der Richtung der geforderten Ganzheit und stärkeren Betonung der politischen Aufgaben entwickelt haben, daß aber ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur Zusammenarbeit im Hinblick auf die Zeitnot noch beunruhigend gering ist.

Der auf religiös-ethischer, insbesondere christlicher Grundlage arbeitende Internationale Versöhnungsbund hat sich nie auf die friedenspädagogische, im engeren Sinne versöhnende oder die wissenschaftlich-theologische Friedensarbeit beschränkt. Schon bei seiner Gründung 1914 wurde er von den Machthabern so stark als Politikum gewertet, daß man die in Deutschland durch Jahrzehnte führende Persönlichkeit bei Kriegsausbruch wegen ihres politischen Bekenntnisses zum konsequenten Christentum zum Tode verurteilte. Der Internationale Versöhnungsbund hat sich seitdem unbeirrt um eindeutige politische Stellungnahme und Auswirkung in deutschen und übernationalen Gremien bemüht. Die umfassende langjährige Friedensarbeit von Prof. Siegmund-Schultze und seiner Freunde, von der Berliner Sozialarbeit zum Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen und dem Ökumenischen Archiv,

von dem Wirken für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer zur übernationalen Werklagerarbeit der Eirene und dem Weltfriedensdienst prägten den Charakter des Bundes. Seine große Bereitschaft und Fähigkeit zur Zusammenarbeit hat er seit langem in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (ADF) unter Beweis gestellt, zuletzt wieder durch die verdienstvolle Initiative seines Vorsitzenden Oberkirchenrat Kloppenburg und des ADF-Vorsitzenden Pastor Jaspers zur Klärung unseres Verhältnisses zum Weltfriedensrat und seinen Vertretern und Mitarbeitern in der Bundesrepublik.

Auch bei beiden Verbänden der Kriegsdienstgegner bzw. Kriegsdienstverweigerer zeigt sich die Bereitschaft zur Ergänzung ihres wichtigen Hauptzieles, der Behinderung der Aufrüstung durch eine wachsende Zahl von Kriegsdienstverweigerern. Ihr Verdienst ist es, den mutigen persönlichen Einsatz des Einzelnen, wie er sich in der Abweisung der Wehrpflicht darstellt, als natürliche Verpflichtung des friedenswilligen jungen Menschen zu fordern, bekanntzumachen, zu erleichtern und als Ansatz zu umfassenderer Arbeit zu entwickeln. In beiden Vereinen haben alle Mitglieder die Erklärung der War Resisters International, die Bilthover Formel, zu unterschreiben; sie verpflichtet nicht nur dazu, "keine Art von Krieg weder direkt noch indirekt zu unterstützen", sondern bekundet den Entschluß aller Freunde, "an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten".

Der Deutsche Zweig der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) arbeitet etwa 40 Jahre, vor 1933 als Bund der Kriegsdienstgegner; seit seiner Neugründung 1947 in Hamburg, vor allem aber seit der Kodifizierung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung ist es ihm gelungen, seine Mitgliederzahl schnell zu vergrößern. Entsprechend dem ganzheitlichen Pazifismus fordernden Programm hat auch die Monatszeitschrift ihres langjährigen Herausgebers und Schriftleiters, Dr. Th. Michaltscheff Die Friedensrundschau von Anbeginn an sich nicht auf Fragen der Kriegsdienstverweigerung beschränkt. Friedenspolitische, ethisch-pädagogische und friedenswissenschaftliche Themen aller Art behandelt sie von jeher in großer Zahl. Dieses Ganzheits- und Ergänzungsstreben von IdK und IVB führte auch zur Mitarbeit des Versöhnungsbundes in dem Blatt. Sehr bedauerlich ist es, daß es anläßlich eines Versuchs der Einigung mit den Wehrdienstverweigerern zu einer Spaltung und Entfremdung kam. Als sachliche Gründe wurden Meinungsunterschiede über Vorteile und Nachteile straffer und lockerer Organisationsform genannt; vor allem über den Kontakt bzw. die Zusammenarbeit mit dem Weltfriedensrat und den ihm verbundenen oder mit ihm verhandelnden Verbänden der Bundesrepublik. Wir hoffen, daß die vom Verband der ADF begonnene sachliche Erörterung der Kontaktprobleme und unsere Bielefelder Überlegungen diese schmerzliche Trennung überwinden helfen.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer (KV) hat sich in seinem zwei-jährigen Bestehen erfreulich thematisch, methodisch und zahlenmäßig ausgeweitet. Eine bei der Begründung entsprechend seiner Vereinigung mit der Kölner Gemeinschaft der Wehrdienstverweigerer (Köper) - eine Art Fraktion der SPD und der Gewerkschaft - spürbar politische Enge scheint mehr und mehr überwunden zu werden. Das Monatsblatt "Die Information" bringt nicht nur die vorzügliche, von Rüdiger Frank zusammengestellte Dokumentation als unentbehrliche juristische Sammlung aller die Kriegsdienstverweigerung und den Ersatzdienst betreffenden Gesetze und Vertretungen, sondern in der von Karl-Heinz Stahnke erarbeiteten wertvollen Bibliographie alle seit 1945 erschiene einschlägige Literatur und kleinen Artikel den Nachweis ernster friedenswissenschaftlicher Interessen. Von dieser um Vertiefung der Erkenntnisse bemühten Haltung vieler Mitglieder des VK legen auch die Hamburger Referentenkurse Zeugnis ab, deren Leistung sich u.a. in der großen Mitgliederzunahme der Hamburger VK-Gruppe zeigt. VK und IdK versuchen beide, sich als die maßgebliche Vertretung aller unterschiedenen deutschen Friedensarbeiter darzustellen. Es ist unerfreulich, daß sich der VK immer wieder dem Publikum als die größte unabhängige

Vereinigung der Kriegsdienstverweigerer empfiehlt und daß die IdK-Gruppen nicht gleichmäßig die auch in der ADF von ihrem Vorsitzenden Dr. Michaltscheff vertretene These positiver Neutralität zwischen Ost und West beachten; es ist erfreulich, daß beide Vereinigungen der WRJ angeschlossen sind und der Wille zur Wiedervereinigung wächst.

Die Weltorganisation der Mütter aller Nationen (WOMAN) zeigt die erfreuliche Neigung, ihre ursprünglich etwas einseitig karitative und, vom Standpunkt des entschiedenen Pazifismus gesehen, ein wenig ängstliche Haltung in Sachen Friedenspolitik zu ändern. Es ist ihr großes Verdienst, bestimmte Kreise der Gesellschaft, die leicht im rein Karitativen oder in konformistischer Haltung steckenbleiben, im Sinne der oben zitierten Forderung von Abbé Pierre näher an die eigentliche Krieg-Friedens-Problematik heranzubringen. Es ist anspornend zu beobachten, in wie systematischer und gründlicher Weise man in der WOMAN den Friedens- und den sozialen Fragen nachgeht. Das zentrale Interesse der Mütter am Frieden hilft immer wieder, den Kreis der Familie über denjenigen der Nation zur menschlichen Bruder- und Schwesternschaft zu erweitern.

Die WOMAN ist ähnlich wie der IVB, die IdK und die DFG seit Jahren ordentliches Mitglied der ADF. Sie trug seinerzeit die Verantwortung für den gut gelungenen Jahreskongreß in Hamburg. Die jetzt vom ADF-Vorstand vorgeschlagenen Leitsätze zum Thema Weltfriedensrat und Pazifismus mit ihrer Forderung der persönlichen Kriegsdienstverweigerung und der unbedingten u.U. einseitigen Abrüstung ergeben im Hinblick auf die bisherige Stellungnahme der WOMAN die Frage der organisatorischen Vereinbarkeit der verschiedenen Formen und Stufen der Friedensbestrebungen. Auf sie soll etwas ausführlicher später eingegangen werden. Hier nur schon einleitend der Hinweis, daß mit ihr das so wichtige Problem der "komplementären Entscheidungen" (H. Gollwitzer) und der zeitgemäßen Entwicklung der Tradition angesprochen wird.

In diesem Zusammenhange sei es erlaubt, anlässlich der folgenden kurzen Kennzeichnung und Eingliederung unserer 1892 gegründeten Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) zur Sinngebung ihres Traditionsanspruches einige aufschlußreiche Programmsätze der DFG aus der Jahrhundertwende anzuführen. Sie stammen aus einem Werbeblatt der damals noch im Königreich Preußen beheimateten Gruppe Wandsbek der DFG. Ich fand sie im Nachlaß meines Vaters mit dem Impressum meines Elternhauses. Unter der unserem heutigen Thema entsprechenden Überschrift "Was wollen die Friedensgesellschaften?" scheint mir ihre Betrachtung geeignet, die Antwort auf unsere Kernfragen entscheidend zu fördern.

Nach einer Einleitung, in welcher es als "Pflicht jedes echten Patrioten, jedes edlen Menschenfreundes, jedes religiösen, jedes rechtschaffenen Mannes "erklärt wird", den Weg zu suchen, auf dem das seinem Vaterland drohende Verderben abgeschafft werden kann, wird von den Friedensfreunden als den "Pfadfindern" gesprochen, "welche sich in der Not der Zeit zusammengetan haben". Unter Abschnitt I "Was wir nicht wollen!" heißt es: "Wir wollen nicht, daß unser deutsches Volk mit der Abrüstung beginne und den auswärtigen Gefahren gegenüber sich des Schutzes beraube, den es unter den gegebenen Verhältnissen nicht entbehren kann. Wir sind ebensowenig für Selbstmord zu haben wie für Mord. Eine einseitige Abrüstung aber käme heute noch einem nationalen Selbstmorde gleich. Wir haben stets das Recht der Verteidigung anerkannt, solange ein Völkergerichtshof sie nicht durch seine rechtskräftige Entscheidung überflüssig macht.- Wir wollen nicht die Regierungsform ändern oder behufs Durchführung unserer Ideale dahin wirken, daß sämtliche Staaten demokratisiert oder in sozialdemokratische Republiken verwandelt werden. Wir arbeiten nicht im Dienste einer einzelnen Partei, sondern im Dienste des Vaterlandes, ja der Menschheit.

Wir wollen nicht die von der Regierung aufgehobenen Rekruten zur Verweigerung ihrer Dienstpflicht veranlassen. Wir haben dahingehende Bestrebungen, wie sie z.B. von dem russischen Grafen Tolstoi oder den französischen

Antimilitaristen befürwortet werden, stets zurückgewiesen. Wir würden, wenn der nächste Krieg nicht vermieden werden sollte, den Kriegern, die dem Tod entgegengehen, sagen: "Zieh hin, ihr blutet und sterbet für euer Vaterland!" Unter II "Was wir wollen" lesen wir einleitend: "Wir wollen vor allem dem Krieg die glänzende Maske, die er vorzunehmen pflegt, vom Gesicht reißen, ihn zeichnen als den blutbefleckten Mörder, der er ist, als den Wahnsinn und als das Verbrechen, das er tatsächlich darstellt. Der III. Abschnitt beginnt mit der Feststellung: Die fortgesetzte Steigerung der Kriegsrüstungen führt nicht zum Ziel ..." Auf die Frage "Welcher Weg ist der richtige?" folgt die Antwort: "Ein Schiedsgerichtsband für alle Völker, wenigstens für alle Kulturvölker. Die einzige Möglichkeit, die beständige Kriegsgefahr zu beseitigen, ist darin zu suchen, daß insbesondere die gesitteten Regierungen sich verbünden und unter Wahrung ihres gegenwärtigen Besitzstandes und Durchführung des Prinzips der offenen Tür auf dem Kolonialgebiet sich dazu verpflichten, alle in Zukunft auftauchenden Völkerstreitigkeiten dem Haager Tribunal zur Erledigung zu überweisen ..." Und schließlich wird auf der vierten Seite gefordert, einer der etwa 90 Ortsgruppen der DFG beizutreten zur "Schaffung einer friedfertigen öffentlichen Meinung, dieser Großmacht, der kein Fürst noch Parlament widerstehen kann, wenn sie von der Wahrheit getragen wird".

Das Leitmotiv dieser vor ungefähr 60 Jahren verfaßten Programmsätze der DFG ergibt sich aus der Spannung zwischen der vaterländischen und menschheitlichen Pflicht, "dem Krieg die glänzende Maske vom Gesicht zu reißen", ihn als politisches Mittel abzuschaffen und der Macht der damals weitverbreiteten Vorstellung, daß er "der Vater aller Dinge" oder doch ein unabwendbares Übel, ein durch die Erbsünde gesichertes Fatum wäre. Durch Aufklärung und Werbung für "die Friedensgesellschaften" wollte man dem Schiedsgerichtsgedanken und der Idee eines darauf fußenden Völkerbundes zum Siege verhelfen: Friede durch Recht! Ist das nicht nach wie vor ein gutes Leitwort für unsere Arbeit?

Was mag der Grund dafür sein, daß die damals etwa 15000 Mitglieder zählenden 90 Ortsgruppen der DFG einen so starken Rückgang erlitten, die internationalen Verbände ähnlich abfielen, und zwei Weltkriege sowie die Sorge um einen drohenden dritten die Erfolglosigkeit der Friedensarbeit zu beweisen scheinen? Wir können uns nicht mit der naheliegenden Feststellung zufriedengeben, daß es offenbar den Pazifisten nicht gelungen ist, die ungeheure Macht und Vielzahl der gegnerischen Kräfte, die vielen unfaßbaren Imponderabilien in den Griff zu bekommen.

Auf die für unsere Arbeit so bedeutungsvolle, komplizierte Frage glaube ich folgende Antwort skizzieren zu dürfen; ihre ausführliche Darstellung und Begründung erforderte viele Seiten.

1.) Man versäumte in den Organisationen, die notwendig umfassenden Maßnahmen zur Überwindung der Kriegsursachen systematisch zu durchdenken, anzusetzen und durchzuführen.

2.) Man verkannte, daß es mit einem kurzen idealistischen Aufschwung kleiner Gruppen oder ohne eine zu beständiger opfervoller Anstrengung bereiten Elitegruppe, welche die gleich zielbewußten Gemeinschaften einer Massenbewegung zu führen hätte, nicht getan ist.

3.) Es wurde nicht genügend beachtet, daß alle rechtlichen Regelungen nur als Kodifizierung eines in der Praxis bewährten Rechtssinnes Erfolg versprechen und der verständigste logisch schlüssige Weltordnungsplan allein keinen tragenden Grund für eine befriedete Welt gibt.

4.) Die Häufung einer großen Zahl von zu eigenwilligen, im Gegensatz nicht nur zur herkömmlichen Auffassung von Krieg und Frieden, sondern zu aller Tradition stehender Gesinnungsfreunde ergab eine zu geringe Arbeitsdisziplin, eine zu geringe Bereitschaft zu einfühlsamer, positiver Toleranz und Zusammenarbeit.

Während die vorstehenden vier Teilantworten in ihrer allgemeinen Fassung wohl mehr oder weniger für alle europäischen Friedensverbände gelten, beziehen sich die folgenden Hinweise auf die Entwicklung der DFG. Sie betreffen konkrete Arbeitsgebiete und Einzelfragen und sind Bestätigungen der gleichen vier Sätze.

- 1a) Es gelang der DFG bisher nicht, im Sinne der oben begründeten Forderung des ganzheitlichen Pazifismus die wichtigen Voraussetzungen und Ergänzungen zum traditionellen Ziel "Friede durch Recht" als Arbeitsaufgaben rechtzeitig einzubeziehen oder überhaupt zu fördern. Der erste Ansatz nach dem zweiten Weltkrieg, friedenspolitisch durch die Parteien (FDP, SPD u. GVP) oder außerparlamentarische Aktionen Einfluß zu gewinnen, schlug fehl. Die Zahl der Mitarbeiter war zu klein; die Fähigkeit, gemeinsam zu planen und zu handeln sehr gering. Das zeigte sich zuletzt besonders schmerzlich bei der Kontaktnahme mit dem Weltfriedensrat und bei den von ihm geleiteten oder geförderten Aktionen. - Die Frage, ob eine Wirtschaftsform und welche für unsere Befriedungsarbeit gute Voraussetzungen oder Hilfen schafft, ist kaum angeschnitten. Auch das Problem Deutschland, Europa und Weltföderation bedürfte einer planmäßigen und von allen Mitgliedern geförderten Bearbeitung.
- 2a) Der von Hamburg unterstützte Antrag des Bundesvorstandes, die Kriegsdienstverweigerung für alle ordentlichen Mitglieder verbindlich zu machen, entspricht der Notwendigkeit, in unserer kritischen Lage und bei der allgemeinen Neigung zum bequemen Konformismus oder einer literarischen Behandlung das Beispiel des persönlichen Einsatzes zu geben. Gleichfalls durch die Förderung des Aufbaus einer geistig und charakterlich wohldisziplinierten Friedenslegion von Freiwilligen der gewaltlosen Selbsthilfe und eine gründliche Ausbildung einer großen Zahl fachlich qualifizierter Friedensarbeiter, welche sich planmäßig und selbstlos um die Schlüsselpositionen zu bemühen hätten, müßte man dem drohenden Verhängnis entgegentreten.
- 3a) Es gibt eine Reihe von friedenspädagogisch wichtigen Institutionen und Arbeitsgebieten, welche wir gemäß den einleitend entwickelten drei Thesen mit der politischen und wirtschaftlichen Friedensarbeit zu verbinden haben und die bisher von der DFG noch zu wenig beachtet wurden. Sie schaffen unter der Devise "Nicht Worte, sondern Taten", dem Leitwort des Internationalen Zivildienstes, die gesunde Umwelt, Gelegenheit und Atmosphäre für die Entwicklung des für die Friedensarbeit unentbehrlichen Helferwillens. Um die praktische Betätigung dieser gegenseitigen Hilfe geht es letztlich in den Entwicklungsländern und bei der so aktuellen Aufgabe der Zusammenführung von Weißen und Farbigen. Die im Weltfriedensdienst kooperierenden freiwilligen übernationalen Werklagerverbände stärken den Sinn für Gerechtigkeit und schaffen die Erlebnisgrundlage und die Zellen für die zu organisierende Welteinheit. - Die DFG sollte gleichfalls alle Austauschbestrebungen fördern und fordern, daß jede Schule ähnlich der Schweizer "Ecole d'Humanité" des ehrwürdigen Friedenspädagogen Paul Geheeb eine Zelle der Menschlichkeit und des Weltfriedens würde.
- 4a) Eine unerfreuliche, mit der Ansammlung oppositioneller Individualisten und dem Altwerden mancher Mitglieder zusammenhängende Störung bedarf m.E. einer freimütigen Aussprache und der Selbstkorrektur. Das Bewußtsein, mit der Kriegswarnung immer Recht behalten zu haben, und die Erinnerung an die sich durch Jahrzehnte ziehenden Mühen und harten Kämpfe machen oft ungerecht gegen abweichende Meinungen, rechthaberisch und empfindlich. Dadurch entsteht oft ein vermeidbarer, sehr hemmender Streit. Im Interesse der guten Zusammenarbeit, vor allem mit jüngeren Freunden, sollten wir immer daran denken, daß unsere größere Erfahrung nur Anerkennung finden und der Sache dienen kann, wenn wir uns für alles Neue aufgeschlossen halten und unsere Fähigkeit unter Beweis stellen,

in vielerlei Formen den guten Willen zu erkennen und zum erfolgreichen Miteinander zu führen.

Die schwierige, zu sehr schmerzlichen Trennungen und ärgerlichen Auseinandersetzungen führende Frage der Zusammenarbeit mit den nichtpazifistischen Friedensarbeitern, den militanten "Friedenskämpfern", insbesondere die Frage des Kontaktes mit dem Weltfriedensrat kann nach dieser ausführlichen Darstellung der pazifistischen Ziel- und Wegvorstellungen kurz behandelt werden. Das um so mehr, als die gründliche Überlegung des Vorstandes der ADF (s. Beilage 1a und 1b) und der wichtige Aufsatz von Prof. Rauhut (s. I. D. Aug./Sept. 60) über den gleichen Gegenstand in den Hauptlinien meiner Überzeugung entspricht. Ich hoffe, daß die durch den Plan der Übernationalen Friedensakademie gebotenen Ergänzungen von den Verfassern der beiden Darstellungen als Unterstützung ihrer Auffassungen gewertet werden. Sehr gern stelle ich auch fest, daß ein alter Gedanke unseres verehrten Gesinnungsfreundes Heinz Kraschutzki, zuverlässige Informationen und sachgerechte Beurteilung durch ein besonderes Institut für Nachrichtenforschung ("Wahrheitsinstitut") zu sichern, nach dessen Meinung sich mit dem von Prof. Koch schon vor Jahren entwickelten und angesetzten Projekt einer Friedensakademie gut verbinden läßt.

Die Entwicklung eines guten Kontaktes mit dem Weltfriedensrat ist von unserem Vorsitzenden Dr. G. Schmidt gelegentlich als "Pioniertätigkeit des Ausgleichs" bezeichnet worden. Das kann sie m. E. nur werden, wenn wir uns zu gleicher Zeit um wirkungsvolle Einflußnahme in den parlamentarischen und den sonstigen Gremien der großen politischen Entscheidungen, um die öffentliche Meinung und ihre Organe bemühen. Die Pionierleistung des Brückenbauens hat nur dann Sinn, wenn ich mich vergewissere, daß der Haupttrupp folgt. Der Kontakt mit den im westlichen Lager stehenden Mitbürgern darf also gleichfalls nicht verloren gehen. Die in den vorstehenden Ausführungen immer wieder betonte Notwendigkeit realistischer politischer Arbeit fordert und begründet das gleiche Verhalten: wir haben Rücksicht zu nehmen auf die Mentalität beider zum Zusammenarbeiten zu führenden Parteien.

Bei allen Streitfragen gibt es nur eine die friedliche Übereinkunft ermöglichende Haltung: die vorurteilslose Untersuchung der Differenzen und ihre für beide Seiten einleuchtende Überwindung durch Erkennen des gemeinsamen übergeordneten Interesses. Dieses Verfahren vorurteilsloser Erforschung komplexer Tatbestände ist das in allen wissenschaftlichen Instituten geübte. Durch die Einbeziehung der Interessen aller verschiedener Völker und politischen Gruppen, durch Mitarbeit aller Friedensarbeiter aller übernationalen Verbände kann und muß die den Weltfrieden fördernde Leistung des Ausgleichs zwischen Ost und West im Rahmen der Übernationalen Friedensakademie gefördert werden. Weil der ganzheitliche Pazifismus die Vereinigung von Kopf, Herz und Hand, von Wissenschaft, opfervollem Einsatz und politischer Gestaltungskraft fordert, sollte sich die DFG diese Methode der wissenschaftlichen und persönlichen Befriedigungsarbeit zu eigen machen.

Einzelheiten über das Projekt der Friedensakademie, welches schon vor 2 Jahren zu einem Antrag für den Bundestag in Bremen führte, sind einer kleinen Sonderdarstellung vom September 1959 mit einer diesjährigen Ergänzung zu entnehmen. Die Fragen der politischen Vermittlung zwischen Ost und West bedürfen auf der dargebotenen Grundlage weiterer Klärung und der Entscheidung aller deutschen und europäischen Friedensverbände.

H. Hertling
Hamburg-Volksdorf, d. 9. IX. 1960

22.10.62 HEPP

ED 718-26-12



DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT

Bund der Kriegsgegner e.V. - Gegr. 1892

Präsident:

D. Martin Niemöller

Friedensnobelpreisträger

aus den Reihen der DFG:

Baronin Bertha von Suttner

Schriftsteller Alfred H. Fried

Professor Ludwig Quidde

Schriftsteller Carl v. Ossietzky

Albert Schweitzer

(Ehrenmitglied der DFG)

EINLADUNG

Im Rahmen der Veranstaltungen der diesjährigen Bundestagung der Deutschen Friedensgesellschaft wird aus Anlaß des 70jährigen Bestehens eine

Kundgebung in der Paulskirche

am Freitag, dem 9. November 1962, 20.00 Uhr, stattfinden. In dieser Veranstaltung werden unter der Leitung des Präsidenten der Gesellschaft

D. Martin Niemöller

Kirchenpräsident in Hessen und Präsident des Weltkirchenrates

zum Thema:

Um den Frieden in der Welt

sprechen:

Fritz von Unruh, Diez / USA

Frau Tibaldi Chiesa, Milano, Mitgl. des Direktoriums der Weltföderalisten

Prof. Dr. Hans Thirring, Wien, Atomphysiker und Mitgl. des Ö. Bundestages

Prof. Dr. B. Landheer, Den Haag, Direktor der Bibliothek des Friedenspalastes.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Beitrag von DM 1.50 erhoben.

Die Teilnehmer erhalten kostenlos das Programmheft der Gesamtveranstaltung der Jubiläumstagung mit wertvollen Beiträgen aus der Geschichte der Friedensgesellschaft.

Castrop-Rauxel, im Oktober 1962

Der Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft Bund der Kriegsgegner e. V.

August Bangel, Stadtdirektor a. D.

Dr. Gerhard Schmidt, Dipl.-Volkswirt

ED 718-26-13

27.9.63

Herrn / DFG

Ist die Union der Friedensgesellschaften identisch mit der Ilcop? Nein sie ist es nicht. Die ILCOP ist der internationale Zusammenschluss der nationalen Friedenskartelle. Ihr ist also die DFG nicht direkt angeschlossen. Wohl die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Friedensverbände ADF. Der Union sind nur die nationalen Friedensgesellschaften: Schweiz, Österreich, Bundesrepublik, Belgien und Frankreich angeschlossen. Früher hies diese Stelle BIP. Büro Internationaal de la Paix, Sitz Geneve. Der Sitz ist geblieben.

Institut für Zeitgeschichte



ED 718-26-14

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT

Bund der Kriegsgegner e.V. - Gegr. 1892

Landesgruppe Hamburg

Präsident:

D. Martin Niemöller

Friedensnobelpreisträger
aus den Reihen der DFG:

Baronin Bertha von Suttner
Schriftsteller Alfred H. Fried
Professor Ludwig Quidde
Schriftsteller Carl v. Ossietzky
Albert Schweitzer
(Ehrenmitglied der DFG)

KURATORIUM

Vors. Max Stierwaldt †

Mitglieder:

Stefan Albring
Günther Anders
Prof. Fritz Baade
P. J. Noel Baker MP.
Prof. Karl Balsler
Emile Bauchet
Prof. Karl Bechert
Axel Eggebrecht
Prof. Rudolf Genschel
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Adolf Grimme
Prof. Adam Guggenberger
Frau Anna Haag
Dr. Max Habicht
Hein Herbers
Heinz Hilpert
Dr. J. B. Th. Hugenholtz
Heinz Kraschutzki
Robert Jungk
Otto Lehmann-Russbuehdt
Dr. Bodo Manstein
Dr. Friedrich Müller
Dr. J. Mueller
Prof. Ulrich Noack
Prof. Franz Rauhut
Frau Vera Robert-Åkeson
Earl Bertrand Russell
Prof. Siegmund-Schultze
Pater Franziskus Stratmann
Prof. Johannes Ude
Fritz v. Unruh
Emil Graf von Wedel
Prof. Fritz Wenzel
Max Zelck

D.F.G. angeschlossen an:

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (Präs. Prof. D. Siegmund-Schultze)
Internationales Verbindungs-Komitee der Friedensorganisationen (Ilcop)
Internationale Union der Friedensgesellschaften,
Weltbund der Weltföderalisten (WAWF)

2000 Hamburg-Volksdorf,
Wulfsdorfer Weg 77, im Februar 1963

12. 3. 63

v. VK Fim/Zi

An die

Ortsgruppen und Landesverbände
der Bünde der Arbeitsgemeinschaft D. Friedensverbände
und an die Ausschüsse der Ostermarschbewegung

Liebe Gesinnungsfreunde !

Anläßlich der 70. Wiederkehr des Gründungstages der D.F.G. (9.11.62) gab die Landesgruppe Hamburg der D.F.G. zusammen mit der hiesigen Gruppe des Internationalen Versöhnungsbundes die beiliegende Broschüre heraus.

Wir sind dem durch seine Expeditionstätigkeit in Grönland und als Mitarbeiter von Alfred Wegener bekannt gewordenen Meteorologen Dr. Joh. Georgi dankbar, daß er uns in unserem Bemühen zu der so dringenden politischen Entspannung einen Beitrag zu leisten, so wirksam unterstützte. Es ist mehr als ein glücklicher Zufall, daß sich auf die Ostermarschbewegung in diesem Jahre stark für die Schaffung einer mitteleuropäischen Entspannungszone einsetzt.

Wir bitten alle Gesinnungsfreunde, durch sorgfältiges Lesen und Diskutieren der Schrift zu helfen, daß das mit ihr angestrebte Ziel einer einheitlichen politischen Willensbildung recht bald erreicht wird.

Ohne die Gewinnung eines derartigen praktischen politischen Ansatzes für die Friedenssicherung wird unsere Arbeit umsonst sein.

Weitere Exemplare können von uns bezogen werden.

Mit der Bitte um Ihre Äußerung, nach Möglichkeit auch an Herrn Dr. Georgi, 2000 Hamburg 20, Borsteler Chaussee 159, grüßen wir Sie.

Landesgruppe Hamburg der D.F.G.

i.A. *Helmut Hertling*

(Helmut Hertling)

Anlage

1/1 Brosch. "Entspannung in Mitteleuropa"

Archiv

DD 718-26-15



*Man
zum Katalog
ist 4 + an uns
gegangen*

An den
Verband der
Kriegsdienstverweigerer
6 Frankfurt (Main) S. 10
Hans Thoma-Str. 11

fi. 6/3

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT
Bund der Kriegsgegner e. V.
gegr. 1892 von Bertha v. Suttner
LANDESGRUPPE HAMBURG

2000 Hamburg 39
Großheidestraße 26 I.



ED718-26-16

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT

Bund der Kriegsgegner e. V. - Gegr. 1892

Angeschlossen an:

War Resisters International, Enfield Midd. England und International Peace Bureau, Geneva

Präsident:

D. Martin Niemöller

Friedensnobelpreisträger aus den Reihen der DFG:

Baronin Bertha von Suttner
Schriftsteller Alfred H. Fried
Professor Ludwig Quidde
Schriftsteller Carl v. Ossietzky

Ehrenmitglieder:

Prof. Dr. Pauling
Dr. Albert Schweitzer

KURATORIUM

Vors. August Bangel
Gottfried Wandersleb

Mitglieder:

Stefan Albring
Günter Anders
Prof. Fritz Baade
P. J. Noel Baker MP.
Prof. Karl Balsler
Emilie Bauchet
Prof. Karl Bechert
Axel Eggebrecht
Prof. Rudolf Genschel
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Adam Guggenberger
Frau Anna Haag
Dr. Max Habicht
Hein Herbers
Heinz Hilpert
Dr. J. B. Th. Hugenholtz
Heinz Kraschutzki
Robert Jungk
Otto Lehmann-Russbuedt
Dr. Bodo Manstein
Dr. Friedrich Müller
Dr. J. Mueller
Prof. Ulrich Noack
Prof. Franz Rauhut
Earl Bertrand Russell
Prof. Siegmund-Schultze
Pater Franziskus Stratmann
Prof. Dr. Thirring
Prof. Johannes Ude
Fritz v. Unruh
Emil Graf von Wedel
Prof. Fritz Wenzel
Max Zelck

469 Herne, den

Gottfried Wandersleb, Pf.
Bismarckstraße 98a
Ruf 5 05 73

Sehr verehrte Dame!
Sehr verehrter Herr!

Die Deutsche Friedensgesellschaft wendet sich mit anliegendem Aufruf an Sie. Aus dem Inhalt ersehen Sie, daß wir eine Europa-Woche für Verständigung planen. Aus einer Reihe europäischer Länder werden Vertreter daran teilnehmen und mitwirken. Wir hegen die Hoffnung, daß die Gedanken, die in dem Aufruf geäußert werden, auch Ihre Zustimmung finden.

Wir würden uns freuen, von Ihnen eine Äußerung, Zustimmung oder Teilnahmebereitschaft zu erhalten. Über den Stand der Vorbereitungen werden wir Sie laufend unterrichten.

Für die Geschäftsführung:
Hochachtungsvoll

Wandersleb

Bundesvorsitzender der DFG.

AUFRUF zur Europa-Woche für Verständigung

Die Deutsche Friedensgesellschaft, gegründet 1892, beehrt sich, Sie zu einer **Europa-Woche für Verständigung** einzuladen. Wir tun dies anlässlich des Todestages unserer ehrwürdigen Mitbegründerin, der Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner, die vor 50 Jahren, am 21. Juni 1914, starb.

Ihnen und uns gemeinsam ist das Gedenken an den Ausbruch des I. Weltkrieges vor 50 Jahren und des II. Weltkrieges vor 25 Jahren. Wir sind der Meinung, daß in diesem Erinnerungsjahr 1964 ein guter Impuls von uns allen ausgehen muß. Die Europa-Woche für Verständigung — mit dem Blick auf eine friedliche Zukunft — möchte alle Persönlichkeiten und Organisationen vereinen, die an einer Verständigung innerhalb Europas interessiert sind und auf ihre Weise bereits wertvolle Arbeit geleistet haben. „Der Weltfriede fordert von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung“, hat Prof. Dr. C.F. von Weizsäcker unlängst gesagt.

Wir wenden uns gerade an Sie mit unserer Aufforderung, weil wir glauben, daß Sie mit Ihren Erfahrungen und Erkenntnissen die menschlichen Kontakte zwischen den Nachbarländern fördern können. **Dabei denken wir an die Ausweitung bisher geglückter Versuche der Verständigung. Diese Ausweitung hat schon ihren Ausdruck gefunden in anderen europäischen Begegnungen, so auch in den Städtepartnerschaften.**

Auf Treffen in mehreren Städten der Bundesrepublik, die für die Zeit vom 21. 6. - 5. 7. 1964 vorbereitet werden, wird es Ihnen möglich sein, Ihren speziellen Beitrag zu diesen Begegnungen zu leisten. Unsere Aufforderung ergeht auch an Persönlichkeiten und Organisationen in anderen europäischen Ländern, wie Frankreich, Belgien, Großbritannien, Holland, Polen und Tschechoslowakei, auch in USA und der UdSSR.

Die Deutsche Friedensgesellschaft hat das Nachlassen internationaler Spannungen mit großer Erleichterung begrüßt. Diese Entwicklung kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch viele Fragen ungelöst sind. Auf der Grundlage des Vertrauens wurde bereits die Erbfeindschaft Deutschland — Frankreich abgebaut. — Die Europa-Woche für Verständigung soll durch Gedanken- und Meinungsaustausch weiterhelfen, um in Europa ohne Krieg zu leben.

Nicht nur am Ausgang des vergangenen Jahrhunderts, sondern auch heute wirkt die Deutsche Friedensgesellschaft in der Öffentlichkeit für das gegenseitige Verstehen. Einst warb die Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner mit der ganzen Kraft ihres Herzens für diesen Gedanken. Professor Linus Pauling, amerikanischer Wissenschaftler und Nobelpreisträger, der 1962 auch den Friedensnobelpreis erhielt, erhebt heute seine Stimme für eine Welt ohne Waffen. Professor Pauling ist Ehrenmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft. Er wird während der Europa-Woche in mehreren Großstädten der Bundesrepublik sprechen.

Auf mündliche Anfragen wurden uns bisher im In- und Ausland viele ermutigende Zustimmungen gegeben. Der Präsident der Weltorganisation WRI (War Resister's International), der auch die Deutsche Friedensgesellschaft angehört, Harold F. BING, M. A., F. R. Hist. S. aus England, nimmt als Redner an Veranstaltungen **der Europawoche für Verständigung teil.**

Auf Ihre Anregungen und Äußerungen, sowie auf Ihre Bereitschaft der Mitwirkung wartet mit freundlichen Empfehlungen die Deutsche Friedensgesellschaft als Initiator.

Kirchenpräsident D. Martin Niemöller,
 Stadtdirektor a. D. August Bangel,
 Pfarrer Gottfried Wandersleb
 Stefan Albring, Lt. des Auslandsinstituts Dortmund
 Prof. Dr. Karl Bechert, MdB. Gausalgesheim
 Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Berlin
 Heinz Hilpert, Intendant, Göttingen
 Dr. Hugenholtz, Zeist/Holland, Pfarrer
 Dr. med. Bodo Manstein, Detmold
 Prof. Dr. Franz Rauhut, Würzburg
 Prof. Dr. Franz Rauhut, Würzburg
 Prof. D. Siegmund-Schultze, Soest, Präs. d. Arb. Gem. Deutscher Friedensverbände
 Pater Franziskus Stratmann, Kloster Walberberg
 Prof. Dr. H. Thirring, Wien, Mitgl. d. Bundesrates d. Republik Österreich.

ED 718-26-18

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT
Bünd der Kriegsgegner e.V.
Gegr. 1892 - Bundesvorstand
EUROPAWOCHE FÜR VERSTÄNDIGUNG

469 Herne, im Mai 1964.
Bismarckstr. 98 A
Telefon 5 05 73

21.5.64

Sehr geehrte Damen und Herren !

Der Aufruf zur Europawoche für Verständigung hat bei vielen Menschen in der Bundesrepublik, bei Organisationen und Friedensverbänden - aber auch in unseren europäischen Nachbarländern - ein lebhaftes Echo gefunden.

In vielen Fällen äusserte man große Interessiertheit, gab man freudige Zustimmung, des 50. Todestages Bertha von Suttners und im Erinnerungsjahr 1964 zweier Weltkriege und seiner Opfer zu gedenken.

Die Woche für Verständigung soll die Völker Europas einander näherbringen, soll Haß und Mißtrauen abbauen und die Spannungen mindern. Gespräche und Austausch der Meinungen werden sicher zur Verbesserung des internationalen Klimas beitragen, werden Vertrauen schaffen und die Erkenntnis, daß alle Probleme auf friedlichem Wege gelöst werden können.

Sollen in Europa Entspannung und Sicherheit einkehren, dann erfordert das unsere gemeinsamen Anstrengungen, um die Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands zu verbessern.

Die Verständigung in Europa bedeutet zuallererst: Verständigung und Verhandlungen in Deutschland !

Das atomare Zeitalter, in dem wir leben, läßt keine anderen Lösungen zu. Wenn ein dritter Weltkrieg verhindert werden soll, dann muß man in Europa und in Deutschland abrüsten! Dann darf Deutschland nicht in den Besitz von Kernwaffen gelangen. Dann muß die Bundesrepublik auf die Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht verzichten! Dann müssen die Rüstungsausgaben eingeschränkt werden. Dann muß man mit dem Gegner verhandeln. Dann muß man auch mit der DDR sprechen.

In diesem Sinne haben viele Personen in der Bundesrepublik und in den Nachbarländern Stellung bezogen. Sie haben uns ihre Meinungen in Briefen mitgeteilt. - Es ist unmöglich, alle Äusserungen an dieser Stelle wiederzugeben. Doch wollen wir wenige stellvertretend sprechen lassen:

"Wir begrüßen diesen Aufruf und die im Rahmen dieser Woche geplanten Veranstaltungen. Mehr noch, wir möchten durch aktive Mitarbeit im Sinne Bertha von Suttners Ihren Plan unterstützen. Wir werden uns auch bemühen, unsere Freunde im benachbarten Elsaß, in der Schweiz, in Dänemark und den Niederlanden für die Europawoche zu interessieren."

Demokrat. Kulturbund - Bundessekretariat Karlsruhe.

"Ich hoffe sehr, daß diese Woche dazu beitragen möge, in vielen Menschen und besonders im deutschen Volke, die Bereitschaft einer echten Politik des Friedens, der Verständigung und der Versöhnung zu vermehren, ohne welche die Menschheit keine Zukunft mehr haben wird."

Prof. Dr. A.J. Rasker, Reichsuniversität Leiden/Holland.

"Ich freue mich über diese Aktion und wünsche Ihnen Glück und gutes Gelingen."

Pastor Ernst E. Wittekindt, Stud.Direktor, Wuppertal.

"Soweit es meine Verpflichtungen als Dozentin an der hiesigen Volkshochschule zulassen, will ich gern an den Veranstaltungen der Europawoche teilnehmen. - Unsere Weltmütterbewegung WOMAN ruft ebenfalls zu einer Würdigung unserer mutigen Vorkämpferin in allen Arbeitskreisen auf. Mit allen guten Wünschen für die immense Vorbereitungsarbeit."

Ilona Hinz - König, Bremen.

"Ich begrüße die Veranstaltung einer Europawoche für Verständigung und teile Ihnen ergebenst mit, daß ich nach Möglichkeit teilzunehmen gedenke und gegebenenfalls auch zur Mitwirkung bereit bin."

Ministerialrat a.D. Dr.phil.Dr.jur. W. Kühn, Wiesbaden.

"Für die Europawoche für Verständigung sage ich Ihnen - im Verein mit dem hiesigen Soester Prof. Siegmund-Schultze - meine völlige Zustimmung als aktiver Ostermarschierer."

Chefarzt Dr. med. Richard Mentz, Soest.

"Daß Sie für die Europawoche den Todestag Bertha von Suttners wählten, ist sehr anerkennenswert. Damit haben Sie im weiteren Sinne - besonders der Frau die Ehre gegeben, die ihrer Natur nach mehr am Leben als am sinnlosen Sterben interessiert ist. Mit guten Wünschen für die vorbereitenden Arbeiten."

Ursula Rütt, Darmstadt, Schriftstellerin.

"Als Mitglied der IdK möchte ich auch Ihre Arbeit unterstützen. Ich würde auch bei der DFG Mitglied werden und bin an Ihrem Schrifttum interessiert."

Manfred Bezler, Bürgermeister, Steinheim.

"Ich danke herzlichst für die Sendungen der Friedensgesellschaft. Eine Anmeldung für die Dampferfahrt sandte ich gleich ab."

Internationaler Versöhnungsbund, Ld.Verband Saarland/Pfalz
Pfarrer Günter Heipp, Homburg/Saar.

Einige Pfarrer, Professoren, Gewerkschaftssekretäre u.a. haben freundlicherweise angeboten, auf Kundgebungen zu sprechen und bei der Europawoche für Verständigung mitzuwirken. - Andere fragen an, in welcher Form ihre Mitarbeit aussehen kann. - Einige wollen Mitglied der DFG werden.

JEDE MITARBEIT IST ERWÜNSCHT .

An KUNDGEBUNGEN SIND VORGESEHEN :

- 24. 6. Bochum, 25.6. Dortmund, 26.6. Duisburg,
- 27. 6. Düsseldorf, 28.6. Linz und Köln.

Kundgebungen mit Prof. Dr. Linus Pauling sind ferner in München, Hamburg, Hannover, Bremen, Essen, Frankfurt/M. und Ulm.

Auf Initiative von örtlichen DFG Gruppen sind ferner Veranstaltungen in Siegen, Mönchengladbach/Rheydt geplant. - - - Wir benötigen für alle genannten Kundgebungen noch deutsche Referenten. Aus dem Ausland liegen eine Reihe von Zusagen vor.

Helfen Sie mit, die Kundgebungen vorzubereiten, dafür zu werben und nehmen Sie mit Ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten daran teil. Geben Sie uns Adressen von Persönlichkeiten, Gewerkschaftsfunktionären u.a., die wir für die Europawoche gewinnen können.

Es sind bis jetzt zahlreiche Geldbeträge als Spenden eingegangen. Zur Finanzierung von Plakaten, Handzetteln, Briefen, Auslagen für Porti, reichen diese Beträge jedoch bei weitem nicht aus. Spenden können auf PSCH. Kto. Sybille Weber, Düsseldorf, eingezahlt werden.

Wir benötigen auch Ihre Ideen und Vorschläge und sind für alle Empfehlungen dankbar. In Köln und Düsseldorf brauchen wir Privatquartiere für ausländische Gäste. Anmeldungen der Quartiergeber an Frau Weber, Düsseldorf, Elisabethstr. 113.

Die Friedensfahrt auf dem Rhein kann zu einem Höhepunkt der europäischen Begegnung werden. Jeder kann an dieser Rheinfahrt teilnehmen und während der Fahrt mit den Vertretern verschiedener Länder sprechen. (Fassungsvermögen des Schiffes: 1 600 Passagiere) In Linz werden Brieftauben und Luftballons aufsteigen. Eine große Tombola mit Preisen aus internationalen Ländern wird sicher für jeden Reiseteilnehmer Überraschungen bringen. Eine Kapelle spielt zum Tanz. - Für Kinder besondere Musik und Unterhaltung mit Kasperle-Theater.

Schicken Sie so bald wie möglich Ihre Anmeldung für die Friedensfahrt auf dem Rhein. Sichern Sie sich einen Platz. Anmeldeschluß endgültig 15. Juni 1964.

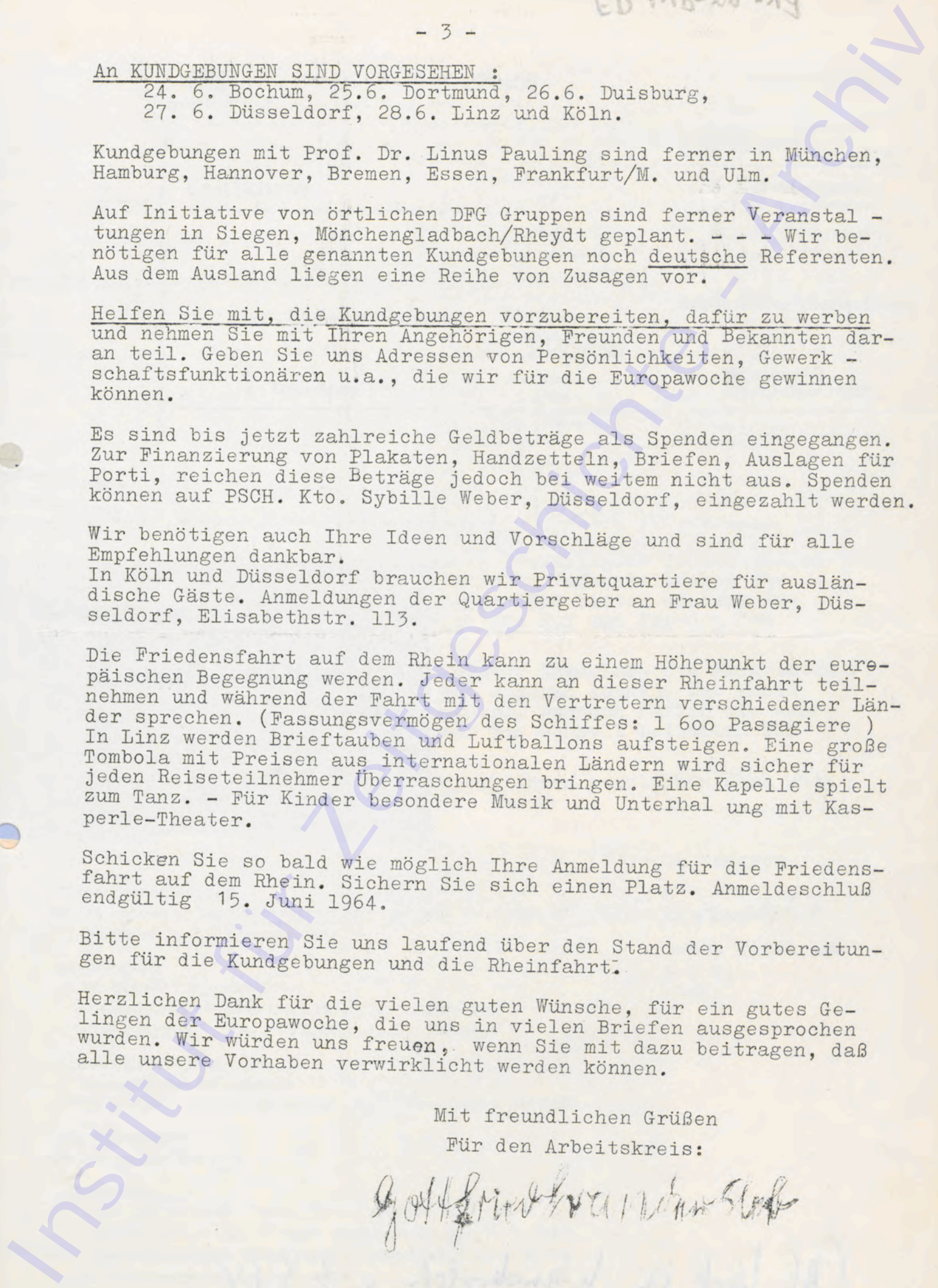
Bitte informieren Sie uns laufend über den Stand der Vorbereitungen für die Kundgebungen und die Rheinfahrt.

Herzlichen Dank für die vielen guten Wünsche, für ein gutes Gelingen der Europawoche, die uns in vielen Briefen ausgesprochen wurden. Wir würden uns freuen, wenn Sie mit dazu beitragen, daß alle unsere Vorhaben verwirklicht werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Arbeitskreis:

Gottfried van der Sluis



Institut für Zeitgeschichte - Archiv

(Bf Vack am Wanderzleb v. 3. 3. 64 —
Erklärung. Nicht-Zus. arbeit) — Antw. 29. 4. ein —

Teilnahmebestätigung

Ich/wir nehmen an der Rheinfahrt von Köln nach Linz und zurück, am 28. 6. 1964, mit Personen teil.

Restauration

Ich/Wir bestellen folgendes Essen

1. Erbsensuppe mit Wurst zu DM 1,15 für Personen
2. Essen à la Karte DM 3,- / 3,65 für Personen

Kaffee-Pause in Linz

Ich/wir bestellen 1 Kaffeegedeck

2 Stck. Kuchen, 1 Kännchen Kaffee für Pers. Gedeck DM 3,50

Anmeldetermin

bis zum 15. Juni 1964

Fahrtkosten

DM 7,50 für Erwachsene · DM 4,- für Kinder bis zu 10 Jahren

Die Fahrtkosten sind vor der Reise, spätestens bis zum 15. 6. 1964 auf das Postscheckkonto Sybille Weber, 4 Düsseldorf, Elisabethstr. 113, (Sonderkonto) 2254 55 Köln, einzuzahlen.

.....

Absender

Besondere Bemerkungen:

Frau

Sybille Weber

4 DÜSSELDORF

Elisabethstraße 113



Absender: DM Pf f. Kto Nr. **225455**

Absender:

Für Vermerke des Absenders

Eingez. auf Kto Nr. **225455** PSchA Köln

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

Einlieferungsschein

- Bitte sorgfältig aufbewahren -

DM Pf für Konto

auf DM Pf

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

Deutsche Mark Pf
(in Ziffern)

Nr. **225455**

Deutsche Mark

für

SchA Köln

für **Sybille Weber (Sonderkonto)**

Konto Nr.

Sybille Weber (Sonderkonto)

Eingezahlt am Absender (mit Postleitzahl!)

225455

in **4 Düsseldorf 1**

Postscheckamt **Köln**

in **4 Düsseldorf 1 Elisabethstr. 113**

Postvermerk

Eingangs-Nr.

Postvermerk

ED 718-25-21

S 1/14 (vk) (Kl. III 0) (PSchO Anl. 2)

(2. 64)

(Einl.-Nr., Namensz. d. Annahmebea, Tag u. Monat)

(Einl.-Nr., Annahmebea)

Europawoche
Verständigung
Buchung, Kassenzelchen, Buchungsnummer

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftempfänger

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-26-22

Europa

Woche

für

Verständigung



KÖLN

COLOGNE



EUROPA-WOCHE FÜR VERSTÄNDIGUNG

treffen sich in Düsseldorf und Köln Vertreter aus verschiedenen Ländern Europas.

Franzosen, Belgier, Holländer und Engländer, Polen, Tschechoslowaken, Amerikaner und Deutsche bringen Botschaften des Friedens und der guten Nachbarschaft an den Rhein. Aus Amerika nimmt der zweifache Nobelpreisträger Linus Pauling teil. Aus Großbritannien kommt der Präsident der War Resister's International, Prof. M. A. Harald Bing.

Die Europa-Woche für Verständigung erhält ihre besondere Bedeutung durch die Gedenktage dieses Jahres:

50. Todestag Berta v. Suttner

Beginn des I. Weltkrieges vor 50 Jahren

Beginn des II. Weltkrieges vor 25 Jahren.

Berta v. Suttner rief auf: „Die Waffen nieder!“

Das Europa-Treffen am Rhein wird diesen Ruf durch den Willen zur Verständigung zum Ausdruck bringen.

Kirchenpräsident D. M. Niemöller:

„Wer den Frieden will, muß die Verständigung mit dem Gegner wollen. Wir haben nur einen Weg: Die Koexistenz muß nicht diskutiert, sie muß probiert, sie muß gewagt werden.“

Prof. Freiherr von Weizsäcker:

„Der bewußt gewollte, geplante und herbeigeführte Weltfriede ist die Lebensbedingung des technischen Zeitalters.“

Auf dem Schiff Musik und Unterhaltung · Große Tombola
mit Gewinnen aus vielen Ländern · Restauration an Bord

Fahrpreis DM 7,50 für Erwachsene
DM 4,00 für Kinder bis zu 10 Jahren

Kaffeepause in Linz in drei schönen Gartenlokalen 15 - 16 Uhr

Bürgerhaus Palm

Hotel Europäischer Hof

Hotel Weinstock



EUROPA-WOCHE FÜR VERSTÄNDIGUNG

Internationale Kundgebungen in

Dortmund Bochum München Hamburg Essen

Düsseldorf am 27. Juni 1964 19.00 Uhr

Linz am Rhein am 28. Juni 1964 13.30 Uhr
auf dem Marktplatz

Köln am 28. Juni 1964 19.30 Uhr

ED 718-26-24



Mit einem Dampfer der Klasse
GOETHE · MAINZ · RHEINLAND
am Sonntag, dem 28. Juni 1964

VON KÖLN NACH LINZ

Abfahrt Köln 9.00 Uhr Landesteg
Köln-Düsseldorfer

Ankunft Linz 13.30 Uhr
13.45 Uhr Kundgebung Marktplatz

Es sprechen: Prof. Linus Pauling, USA
Prof. Harold Bing, England

Abfahrt Linz 16.30 Uhr
Ankunft Köln 19.00 Uhr Landesteg
Hohenzollernbrücke

Anmeldungen für die Rheinfahrt:

Sybillе Weber, 4 Düsseldorf, Elisabethstraße 113

Verantwortlich für die Durchführung:

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT
BUND DER KRIEGSGEGNER EV.
GEGR. 1892

Präsident

D. Martin Niemöller

Vorsitzende

August Bangel, Stadtdirektor i. R.

Gottfried Wandersleb, Pfarrer

KURATORIUM

Ehrenmitglieder: Prof. Linus Pauling, Dr. Albert Schweitzer

Mitglieder:	Heinz Kraschutzki
Stefan Albring	Robert Jungk
Günther Anders	Otto Lehmann-Russbuedt
Prof. Fritz Baade	Dr. Bodo Manstein
P. J. Noel Baker MP.	Dr. Friedrich Müller
Prof. Karl Balsler	Dr. J. Mueller
Emile Bauchet	Prof. Ulrich Noack
Prof. Karl Bechert	Prof. Franz Rauhut
Axel Eggebrecht	Earl Bertrand Russel
Prof. Rudolf Genschel	Prof. Siegmund-Schultze
Prof. D. Helmut Gollwitzer	Pater Franziskus Stratmann
Prof. Adam Guggenberger	Prof. Dr. Thirring
Frau Anna Haag	Prof. Johannes Ude
Dr. Max Habicht	Fritz v. Unruh
Hein Herbers	Emil Graf von Wedel
Heinz Hilpert	Prof. Fritz Wenzel
Dr. J. B. Th. Hugenholtz	Max Zelck

Als Sachwalterin des Erbes Berta von Suttner, der Mitbegründerin der DFG, hat die Deutsche Friedensgesellschaft in ihrem Programm von Heidelberg 1956 erklärt:

„Die Deutsche Friedensgesellschaft wirkt für die friedliche Verständigung des deutschen Volkes mit allen Völkern der Erde und setzt sich für einen gewaltlosen Ausgleich der Spannungen und unvermeidlichen Gegensätze zwischen den Staaten ein“

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT
Bund der Kriegsgegner e.V.

469 Herne, im August 1964
Bismarckstr. 98 A
Telefon 5 05 73

Bundesvorstand - Vorsitzende:
August Bangel
Gottfr. Wandersleb

14. 8. 64

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie Sie wissen, hat die Deutsche Friedensgesellschaft in der Zeit vom 21. - 28. Juni 1964 in Zusammenarbeit mit anderen Friedensverbänden die Europawoche für Verständigung erfolgreich durchgeführt.

Dem von den Veranstaltern des Düsseldorfer Podiumsgesprächs erarbeiteten Ruf zum Frieden haben sich inzwischen viele Persönlichkeiten angeschlossen und ihre Bereitschaft bekundet, den Ruf als Flugblatt mit ihrer Unterschrift zu veröffentlichen.

Da die im Ruf zum Frieden angesprochenen Probleme und aufgezeigten Lösungsmöglichkeiten auch Ihren Bestrebungen entsprechen, erlauben wir uns, Ihnen vorzuschlagen, sich an der Verteilung des Materials zu beteiligen. Gerade die in den kommenden Wochen stattfindenden Veranstaltungen aus Anlass der besonderen Gedenktage 1964 bieten unseres Erachtens eine gute Möglichkeit, den Ruf zum Frieden den Menschen bekanntzumachen.

Wir übermitteln Ihnen anbei einige Exemplare des Flugblattes, das wir leider nicht kostenlos abgeben können. Der Preis pro 1 000 Stück beträgt DM. 40.00. Dennoch hoffen wir sehr auf Ihre Bestellung, damit wir Sie schnell beliefern können.

Für Ihre Unterstützung sagen wir Ihnen herzlichen Dank und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Gottfr. Wandersleb P.

P.S.: Da ich in den nächsten Tagen in Urlaub gehe, bitte ich Sie, Bestellungen an Frau Sybille Weber,
4 Düsseldorf, Elisabethstr. 113, zu richten.

D.O.

Prof. Dr. phil. et. med. Dr. phil. h. c.: K: Saller
München

A. Schaller Musikdirektor a. D.,
Espelkamp-Mittenwald

Lore Schlomka Pastorin, Bad Godesberg

Helmut Schreiner Pfarrer,
Niederkirchen bei Kaiserslautern

Prof. D. F. Siegmund-Schultze Soest

P. Tibbe, Pastor, Göttingen

Asmus Thomsen Vorsitzender des SDS,
Landesverband Schleswig-Holstein, Preetz

Peter Topp Paderborn

Johannes Tralow Schriftsteller, Berlin

Kurt Wagner Pfarrer, Ebersbach/Fils

Gottfried Wandersleb Pfarrer,
Bundesvorsitzender der DFG, Herne

Emil Graf von Wedel Wiesbaden

Wilm Westerhold Bielefeld-Uerentrup

Ernst E. Wittekindt Pastor,
Studiendirektor, Wuppertal

Gertrud Wolferts Studienrätin a. D., Velbert

Max Zelck, Regierungsdirektor i. R.,
Hamburg-Wellingsbüttel

Verantwortlich für den Inhalt: **Pfarrer Wandersleb, Herne**
Druck: **Völkel & Koch, Düsseldorf**

ED 713-26-26

RUF ZUM FRIEDEN

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

Im Rahmen der Europawoche für Verständigung wurde auf einem von 500 Zuhörern aus der Bundesrepublik und Gästen aus der DDR, Frankreich, Belgien, Holland, England, USA und der Tschechoslowakei besuchten Forum in Düsseldorf im Juni 1964 folgender Ruf zum Frieden erstmals verkündet.

In diesem Jahr gedenken wir zweier Weltkriege, die von Europa ihren Ausgang nahmen:

50 Jahre sind seit dem Ausbruch des ersten, 25 Jahre seit dem Beginn des zweiten vergangen. – Eine Politik der Gewalt, die im Wettrennen und im Gegeneinander militärischer Pakte ihren Ausdruck fand, führten zu Tod und Leid, das zuerst über die europäischen Völker hereinbrach. Die deutsche Nation trug für diese unheilvolle Entwicklung eine besondere Verantwortung.

Im Jahre des 50. Todestages Bertha von Suttner erinnern wir uns ihrer Mahnung „Die Waffen nieder“, ihrer Forderung nach Abrüstung und einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung.

Wir hören diese Mahnung und stellen uns unserer deutschen Verantwortung. Gemäß dem Auftrag unseres Grundgesetzes, dem Frieden der Welt zu dienen, fragen wir nach dem Weg zum Frieden heute; denn wiederum droht ein weltpolitischer Krisenherd im Her-

zen Europas – die Spannungen im gespaltenen Deutschland und die Auseinandersetzungen um Berlin – den großen Krieg auszulösen.

Wir wissen, daß der Krieg unserer Zeit, der Atomkrieg, mit dem Krieg der Vergangenheit nur noch den Namen gemein hat. Er wäre völliges Chaos und totale Vernichtung. Nichts, aber auch nichts, kann eine Politik rechtfertigen, die den Krieg als eines ihrer Mittel einkalkuliert. Wenn wir leben wollen, wenn unser Volk, Europa, die Menschheit eine Zukunft haben soll, dann gilt es eine neue Politik zu führen, eine Politik, die zum Frieden treibt.

Wir richten unseren Friedensruf an unsere Mitbürger und an unsere Nachbarvölker:

Setzt nicht auf die Politik der Stärke! Setzt Euch ein für Entspannung und Verständigung!

An die Stelle des Kalten Krieges, der Europa zerreißt, muß die friedliche Zusammenarbeit der Nationen treten. Dies gilt gerade auch für die Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands!

Widersetzt Euch der multilateralen Atomstreitmacht der NATO, wie den Atomplänen der westdeutschen militärischen Führung und denen de Gaulles! Verlangt unermüdlich die kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa als einen ersten entscheidenden Schritt zu einem atomwaffenfreien Europa! Die weitere Verbreitung von Kernwaffen – sei es durch die Bildung neuer Atomstreitkräfte oder durch die Stationierung von Atomraketen auf deutschem Boden – verschärft die Unsicherheit und gefährdet die ersten Ergebnisse der Entspannungspolitik. Sie widerspricht der weltpolitischen Entwicklung zur Entspannung, wie

sie zum Beispiel im Moskauer Teststopp-Abkommen, in der Senkung der Rüstungsbudgets der UdSSR und der USA, in der Einstellung der Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke ihren Ausdruck findet. Und sie droht, die Genfer Abrüstungsverhandlungen zwecklos zu machen.

Die atomare Bewaffnung der Bundeswehr – in welcher Form auch immer – führt an den Rand des dritten Weltkrieges. Laßt Euch darum nicht über die Tragweite einer solchen Entscheidung täuschen!

Nicht die weitere Anhäufung und Ausbreitung von Kernwaffen, sondern praktische Maßnahmen der Abrüstung und Entspannung bringen Sicherheit, schaffen Vertrauen und bereiten so den Boden für Verständigung und Zusammenarbeit.

Folgende Persönlichkeiten haben sich inzwischen zu diesem Ruf zum Frieden bekannt:

Maria Anstadt Castrop-Rauxel

Dr. Theodor Asholt Oberstudienrat i. R.,
Echternacherbrück

Manfred Bezler Bürgermeister,
Steinheim über Albuch

August Bangel Stadtdirektor i. R.,
Bundesvorsitzender der DFG, Castrop-Rauxel

Käthe P. C. Callsen Hamburg-Othmarschen

Erna Dibbern Rektorin a. D.,
Hamburg-Othmarschen

Dr. med. Wilh. Dilthey Augenarzt, Wiesbaden
Hermann Duus Schriftsteller, Wolfsburg
Prof. Gerhard Gollwitzer Stuttgart
Prof. D. Helmut Gollwitzer D. D.,
Berlin-Nikolassee
Dr. theol. Greifenhagen Pastor, Bremen
Vincenz Groeger Pfarrer i. R., Paderborn
Dr. Georg Groeninger Oberamtsrichter a. D.,
Darmstadt
Herbert Günneberg Pfarrer,
Bundesvorsitzender der JdK, Essen
Elly Halbe Lüdenscheid
Dr. Helling Oberstudiendir. a. D., Schwelm
Katharina Herbach Kaiserslautern
Klaus Herborn Studienrat, Hilden
Ilona Hinz-Koenig Bremen
Otto Jansen, Bremen
Dr. Ernst Moritz Klingenburg Mettmann
Hanns Christian Kratzsch 1. Vorsitzender der
SDS-Hochschulgruppe Kiel
Alfred H. Kuby Pfarrer, Zweibrücken
Mira von Kühlmann München
Dr. Dr. Walter Kühn Ministerialrat a. D.,
Wiesbaden
Dr. Julie Langen Chemikerin, Düsseldorf
Luise Margarete Lohss Studienrätin,
Murrhardt
Dr. med. Paula Meyer Bünde i. W.
Dr. Friedrich Müller Verwaltungsgerichts-
präsident i. R., Wiesbaden
D. Martin Niemöller D. D., Kirchenpräsident,
Präsident der JdK und DFG, Wiesbaden
Dr. H. Offe Freiburg i. Br.
Marissa Baronin von der Osten Baden-Baden
Dr. Reinhold Rieger Pfarrer, Karlsruhe
Dr. J. C. Rossaint Dortmund



DM Pf f. Kto Nr. **225455**

Absender:

.....

.....

.....

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf DM Pf

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

..... Deutsche Mark

für **Sybille Weber (Sonderkonto)**

Konto Nr.

225455

Postscheckamt

Köln

in **4 Düsseldorf 1**

.....

Postvermerk

Eingangs-Nr.

ED 718-26-28

S 1/14 (vk) (Kl. III f)
(PSchO Anl. 2)

Für Vermerke des Absenders

Eingez. auf
Kto Nr. **225455** PSchA Köln

Einlieferungsschein

- Bitte sorgfältig aufbewahren -

..... Deutsche Mark Pf
(in Ziffern)

für

Sybille Weber (Sonderkonto)

in **4 Düsseldorf 1
Elisabethstr. 113**

.....

Postvermerk

(Einl.-Nr., Annahmebea)

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftempfänger

DM Pf
für Konto
r. **225455**

SchA Köln
ingezahlt am
Absender (mit Postleitzahl):

betrifft **Europawoche
für Verständigung**

Rechnung, Kassenzeichen, Buchungsnummer)

⊗ (2. 64)

(Einl.-Nr., Namensz. d. Annahmebea, Tag u. Monat)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Reinhaltung
der Luft
Düsseldorf
1.-9. April 1965



Rein
der
Düs
5.-9



Herrn
Horst Bauer

ED 713-26-29

6 Frankfurt / M. - Schwabheim!
Im Ruckstein 43

Sybillie Weber
4 Düsseldorf
Elisabethstr. 113

Institut für Zeitgeschichte

ED 718-26-30

INTERNATIONALES FORUM

Thema:

**Worin besteht für Sie ein echter Deutscher Beitrag zur
Internationalen Zusammenarbeit?**

Sprecher: **Oberkirchenrat D. D. Heinz Kloppenburg**, Dortmund
Dr. Hannelis Schulte, Theologin, Heidelberg
Prof. Heinz Kamnitzer, Pen-Club, Berlin
Dr. Walter Fabian, Köln, Herausgeber der gewerk-
schaftlichen Monatshefte
Prof. Albert Rasker, Universität Leyden, Holland
Prof. Josef Frantisek, Warschau, Polen, u. a.

**Samstag, den 26. Juni 1965, 17.00 Uhr in der
Aula der Frau Rat-Goethe-Schule, Duisburg, Landgerichtsstraße**

Es laden freundlichst ein:

August Bangel, Stadtdirektor i. R.
Gottfried Wandersleb, Pfarrer
Bundesvorsitzende

Deutsche Friedensgesellschaft
Ortsgruppe Duisburg
Aenne Hegemann

Unkostenbeitrag DM 1,-

1965

U N O - J A H R

der internationalen Zusammenarbeit



Institut für Zeitgeschichte - Archiv



ED 718-26-31

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT

Bund der Kriegsgegner e. V. - Gegr. 1892

Angeschlossen an:

War Resisters International, Enfield Midd. England und International Peace Bureau, Geneve

Präsident:

D. Martin Niemöller

**Friedensnobelpreisträger
aus den Reihen der DFG:**

Baronin Bertha von Suttner
Schriftsteller Alfred H. Fried
Professor Ludwig Quidde
Schriftsteller Carl v. Ossietzky

Ehrenmitglieder:

Prof. Dr. Linus Pauling
Dr. Albert Schweitzer

Bundesvorsitzende:

August Bangel, Stadtdirektor i. R.
Gottfried Wandersleb, Pfarrer

Kuratorium

Mitglieder:

Stefan Albring
Günter Anders
Prof. Fritz Baade
P. J. Noel Baker MP.
Prof. Karl Balsler
Emilie Bauchet
Prof. Karl Bechert
Axel Eggebrecht
Prof. Rudolf Genschel
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Adam Guggenberger
Frau Anna Haag
Dr. Max Habicht
Hein Herbers
Heinz Hilpert
Dr. J. B. Th. Hugenholtz
Heinz Kraschutzki
Robert Jungk
Dr. Bodo Manstein
Dr. Friedrich Müller
Dr. J. Mueller
Prof. Ulrich Noack
Prof. Franz Rauhut
Earl Bertrand Russell
Prof. Siegmund-Schultze
Pater Franziskus Stratmann
Prof. Dr. Thirring
Prof. Johannes Ude
Fritz v. Unruh
Emil Graf von Wedel
Prof. Fritz Wenzel
Max Zelck

469 Herne, den 24. Juni 1965

Gottfried Wandersleb

Bismarckstraße 98a

Ruf 5 05 73

25. 6. 65

Zu spät!

Sehr geehrte Herren!

In der Anlage überreiche ich Ihnen eine Karte zu dem Forum in Duisburg am Samstag, dem 26. Juni 1965 um 17 Uhr.

Vorher soll um 16 Uhr eine Pressekonferenz stattfinden. Anwesend werden sein: Dr. W. Fabian-Köln, Prof. Dr. Rasker-Leyden, Prof. Dr. Kamnitzer-Berlin, Frau Dr. theol. H. Schulte-Heidelberg, Frau Alma Kettig, MdB-Witten, Prof. Thirring-Wien und Gewerkschafts Sekretär Bruynckx-Lüttich.

Zu dieser Pressekonferenz lade ich hiermit herzlich ein. Sie wird abgehalten im

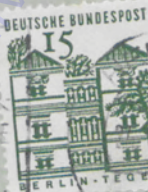
Theaterkeller-Duisburg (unter dem Stadttheater)
um 16 Uhr.

Hochachtungsvoll

Gottfried Wandersleb

Bundesvorsitzender

DEUTSCHE BUNDESPOST
15
FEDERATION
ABSENDER
ANGABE
MIT
POSTLEITZAHL



469

Presseref. des VK Horst Maurer

EG 718-26-32

6 Frankfurt-Schwanheim

Am Ruhestein 43



Deutsche Friedensgesellschaft

Bund der Kriegsgegner e. V.

Westdeutscher Landesverband

Herne/Westf.

Bismarckstraße 98a

Institut für Zeitgeschichte



ED 718-26-33

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT

Bund der Kriegsgegner e. V. - Gegr. 1892

Angeschlossen an:

War Resisters International, Enfield Midd. England und International Peace Bureau, Geneve

Präsident:

D. Martin Niemöller

**Friedensnobelpreisträger
aus den Reihen der DFG:**

Baronin Bertha von Suttner
Schriftsteller Alfred H. Fried
Professor Ludwig Quidde
Schriftsteller Carl v. Ossietzky

Ehrenmitglieder:

Prof. Dr. Linus Pauling
Dr. Albert Schweitzer †

Bundesvorsitzende:

August Bangel, Stadtdirektor i. R.
Gottfried Wandersleb

Kuratorium

Mitglieder:

Stefan Albring
Günter Anders
Prof. Fritz Baade
P. J. Noel Baker MP.
Prof. Karl Balsler
Emilie Bauchet
Prof. Karl Bechert
Axel Eggebrecht
Prof. Rudolf Genschel
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Adam Guggenberger
Frau Anna Haag
Dr. Max Habicht
Hein Herbers
Heinz Hilpert
Dr. J. B. Th. Hugenholtz
Heinz Kraschutzki
Robert Jungk
Dr. Bodo Manstein
Dr. Friedrich Müller
Dr. J. Mueller
Prof. Ulrich Noack
Prof. Franz Rauhut
Earl Bertrand Russell
Prof. Siegmund-Schultze
Pater Franziskus Stratmann
Prof. Dr. Thirring
Prof. Johannes Ude †
Fritz v. Unruh
Emil Graf von Wedel
Max Zelck †

4 Düsseldorf, im Juni 1966

Kirchfeldstraße 149
Ruf 34 27 43

13. 5. 66

Sehr verehrte Dame, sehr geehrter Herr!

Die Deutsche Friedensgesellschaft erlaubt sich, Sie mit beiliegendem Prospekt auf das diesjährige Internationale Forum und die Friedensfahrt auf dem Rhein aufmerksam zu machen. Diese traditionellen Veranstaltungen werden in diesem Jahr von vielen anderen Verbänden und Organisationen unterstützt. Ihnen und uns gemeinsam ist die Sorge um die Erhaltung des Friedens in Europa.

Beide Manifestationen stehen in diesem Jahr unter dem Motto:

S I C H E R H E I T I N E U R O P A
D U R C H V E R T R Ä G E U N D
R Ü S T U N G S B E S C H R Ä N K U N G

Wir wollen mit diesen Veranstaltungen zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen allen Staaten und zur Versöhnung und Verständigung unter den Völkern beitragen.

Zur Finanzierung unserer Vorhaben sind wir auf Ihre Hilfe und Unterstützung angewiesen. Wir wenden uns daher an Sie mit der herzlichen Bitte um eine Geldspende. (PS-Kto. Köln 225 455, Zahlkarte beiliegend. Spenden an die DFG sind steuerlich absetzbar.)

Gleichzeitig bitten wir Sie, unsere Veranstaltungen zu besuchen und Bekannte und Verwandte dafür zu gewinnen. Wir würden uns freuen, von Ihnen zu hören und Sie beim Forum und der Friedensfahrt 1966 begrüßen zu dürfen.

Der Reinertrag unserer Veranstaltungen wird der HILFSAKTION VIETNAM zur Verfügung gestellt.

Für Ihre freundliche Unterstützung bedanken wir uns im voraus und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Ihre

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT
Bund der Kriegsgegner e.V.
gez.

Gottfried Wandersleb.



DM Pf f. KtoNr. 225455

Absender:

Für Vermerke des Absenders

Eingez. auf 225455
KtoNr. PSchA Köln

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

Einlieferungsschein

- Bitte sorgfältig aufbewahren -

DM Pf

auf DM Pf

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

Deutsche Mark Pf
(in Ziffern)

für Konto
Nr. 225455

für Sybille Weber
(Sonderkonto)

Konto Nr.
225455

für
Sybille Weber
(Sonderkonto)

PSchA Köln
Absenderangabe (mit Postleitzahl)

in 4 Düsseldorf 1

Postcheckamt
Köln

in 4 Düsseldorf 1
Elisabethstr. 113

betrifft

Postvermerk

Eingangs-Nr.

Postvermerk

2. 66
210 x 105, Kl. III f (Einl.-Nr., Namensz. d. Annahmebea, Tag u. Monat)

S 1/14 vk
PostSchO Anl. 2

(Einl.-Nr., Annahmebea)

Das Postcheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftempfänger

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-26-34

ED 718-26-35

Teilnahmebestätigung

Ich bestelle hiermit für die

FRIEDENSAHRT 1966

von Köln nach Remagen und zurück, am 17. Juli 1966.

Teilnehmerkarten für Erwachsene

..... Kinder

zum Preis von DM 8,50 ab Köln, Kinder DM 4,-

zum Preis von DM 6,00 ab Bonn, Kinder DM 3,-

Den Gesamtbetrag von DM habe ich am
überwiesen und bitte um Zusendung des/r Fahrausweise.

.....

Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Abs.

.....

.....

Bitte genaue Anschrift deutlich schreiben!

Der Reinertrag der Friedensfahrt
1966 wird der **Hilfsaktion Vietnam**
zur Verfügung gestellt.

Deutsche Friedensgesellschaft
Bund der Kriegsgegner e. V.

4 DÜSSELDORF

Kirchfeldstraße 149

ED 718-26 = 36

Auf große Fahrt für Verständigung und Frieden



Remagen am Rhein mit Apollinariskirche

***Dritte Friedensfahrt
auf dem Rhein
Köln - Remagen***

Sicherheit in Europa durch Verträge und Rüstungsbeschränkung

Unter diesem Motto steht das

Internationale Forum

am Samstag, 16. Juli 1966, 16.00 Uhr
in Köln

im Großen Saal der Stadthalle Köln-Mülheim.

Unter der Gesprächsleitung von

Prof. Dr. Walter Fabian, Köln, diskutieren
Alma Kettig, Mitgl. des 4. Deutschen Bundestages
Prof. Dr. Steiniger, Deutsche Demokratische
Republik

Prof. Dr. Delfgaauw, Holland

Jean Schaefer, Gewerkschaftssektr., Frankreich
und Vertreter aus Polen u. der Tschechoslowakei.

Friedensfahrt 1966 auf dem Rhein

am Sonntag, 17. Juli 1966
von Köln nach Remagen

Kundgebung

auf dem Rathausplatz in Remagen mit
Weltkirchenpräsident D. Martin Niemöller DD
und Sprechern des Internationalen Forum



MS Berlin



Die UNO und Europa

Die 20. Vollversammlung der Vereinten Nationen hat im September 1965 alle Regierungen Europas aufgefordert, die Zusammenarbeit unbeschadet der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme zu verbessern und zu verstärken, schrittweise eine Atmosphäre der Entspannung zu schaffen und Bestrebungen zu ermutigen, die zur Normalisierung der Lage und der Zusammenarbeit bei gegenseitiger Achtung der Souveränität aller Staaten führen.

In fast allen europäischen Ländern gibt es Anzeichen, dieser Empfehlung der UNO zu folgen.

General de Gaulle will Frankreich aus der Nato herauslösen, da sich die Weltlage seit Gründung der Nato grundlegend geändert hat und es keine sowjetische Bedrohung mehr gibt.

Altbundeskanzler Adenauer kann sich dieser Erkenntnis nicht verschließen und erklärt auf dem CDU-Parteitag 1966: „Sowjetrußland ist in die Reihe der Völker eingetreten, die den Frieden wollen.“

In ganz Europa fordern die Friedenskräfte:

**Entspannung durch Zusammenarbeit;
Nichtweitergabe von Kernwaffen;
Sicherheit durch Rüstungsbegrenzung;
kollektives Sicherheitssystem für alle europäischen Staaten.**

Die Bundesregierung strebt weiter nach Kernwaffen und Notstandsgesetzen; sie stellt Grenzforderungen und widersetzt sich einem friedlichen Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten.

ED 718-26-37
Sie unterstützt den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam.

Die öffentliche Meinung aber verlangt eine Friedenspolitik.

In allen Bevölkerungsschichten, in Gewerkschaften und Parteien entwickelt sich eine breite Front von Menschen, die mit großem Nachdruck verlangen

- Die Bundesrepublik Deutschland darf sich weder direkt noch indirekt am Krieg in Vietnam beteiligen;
- Bundestag und Bundesregierung sollen die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa bejahen und zum Abbau der Spannungen beitragen;
- die Bundesregierung verzichtet auf jegliche Verfügung oder Mitverfügung an atomaren Waffen;
- der Bundestag muß die Annahme des Notstandsverfassungsgesetzes verweigern und das Grundgesetz sichern.

Beim Ostermarsch 1966 und seinen Vorbereitungskundgebungen haben 145 000 Menschen für diese Forderungen demonstriert.

Diese Forderungen öffnen den Weg zu Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa.

~~~~~  
„Wenn Ihr Brüder sein wollt, dann laßt die Waffen aus den Händen fallen. Man kann nicht lieben, wenn man Angriffswaffen in den Händen hat.“

Papst Paul VI

~~~~~  
Die Not der Menschen in Vietnam ist unvorstellbar. Humanitäre Hilfe für die Opfer dieses grausamen Krieges tut Not.

Der Reinerlös der Friedensfahrt 1966 wird der HILFSAKTION VIETNAM zur Verfügung gestellt.

Friedensfahrt 1966 auf dem Rhein

wieder mit der „Berlin“, dem größten und modernsten Sonderfahrten-Schiff der Köln-Düsseldorfer-Rheindampf-Schiffahrt.

Sonntag, 17. Juli 1966

Abfahrt von Köln (Nähe Dom)	8.30 Uhr
Abfahrt von Bonn	10.30 Uhr
Ankunft in Remagen	12.15 Uhr

Kundgebung

auf dem Rathausplatz in Remagen 12.30 Uhr
anschließend Aufstieg zur Waldburg auf den Viktoriaberg. Großer Saal, Terrasse, 2 Kegelbahnen, Spielwiese.

Unterhaltungsprogramm ab	15.00 Uhr
Abfahrt von Remagen	17.30 Uhr
Ankunft in Bonn	18.30 Uhr
Ankunft in Köln	20.00 Uhr

Unterhaltungsprogramm auch auf dem Schiff.

Fahrtpreis für Hin- und Rückfahrt:

Ab Köln - Erwachsene	DM 8,50
Ab Köln - Kinder b. 14 J.	DM 4,00
Ab Bonn - Erwachsene	DM 6,00
Ab Bonn - Kinder b. 14 J.	DM 3,00

Wir empfehlen unseren Teilnehmern, bereits auf der „Berlin“ das Mittagessen einzunehmen. Die Speisekarte enthält eine reichhaltige Auswahl preiswerter Gerichte.

Anmeldungen für die Friedensfahrt 1966 ab sofort, bis zum 10. Juli 1966 an: DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT, Bund der Kriegsgegner e. V., 4 Düsseldorf, Kirchfeldstr. 149, Telefon 3427 43.

Anmeldekarte beiliegend. Die Zusendung des Fahrausweises erfolgt nach Einsendung des Fahrgeldes.

Fahrgelder und Spenden bitte mit beiliegender Zahlkarte bis zum 10. Juli 66 einsenden (Sonderkonto PSCHA Köln 225455).

Interessenten aus dem Kölner Raum mögen sich an Herrn W. NEITHE, 5 Köln, Subbelratherstr. 269 wenden.

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT BUND DER KRIEGSGEGNER E. V. GEGRÜNDET 1892

Präsident: **D. Martin Niemöller DD**

Friedensnobelpreisträger aus den Reihen der DFG:
Baronin Bertha von Suttner, Schriftsteller Alfred H. Fried,
Professor Ludwig Quidde, Schriftsteller Carl von Ossietzky

Vorsitzende August Bangel, Stadtdirektor i. R.
Gottfried Wandersleb

Die Deutsche Friedensgesellschaft hat in ihrem Programm von Heidelberg 1956 erklärt:

„Die Deutsche Friedensgesellschaft wirkt für die friedliche Verständigung des deutschen Volkes mit allen Völkern der Erde und setzt sich für einen gewaltlosen Ausgleich der Spannungen und der unvermeidlichen Gegensätze zwischen den Staaten ein.“

Die Leitung der Friedensfahrt 1966 liegt wieder in den Händen von Frau Dr. Hannelis Schulte, Theologin, Heidelberg, Mitglied des Bundesvorstandes der DFG.

Hauptgewinn der Tombola bei der Friedensfahrt 1966

Die **CONSTRUCTA „CHROMA“**

ist ein moderner Waschvollautomat für 4 Kilo Wäsche und hat Waschprogramme für alle Wäschearten.



WER IHN GEWINNT IST ZU BENEIDEN!



ED 718-26-38

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT

Bund der Kriegsgegner e. V. - Gegr. 1892

Angeschlossen an:

War Resisters International, Enfield Midd. England und International Peace Bureau, Geneve

4 Düsseldorf, im Mai 1967

Kirchfeldstraße 149

Ruf 34 27 43

27. 5. 67

Präsident:

D. Martin Niemöller

**Friedensnobelpreisträger
aus den Reihen der DFG:**

Baronin Bertha von Suttner
Schriftsteller Alfred H. Fried
Professor Ludwig Quidde
Schriftsteller Carl v. Ossietzky

Ehrenmitglieder:

Prof. Dr. Linus Pauling
Dr. Albert Schweitzer †

Bundsvorsitzende:

August Bangel, Stadtdirektor i. R.
Dr. theol. Hannelis Schulte

Kuratorium

Mitglieder:

Stefan Albring
Günter Anders
Prof. Fritz Baade
P. J. Noel Baker MP.
Prof. Karl Balsler
Emilie Bauchet
Prof. Karl Bechert
Axel Eggebrecht
Prof. Rudolf Genschel
Prof D. Helmut Gollwitzer
Prof. Adam Guggenberger
Frau Anna Haag
Dr. Max Habicht
Hein Herbers
Heinz Hilpert
Dr. J. B. Th. Hugenholtz
Heinz Kraschutzki
Robert Jungk
Dr. Bodo Manstein
Dr. Friedrich Müller
Dr. J. Mueller
Prof. Ulrich Noack
Prof. Franz Rauhut
Earl Bertrand Russell
Prof. Siegmund-Schultze
Pater Franziskus Stratmann
Prof. Dr. Thirring
Prof. Johannes Ude †
Fritz von Unruh
Emil Graf von Wedel
Max Zelck †

Sehr verehrte Dame, sehr geehrter Herr!

Die Deutsche Friedensgesellschaft erlaubt sich, Sie mit beiliegendem Prospekt auf das diesjährige Internationale Forum und die 4. Friedensfahrt auf dem Rhein aufmerksam zu machen.

Diese traditionellen Veranstaltungen stehen 1967 im Zeichen des 75. Geburtstages der Deutschen Friedensgesellschaft. Ihre Bestrebungen und Ziele sind heute aktueller denn je, denn die Verhinderung des Krieges ist zur Lebensaufgabe aller geworden. Die DFG nimmt diese Aufgabe sehr ernst und will mit ihren Veranstaltungen zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen allen Staaten und zur Verständigung unter den Völkern beitragen.

Die Ziele der DFG können nur durch die Mitarbeit aller erreicht werden. Wir wenden uns daher an Sie mit der Bitte, unsere Veranstaltungen zu besuchen und Bekannte und Verwandte dafür zu gewinnen.

Zur Finanzierung unserer Vorhaben sind wir ebenfalls auf Ihre Hilfe angewiesen. Wir bitten Sie herzlich, unsere Arbeit durch eine Spende zu unterstützen. (PS-Kto. Köln 225 455, Sonderkonto Sybille Weber, Zahlkarte beiliegend)

Der 75. Geburtstag der Deutschen Friedensgesellschaft ist für uns ein würdiger Anlass, neue Mitglieder für unsere Organisation zu werben. Deshalb haben wir diesem Schreiben eine Aufnahmeerklärung angefügt. Unsere Freude wäre sehr groß, wenn auch Sie Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft würden.

Für Ihre freundliche Unterstützung bedanken wir uns im voraus und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Ihre

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT
Bund der Kriegsgegner e. V.

gez.

Gottfried Brandt

hier abschneiden, ausfüllen und einsenden!

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zur

Deutschen Friedensgesellschaft, Bund der Kriegsgegner e. V., Gegr. 1892

ab 1. und zahle einen Aufnahme-Beitrag von DM
(nach eigenem Ermessen) und einen Monatsbeitrag von DM
(Mindestbeitrag DM 2,-, Hausfrauen, Studenten und Rentner DM 1,-)

Familienname: Vorname:

Wohnort: Str. u. Nr.:

geb. am: geb. in:

Beruf:

Datum: Unterschrift:



DM Pf f. KtoNr. 225455
Absender:

Für Vermerke des Absenders

Eingez. auf KtoNr. 225455 PSchA Köln

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

Einlieferungsschein

- Bitte sorgfältig aufbewahren -

DM Pf
für Konto
Nr. 225455

auf DM Pf
(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

Deutsche Mark Pf
(in Ziffern)

PSchA Köln
Absenderangabe (mit Postleitzahl)

für Sybille Weber
(Sonderkonto)

Konto Nr.
225455

für
Sybille Weber
(Sonderkonto)

in 4 Düsseldorf 1

Postscheckamt
Köln

in 4 Düsseldorf 1
Elisabethstr. 113

betrifft

Postvermerk

Eingangs-Nr.

Postvermerk

ED 718-26-39

2.66
210 x 105, Kl. III f (Einl.-Nr., Namensz. d. Annahmebea, Tag u. Monat)

S 1/14 vk
PostSebO Anl. 2

(Einl.-Nr., Annahmebea)

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftempfänger

Archiv
Institut für Zeitgeschichte

ED 718-20-40

Teilnahmebestätigung

Ich bestelle hiermit für die

4. Friedensfahrt auf dem Rhein

von Köln nach Remagen und zurück, am 25. Juni 1967

ab Köln, für Erwachsene DM 8,50; für Kinder DM 4,-

ab Bonn, für Erwachsene DM 6,00; für Kinder DM 3,-

Den Gesamtbetrag von DM..... habe ich am.....
überwiesen und bitte um Zusendung des/r Fahrtausweise.

.....

Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Abs.

.....

Bitte genaue Anschrift deutlich schreiben!

Heute ist die Verhinderung des
Krieges zur Lebensaufgabe aller
geworden.

**Deutsche Friedensgesellschaft
Bund der Kriegsgegner e. V.**

**4 DÜSSELDORF
Kirchfeldstraße 149**

ED 718-26-41

**Das große Karthago
führte drei Kriege.**

**Nach dem ersten
war es noch mächtig.**

**Nach dem zweiten
noch bewohnbar.**

Nach dem dritten

nicht mehr auffindbar.

**75 Jahre
Deutsche
Friedens-
gesellschaft
75 Jahre
für eine Welt
ohne Krieg
durch
allgemeine
Abrüstung und
überstaatliche
Rechtsordnung
75 Jahre
für
Verständigung
und
Freundschaft
der Völker**

Die Ziele der Deutschen Friedensgesellschaft wurden vor 75 Jahren verkündet.

Heute sind sie aktueller und wichtiger denn je: Ihre Verwirklichung ist lebensentscheidend. Im wahrsten Sinne des Wortes.

Zu den Gründern der Friedensgesellschaft gehörte Bertha von Suttner. Ihr Buch „Die Waffen nieder!“ wurde zum Symbol, zum Fanal aller Menschen, die am Krieg leiden und nicht verdienen.

Bertha von Suttner erhielt für ihr Buch den Friedensnobelpreis. Sie starb kurz vor Ausbruch des ersten Weltkrieges.

Ihre Gedanken jedoch, ihre Forderungen, lebten weiter. Carl von Ossietzky wurde einer der hervorragenden Streiter in den Reihen der Deutschen Friedensgesellschaft. Für seinen Kampf um den Frieden sperrten ihn die Nazis in ein KZ. Sie entließen ihn, den vom Tode Gezeichneten, als er den Friedensnobelpreis erhielt.

Carl von Ossietzky starb vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges.

Der Friede ist heute bedroht. Ist es nicht unsere Pflicht und Schuldigkeit, in dieser Zeit verwirklichen zu helfen, was die Deutsche Friedensgesellschaft fordert:

- Im Jahre 1892 Internationales Vertragsrecht und Schiedsgerichtsbarkeit
- Im Jahre 1905 die Forderung, eine gleichzeitige und gleichmäßige Beschränkung der Rüstung herbeizuführen.
- Im Jahre 1919 das Bekenntnis zur Notwendigkeit einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung.



Im Jahre 1956 wurde in Heidelberg das neue Programm der Deutschen Friedensgesellschaft angenommen.

Der Kernpunkt:

Heute ist die Verhinderung des Krieges zur Lebensaufgabe aller geworden.

Diese Aufgabe müssen wir ernst nehmen. Wir alle.

Nach einem dritten Weltkrieg wären wir nicht mehr auffindbar. Wir alle.

Der dauerhafte Friede aber ist kein Hirngespinnst einiger Utopisten. Er wird zur realen Macht, wenn der Friedenswillen der Gewerkschaften, der Parteien, der Religionsgemeinschaften und Friedensverbände - aller denkenden Menschen - sich vereint.

Um diese Gemeinsamkeit bemüht sich die Deutsche Friedensgesellschaft immer und überall - an ihrer Spitze Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller.

Helfen Sie mit, die Deutsche Friedensgesellschaft zu stärken. Jetzt - bei ihrem 75. Geburtstag, ist die beste und würdigste Gelegenheit dazu:

Werben Sie für die Teilnahme am Internationalen Forum und an der Friedensfahrt auf dem Rhein.

Gewinnen Sie neue Mitglieder. Helfen Sie bei der Gründung neuer Ortsgruppen.

Treten Sie mit uns ein

- Für die militärische Entspannung in Europa, die im Lebensinteresse unseres Volkes liegt!
- Für die Unantastbarkeit der gegenwärtigen Grenzen in Europa. Gegen alle Forderungen nach Grenzrevisionen.
- Für die Verständigung beider deutscher Staaten. Gegen jeden entspannungshemmenden Alleinvertragsanspruch!
- Für die uneingeschränkte Gültigkeit unserer rechtsstaatlichen Ordnung. Gegen alle Notstandsgesetze.
- Für Frieden und Unabhängigkeit in Vietnam. Gegen jede Unterstützung des amerikanischen Krieges durch die Bundesregierung.

**Helfen Sie mit - handeln Sie mit:
Viele sind stark!**

4. Internationales Forum

„Die Bundesrepublik und die europäische Sicherheit“
Samstag, 24. Juni 1967, 16 Uhr
Düsseldorf, in der
Aula des Humboldt-Gymnasiums,
Wielandstraße 18

Gesprächsleitung:
Prof. Dr. Eugen Kogon

Es diskutieren:

aus der Bundesrepublik
Kurt Georgi,
2. Vorsitzender der
Gewerkschaft
Holz und Kunststoffe
und Persönlichkeiten aus
Belgien
Holland
Frankreich
der DDR
der CSSR
Polen

ED 718-26-42



4. Friedens- fahrt auf dem Rhein

von Köln nach Remagen mit dem
Sonderfahrten-Schiff „Berlin“
Sonntag, 25. Juni 1967
Kundgebung auf dem Rathaus-
platz in Remagen mit Sprechern
des Internationalen Forum.

Sonntag, 25. Juni 1967

Abfahrt von Köln (Nähe Dom)	8.30 Uhr
Abfahrt von Bonn	10.30 Uhr
Ankunft in Remagen	12.15 Uhr
Kundgebung auf dem Rathausplatz	12.30 Uhr
Unter- haltungsprogramm ab	15.00 Uhr
im großen Saal der Waldburg auf dem Viktoriaberg	
Abfahrt von Remagen	17.30 Uhr
Ankunft in Bonn	18.30 Uhr
Ankunft in Köln	20.00 Uhr
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt: Ab Köln - Erwachsene	DM 8,50
Ab Köln - Kinder bis 14 Jahre	DM 4,00
Ab Bonn - Erwachsene	DM 6,00
Ab Bonn - Kinder bis 14 Jahre	DM 3,00

Auf dem Schiff Unterhaltungs-
programm und Tombola
mit vielen großen und kleinen
Preisen.

Anmeldung für die Friedensfahrt
ab sofort, bis zum 18. Juni 67 an:
Deutsche Friedensgesellschaft,
Bund der Kriegsgegner e. V.,
4 Düsseldorf, Kirchefeldstr. 149,
Tel. 34 27 43 (Anmeldekarte
beiliegend)

Die Zusendung des Fahr-
ausweises erfolgt nach Einsen-
dung des Fahrgeldes. Fahr-
gelder und Spenden bitten wir
mit beiliegender Zahlkarte bis
zum 18. Juni 67 einzuzahlen.

Die Leitung der Friedensfahrt
liegt wieder in den Händen
von Frau Dr. Hannelis Schulte,
Theologin, Heidelberg,
Bundesvorsitzende der DFG.

PRESSEDIENST

der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (ADF)

Deutsche-Friedens-Gesellschaft (DFG), Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK),
Internationaler Versöhnungsbund, Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK),
Welt-Organisation der Mütter aller Nationen (WOMAN).

Wir bitten um Kenntnisnahme und Presseverwertung nachstehender Notiz:

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (ADF) begrüßt die auf einer Konferenz in Oxford gebildete Internationale Föderation für Abrüstung und Frieden. Damit ist eine Zusammenfassung der vom Weltfriedensrat unabhängigen internationalen Friedenskräfte geschaffen. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände hat beschlossen, sich der Föderation anzuschließen.

gez.: Dr. Gerhard Schmidt
für die Deutsche Friedensgesellschaft

gez.: Oberkirchenrat Kloppenburg
für den Internationalen Versöhnungsbund

gez.: Herbert Stubenrauch
für den Verband der Kriegsdienstverweigerer

gez.: Christel Küpper
für die Welt-Organisation der Mütter aller Nationen

München, den 20. März 1963

PRESSEDIENST

der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (ADF)

Deutsche-Friedens-Gesellschaft (DFG), Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK),
Internationaler Versöhnungsbund, Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK),
Welt-Organisation der Mütter aller Nationen (WOMAN).

Wir bitten um Kenntnisnahme und Presseverwertung nachstehender Notiz:

Die Arbeitsgemeinschaft der unabhängigen deutschen Friedensverbände weist in einer der Regierung und den Ausschüssen des Bundestages zugeleiteten Stellungnahme darauf hin, daß die vorgesehene Notstandsgesetzgebung (das Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes) nicht nur eine Änderung der Verfassung, sondern auch eine Entmachtung des Parlamentes und der Länder bedeutet. Unter Hinweis auf die Erfahrungen mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung betont die Arbeitsgemeinschaft, daß mit jeder Übersteigerung der staatsbeherrschenden Machtmittel eine Gefährdung der demokratischen Freiheitlichkeit unseres Staateswesens Hand in Hand geht. In der durch den vorliegenden Entwurf erstrebten Machtkonzentration der Regierung und der Ausdehnung der Notstandsbefugnisse auf den "Spannungszustand" und den "drohenden Angriff" sieht die Arbeitsgemeinschaft besorgniserregende Möglichkeiten des Mißbrauches. Die AdF lehnt deshalb jede Ergänzung des Grundgesetzes, die den bisherigen verfassungsrechtlichen Zustand ändert, ab und bittet alle verantwortlichen Stellen und Personen, sich einer Entwicklung zu widersetzen, die die Freiheit und den Sinngehalt eines demokratischen Verfassungssystem gefährdet.

Der Vorstand der
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände
gez. Oberkirchenrat Kloppenburg
für den Internationalen Versöhnungsbund
gez. Dr. Walther Lidl
für die Internationale der Kriegsdienstgegner
gez. Dr. Gerhard Schmidt
für die Deutsche Friedensgesellschaft
gez. Frau Christel Küpper
für die Weltorganisation der Mütter aller Nationen
gez. Herbert Stubenrauch
für den Verband der Kriegsdienstverweigerer

München, den 25. Juni 1963

26. 6. 63 V.

ED 718-26-45

PRESSEDIENST

der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (ADF)

Deutsche-Friedens-Gesellschaft (DFG), Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK),
Internationaler Versöhnungsbund, Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK),
Welt-Organisation der Mütter aller Nationen (WOMAN).

Wir bitten um Kenntnisnahme und Presseverwertung nachstehender Notiz:

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (AdF) hat in
einem offenen Brief an die Deutsche Bundesregierung die Moskauer
Vereinbarung über ein beschränktes Atomtestverbot begrüßt.

Sie sieht darin einen wichtigen ersten Schritt zu weiteren Maßnahmen, die zur allgemeinen kontrollierten Abrüstung führen können.

Wenn auch die Verseuchung der Luft, der Niederschläge und der Lebensmittel, die durch die bisherigen Versuche verursacht wurde, weiter Anlaß ernster Besorgnis bleiben, so ist doch durch dieses wichtige Überinkommen der weiteren Verseuchung ein Ende gesetzt.

Die Arbeitsgemeinschaft ist der Meinung, daß mit diesem Schritt das Klima und die Voraussetzungen gegeben sind, unter denen weitere Entspannungsvorschläge eine gewisse Aussicht auf Erfolg haben könnten. Vor allem die Pläne, die auf eine Entspannung im mitteleuropäischen Raum zielen, sollten das besondere deutsche Interesse finden. Weite Kreise des deutschen Volkes erwarten von der deutschen Regierung eine ernsthafte Überprüfung solcher Pläne und die Bereitschaft, über sie zu verhandeln. Die Ausarbeitung eigener Vorschläge, die Einstellung aller Maßnahmen des Kalten Krieges und die Beendigung der zunehmenden Militarisierung des öffentlichen Lebens würde den deutschen Friedenswillen in der Weltöffentlichkeit glaubwürdig und sichtbar machen. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände erwartet, daß sich die Bundesregierung dem Atomtestabkommen anschließt und in jeder ihr möglichen Weise den Weg zu Abrüstung ebnen hilft.

Der Vorstand der
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände

- gez. Oberkirchenrat Kloppenburg
für den Internationalen Versöhnungsbund
- gez. Dr. Walter Lidl
für die Internationale der Kriegsdienstgegner
- gez. Dr. Gerhard Schmidt
für die Deutsche Friedensgesellschaft
- gez. Herbert Stubenrauch
für den Verband der Kriegsdienstverweigerer
- gez. Frau Christel Küpper
für die Weltorganisation der Mütter aller Nationen

Verantwortlich: Frau Christel Küpper, 8 München 19, Hengelerstraße 3/II, Tel. 6 27 31

München, den 5. August 63
Um ein Belegexemplar wird gebeten. Postscheckkonto: ADF Dortmund, PSA Dortmund, Nr. 5 38 67

6. 8. 63 V.

PRESSEDIENST

5.1.65
14.1.65

der **Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (ADF)**

Deutsche-Friedens-Gesellschaft (DFG), Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK),
Internationaler Versöhnungsbund, Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK),
Welt-Organisation der Mütter aller Nationen (WOMAN).

Wir bitten um Kenntnissnahme und Presseverwertung nachstehender Notiz:

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (ADF) gab gegenüber dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland, George C. McChes, folgende Erklärung ab:

"Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände, in der die 5 größten unabhängigen Friedensorganisationen Westdeutschlands zusammengeschlossen sind, verfolgt mit großer Sorge die immer länger andauernden Kriegshandlungen und Grausamkeiten in Vietnam. Sie fühlt sich gedrängt, und verpflichtet, Euer Exzellenz ihre Besorgnisse vorzutragen.

Aus den einlaufenden Nachrichten ist ersichtlich, daß bereits weit über 100.000 Menschen ihr Leben verloren. Es scheint auf einwandfreien Unterlagen zu beruhen, daß Dörfer mit Napalm-Bomben beschossen wurden, daß in einer Reihe von Bezirken chemische Kampfmittel eingesetzt wurden, daß vietnamesische Menschen in Konzentrationslagern eingesperrt und Folterungen ausgesetzt sind. Die Arbeitsgemeinschaft sieht mit großer Besorgnis die Auswirkungen der Kriegshandlungen, die eine Verschärfung der internationalen Spannungen und eine Minderung des Vertrauens in die moralische Glaubwürdigkeit der westlichen Welt bewirken.

Angesichts der furchtbaren Not der Menschen dieses geprüften Landes möchten wir an die politische Führung Ihrer Nation folgende Bitte richten:

1. Präsident Johnson möge eine sofortige Einstellung der amerikanischen Kampfhandlungen jeglicher Art in Vietnam verfügen, den Abzug der amerikanischen Streitkräfte so bald wie möglich veranlassen, einen weiteren Einsatz von chemischen Kampfmitteln zur Verwüstung des Landes verhindern und die Mißhandlungen vietnamesischer Bevölkerungskreise unmöglich machen.
2. Die USA möge alles vermeiden, was eine Ausweitung der kriegerischen Handlungen auf weitere Gebiete möglich macht.
3. Präsident Johnson möge im Zusammenwirken mit allen an der Lösung des Konfliktes interessierten Staaten eine Konferenz einberufen, die sich mit einem Hilfs-Wiederaufbau-Programm beschäftigt und geeignete Maßnahmen sucht, die zur Durchführung freier Wahlen, der Schaffung einer demokratischen Verfassung, in der auch die freie Ausübung aller Religionen gewährleistet wird und zur Bildung einer unabhängigen und neutralen Regierung führen.

-2-

4. Präsident Johnson möge um vertragliche Zusicherungen bemüht sein, die in Zukunft militärische Interventionen in Laos, Kambodscha, Nord- und Süd-Vietnam durch die Großmächte unmöglich machen.

Das moralische Prestige Amerikas wird nur durch eine konsequente Friedenspolitik und eine selbstlose Hilfe bei dem Wiederaufbau des schwergeprüften Landes wieder hergestellt werden können-

Der Vorstand der
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände

- gez. Oberkirchenrat Kloppenburg
für den Internationalen Versöhnungsbund
gez. H. Michael Vogel
für die Internationale der Kriegsdienstgegner
gez. Dr. August Bangel
für die Deutsche Friedensgesellschaft
gez. Christel Küpper
für die Welt-Organisation der Mütter
aller Nationen W.O.M.A.N.
gez. Herbert Stubenrauch
für den Verband der Kriegsdienstverweigerer "

München, den 5./4. Januar 1965

PRESSEDIENST

der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (ADF)

Deutsche-Friedens-Gesellschaft (DFG), Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK),
Internationaler Versöhnungsbund, Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK),
Weltorganisation der Mütter aller Nationen (WOMAN).

Wir bitten um Kenntnisnahme und Presseverwertung nachstehender Notiz:

11. 8. 64

Einspruch gegen die Bundespostordnung

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (ADF) hat beim Bundestag Einspruch erhoben gegen die Bestimmungen des § 13, 1-3 und § 59,2 Ziff. 5 der neuen Postordnung, nach denen Beförderung und Zustellung von Postsendungen in Zukunft vom Inhalt der Sendungen abhängig gemacht soll. Die ADF stellt fest:

Wenn § 13,1 festlegt, daß Sendungen von der Postbeförderung ausgeschlossen sein sollen, deren Inhalt oder Beförderung gegen strafgesetzliche Bestimmungen verstößt, so ist damit eine außergerichtliche Meinungskontrolle ermöglicht, die gegen im Grundgesetz garantierte Grundrechte verstößt. Die Prüfung einer Sendung auf die Strafbarkeit ihres Inhalts ist nicht Aufgabe der Bundespost. Eine solche Prüfung bedeutet einen Eingriff in das in Art. 5,1 gewährleistete Recht der Meinungsäußerung und Meinungsverbreitung. Sie bedeutet ferner eine Verletzung des Zensurverbotes (Art. 5,1 d. GG). Die Zensur erstreckt sich bei Sendungen, deren Inhalt gegen strafgesetzliche Bestimmungen verstößt nach dem Wortlaut der Verordnung auf alle Sendungen schlechthin, also auch auf verschlossene Sendungen. Um den in der Verordnung genannten Tatbestand festzustellen, ist eine Zensur über sämtliche zur Beförderung aufgegebenen Sendungen Voraussetzung. Die Verordnung des § 13, 1-3 der neuen Bundespostordnung verletzt auch das Post- und Briefgeheimnis, das in Art. 10 d. GG. gewährleistet ist, da der Inhalt der Sendungen von Beamten gelesen werden muß, sowohl von geschlossenen (§ 13,1) wie von offenen Sendungen (§ 13,2), um die für eine Beförderung maßgebenden Feststellungen zu treffen. In § 13,2 wird festgestellt, daß Sendungen, deren "Außenseite oder einsehbarer Inhalt" erkennbar gegen das öffentliche Wohl oder die Sittlichkeit verstoßen, von der Beförderung ausgeschlossen sind. Auch mit dieser Bestimmung ist das Recht der freien Meinungsverbreitung verletzt. Wenn in den Ausführungsbestimmungen zu § 13 (veröffentlicht im Amtsblatt des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen vom 4.11.1963 Nr. 115 S. 1005 ff, Seite 1021 ff) festgestellt wird, daß z.B. mit der Begründung "gegen das öffentliche Wohl verstoßend" Äußerungen verstanden werden, die sich gegen "öffentlich anerkannte Einrichtungen" wenden, so wird die Tragweite dieses Verstoßes gegen die Meinungsfreiheit und gegen das Recht der Information deutlich. Die sehr unklaren Formulierungen der Verordnung "Verstoß gegen das öffentliche Wohl", "Verstoß gegen die Sittlichkeit" usw. sind so willkürlich auslegbar, daß die Verordnung auch gegen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verstößt, das eindeutige und klare Bestimmungen verlangt.

- 2 -

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände sieht in dieser Verordnung eine nicht vertretbare Ausdehnung von Befugnissen von Behörden und behördlichen Betrieben und eine Umgehung und Verletzung der in der Verfassung dem Staatsbürger garantierten Grundrechte. Diese Verordnung wird dazu beitragen, die Rechtsstaatlichkeit unserer Demokratie weiter zu unterhöhlen und die Rechtsunsicherheit zu verstärken. Die Arbeitsgemeinschaft bittet deshalb alle verantwortlichen Personen, sich einer solchen Entwicklung mit allen Kräften zu widersetzen und die Bestimmungen der § 13 und 59 der Bundespostordnung vom 16. Mai 1963 aufzuheben.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft
Deutscher Friedensverbände

- gez.: Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg DD
für den Internationalen Versöhnungsbund
- gez.: Herbert Günneberg
für die Internationale der Kriegsdienstgegner
- gez.: Dr. August Bangel
für die Deutsche Friedensgesellschaft
- gez.: Christel Küpper
für die Welt-Organisation der Mütter aller Nationen
- gez.: Herbert Stubenrauch
für den Verband der Kriegsdienstverweigerer

Offenbach (Main), 12. August 1964

Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Ich trete dem KOMITEE GEGEN ATOMRUSTUNG e. V. als förderndes Mitglied bei:

ED 718-26-49

(Name)

(Vorname)

(Beruf)

(Ort)

(Straße)

(Datum)

(Unterschrift)

Mitgliedsbeitrag: Monatlich 1.- DM

Spargirokonto Nr. 15 024 bei der Bayerischen Gemeindebank München
Postscheckkonto Nr. 130104 München

Das Komitee gegen Atomrüstung protestiert gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Wir weigern uns, diese Abdankung der Vernunft vor der nuklearen Verzweiflungsstrategie mitzumachen. Kernwaffen sind keine Waffen mehr, sondern Vernichtungsmittel. Darum gibt es kein politisches Ziel, das durch einen nuklearen Krieg erreicht werden kann. Wir fordern den Primat der Politik gegenüber der Strategie und verneinen die Ausbreitung atomarer Waffen auf weitere Länder.

Inge Aicher-Scholl
Dr. Ingeborg Bachmann
Wolfgang Bartels
Prof. Dr. Helmut Behrens
Willi Birkelbach MdB
Werner Bockelmann
Dr. Hildegard Brücher
Heinz von Cramer
Dr. Jürgen Eggebrecht
Günther Eich
Erwin Essl
Prof. Dr. Alfred Faessler
Horst Fischer
Gertrud von le Fort
Prof. Ernst Geitlinger
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Robert Graf
Olaf Gulbransson
Prof. Dr. Wolfgang Hartke
Karl Amadeus Hartmann
Dr. Luise Haselmayr
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Ursula Herking
Kurt Heuser
Prof. Dr. Walter Hieber
Dr. Herbert Hohenemser
Kurt Horwitz

Prof. Dr. Walter Jens
Dr. Erich Kästner
H. Kloppenburg DD.
Waldemar von Knoeringen
Ludwig Koch
Wolfgang Koeppen
Fritz Kortner
Christel Küpper
Ruth Leuwerik
Ludwig Linsert
Loriot
Ernst Ludwig
Prof. Dr. Alfred Marchionini
Christian Mayer-Amery
D. Martin Niemöller
Albert Osswald
Prof. Dr. Ludwig Preller
Hans Quest
Hans Werner Richter
Prof. Dr. G. Schaltenbrand
Hansjörg Schmitthener
Hans Schweikart
Pfarrer Adolf Sommerauer
Dr. med. K. H. Stauder
Klaus Stephan
Dr. Gerhard Szczesny

DRUCKSACHE

7 Pf
Briefmarke

An das

Komitee gegen Atomrüstung e.V.

MÜNCHEN 23

Ohmstraße 13

Das Komitee gegen Atomrüstung protestiert gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Wir weigern uns, diese Abdankung der Vernunft vor der nuklearen Verzweiflungsstrategie mitzumachen. Kernwaffen sind keine Waffen mehr, sondern Vernichtungsmittel. Darum gibt es kein politisches Ziel, das durch einen nuklearen Krieg erreicht werden kann. Wir fordern den Primat der Politik gegenüber der Strategie und verneinen die Ausbreitung atomarer Waffen auf weitere Länder.

Inge Aicher-Scholl
Dr. Ingeborg Bachmann
Wolfgang Bartels
Prof. Dr. Helmut Behrens
Willi Birkelbach MdB
Werner Bockelmann
Dr. Hildegard Brücher
Heinz von Cramer
Dr. Jürgen Eggebrecht
Günther Eich
Erwin Essl
Prof. Dr. Alfred Faessler
Horst Fischer
Gertrud von le Fort
Prof. Ernst Geitlinger
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Robert Graf
Olaf Gulbransson
Prof. Dr. Wolfgang Hartke
Karl Amadeus Hartmann
Dr. Luise Haselmayr
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Ursula Herking
Kurt Heuser
Prof. Dr. Walter Hieber
Dr. Herbert Hohenemser
Kurt Horwitz

Prof. Dr. Walter Jens
Dr. Erich Kästner
H. Kloppenburg DD.
Waldemar von Knoeringen
Ludwig Koch
Wolfgang Koeppen
Fritz Kortner
Christel Küpper
Ruth Leuwerik
Ludwig Linsert
Loriot
Ernst Ludwig
Prof. Dr. Alfred Marchionini
Christian Mayer-Améry
D. Martin Niemöller
Albert Osswald
Prof. Dr. Ludwig Preller
Hans Quest
Hans Werner Richter
Prof. Dr. G. Schaltenbrand
Hansjörg Schmitthenner
Hans Schweikart
Pfarrer Adolf Sommerauer
Dr. med. K. H. Stauder
Klaus Stephan
Dr. Gerhard Szczesny

DRUCKSACHE

7 Pf
Briefmarke

An das

Komitee gegen Atomrüstung e.V.

MÜNCHEN 23

Ohmstraße 13

Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Ich trete dem KOMITEE GEGEN ATOMRÜSTUNG e. V. als förderndes Mitglied bei:

(Name)

(Vorname)

(Beruf)

(Ort)

(Straße)

(Datum)

(Unterschrift)

Mitgliedsbeitrag: Monatlich 1.- DM

Spargirokonto Nr. 15 024 bei der Bayerischen Gemeindebank München
Postscheckkonto Nr. 130104 München

ED 718-26-51

KOMITEE GEGEN ATOMRÜSTUNG E.V.

MÜNCHEN 15 · SCHWANHALERSTRASSE 64/V · TELEFON 55 83 61/213



PRÄSIDENT:
Hans Werner Richter
STELLVERTRETER:
Christian Mayer-Amery
Dr. med. K. H. Stauder
VORSTAND:
Dr. Hildegard Brücher
Waldemar von Knoeringen
Christel Küpper
Ludwig Linsert
Ernst Ludwig
Prof. Dr. Alfred Marchionini

BEIRAT:
Inge Aicher-Scholl
Dr. Ingeborg Bachmann
Wolfgang Bartels
Prof. Dr. Helmut Behrens
Willi Birkelbach MdB
Werner Bockelmann
Heinz von Cramer
Dr. Jürgen Eggebrecht
Günther Eich
Erwin Essl
Prof. Dr. Alfred Faessler
Horst Fischer
Gertrud von le Fort
Prof. D. Helmut Gollwitzer D.D.
Robert Graf
Olaf Gulbransson
Prof. Dr. Wolfgang Hartke
Karl Amadeus Hartmann
Prof. Dr. Gustav Heckmann
Ursula Herking
Kurt Heuser
Prof. Dr. Walter Hieber
Dr. Herbert Hohenemser
Horwitz
Prof. Dr. Walter Jens
Dr. Erich Kästner
H. Kloppenburg DD.
Ludwig Koch
Wolfgang Koeppen
Fritz Kortner
Ruth Leuwerik
Loriot
D. Martin Niemöller
Albert Osswald
Prof. Dr. Ludwig Preller
Hans Quest
Prof. Dr. Georges Schaltenbrand
Hansjörg Schmitthenner
Hans Schweikart
Pfarrer Adolf Sommerauer
Klaus Stephan
Dr. Gerhard Szczesny

Ihre Nachricht vom _____ Ihr Zeichen _____ Unser Zeichen _____ MÜNCHEN, den _____

30. 4. 62 & RUPPEL
Im Januar 1961

SOS - DIE SCHATTEN WERDEN LÄNGER!

(Ruf des letzten Ungarischen Freiheitssenders im November 1956)

Die Schatten über unserer politischen Freiheit werden länger. Sie drohen die letzten Lichter der unerschrockenen Vernunft zu verdunkeln.

Wie wir werden Sie sich nach den letzten innerpolitischen Entwicklungen gefragt haben, ob es noch sinnvoll ist, den Kampf gegen die Übermacht der Meinungswalze, den Kampf gegen die atomare Aufrüstung unserer Republik weiterzuführen.

Wir hoffen jedoch, daß Sie - wie wir - zu dem Ergebnis gelangt sind:

UNSER KAMPF GEGEN DIE ATOMARE AUFRÜSTUNG IST EINE MORALISCHE PFLICHT.

Wir müssen ihn fortführen, und wir müssen versuchen, der Vernunft und der Moral eine Gasse zu schlagen. Wir müssen versuchen, den Typ der Aktion zu finden, der dem gegenwärtigen Stand der Dinge in der Bundesrepublik entspricht.

DER KAMPF GEGEN DIE ATOMRÜSTUNG IST DER KAMPF FÜR DIE ZUKUNFT.

Das Münchener 'Komitee gegen Atomrüstung' bittet Sie deshalb um Ihre Bundesgenossenschaft.

Hans Werner Richter
(Hans Werner Richter)

- 2 -

Das 'Komitee gegen Atomrüstung' ist:

- überparteilich;
- freiheitlich;
- unabhängig.

Überparteilich: Wir begrüßen jede Partei, die den Kampf gegen die atomare Aufrüstung auf ihre Fahnen schreibt; wir wollen jedoch die Diskussion dieser Frage nicht par-
lich abkapseln lassen. Es ist nötig, daß auch in Deutsch-
land - wie z.B. in England - der Kampf als unabhängige
Kampagne, von unten nach oben, in allen irgendwie beein-
flußbaren Organisationen geführt wird.

Freiheitlich: Das 'Komitee gegen Atomrüstung' darf sich rühmen, einen erfolgreichen Kampf gegen jede Art von Fern-
steuerung und Infiltration geführt zu haben. Seine Sta-
tuten, seine Erfahrungen und sein seit 1958 erarbeitetes
politisches Profil garantieren, daß dies auch in Zukunft
der Fall sein wird.

Unabhängig: Das 'Komitee gegen Atomrüstung' wurde spontan
von Politikern und Wissenschaftlern, Künstlern, Studenten
und Arbeitern gebildet, als der Bundestag die Ausrüstung
der Bundeswehr mit sogenannten 'modernen Waffen' freigab.
Es wurde von Anfang an als Mitglieder-Organisation aufge-
baut, arbeitet aber eng mit gleichgesinnten Organisationen
zusammen.

Seit dem Sommer 1958 arbeitet das Komitee systematisch an
der Zusammenfassung aller Atomwaffengegner in Europa. Vor
allem von der britischen 'Campaign for Nuclear Disarmament'
werden wir dabei aufs kräftigste unterstützt.

So entstand die 'Europäische Föderation gegen Atomrüstung'
(European Federation against Nuclear Arms), die in London
und Frankfurt durch Großkundgebungen hervorgetreten ist.

Die 'Europäische Föderation gegen Atomrüstung' tritt ein:

- 1) Gegen jede Erweiterung des Atomclubs;
- 2) gegen die atomare Aufrüstung europäischer Staaten;
- 3) für die enge Zusammenarbeit aller Menschen und
Staaten, die eine internationale Entspannung wünschen;
- 4) für eine 'Politik ohne Bombe'.

In diesem Jahr plant das Komitee mit allen befreundeten Or-
ganisationen einen großzügigen Ausbau des englischen 'Alder-
maston-Marsches' zu einer gesamteuropäischen Aktion. Mehrere
Hundert Deutsche sollen sich an diesem Marsch beteiligen.

Das sind große Aufgaben. Die politische Entwicklung zwingt uns, sie aus eigener Kraft zu lösen. Wir rufen deshalb auch Sie: helfen Sie uns! Stärken Sie unsere politische Kraft! Helfen Sie mit, die deutschen Atomwaffengegner in einer freien, unabhängigen Mitgliederorganisation zusammenzufassen!

WERDEN SIE MITGLIED IM KOMITEE GEGEN ATOMRÜSTUNG!

(WICHTIG! Ihr Beitritt schließt die Zusammenarbeit mit anderen freiheitlichen Organisationen, wie z.B. dem Zentrallausschuß 'Kampf dem Atontod' oder dem Ausschuß für die Ostermärsche, nicht aus. Im Gegenteil arbeitet das 'Komitee gegen Atomrüstung' eng mit den genannten Stellen zusammen. Es geht lediglich darum, die Zukunft der Bewegung gegen Atomwaffen organisatorisch zu sichern und von jeder tagespolitischen Entwicklung unabhängig zu machen.)

Diesem Schreiben liegen Formulare für Beitrittserklärungen bei - sprechen Sie mit Ihren Freunden darüber! Falls Sie an weiteren Formularen interessiert sein sollten, zögern Sie nicht, uns zu schreiben!
DIE ZEIT IST KOSTBAR!

Wir erwarten Ihr Opfer - aber auch Ihre Initiative und Ihre Ideen.

Denkschrift

=====

Der

KRIEGSDIENSTVERWEIGERER

aus GEWISSENSGRÜNDEN

erfüllt Aufgaben im

INTERNATIONALEN

FREIWILLIGEN FRIEDENSDIENST

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

E i n f ü h r u n g

Der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen und als solcher anerkannt lehnt den Kriegsdienst und damit auch den Wehrdienst ab. Er ist überzeugt, daß ein Krieg menschenunwürdig ist und die anstehenden Probleme nicht löst, sondern eher noch vermehrt, in ungeahntem Maße Menschenleben auslöscht und neues Leid schafft, Kultur- und Sachwerte zerstört.

Der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen möchte einen konstruktiven Dienst leisten, einen Aufbaudienst, der dem Gemeinwohl und der Erhaltung des Friedens dient.

Er sucht deshalb eine Aufgabe im Internationalen Freiwilligen Friedensdienst.

Von seinem geistigen Anliegen her und von der Natur der Sache aus hat er hier seinen Platz, wo ihm zudem auch die Möglichkeiten für die Erfüllung seines Anliegens gegeben sind.

Der Internationale Freiwillige Friedensdienst

Allgemein: Er wird seit 1920 in fast allen Erdteilen und in einer großen Zahl von Ländern praktiziert. Er wird dort erfüllt, wo soziale Notstände herrschen, und wo die Versöhnung und das gegenseitige Verstehen der Menschen und Völker untereinander herzustellen und zu fördern sind und dies zu erhalten gilt. Der Internationale Freiwillige Friedensdienst, der seine Hilfe ohne jegliche Bindung und Abhängigkeit nach irgendeiner Richtung bringt, ist von einer Reihe in der Welt anerkannter Organisationen und Gemeinschaften geleistet worden. Sie haben

damit vielen, insbesondere jungen Menschen einen Weg aufgezeigt, wie sie sich ihren Mitmenschen und anderen Völkern, die sich in sozialen Notständen befanden, nützlich erweisen und ihnen helfen können, und wie man die Hand zu reichen vermag über alle Schranken hinweg zu einer echten Versöhnung und einem guten Verstehen untereinander. Eine ideale und schöne, vor allem aber auch eine zufriedenstellende Aufgabe für jene, die sie übernahmen; eine echte menschliche und materielle Hilfe und ein echter Friedensbeitrag, der freudig und uneigennützig geleistet wurde.

Die Vereinigten Staaten und später auch England haben diese Tatsachen frühzeitig wahrgenommen und ihnen Rechnung getragen. Sie übertrugen die Gestaltung des Ersatzdienstes weithin privaten Trägerorganisationen, und mit ihrer Zustimmung haben die historischen Friedenskirchen - Quäker, Mennoniten u.a. - das Anliegen ihrer Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, am Aufbau der Welt des Friedens mitzuarbeiten, berücksichtigt. Sie haben entsprechende Aufgaben im eigenen wie außerhalb ihres Landes gestellt, und diese wurden von ihren Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen in der Vergangenheit bestens gelöst.

Die Erfahrungen haben ihnen Recht gegeben, und, aufgebaut hierauf, entsenden die USA nach gründlicher Vorbereitung ihre Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen auch in entwicklungsfähige Länder; sie arbeiten gegenwärtig in Algerien, Marokko, Tunis, Indien und Pakistan und leisten einen bedeutenden Beitrag für die "Entwicklungshilfe".

Die USA haben manch wertvolle Anregung in dieser Richtung aufgegriffen und ein Vier-Punkte-Programm - wirtschaftliche, medizinische, erzieherische und soziale Entwicklungsprogramme - für soziale Hilfen in den Entwicklungsländern gegeben.

Im Laufe von mehr als 40 Jahren haben Hunderttausende, vor allem junge Menschen aus der ganzen Welt, einen Friedensdienst geleistet für Wochen und Monate, oft für ein und mehrere Jahre, freiwillig und ohne einen Anspruch auf Entlohnung für ihre Arbeit. Unter ihnen befanden sich auch durch das besondere Entgegenkommen ihrer Regierungen Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen aus den USA und aus England. Wer immer diesen Internationalen Freiwilligen Friedensdienst leistete, - er kam als Botschafter des guten Willens und des Friedens seines Volkes, und das möchte auch der deutsche Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen sein.

Neben internationalen und ausländischen haben auch deutsche Organisationen "Internationale Freiwillige Friedensdienste" in den vergangenen Jahren durchgeführt. Hier seien in chronologischer Reihenfolge einige Beispiele von deutschen Organisationen genannt:

1. Nothelfergemeinschaft der Freunde e.V.

in Deutschland, Niederlande, Finnland, Norwegen, England, Dänemark, Schweden, Österreich und Israel;

2. Internationaler Zivildienst e.V. - Deutscher Zweig -

in Deutschland; durch seinen Internationalen Zweig und andere nationale Zweige in vielen europäischen Ländern und überseeischen Gebieten;

3. E I R E N E

in Algerien und Marokko;

4. Aktion Sühnezeichen

in Holland, Norwegen und Griechenland.

Diese Organisationen haben Aufbau-Dienste bei Wohnstätten, Erziehungsstätten, sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen und bei der Be-

seitigung von Katastrophen-Schäden geleistet.

Die Aufgaben:

a.) Wo liegen sie jetzt und in der Zukunft?

Die Aufgaben liegen in Deutschland und ebenso in jedem europäischen Land und in überseeischen Gebieten. In letzterem Falle sind es besonders die Völker in den entwicklungsfähigen Gebieten, die der tätigen Hilfe bedürfen. Ihr Lebensrecht soll nicht nur anerkannt, sondern auch in die Tat umgesetzt werden. Ferner sind dort gute und dauerhafte menschliche Beziehungen herzustellen, die bestehenden Unterschiede in religiöser, rassischer und nationaler Hinsicht zu überbrücken, damit für diese Völker auch ein lebenswertes Dasein in der großen Menschengemeinschaft erreicht wird.

b.) Welche Aufgaben sind es?

1. Aufbau von Wohn- und Erziehungsstätten, Stätten menschlicher Begegnung, sozialen Einrichtungen, Anlagen von Wirtschaftswegen, Ent- und Bewässerungsanlagen, Landkultivierungen, Eindeichungen, Schutzvorrichtungen gegen Überflutungen, Lawinen u.a., Beseitigung von Katastrophen-Schäden;
2. für die Entwicklungsländer sollte ein Programm aufgestellt werden, das u.a. wirtschaftliche, medizinische, erzieherische und soziale Hilfe vorsieht, die von den einzelnen Gruppen realisiert wird.

Der deutsche Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen wird bei der Erfüllung vorgenannter Aufgaben freudig mithelfen, wenn ihm die

Gelegenheit im Rahmen des von ihm abzuleistenden Ersatzdienstes gegeben wird. Er wird sich ebenso einer entsprechenden Vorbereitung und Ausbildung auf diese Aufgaben unterziehen.

Die Deutsche Bundesregierung möge diese Tatsachen erkennen und neben dem Einsatz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen in Krankenhäusern, Heil- und Pflegeanstalten gleichberechtigt die Aufgaben des Internationalen Freiwilligen Friedensdienstes zulassen und die finanziellen Voraussetzungen hierfür schaffen.

Damit wird die Deutsche Bundesregierung dem ureigensten Anliegen der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen gerecht. Sie erkennt ihn damit nicht nur nach dem Gesetz an, sondern bringt ihm dadurch ein großes Vertrauen entgegen. Sie hebt ihn heraus aus dem Stand des einfachen Dienstverrichtenden und macht ihn zum Botschafter der aufrichtigen Hilfs- und Friedensbereitschaft des deutschen Volkes. Sie fördert damit die internationalen Beziehungen, leistet einen zusätzlichen Anteil an der Entwicklungshilfe und gibt der Welt ein gutes Beispiel für einen weiteren Beitrag zum Frieden.

→ Umlauf

a) Becker ✓ 24.8.61 an Hauser
b) Borsack 22.8. Hauser

Landesfriedenskomitee
Hessen
Frankfurt/Main
Bornheimer Ldstr. 37

7/87

Hinweise zum Zeitgeschehen

c) Mauser (dort zum Verbleib!!)

Berlin, Friedensvertrag und der Wahlkampf

16/87

Schiessen - oder verhandeln?

geht uns offenbar
jagt laufend zu?

"Es gibt mit den Sowjets über Berlin nichts zu verhandeln" - erklärte Dr. Adenauer am 25. 6. über die Sender der Fernsehgesellschaft American Broadcasting Company. Verhandlungen mit der "Sowjetzone" kämen auf gar keinen Fall in Betracht.

Aussenminister v. Brentano hatte bereits am 12. 6. über den Südwest-Funk verkündet, der sowjetische Vorschlag über den Abschluss eines Friedensvertrages sei eine

"für uns unannehmbare Forderung".

Und vor den Pressevertretern im Fernsehen (30.6.):

"Es gibt keine Kompromisslösung in der Berlinfrage".

In einer Denkschrift zur Deutschlandfrage hat die Bundesregierung durch Botschafter Kroll diese Meinung auch offiziell am 12.7. in Moskau kundgetan. Nur mit einem wiedervereinigten Deutschland könne über eine friedensvertragliche Regelung verhandelt werden. - Das bedeutet aber: Erst die deutsche Frage im Sinne der Bundesregierung "lösen" - ohne Verhandlungen! - , dann über einen Friedensvertrag, der für die Lösung der deutschen Frage schliesslich wesensnotwendig ist, "verhandeln"!

Die SPD, so erklärte der Vorsitzende Ollenhauer, sei mit dieser Denkschrift der Bundesregierung völlig einverstanden!

Die "Stuttgarter Zeitung" schrieb zu diesem Dokument der Bundesregierung am 17.7.:

Indem die Bundesregierung sich strikt darauf beschränkte, der sowjetischen Position mit einer abstrakten und im internationalen Gespräch keine Rolle mehr spielenden Gegenposition zu antworten, hat sie Verhandlungsmöglichkeiten bewussten umgangen."

Kommentierte Jens Daniel ("Spiegel", 17.7.) die Bonner Haltung:

"Hiess die Parole früher (gemeint ist speziell die Reaktion der Bundesregierung auf den sowjetischen Friedensvertragsvorschlag vom 10. März 1952) 'nicht verhandeln, damit wir noch stärker werden', so heisst sie heute 'nicht verhandeln, damit wir nicht schwächer werden'."

Egal also mit welcher, wenn auch noch so schlechten Begründung: auf keinen Fall verhandeln - das ist die Bonner Devise. Stattdessen Durchhalteparolen - "hart bleiben" - "notfalls Berlin freikämpfen" - Spekulationen en masse auf die militärische Macht der NATO etc.

Dabei weiss auch die Bundesregierung genau, dass sich eine militärische Auseinandersetzung in Mitteleuropa in keiner Weise "begrenzen" liess. Auf eine diesbezügliche Frage aus dem Publikum antwortete Minister Strauss bei einem öffentlichen Gespräch mit Willy Brandt in Tutzing (11.7.):

"Entweder kein Krieg, oder das grosse Risiko - alles oder nichts!"
(Willy Brandt zog es vor, einer Antwort auf diese Frage auszuweichen!)

Wenn man aber weiss, dass Krieg in Deutschland auf jeden Fall Atomkrieg und damit Selbstvernichtung, für Deutschland also das absolute "nichts" bedeuten kann, dann muss doch jeder, der Verantwortung trägt, alles zu tun bereit sein, um jegliche Anwendung von Gewalt auf deutschem Boden und um deutsche Probleme zu verhindern; dann muss verhandelt werden, damit nicht geschossen wird!

Jedoch: Eher einen Krieg riskieren, als verhandeln - stellt sich - nackt und bloss - die Bonner Haltung heute dar. - In der Denkschrift an die Sowjetregierung vom 12.7. weist die Bundesregierung entrüstet den Vorwurf von sich, zur Regelung deutscher Streitfragen Gewalt einzuplanen. Wie vereinbaren sich hier Worte und Taten?

Eine neue Chance

Die Lage in Deutschland bedarf dringend einer Lösung. Das Milliarden verschlingende Wettrüsten vergrössert die Unsicherheit, unter der wir leben, von Tag zu Tag - und auch die vornehmlich unserer östlichen aber auch unserer westlichen Nachbarn. Wir können und dürfen uns nicht daran gewöhnen, "unter dem Schrecken der Atombombe zu leben", wie Willy Brandt es bei seiner Nominierung als Kanzlerkandidat in Hannover ebenso wie der Bundeskanzler selbst als unabänderlich hinstellte. Denn schon heute, erst recht bei weiter angehäuften politischen wie physischen Sprengstoff in Deutschland kann ein unbedeutender Funke genügen, das von Strauss genannte "nichts" über uns hereinbrechen zu lassen.

Bis 1963 - ebenfalls laut Strauss - soll die atomare Bewaffnung der Bundeswehr abgeschlossen sein, womit die Brisanz der Lage unermesslich vergrössert wäre. Die Sowjetunion verlangt nun, dass v o r h e r , und zwar jetzt über eine friedensvertragliche Regelung mit Deutschland verhandelt werde, die Atomwaffen jeglicher Art aus ganz Deutschland verbannt, dass stattdessen Garantien für und mit Deutschland, allen Grossmächten und sämtlichen ehemals kriegsführenden Parteien dafür geschaffen werden, dass die Anwendung jeglicher Gewalt in und um Deutschland ausgeschaltet wird und bleibt.

Nachdem die Haltung der Bundesregierung Verhandlungen über einen Friedensvertrag 1952 und 1954 hintertrieben hatte, entstand das Wort, das noch heute in allen Ohren widerhallen sollte: Politik der verpassten Chancen! In Parlament, Presse und Öffentlichkeit wurde deutlich und überzeugend ausgesprochen, dass die Bundesregierung damit reale Chancen für Frieden und Wiedervereinigung verspielt hatte.

Heute tut sich eine neue Chance für uns auf, den gefährvollen, mit Atomwaffen blockierten toten Punkt in der Deutschlandfrage zu überwinden: Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten. Die Bundesregierung aber nennt das sowjetische Angebot, "darüber zu verhandeln, "eine Bedrohung". Der konformistische Propaganda-Apparat stimmt mit allen Instrumenten ein. - Aber keine noch so hoch-phonige Lautstärke kann die Richtigkeit der These erschüttern, dass Verhandeln besser ist als Schiessen, dass endlich - ehe es zu spät ist - Garantien dafür geschaffen werden müssen, dass in dem zu genüge Krieg-geplagten Deutschland niemals mehr geschossen wird! Darum darf die neue Chance nicht wieder auf dem Altar der Atomwaffenpolitik geopfert werden!

Die Adenauer-Politik schliesst Verhandlungen aus

Eine Politik.

die in der Forderung nach einer friedensvertraglichen Regelung, die den einen wie den anderen deutschen Staat vor gewaltsamen Übergriffen schützt, die in dem vernünftigen und notwendigen Verlangen nach eigenen deutschen Vorschlägen für eine friedensvertragliche Regelung eine Bedrohung sieht - eine solche Politik ist falsch und verderbt. Sie muss durch eine n e u e P o l i t i k ersetzt werden.

Mit der offenkundigen Notwendigkeit gesamtdeutscher Verhandlungen und Verständigung sieht die Adenauer-Regierung die Grundpfeiler ihrer nunmehr 13-jährigen Politik gefährdet. Nach dieser Politik beansprucht bekanntlich die Bundesregierung, für ganz Deutschland zu sprechen, hat sie einen Machtanspruch über ganz Deutschland. - Ganz Deutschland müsse der NATO angehören, hatte Heinrich v. Brentano auf dem Kölner CDU-Parteitag nochmals eindeutig proklamiert - ganz Deutschland also als militante Vorhut und Bollwerk des Westens gegen den Osten.

Wie gehabt!

Dreizehn Jahre lang hat die Bundesregierung das Stark- und Stärkerwerden praktiziert, Verhandlungen abgewiesen. Sie verfügt heute über das stärkste westeuropäische Militärpotential - ohne damit allerdings ihren Zielen nur einen Deut nähergekommen zu sein.

Dreizehn Jahre lang ist von diversen Kritikern dieser CDU-Politik die Aussichtslosigkeit und Gefahr dieser Zielsetzung dargelegt worden. Man hat sie als "Dummköpfe oder Verräter", als "Narren und noch böser" abzutun versucht. Heute ist nun für jedermann sichtbar geworden, wie sehr uns diese Politik in die Nähe eines Atomkrieges gebracht hat. Und da erklärt der Bundeskanzler (13.7.) in Berlin:

eine militärische Neutralisierung Deutschlands, die schliesslich das Ergebnis eines Friedensvertrages sein würde, wäre "das Ende Deutschlands".

Wer so redet, der versteht unter Deutschland nichts weiter als die CDU-Politik - denn die ist allerdings am Ende ihres Lateins angelangt. Sie muss beendet werden, damit Deutschland leben kann!

Wäre eine militärische Neutralisierung wirklich eine Gefahr?

Militärische Neutralität würde für Deutschland bedeuten:

- Keine Atomwaffen für deutsche Streitkräfte, keine Atomwaffen auf deutschem Boden.
- Kontrollierte Abrüstung in beiden deutschen Staaten bis auf ein gegenseitig vereinbartes Kontingent.
- Lösung der einseitigen militärischen Verpflichtungen im Rahmen der NATO und des Warschauer-Paktes.
- Abzug aller fremden Truppen von deutschem Boden.
- Sicherheitsgarantien seitens aller Grossmächte und UNO-Staaten.

Diese u.ä. Massnahmen würden über Deutschland hinaus eine atomwaffenfreie Zone in Europa, ein allgemeines Disengagement zwischen Ost und West in Europa, allseitige Entspannung und damit auch die Annäherung und friedliche Wiedervereinigung der deutschen Staaten ermöglichen. Wir wären die finanziellen Rüstungslasten und die Lasten der Besatzung los.

Das "Ende Deutschlands"? - Das Ende der verhängnisvollen deutschen Grossmannsucht, das Ende jeglichen deutschen militaristischen Abenteuerertums und Machtstrebens, die Bewältigung der militaristischen Vergangenheit Deutschlands! Das wäre die Verwirklichung eines Zieles, für das Zehntausende Deutsche in den KZ's, Millionen Europäer auf den Schlachtfeldern des zweiten Weltkrieges gestorben sind: das Ende des deutschen Militarismus, die Geburt eines friedlichen Deutschlands, das mittels seiner frei zur Entfaltung gelangenden kulturellen und wirtschaftlichen Schöpferkraft zu höherer Blüte und besserem Ansehen in der Welt gelangen würde, denn je zuvor, weil es seiner historischen Mission gerecht würde, Brücke anstatt Schlachtfeld zwischen West und Ost zu sein!

Dank seiner militärischen Neutralität ist beispielsweise Schweden 150 Jahre lang vor Krieg verschont worden. Genau das brauchen wir!

Laut einer neuen EMNID-Umfrage sind 43 Prozent aller Bundesbürger für eine solche militärische Neutralität - und das trotz aller dagegen gerührten Propagandatrommeln!

Die Bonner Ausflüchte

Keine friedensvertragliche Regelung, wie auch immer ihre Form, wird die integralen Bestandteile der Adenauer-Politik - atomare Bewaffnung, Machtanspruch über ganz Deutschland, Wiederherstellung der deutschen Grenzen von mindestens 1937 - sanktionieren. Die Politik der Bundesregierung birgt folglich logischerweise die Ablehnung eines Friedensvertrages in sich. Das aber offen zu

bekennen, wäre wohl für keine deutsche Regierung opportun. Und so greift man wieder zu dem bewährten Mittel, das wir von Regierung und Bundestag bereits gewöhnt sind: anstatt konstruktive eigene Vorschläge und praktische Schritte zu machen, werden Proklamationen erlassen - Proklamationen, um praktische Schritte zu verhindern. Im Zuge der Proklamation wurde die Losung vom

"Friedensvertrag nur mit einer gesamtdeutschen Regierung"

geboren und sowohl vom Bundestagspräsidenten D. Dr. Eugen Gerstenmaier in seiner Bundestagserklärung vom 30.6. (die eine aussenpolitische Debatte ersetzen sollte!), als auch in der an die Sowjetunion gerichteten Denkschrift vom 12.7. auf das Bonner Panier erhoben.

Friedensvertrag mit einem Deutschland ist unter den gegenwärtigen Bedingungen eine absolut platonische Erklärung. Es existiert kein einheitliches Deutschland - folglich: kein Friedensvertrag - folglich: ungestört weiter atomar rüsten etc.

Gerstenmaier erklärte:

"Es ist nicht mehr als billig, dass in einem Vertrag mit dem einen Deutschland Frieden geschlossen wird, mit dem auch Krieg geführt wurde."

Dieses "eine" Deutschland, das den Krieg führte, existiert nicht mehr. Das ist in der Tat die Folge des Hitlerschen Aggressionskrieges, der zur bedingungslosen Kapitulation und zur Vernichtung des Hitlerstaates führte.

Aber - ist das auch der Grund dafür, dass heute kein neues einheitliches Deutschland existiert? Ist es wirklich so, wie Gerstenmaier behauptet, dass "die Teilung Deutschlands letztlich eine Folge von Hitlers Angriff auf Russland" ist? Keineswegs!

Das Motto von Teheran und Jalta, dass die Einigkeit der Alliierten den Frieden zu einem dauerhaften machen werde, lag auch dem Potsdamer Abkommen zugrunde, das aus dem einheitlichen Streben der Alliierten und der demokratischen deutschen Kräfte ein neues, einheitliches Deutschland erstehen lassen sollte. Mit dem Zerschlagen dieser Einheit der Grossmächte, mit dem im wesentlichen "Roll-back" vertretenen Machtanspruch, ganz Deutschland der gegen den Osten gerichteten neuen Allianz einzuverleiben - der zum Grundpfeiler der Adenauer-Politik wurde - damit zerbrach die deutsche Einheit! Und eben an diesem von Bonn bislang vertretenen Machtanspruch zerschellten alle Wiedervereinigungsbestrebungen. Es wird und kann auch zukünftig keine Wiedervereinigung geben, die sich auf einen Alleinherrschaftsanspruch der einen oder anderen Seite stützt.

Die Bonner atomare "Befreiungs"-Politik führt also nicht zur Wiedervereinigung - und folglich auch nicht zu einem Friedensvertrag mit einem einheitlichen Deutschland!

Nur durch eine allseitige Absage an gegenseitige Machtansprüche in Deutschland, nur durch die Anerkennung der de facto gegebenen Tatsachen und durch Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft auf dieser Basis werden die deutschen Probleme lösbar - einschliesslich der Westberlin-Frage.

Und hier kann ein Friedensvertrag helfen!

Mit dem Gesagten wäre zugleich auch die Behauptung abgetan, ein Friedensvertrag, der das Bestehen von zwei deutschen Staaten anerkennt (also die CDU-Politik verwirft), bedeute eine

"Fixierung der deutschen Spaltung".

So hört man's sowohl von der Bundesregierung als auch von Willy Brandt, der darin eine "Verankerung der Spaltung" sieht.

Zwei deutsche Staaten existieren mit oder ohne Friedensvertrag. Ein Friedensvertrag aber würde friedliche Beziehungen zwischen ihnen garantieren, Gewaltakte in Deutschland ausschliessen - kraft aller Unterzeichnerstaaten - und damit den Weg zur Wiedervereinigung eröffnen!

Ferner erklärt der Bundeskanzler, man könne "mit einem bis an die Zähne bewaffneten Staat" keinen Friedensvertrag abschliessen, folglich:

"erst Abrüstung - dann Friedensvertrag".

Welch ein Unsinn! Ein Friedensvertrag folgt normalerweise bekanntlich einem Waffenstillstand - erst dann können die aufgeblähten Kriegsmaschinerien abgebaut und dem Frieden angepasst werden. Die ungelöste Nachkriegsentwicklung in Deutschland erschwert doch gerade Fortschritte in der internationalen Abrüstung. Es ist bereits dargelegt worden, wie fruchtbar hingegen eine friedensvertragliche Regelung die allgemeine Abrüstung, die Lage in Europa und in der Welt insgesamt beeinflussen würde.

Aber - das Adenauer-Argument kann doch nicht als ernst gemeint betrachtet werden, vergleicht man es mit ähnlichem Vorbringen in der Vergangenheit. Als Abrüstungsvereinbarungen möglich schienen, erfand Bonn das "Junktum" und trommelte: Keine Abrüstung ohne Lösung der deutschen Frage! Heute, da eine Lösung der deutschen Frage möglich wird, trommelt man umgekehrt: Keine Lösung der deutschen Frage ohne vorherige Abrüstung! - Wann immer sich ein Fortschritt anbietet, schiebt Bonn komplizierte Probleme in den Vordergrund, um somit lösbare Fragen wieder unlösbar zu machen.

Im gleichen Zusammenhang wird behauptet, wir dürften uns "keinem Diktat beugen".

Dieses Argument wird sowohl auf den in dem sowjetischen Memorandum genannten Zeitpunkt von Verhandlungen binnen sechs Monaten, als auch auf den Inhalt bezogen.

Was die sowjetische Entschlossenheit betrifft, noch in diesem Jahr eine Lösung durchzusetzen, so ist sie massgeblich auf den ständig verstärkten Druck zurückzuführen, der von Bonn aus mit forcierter Atomrüstung und mit ministeriellen territorialen Forderungen ausgeübt wird. Die Bundesregierung nutzt doch gerade das Fehlen eines Friedensvertrages, um ihre diktatorischen Forderungen gegenüber dem Osten mit weiterem Nachdruck zu versehen. - Im übrigen: seit 1946 steht der Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland seitens der Sowjetunion auf der Tagesordnung - eine Lösung der Westberlinfrage zumindest seit zwei Jahren. Und auch sechs Monate sind genügend Zeit, um zu verhandeln, wenn man nur will!

Und was den Inhalt des sowjetischen Memorandums betrifft:

Ist es ein Diktat, wenn die Sowjetregierung beantragt, dass jegliche innerdeutsche Vereinbarung von allen Partnern des Friedensvertrages von vornherein anerkannt werden soll? - Ein solches Angebot von Siegern an Besiegte ist in der Geschichte wohl einmalig!

Ist es ein Diktat, wenn die Beseitigung der Atomwaffen aus Deutschland verlangt wird - was 83 Prozent aller Bundesbürger ohnehin verlangen?

Ist es ein Diktat, wenn die militärische Neutralität Deutschlands vorgeschlagen wird - das sogar schrittweise (kein unbedingt sofortiger Austritt aus der NATO) - wenn 43 Prozent aller Bundesbürger das ohnehin gutheissen?

Auch dieses Argument von dem angeblichen "Diktat" erweist sich als pure Demagogie, darauf berechnet, der Öffentlichkeit den Blick für die grosse Chance zu trüben, die sich vor uns auftut.

Ähnlich verhält es sich mit der Behauptung,

die DDR-Regierung sei "nicht rechtmässig legitimiert", so dass mit ihr weder über gesamtdeutsche Abrüstung noch über andere Friedensvertragsprobleme oder über die alliierten Zufahrtswege nach Berlin verhandelt werden könne.

Auch dieses Argument soll dazu herhalten, eine Entspannung in Deutschland, die auf Kosten des Alleinherrschaftsanspruches der Adenauer-Regierung ginge, zu verhindern.

Man mag über die DDR-Regierung denken, wie man will. Sie existiert, und das unabdingbare Verlangen nach Frieden in Deutschland legitimiert, ja bedingt Verhandlungen mit ihr!

Es geht doch gar nicht darum, ob die DDR "aufgewertet" wird oder nicht. Es geht darum, dass ganz Deutschland nicht "abserviert" wird!

Bundestagspräsident Gerstenmaier vertrat in seiner Erklärung dazu übrigens eine interessante Version: Man müsse die angetragenen Verhandlungen mit Herrn Ulbricht ablehnen und zwar aus

"Respekt vor den von diesem Hause ratifizierten Verträgen, in denen sich die drei grossen Westmächte verpflichtet haben, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu ihrer eigenen Sache zu machen".

Mit diesem Hinweis ist u.a. der Artikel 2 des Deutschlandvertrages (Generalvertrag, Oktober 1954) gemeint, mit dessen Ratifizierung die Bundestagsmehrheit alle "Deutschland als Ganzes einschliesslich die Wiedervereinigung und eine friedensvertragliche Regelung" betreffende Rechte an die Westmächte veräussert hat. Die Bundesregierung (!) ist also nicht zu solchen Verhandlungen legitimiert. Im gleichen Atemzuge aber proklamieren Bundestagspräsident und Bundesregierung das Argument,

"erst Wiedervereinigung durch Selbstbestimmung".

Mit den genannten Vertragsklauseln, mit den im gleichen Vertragswerk enthaltenen Notstandsvorbehalten der Westmächte in der Bundesrepublik u.a.m. hat die Bundesregierung eben dieses Selbstbestimmungsrecht in den Lebensfragen der Nation aus der Hand gegeben. Es ist nichts darüber bekannt, dass sie es je zurückgefordert hat!

Die demagogische Losung, "erst Wiedervereinigung durch Selbstbestimmung" ist jener Forderung von 1952 und 1954 - jeweils, als sowjetische Friedensvertragsvorschläge vorlagen - gleichzusetzen: "erst freie Wahlen". Erinnern wir uns daran, was der Bundestagsabgeordnete Dr. Gustav Heine mann dazu in der bedeutsamen Debatte vom 23.1. 1958 sagte:

"Dem Volke hier gegenüber wurde das alles zugedeckt (gemeint sind die Proklamationen des Kanzlers, ganz Osteuropa befreien zu wollen etc.) durch eine ungewöhnlich verheerende Parole, verheerend, weil sie in einer tückischen Weise das Richtige und das Falsche miteinander vermengte, nämlich die Parole 'zuerst freie Wahlen!'. - Gewiss, freie Wahlen wollen wir alle. Aber zu sagen 'zuerst' - das muss genau den Weg zu diesen Wahlen verschliessen... Der Schlüssel zu jeder Änderung hier in Deutschland liegt bei den Sicherheitsfragen. Erst wenn wir über diese hinwegkommen, kommen wir im deutschen oder mitteleuropäischen Bereich zu politischen Ordnungen... Wer Deutschland noch tiefer spalten will, kann es nicht besser machen, als in Fortsetzung immer noch dieses Weges."

Diese Worte sind heute noch so gültig wie damals. Jedoch - Selbstbestimmung äussert sich nicht in freien Wahlen allein. Das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes will wahrgenommen werden, z.B. in der Entwicklung eigener konstruktiver Vorschläge für einen Friedensvertrag, wie sie nicht nur die Sowjetregierung, sondern auch die Westmächte von der Bundesrepublik erwarten. Die Bundesregierung aber nimmt dieses Recht nicht wahr. Sie ersetzt wiederum konkretes Tun durch leere Proklamationen.

Weder in der Gegenwart noch in der Vergangenheit hat die Bundesregierung das Selbstbestimmungsrecht anerkannt oder genutzt:

In den ersten Nachkriegsjahren wurde in Hessen mit 71 Prozent aller Wählerstimmen in einem Volksentscheid die Verstaatlichung der Grundstoffindustrie beschlossen - auf gleichem Weg in Nordrhein-Westfalen die Durchführung

einer Bodenreform. In beiden Fällen hat die Bundesregierung diese Bestimmungen der Bevölkerung übergangen. Volksentscheide über die Remilitarisierung oder die atomare Bewaffnung wurden verhindert. Aus den Länderverfassungen, die nach wie vor den Volksentscheid als direkte Willensbekundung der Öffentlichkeit beinhalten, soll er ausgemerzt werden!

Trotz des offenkundigen Protestes der übergrossen Mehrheit der Bevölkerung gegen die atomare Bewaffnung hat die Bundesregierung sie durchgesetzt!

Der Preisgabe des Selbstbestimmungsrechtes in den bereits genannten Vertragswerken ist es u.a. auch zuzuschreiben, dass seinerzeit in der Libanon-Krise amerikanische Truppen selbstverständlich von deutschem Boden aus in das Einsatzgebiet geflogen wurden, die Bundesrepublik damit um ein Haar in eine kriegerische Auseinandersetzung hineingezogen wurde.

Ein Friedensvertrag ist das Instrument, mit dem das deutsche Volk sein volles Selbstbestimmungsrecht zurückgewinnen kann. In der konstruktiven Mitarbeit an einem Friedensvertrag muss es sein Selbstbestimmungsrecht bereits ausüben!

Die Preisgabe des Machtanspruchs über die DDR, die Bereitschaft, in Verhandlungen mit der DDR-Regierung einen wenn auch minimalen einheitlichen gesamtdeutschen Standpunkt für Friedensvertragsverhandlungen zu entwickeln, auf diese Weise zur Entspannung, Abrüstung und Iedervereinigung beizutragen - das ist die Wahrnehmung des deutschen Selbstbestimmungsrechts, die heute sowohl möglich ist, als auch nottut!

Die Haltung der Westmächte

Die Haltung der Westmächte in der Westberlin- und Friedensvertrags-Frage ist keineswegs so kongruent mit der Bonner Politik, wie das von Bonn aus behauptet wird. Natürlich stehen die Westmächte zu den Erklärungen, Westberlin notfalls mit allen Mitteln gegen einen militärischen Übergriff zu verteidigen. Aber abgesehen davon, dass Westberlin weder mit noch ohne Atomwaffen gegen einen wirklichen Angriff verteidigt werden könnte - ein militärischer Überfall auf Westberlin steht doch nirgendwo auf dem Programm! Und ohne einen solchen Angriff als erste loszuschlagen, den atomaren Weltkrieg um Berlin zu beginnen, um Dr. Adenauers Politik zuliebe nicht mit der DDR zu verhandeln - das können weder Kennedy, Macmillan noch de Gaulle gegenüber ihren Völkern, der Welt oder auch nur vor ihren NATO-Verbündeten verantworten.

Aber nicht nur die anderen Völker wollen keinen Krieg um Westberlin. Die französische Zeitung "Combat" hat bei Untersuchungen in der Bundesrepublik festgestellt, dass auch die Bevölkerung der Bundesrepublik keinen Krieg um Berlin will. Man weiss zu genau, dass nicht geschossen, sondern dass verhandelt werden muss!

Während die Bundesregierung erklärt: Keinerlei Kompromiss über Berlin, es darf nichts geändert werden! - stehen die Westmächte auf dem Standpunkt: Allein an dem Status der Westalliierten in Berlin darf sich nichts ändern! Da sowohl die Sowjetregierung als auch die DDR erklärt haben, dass eine Regelung weder die Anwesenheit noch den freien Zugang der Westmächte nach Westberlin beeinträchtigen müsse, sofern sie über die Zufahrtsrechte auf normalem Wege mit der zuständigen DDR-Regierung Vereinbarungen treffen (die auch die Sowjetunion zu garantieren bereit ist), bietet sich hier bereits die mögliche Verhandlungsbasis an.

Die Wirklichkeit ist, dass trotz zahlreicher scharfmacherischer Reden von gewiss einflussreichen Politikern speziell in den USA, der offizielle Kurs der Westmächte bereits auf Verhandlungsbereitschaft steht. Das hat auch der Bundeskanzler erkannt; am 13.7. in Berlin mit sorgenvollem Kommentar bekannte er, dass in Kürze Ost-West-Verhandlungen über die Deutschland- und Westberlinfrage bevorstünden.

Wachsende Kreise im Westen sind sich vollauf der Sinnlosigkeit und der Gefahr bewusst, die darin liegt, notwendige Lösungen mit Gewalt verhindern zu trachten.

Sie verlangen verstärkt im Interesse ihrer eigenen Sicherheit, den Realitäten ins Auge zu sehen. Aus der Fülle dieser Stimmen seien hier nur einige erwähnt. Der französische Sozialist und ehemalige Innenminister Jules M o c h schrieb in der konservativen Zeitung "Le Figaro", es sei verbrecherisch, "wegen Berlin einen Atomkrieg zu erwägen". Der Westen solle sich zu Verhandlungen über Berlin bereit erklären und die Anerkennung der DDR anbieten. ("Die Welt", 5.7.)

"Die Berliner könnten ruhiger schlafen und die Chancen zur Wiedervereinigung Deutschlands würden besser sein, wenn sich die Westmächte dazu durchringen würden, die faktische Existenz Ostdeutschlands und die Unabänderlichkeit der Westgrenzen Polens anzuerkennen", schrieb die britische Wirtschaftszeitschrift "The Economist".

Das britische konservative Sonntagsblatt "Sunday Observer" verwies auf den starken Druck auf Kennedy, hart zu bleiben und schrieb dazu:

"Seine kühnen Reden über das Gewinnen des Kalten Krieges - wie kann da eine Seite überhaupt gewinnen - legen ihn auf eine falsche Position fest. Es wird einen kühlen Kopf und grossen charakterlichen Mut erfordern, den Trend der amerikanischen öffentlichen Meinung umzukehren, und die Anerkennung der DDR gegen eine Berlinregelung auszuhandeln. Doch das ist ein notwendiger Beitrag Amerikas zum Weltfrieden, und Grossbritanniens Aufgabe als Amerikas treuester Freund, das so klar zu sagen." (zit. nach "Hannoversche Rundschau", 10.7.)

Der liberale "G u a r d i a n" (17.7.) spricht von dem in England verbreiteten "legitimen Misstrauen gegen Dr. Adenauer", von der Beunruhigung "über die Unfruchtbarkeit von Dr. Adenauers Politik in der Frage eines Disengagements und Berlins". Die antideutsche Einstellung in England würde sehr viel rascher verschwinden, wenn deutsche Sprecher es unterlassen würden, nukleare Waffen für die Bundeswehr zu fordern und wenn die westdeutsche Regierung zu Verhandlungen bereit wäre. - Das ist in allen massgeblichen Blättern Grossbritanniens vertretene Auffassung.

Die nüchterne Betrachtungsweise setzt sich auch bei den Regierungen der Westmächte durch. Es wird verhandelt werden und zumindest die Westberlinfrage wird noch in diesem Jahr eine friedliche Regelung finden.

Und was tut die Bundesregierung dazu? - Die "Stuttgarter Zeitung", die - wie eingangs zitiert - der Bundesregierung bescheinigte, Verhandlungsmöglichkeiten bewusst umgangen zu haben, schreibt dazu weiter:

"Da sie (die Bundesregierung) aber weiss, dass die Grossmächte auf solche Gespräche zusteuern, heisst das wohl auch, dass sie sich absichtsvoll aus künftigen Verhandlungen heraushalten will.
Liegt es wirklich im deutschen Interesse, sich scheinot zu stellen, wenn über deutsche Fragen entschieden wird?"

Wo wird die Bundesrepublik stehen?

Es steht ausser Zweifel, dass von der Haltung der Bundesrepublik - weiterhin blockieren oder aber fruchtbar, konstruktiv zu einer Lösung beitragen - sehr viel abhängt. Im Oktober oder Anfang November wird es nach amerikanischen Verlautbarungen, zu Ost-West-Gesprächen über Berlin und Deutschland als Ganzes kommen.

Angenommen, die gegenwärtige Politik wird auch nach dem 17. September in Bonn fortgesetzt: die Chance eines einheitlichen Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten würde wiederum verpasst und noch einmal auf viele Jahre vertan. Jedoch - eine Regelung der Westberlinfrage unter alliierter Anerkennung der DDR-Zuständigkeit für die gesamten Westberliner Zufahrtswege wird auch ohne und gegen Bonn zustande kommen. Und trotz Bonner Protests wird es dann einen

Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion, diversen anderen Staaten und der DDR geben.

Auch der nur mit der DDR geschlossene Friedensvertrag wird Völkerrecht schaffen. Er wird die bedauerliche aber nicht weg zu diskutierende Tatsache von der Existenz zweier deutscher Staaten, vom Ende des Bonner Machtanspruchs an der Elbe, völkerrechtlich fixieren. Mit der unausweichlichen friedlichen Westberlin-Regelung werden auch die Westmächte diesen Zustand und damit auch die neu geschaffene Rechtsnorm zumindest de facto billigen. - Frage: Ist das schlecht für Deutschland?

Wenn man weiss, dass eine Lösung der Deutschlandfrage nur friedlich und nur auf dem Boden der gegebenen Tatsachen, nur durch Absage an jeglichen gesamtdeutschen Machtanspruch und nur durch Verständigung der beiden deutschen Staaten erfolgen kann, dann kann man auch diesen Schritt nicht als negativ oder hinderlich für eine Wiedervereinigung Deutschlands bewerten. Hinderlich allerdings wären die von Bonn auf einen solchen Schritt projektierten Gegenmassnahmen: Die Bundesregierung zieht als Antwort u.a. den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion in Betracht, wie Aussenminister Heinrich v. Brentano am 30.6. im Fernsehen erklärte; verstärkte "Pflichterfüllung" gegenüber der NATO - lies: verstärkte atomare Bewaffnung -, wie der Bundestagspräsident betonte; eine Wirtschaftsblockade gegenüber der DDR u. a.m.. Von Bonn aus würde der Graben durch Deutschland und Europa noch tiefer gezogen werden - und das als Antwort auf das Angebot einer Friedensregelung! Die Welt wird und muss daraus ihre Schlüsse ziehen - nicht zugunsten der Bundesrepublik!

Was aber würde sein, wenn im Namen der Bundesrepublik eine Politik betrieben würde, die die nunmehr gegebene Chance für Einheit und Frieden nicht zugunsten überholter und aussichtsloser Machtansprüche sinnlos verspielt?

Die Vorschläge des Abgeordneten Arno Behrisch (DFU), die der Öffentlichkeit unterbreitet wurden, nachdem die Fraktionsvorsitzenden abgelehnt hatten, zu diesen brennenden Problemen noch eine aussenpolitische Debatte im Bundestag zu führen (!) - diese Vorschläge geben hier Aufschluss.

Die Nutzung der gegebenen Chance - so detailliert Behrisch - könnte die Erfüllung dessen bringen, "was Millionen deutsche Atomwaffengegner und alle an der Wiedervereinigung interessierten Deutschen seit Jahren ersehnen und worum sie sich seit Jahren bemühen".

"Eine verantwortungsbewusste deutsche Regierung müsste deshalb mit all ihrer Kraft dafür sorgen, dass durch eindeutige friedensvertragliche Regelungen eine Ausgangsbasis geschaffen wird, die es ermöglicht, die Ziele aller vernünftigen Deutschen, nämlich Entspannung, Frieden und Wiedervereinigung, zu verwirklichen. Eine deutsche Regierung, die es unterlässt, diese elementaren deutschen Interessen bei zukünftigen Friedensverhandlungen zu vertreten, versäumt in einem geschichtlich entscheidenden Augenblick ihre Pflicht gegenüber Deutschland.

Aus dieser Erkenntnis schlägt Behrisch u.a. vor:

Bis zum Zeitpunkt des Zusammentretens der Friedenskonferenz den Versuch zu unternehmen, "in Verhandlungen mit der Regierung der DDR zu ermitteln, ob es möglich ist, trotz aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen in bestimmten elementaren Grundfragen zu einer Übereinstimmung zu gelangen. Lässt sich eine solche Plattform minimaler Gemeinschaft finden, so verpflichten sich beide deutschen Regierungen, diese gemeinsame Position gegenüber den Siegermächten als deutschen Standpunkt zu vertreten."

Die von Behrisch im einzelnen vorgeschlagenen "Grundsätze einer deutschen Friedensregelung" beinhalten das Recht auf Wiedervereinigung, Massnahmen zur Entspannung, Rüstungsverminderung und Neutralität, die Wiederherstellung der vollen Souveränität, Aufnahme in die UNO. (Siehe Anhang).

Eine solche gesamtdeutsche Haltung wird wieder einmal von der Bundesregierung blockiert. Denn seitens der DDR haben Volkskammer und Regierung einen "Deutschen Friedensplan" vorgelegt und beschlossen (6.7.), der von einer verhandlungsbereiten Bundesregierung nichts verlangt, was eine Gefährdung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Struktur der Bundesrepublik bedeuten würde.

Kernstück dieses Planes - entworfen "zur Abwendung der ernstesten Atomkriegsgefahr von Deutschland und der Welt sowie zur Sicherung einer friedlichen Zukunft für das deutsche Volk" ist der Aufruf an alle Deutschen, in dieser geschichtlich bedeutsamen Stunde in der Sache des Friedens und der Wiedervereinigung selbst zu handeln. Aus diesem Grunde wird die Bildung einer deutschen Friedenskommission vorgeschlagen, aus Vertretern der Parlamente und Regierungen beider Staaten, deren Aufgabe es wäre, zu verhandeln und sich zu verständigen

"über die Ausarbeitung von deutschen Vorschlägen zum Friedensvertrag über ein Abkommen des guten Willens, das darauf gerichtet ist, das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten sofort zu verbessern."

Dieses Abkommen des guten Willens solle Empfehlungen an die beiden Parlamente und Regierungen folgender Art zum Inhalt haben:

Verzicht auf atomare Bewaffnung und Rüstungsstopp;

Vereinbarung über gegenseitige Stärke, Bewaffnung und Standorte der Streitkräfte

Verbot jeder Kriegs- und Revanchepropaganda;

keine Einmischung in die gesellschaftliche oder soziale Ordnung des anderen Staates;

beiderseitige Befürwortung eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten sowie Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa;

Erweiterung des innerdeutschen Handels, der kulturellen und sportlichen Beziehungen, Erleichterung des Reiseverkehrs.

Desweiteren werden detaillierte Vorschläge für einen Friedensvertrag dargelegt für die Bildung einer deutschen Konföderation und die Regelung der Westberlinfrage. (Siehe Anhang)

Die Vorschläge des Bundestagsabgeordneten Behrisch sowie auch die ^{DDR/}Vorschläge legen dar, dass auf der Grundlage deutscher Verständigungsbereitschaft eine für Deutschland günstige, einheitliche Friedensregelung erfolgen könnte und dass noch während oder unmittelbar nach den Friedensvertragsverhandlungen das deutsche Gespräch über eine schrittweise Wiedervereinigung beginnen könne!

Das Schlüsselwort einer solchen erfolgversprechenden Regelung - die sowohl die wesentlichen Elemente des Deutschland-Planes der SPD sowie des Pfleiderer-Planes enthält - dieses Schlüsselwort heisst: Verständigungsbereitschaft!

Im Zuge dieses Wahlkampfes tut Dr. Adenauer alles, um eine solche Verständigung weiter zu erschweren, nutzt er das Angebot einer friedensvertraglichen Regelung, um den Kalten Krieg - den es zu überwinden gilt - zu verschärfen. Die SPD verspielt wiederum den letzten Rest oppositionellen Prestiges, indem sie nicht nur dagegen nichts unternimmt, sondern dafür plädiert, die Friedensvertragsfrage nicht zum Wahlkampf-Thema zu machen und obendrein in das gleiche Horn bläst, wie der Kanzler.

Bei dieser Haltung bieten die beiden Parteien dem Wähler allein die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, ob nun weiterhin der alte oder aber ein jüngerer Kanzler Atomwaffen an die Bundeswehr verteilen soll. Die Möglichkeit, die atomare Bewaffnung und die auf ihr basierende "Stärke"-Politik grundsätzlich infrage zu stellen, die soll ausgeklammert werden! Ist es etwa das, was unter "Selbstbestimmungsrecht" verstanden wird?

Was und wem nützt es denn, allein über solche Wahlversprechungen zu diskutieren, dass der Himmel über uns blau und voller Geigen sein soll, wenn die unmittelbare Gefahr besteht, dass er - als Folge einer verfehlten Aussenpolitik! - voller Atompilze sein wird?! Die Einlösung jeglicher sozialer Versprechungen hängt vornehmlich davon ab, dass an die Stelle der bisherigen Atomwaffenpolitik Verhandlungs- und Verständigungsbereitschaft tritt - auch und vor allem in Deutschland selbst!

Staatsbürgerpflicht, demokratisches Bewusstsein und - last not least - purer Selbsterhaltungsdrang verlangen unabdingbar, dass die Öffentlichkeit zu den Problemen Stellung bezieht, die im wahrsten und bittersten Sinne des Wortes zu Lebensfragen geworden sind. Kein Friedensfreund kann und darf sich darum der Pflicht entziehen, die Mitbürger zu dieser Stellungnahme aufzurufen.

N i c h t s c h i e s s e n

- v e r h a n d e l n !

+ + +

Herausgegeben und vervielfältigt
für Freunde und Interessenten
unserer Bewegung:

LANDESFRIEDENSKOMITEE BADEN-WÜRTTEMBERG
Stuttgart-Ost, Heinrich-Baumann-Strasse 27

Ende J u l i 1961

A N H A N G

D o k u m e n t e d e s Z e i t g e s c h e h e n s
=====

I. Deutschland-Vorschläge des Bundestagsabgeordneten Arno BEHRISCH

" Am 22. Juni habe ich die Fraktionsvorsitzenden der CDU, SPD und FDP in einem Schreiben aufgefordert, trotz der zu Ende gehenden Legislaturperiode und ungeachtet der bereits festgelegten Bundestagsferien eine aussenpolitische Debatte im Bundestag abzuhalten, um die durch das sowjetische Deutschland-Memorandum entstandene Situation zu erörtern. Obwohl es zu keiner Stunde notwendiger gewesen wäre, dass der Bundestag als oberste Volksvertretung entsprechend seiner Verantwortung die bevorstehenden Entscheidungen ernsthaft prüft und diese nicht den einsamen Entschlüssen des Bundeskanzlers überlässt, hat es die Mehrheit der Bundestagsparteien für ratsam gehalten, der notwendigen Debatte aus dem Weg zu gehen. Durch diesen Beschluss der Fraktionsgeschäftsführer sehe ich mich genötigt, die Vorschläge, die ich als Abgeordneter der Deutschen Friedens-Union in dieser Debatte unterbreiten wollte, auf diesem Weg der Presse und der Öffentlichkeit zu übergeben.
gez. Arno Behrisch

Zur Deutschlandfrage

Das sowjetische Deutschland-Memorandum hat uns in eine Situation gestellt, die Entscheidungen unausweichlich macht. Entscheiden wir uns in den kommenden Wochen gegen Friedensverhandlungen mit den ehemaligen Siegermächten, wird der einseitige Abschluss eines Friedensvertrages zwischen der DDR und den Ostblockstaaten die Folge sein. Die Bundesregierung sollte ernst überlegen, ob sie die weitreichenden Folgerungen, die sich aus einem solchen Vertragsabschluss letztlich für ganz Deutschland ergeben, verantworten kann.

Kommt es hingegen zu einer Friedenskonferenz, auf der für beide Teile Deutschlands in gleicher Weise verbindliche friedensvertragliche Regelungen ausgehandelt werden, dann könnte in Erfüllung gehen, was Millionen deutscher Atomwaffen-Gegner und alle an der Wiedervereinigung interessierten Deutschen seit Jahren ersehnen und worum sie sich seit Jahren bemühen:

Die atomare Aufrüstung könnte durch einen Friedensvertrag unterbunden werden.

Die Herauslösung Deutschlands aus den gegensätzlichen militärischen Blöcken könnte in einem Friedensvertrag vereinbart werden.

Die Neutralität Deutschlands, etwa nach dem Modell Österreichs, könnte vertraglich festgelegt und von sämtlichen Unterzeichnerstaaten des Friedensvertrages garantiert werden.

Der Krieg ist kein Mittel der Politik mehr. Die Wiedervereinigung Deutschlands kann folglich nur auf dem friedlichen Weg des Verhandeln, auf dem Weg der schrittweisen Annäherung beider Teile Deutschlands, erreicht werden. Durch entsprechende friedensvertragliche Abmachungen lässt sich der Weg zu einem atomwaffenfreien, neutralen Deutschland freilegen. Es ist deshalb nicht wahr, dass ein Friedensvertrag die Spaltung Deutschlands "zementiere". Im Gegenteil: er schafft die ersten Voraussetzungen für eine Wiederannäherung.

Zu allererst hat ein mit West und Ost abgeschlossener Friedensvertrag jedoch einen Vorzug: er nimmt von uns Deutschen die Atomkriegsgefahr. Die auf unserem Boden feindselig gegeneinanderstehenden Armeen waren für unser Volk seit Kriegsende eine latente Gefahr. Seit sich aber die Bundesregierung darum bemüht, deutsche Truppen mit atomaren Sprengköpern auszurüsten, ist die Gefahr ins Unermessliche gestiegen. Ein für Deutschland tödlicher Konflikt mit atomaren Waffen kann jederzeit ausbrechen, zumal die politischen Spannungen,

die sich aus dieser wahnwitzigen Rüstungspolitik in und um Deutschland ergeben, von Jahr zu Jahr wachsen. Ein Friedensvertrag, der die atomare Bewaffnung beider Teile Deutschlands unterbindet und die Rüstung in beiden deutschen Teilstaaten stufenweise auf ein Minimum herabsetzt, befreit unser Volk aus dieser explosiven Situation und garantiert uns Sicherheit.

Eine verantwortungsbewusste deutsche Regierung müsste deshalb mit all ihrer Kraft dafür sorgen, dass durch eindeutige friedensvertragliche Regelungen eine Ausgangsbasis geschaffen wird, die es ermöglicht, die Ziele aller vernünftigen Deutschen, nämlich Entspannung, Frieden und Wiedervereinigung, zu verwirklichen. Eine deutsche Regierung, die es unterlässt, diese elementaren deutschen Interessen bei zukünftigen Friedensverhandlungen zu vertreten, versäumt in einem geschichtlich entscheidenden Augenblick ihre Pflicht gegenüber Deutschland.

Die deutsche Friedensregelung

Ausgehend von den deutschen Interessen: der Entspannung, der Sicherung des Friedens in Europa sowie der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, für deren Verwirklichung ein Friedensvertrag mit ganz Deutschland die Voraussetzung sein kann, schlagen wir vor:

1. Einberufung einer Friedenskonferenz, an der alle Staaten beteiligt sind, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden. An der Konferenz nehmen von deutscher Seite die Bundesregierung und die Regierung der DDR als gleichberechtigte Partner teil.
2. Um diejenigen deutschen Forderungen, die vor allem im Interesse einer künftigen Wiedervereinigung Deutschlands unerlässlich sind, wirkungsvoll gegenüber den Siegermächten zur Geltung zu bringen, unternimmt die Bundesregierung den Versuch, bis zum Zeitpunkt des Zusammentretens der Friedenskonferenz in Verhandlungen mit der Regierung der DDR zu ermitteln, ob es möglich ist, trotz aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen in bestimmten elementaren Grundfragen zu einer Übereinstimmung zu gelangen. Lässt sich eine solche Plattform minimaler Gemeinschaft finden, so verpflichten sich beide deutschen Regierungen, diese gemeinsame Position gegenüber den Siegermächten als deutschen Standpunkt zu vertreten.

Grundsätze einer deutschen Friedensregelung

Im einzelnen müsste ein mit beiden Teilen Deutschlands abgeschlossener Friedensvertrag folgende Grundsätze enthalten:

1. Recht auf Wiedervereinigung

Das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung muss von allen Unterzeichnerstaaten vertraglich garantiert werden.

2. Entspannung - Rüstungsverminderung - Neutralität

Alle Teilnehmerstaaten verpflichten sich, Deutschland aus dem internationalen Spannungsfeld herauszulösen, um seinen Frieden zu sichern und die deutsche Wiedervereinigung zu erleichtern.

Beide Teile Deutschlands verpflichten sich, keine Atomwaffen herzustellen oder auf ihrem Territorium zu lagern sowie keine Atom- oder Raketenstützpunkte auf deutschem Boden zu dulden.

Beide deutschen Regierungen verpflichten sich, innerhalb einer bestimmten Frist aus den Militärpakten (NATO und Warschauer Pakt) auszuschcheiden. Die ausländischen Streitkräfte werden in vertraglich festzulegenden Etappen aus beiden Teilen Deutschlands abgezogen. Ausländische Militärstützpunkte dürfen danach auf deutschem Territorium nicht mehr errichtet werden.

Der Friedensvertrag legt die Neutralität der beiden deutschen Staaten und des späteren Gesamtdeutschland vertraglich fest. Alle Teilnehmerstaaten der Konferenz verpflichten sich, zum Schutz dieser Neutralität analog den im österreichischen Staatsvertrag enthaltenen Bestimmungen.

Beide Teile Deutschlands verpflichten sich, keinen anderen Staat anzugreifen, nicht an Militärpakten, die gegen Teilnehmerstaaten der Friedenskonferenz gerichtet sind, teilzunehmen und ihre Streitkräfte nur zum Schutz der eigenen Grenzen zu verwenden. Beide deutschen Staaten verpflichten sich, innerhalb einer festzulegenden Frist eine gemeinsame Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung in

Deutschland festzulegen und alle verbleibenden innerdeutschen Fragen nur mit friedlichen Mitteln zu lösen. Sie schliessen ein Abkommen über gegenseitigen Gewaltverzicht.

3. Wiederherstellung der vollen Souveränität - Aufnahme in die U N O

Mit dem Abschluss des Friedensvertrages erkennen alle Unterzeichnerstaaten die volle Souveränität Deutschlands an. Alle Einschränkungen der deutschen Souveränitätsrechte und alle gegen Deutschland noch bestehenden Diskriminierungen werden aufgehoben. Mit dem Abschluss des Vertrages erlöschen alle Ansprüche auf Reparationen, die an Deutschland auf Grund der Kriegshandlungen gestellt worden sind. - Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, für die Aufnahme Deutschlands in die UNO einzutreten. Bis zur deutschen Wiedervereinigung nehmen beide deutschen Staaten stellvertretend für ganz Deutschland den Platz in der UNO ein. Wie die Teilnehmerstaaten der Friedenskonferenz gemeinsam die Unverletzlichkeit der bestehenden deutschen Grenzen garantieren, so garantiert Deutschland seinerseits die Grenzen seiner Nachbarstaaten und stellt keinerlei Gebietsforderungen. Der Friedensvertrag legt für die deutsche Wirtschaft das Recht auf ungehinderte Entfaltung fest und garantiert die Freiheit des deutschen Handels mit allen Teilnehmerstaaten der Konferenz ohne jegliche Benachteiligung oder Diskriminierung.

4. Berlin

Der Friedensvertrag bestimmt Berlin zur Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands. Bis dahin verpflichten sich alle Teilnehmerstaaten der Konferenz, den von der gleichen Konferenz ausdrücklich vereinbarten Status Westberlins als Interims-Lösung zu respektieren. Für Deutschland ist dabei jede Interims-Lösung annehmbar, die die völlige Freiheit der West-Berliner Bevölkerung garantiert, innerhalb Westberlins über ihre Angelegenheiten auf der Grundlage einer unangestasteten Demokratie selbst zu bestimmen, und die die Verbindung Westberlins mit der Bundesrepublik und dem übrigen westlichen Ausland eindeutig sicherstellt. Die Bundesrepublik wird in den Kreis der Garantiemächte für die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Westberlins durch ausländische Mächte einbezogen. Alle Teilnehmerstaaten verpflichten sich, auf die aus dieser Interimslösung ihnen evtl. zukommenden Rechte in Westberlin zu verzichten, wenn die Einheit Deutschlands wiederhergestellt ist.

5 Unterzeichnung

Der Friedensvertrag wird auf deutscher Seite vom Bundestag der Bundesrepublik Deutschlands und von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ratifiziert. Beide deutschen Regierungen unterzeichnen den Friedensvertrag stellvertretend für eine künftige gesamtdeutsche Regierung.

Vom Friedensvertrag zum wiedervereinigten Deutschland

Nach Abschluss des Friedensvertrages mit beiden Teilen Deutschlands oder bereits während der Verhandlungen über diesen Vertrag sollen Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Regierungen stattfinden, die auf der Grundlage des Deutschlandplanes der SPD eine stufenweise Annäherung der beiden deutschen Teilstaaten zum Ziel haben.

Die erste Stufe der Annäherung wäre, dem Deutschlandplan der SPD folgend, eine paritätisch zusammengesetzte gesamtdeutsche Kommission zur Regelung der Fragen der innerdeutschen Beziehungen.

Die zweite Stufe stellt die Einberufung eines paritätisch zusammengesetzten gesamtdeutschen Rates dar, der eine gesamtdeutsche Verfassung und die Wahl einer gesamtdeutschen Nationalversammlung vorbereitet.

Auf der d r i t t e n S t u f e würde die gesamtdeutsche Nationalversammlung auf der Basis einer vom ganzen deutschen Volk angenommenen Verfassung den Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands vollziehen.

In demselben Zeitraum sollten sich beide deutschen Regierungen darum bemühen, den Abschluss einer vertraglichen Vereinbarung über eine kernwaffenfreie und militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa zu fördern, wie sie gleichfalls im Deutschlandplan der SPD vorgeschlagen ist. Das künftige neutrale Gesamtdeutschland soll Bestandteil dieser entspannten Zone in Mitteleuropa sein.

+

Da wir die Schwierigkeiten kennen, die, die der Verwirklichung dieser Vorschläge entgegen stehen, werden wir an die Regierungen neutraler und blockfreier Staaten, vor allem an die Regierungen Österreichs, Indiens und Brasiliens, mit der Bitte herantreten, bei der Bundesregierung und der Regierung der DDR im Sinne der hier entwickelten Vorstellungen zu vermitteln.

Wir erklären ausserdem unsere Bereitschaft, im nächsten Bundestag mit der sozialdemokratischen Bundestagfraktion auf der Grundlage des Deutschland-Planes der SPD zusammenarbeiten, im Interesse des ganzen deutschen Volkes in gemeinsamer Anstrengung zu verwirklichen.

(Entnommen aus "Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 7/61)

+ + +

II. Der "Deutsche Friedensplan" der Volkskammer der DDR

"Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erklärt im Bewusstsein ihrer nationalen Verantwortung:

Zur Abwendung der ernstesten Atomkriegsgefahr von Deutschland und der Welt sowie zur Sicherung einer friedlichen Zukunft für das deutsche Volk ist der Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zur unaufschiebbaren Notwendigkeit geworden. 16 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges ist die Beseitigung aller seiner Überreste für das deutsche Volk ein Gebot der nationalen Selbsterhaltung. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erklärt deshalb den Abschluss eines einheitlichen Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten als die alles überragende Aufgabe des deutschen Volkes. Falls der Abschluss eines solchen Friedensvertrages am Widerstand der Regierungen der Westmächte und Westdeutschlands scheitern sollte, wird die Deutsche Demokratische Republik mit allen Staaten der Anti-Hitler-Koalition den Friedensvertrag schliessen, die auf der Friedenskonferenz dazu bereit sind.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik begrüsst die Vorschläge für den unverzüglichen Abschluss des Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlinproblems, die der Ministerpräsident der Sowjetunion, N.S. Chruschtschow, dem Präsidenten der USA, J.F. Kennedy, bei der Wiener Begegnung unterbreitete. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik sieht in der Empfehlung des sowjetischen Memorandums, nach der die vier Mächte von vornherein erklären sollen, dass sie jede Vereinbarung anerkennen, die von den beiden deutschen Staaten gemeinsam in den Fragen getroffen wird, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen, eine historische Chance für die deutsche Nation.

In dieser Stunde sind die Deutschen aufgerufen, in ihrer ureigensten deutschen Sache des Friedens und der Wiedervereinigung selber zu handeln. In Erfüllung ihrer nationalen Pflicht beschliesst die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik den Deutschen Friedensplan, den sie der Regierung und dem Bundestag Westdeutschlands und dem deutschen Volk in beiden deutschen Staaten unterbreitet.

Bildung einer Deutschen Friedenskommission

Die Regierungen der beiden deutschen Staaten verständigen sich sofort über die Bildung einer Deutschen Friedenskommission aus Vertretern des Parlaments und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik. Vordringlichste Aufgabe der Deutschen Friedenskommission ist es, Verhandlungen zu führen und sich zu verständigen.

über die Ausarbeitung von deutschen Vorschlägen zum Friedensvertrag;

über ein Abkommen des guten Willens, das darauf gerichtet ist, das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten sofort zu verbessern.

Abkommen des guten Willens

Das von der Deutschen Friedenskommission vorzubereitende Abkommen des guten Willens, das den beiden deutschen Regierungen und Parlamenten zum Abschluss empfohlen werden sollte, könnte zum Inhalt haben:

1. Beide deutschen Staaten vereinbaren den Verzicht auf die atomare Bewaffnung ihrer Streitkräfte und einen sofortigen Rüstungsstopp.
2. Beide deutschen Staaten verständigen sich bis zum Abschluss eines Abrüstungsabkommens über Stärke, Bewaffnung und Standorte ihrer bewaffneten Streitkräfte.
3. Beide deutschen Staaten lassen auf ihrem Territorium keinerlei Kriegs- und Revanche-Propaganda zu.
4. Beide deutschen Staaten betrachten die Entscheidung über die Gesellschaftsordnung als einen Akt der Selbstbestimmung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik. Sie übernehmen die Verpflichtung, sich nicht in Fragen der sozialen Ordnung des anderen deutschen Staates einzumischen.
5. Beide deutschen Staaten treten für den Abschluss eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den Staaten der NATO und für die Bildung einer Kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ein.
6. Beide deutschen Staaten verpflichten sich zu Massnahmen, die der Erweiterung des Handels zwischen ihnen dienen. Sie vereinbaren den Ausbau der kulturellen und sportlichen Beziehungen zwischen ihren Bürgern und Institutionen und treffen Massnahmen zur Erleichterung und Verbesserung des Reiseverkehrs. In der Friedenskommission soll der Grundsatz gelten, dass keine Seite der anderen ihren Willen aufzwingt, sondern Schritt für Schritt eine Verständigung erreicht wird.

Das gilt auch vordringlich für die Ausarbeitung von deutschen Vorschlägen zu einem Friedensvertrag, die darauf gerichtet sein müssen, den unverzüglichen Abschluss eines Friedensvertrages zu erleichtern und den Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage frei zu machen.

Deutsche Vorschläge für einen Friedensvertrag

Die wichtigste Aufgabe des deutschen Friedensvertrages ist es, einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung eines dauerhaften Friedens auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen zu leisten. Der Friedensvertrag muss verhindern, dass jemals wieder von Deutschland ein Krieg ausgeht. Er muss dem deutschen Volke für immer Frieden und volle Gleichberechtigung in der Familie der Völker sichern. Daher sollten deutsche Vorschläge für einen Friedensvertrag umfassen:

1. Die beiden deutschen Staaten verpflichten sich, in den internationalen Beziehungen auf jegliche Drohung mit Gewalt oder Gewaltanwendung zu verzichten, internationale Streitigkeiten nur mit friedlichen Mitteln zu lösen und aktiv bei der Gestaltung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Staaten mitzuwirken.
2. Die beiden deutschen Staaten treten für die Schaffung eines militärisch

neutralen Deutschlands ein. Die Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition übernehmen die Garantie für die Unverletzlichkeit dieser Neutralität. Die Stärke, Bewaffnung und Stationierung der zur Verteidigung erforderlichen Streitkräfte der beiden deutschen Staaten werden festgelegt. Sie verzichten auf die Bewaffnung ihrer Streitkräfte mit Atomwaffen und unterstützen die allgemeine und vollständige Abrüstung.

3. Die beiden deutschen Staaten und die anderen Friedensvertragspartner bestätigen die bestehenden deutschen Grenzen. Die Unverletzlichkeit des Hoheitsgebietes der beiden deutschen Staaten wird garantiert.

4. Jegliche Kriegs- und Revanchepropaganda ist untersagt. Alle nazistischen, militaristischen und revanchistischen Organisationen und Verbände sind verboten. Personen, die Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen haben, dürfen nicht in leitenden Ämtern im öffentlichen Leben tätig sein.

5. Die Partner des Friedensvertrages erkennen die volle Souveränität und Selbstbestimmung des deutschen Volkes an, darunter auch das Recht, nach eigenem Ermessen und ohne fremde Einmischung den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender Staat zu beschreiten.

6. Die Partner des Friedensvertrages unterstützen den Anspruch des deutschen Volkes auf gleichberechtigte Mitarbeit in der UNO und anderen Organisationen. Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands unterstützen sie die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen.

7. Den beiden deutschen Staaten wird die volle Freiheit für die Entwicklung der Friedenswirtschaft, für die Seeschifffahrt und der Zugang zu den Weltmärkten gewährleistet.

Regelung der Westberlinfrage

Auf der Grundlage des Friedensvertrages findet auch die Westberlinfrage ihre Regelung. Der Friedensvertrag legt fest, dass Westberlin bis zur Wiedervereinigung Deutschlands den Status einer neutralen Freien Stadt erhält.

Von der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin darf keinerlei Spionage-, Diversions- und Unterminierungstätigkeit sowie feindliche Propaganda gegen andere Staaten ausgehen. Jede Form der Kriegshetze und Tätigkeit militaristischer und faschistischer Organisationen ist untersagt.

Den Bewohnern Westberlins wird die Unverletzlichkeit des Status der neutralen Freien Stadt und die Entscheidung über ihre inneren und äusseren Angelegenheiten gewährleistet. Die Verbindungen der neutralen Freien Stadt werden auf der Grundlage entsprechender Vereinbarungen mit der Deutschen Demokratischen Republik garantiert.

Deutsche Konföderation

Der Friedensvertrag sichert den Frieden und öffnet den Weg zur deutschen Wiedervereinigung, der angesichts der Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nur über die Bildung einer Konföderation führt. Ihr Ziel ist die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz, um das weitere Auseinanderleben der deutschen Nation zu verhindern und die Voraussetzungen für ihre Wiedervereinigung in einem friedliebenden, demokratischen und neutralen Staat zu schaffen. Die Körperschaften der deutschen Konföderation beraten und beschliessen Empfehlungen an die beiden deutschen Regierungen.

Zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa, zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und ihrer friedlichen Vereinigung empfehlen sie unter anderem Massnahmen zu folgenden Fragen:

1. Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages in ganz Deutschland.
2. Stufenweiser Abbau der sich aus der Zugehörigkeit beider deutscher Staaten zu Militärgruppierungen ergebenden Verpflichtungen, Ausscheiden aus diesen Militärbündnissen, Abzug der ausländischen Truppen und Auflösung ihrer Stützpunkte.

3. Vereinbarung der militärischen Neutralität beider deutscher Staaten als Grundlage für das spätere militärisch neutrale einheitliche Deutschland.
4. Zuendeführung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung der beiden deutschen Staaten als deutscher Beitrag zur Weltabrüstung.
5. Gestaltung der aussenpolitischen Beziehungen der beiden deutschen Staaten entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten oder ihrer Konföderation in internationalen Organisationen und Konventionen, Verständigung über alle Fragen, die sich aus der Zugehörigkeit beider deutscher Staaten zu internationalen wirtschaftlichen Vereinigungen ergeben.
6. Gewährleistung von Hilfe an wirtschaftlich schwach entwickelte Länder unter Ablehnung jeglicher Form des Kolonialismus.
7. Ausbau der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels, der Kultur, Wissenschaft und Technik und des Sports, Schaffung der Bedingungen für den ungehinderten Reiseverkehr.
8. Vorbereitung einer demokratischen Verfassung des einheitlichen deutschen Staates, in dem der Dienst am Frieden erste Bürgerpflicht ist. Vorbereitung und Durchführung von allgemeinen freien und geheimen demokratischen Wahlen zum gesamtdeutschen Parlament in ganz Deutschland.
9. Bildung der gesamtdeutschen Regierung eines friedliebenden neutralen und demokratischen deutschen Staates mit Berlin als Hauptstadt.

Der Friedensplan des deutschen Volkes weist den Weg in eine friedliche und glückliche Zukunft Deutschlands.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hält es für ein Gebot der Wahrhaftigkeit, das ganze deutsche Volk darauf hinzuweisen, dass der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands nur durch die Überwindung des in Westdeutschland wiedererstandenen deutschen Revanchismus und Militarismus freigelegt werden kann. Die Sicherung der friedlichen Zukunft der deutschen Nation erfordert die weitere Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, des sicheren Hortes des Friedens und der Sicherheit in Deutschland.

Jeder gutwillige Deutsche im Osten und Westen unserer Heimat hat die nationale Pflicht, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, damit der Deutsche Friedensplan Wirklichkeit wird."

+ + +

"Deutschlands Zukunft steht zur Verhandlung

(Zum sowjetischen Deutschland-Memorandum)

Die Entrüstung, mit der Konrad Adenauer und die Führer anderer Bundestags-Parteien auf die Veröffentlichung des sowjetischen Deutschland-Memorandums reagiert haben, nützt unserem Volk überhaupt nichts. Nötig sind Ruhe und Nüchternheit.

Nüchtern und ruhig betrachtet, ergibt sich aus dem Memorandum zunächst, dass die Bundesregierung vor die Frage gestellt ist, ob ein deutscher Friedensvertrag unter ihrer Mitwirkung oder ohne ihre Mitwirkung zur Unterzeichnung gelangt. Sie hat die Wahl, sich in die kommenden Verhandlungen über den Friedensvertrag einzuschalten oder darauf zu verzichten. Sie hat dagegen, kommt es nicht zu einer Friedensregelung für das ganze Deutschland, kein Mittel, den Abschluss eines Friedensvertrages mit der DDR zu verhindern.

Das sind die Tatsachen. Die Bundesregierung erntet damit die Früchte einer jahrelangen verfehlten Politik, die sich immer nur auf die Aufrüstung verlies, statt sich um fruchtbare Verhandlungen im wohlverstandenen deutschen Interesse zu bemühen. Jahrelang wurde uns vorerzählt, dass wir immer weiter rüsten müssen, um eines Tages mit der Sowjetunion aus der 'Position der Stärke heraus' über Deutschland verhandeln zu können. Jetzt, im Prüfstand der harten Realitäten, erweist diese Politik der 'Stärke' ihre ganze Nichtigkeit. Im entscheidenden Moment ist sie unfähig, den Gang der Dinge auch nur irgendwie als ernstzunehmender Faktor wesentlich zu beeinflussen.

Dr. Adenauer hat erklärt, das 'sowjetische Ansinnen' sei für die Bundesrepublik 'unannehmbar'. Seine publizistischen Gesinnungsfreunde unterstützen ihn in der Bildzeitung und anderen Massenblättern mit Durchhalte-Parolen. Aber was will man diesem 'unannehmbaren Ansinnen' denn eigentlich entgegenstellen? Die Drohung eines Atomkrieges, bei dem Deutschland vernichtet würde? Glaubt man im Ernst, die NATO-Verbündeten wären bereit, das Risiko der Selbstzerstörung auf sich zu nehmen, nur um zu verhindern, dass die Kontrolle über die westalliierten Zufahrtswege nach Berlin in Zukunft statt von sowjetischen Soldaten von Soldaten oder Beamten der DDR ausgeübt wird?

Auch Dr. Adenauer kann nicht bestreiten, dass irgendwann - ob heute oder morgen - ein Friedensvertrag zwischen den ehemals kriegführenden Staaten abgeschlossen werden muss. Eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen jedweden Friedensvertrag überhaupt wäre absurd. Warum aber dann - 16 Jahre nach Kriegsende! - noch warten? Worauf will die Bundesregierung warten?

Worin würde denn das Risiko bestehen, wenn wir jetzt auf die vorgeschlagenen Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag eingehen und uns darauf einrichten würden, bei diesen Verhandlungen das Maximum für die deutschen Interessen herauszuholen? Praktisch würde sich durch den Abschluss des Friedensvertrages an den gegenwärtigen Verhältnissen kaum etwas ändern. Der Vertrag würde zwar die gegenwärtige Rüstungsforcierung in der Bundesrepublik überflüssig machen und Bestimmungen über eine Rüstungsbegrenzung in beiden Teilen Deutschlands enthalten, die das militärische Potential auf eine Stärke herabsetzen, die es unmöglich macht, Angriffskriege zu führen. Aber welcher Deutsche könnte eine solche Begrenzung nicht wünschen? Die Sowjets haben in ihrem Memorandum nicht - wie noch in ihrem Friedensvertragsentwurf von 1958 - auf dem sofortigen Ausscheiden der Bundesrepublik aus der NATO bestanden. Selbst die NATO-Mitgliedschaft könnte also erhalten bleiben. Auch in der Frage der Anerkennung der DDR hat das sowjetische Memorandum auf westliche Bedenken Rücksicht genommen. Es bietet als Alternative zu einem einheitlichen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten den Abschluss von zwei Verträgen, mit der Bundesrepublik und der DDR gesondert, an. Die Anerkennung der DDR durch den Westen wird nicht zur Bedingung gemacht. Ebenso sind in der Berlinfrage mehrere Lösungsmodelle vorgeschlagen, in denen die Freiheit und Sicherheit der westberliner Bevölkerung ausdrücklich - falls gewünscht, durch die UNO - garantiert wird.

Die einzige Verpflichtung, die die Bundesregierung mit dem Vertrag wirklich auf sich nehmen müsste, ist der Verzicht darauf, 'vom Boden Bundesrepublik aus' eine Änderung der augenblicklichen Macht- und Gebietsverhältnisse zu versuchen. Man muss die Frage stellen, ob vielleicht gerade das der springende Punkt ist, warum die Bundesregierung seit Jahren mit allen Mitteln versucht, um eine friedensvertragliche Bindung heranzukommen. Sind es die Gebietsansprüche der Bundesregierung, die einem Friedensvertrag im Wege⁺ und um deren willen sie daran interessiert ist, ohne friedensvertragliche 'Behinderung' die Aufrüstung fortzusetzen, weil sie immer noch hofft, auf diesem Weg eines Tages eben den 'status quo', der in einem Friedensvertrag fixiert werden würde, verändern zu können? Will sie mit dem Abschluss eines deutschen Friedensvertrages warten, weil sie auf den Tag wartet, an dem sich die Grenzen durch das Mittel der militärischen Macht verschieben lassen?

So zu rechnen, wäre ein Verbrechen an Deutschland, denn es steht ausser Frage,
+ stehen

ED 718-26-69

dass ein solcher Versuch die Vernichtung ganz Deutschlands zur Folge haben würde. Wenn die Bundesregierung den Krieg als Mittel zur Lösung der deutschen Probleme ablehnt, gibt es keinen vernünftigen Grund, den Abschluss eines Friedensvertrages zu scheuen.

Die Aufrüstung hat sich in mehr als zehn Jahren als das untauglichste Mittel erwiesen, Deutschlands Interessen wahrzunehmen. Die Kriegsgefahr ist durch die Aufrüstung gewachsen, die Wiedervereinigung im Zuge der Aufrüstung von Jahr zu Jahr immer unwahrscheinlicher geworden. In 16 Jahren deutscher Nachkriegspolitik ist es nachgerade zu einer Binsenwahrheit geworden, dass eine Lösung der deutschen Probleme nur noch auf dem Verhandlungsweg, auf dem Weg des Abbaus der bestehenden Spannungen in Mitteleuropa zu finden ist.

Gerade hier aber liegen die wesentlichen positiven Seiten einer deutschen Friedensregelung. Durch den Abschluss eines vom Standpunkt der deutschen Interessen annehmbaren Friedensvertrages würde die Entspannung in Mitteleuropa bedeutend gefördert. Das würde nicht nur die drohende Kriegsgefahr von uns nehmen, sondern zugleich die Voraussetzungen für eine deutsche Wiederannäherung schaffen, ohne die die Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr denkbar ist.

Mit der Weigerung, die hier liegenden Chancen zu ergreifen, begibt sich Bonn der Verpflichtung, als deutsche Regierung für Deutschlands Belange einzutreten. Die Bundesregierung kann die Interessen Deutschlands nur wahrnehmen, wenn sie sich bei den kommenden Verhandlungen nicht selbst freiwillig ins Abseits stellt - was übrigens am Verlauf der Ereignisse doch nichts Grundlegendes ändert -, sondern in diese Verhandlungen sich einschaltet, sie durch eigene Vorschläge, durch einen eigenen deutschen Beitrag zur Entspannung in Deutschland und Europa fördert und versucht, die bestmögliche Regelung für unser Land zu erreichen. Sie hat es in der Hand, mit einem eigenen Beitrag zur kommenden Friedensregelung heute das Fundament für die künftige Wiedervereinigung Deutschlands zu legen. Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, das die Bundesregierung so oft im Munde führt, muss sie jetzt wahrnehmen, wo es angeboten ist, durch die Einschaltung in die kommenden Friedensverhandlungen die Bedingungen des unvermeidlichen deutschen Friedensvertrages selbst mitzubestimmen.

Wir müssen daran erinnern, dass dieselbe Bundesregierung vor nunmehr neun Jahren schon einmal glaubte, ein sowjetisches Angebot (vom 10. März 1952) für Verhandlungen über den deutschen Friedensvertrag in den Wind schlagen zu können, weil ihr die bundesdeutsche Aufrüstung wichtiger war. Damals lautete das Angebot noch auf gesamtdeutsche freie Wahlen. Die Chance wurde verpasst. Inzwischen hat sich die Position der Bundesregierung trotz oder gerade wegen der Aufrüstung nicht verbessert, sondern verschlechtert. Soll nun wieder eine geschichtliche Chance vertan werden, obwohl die Erfahrung lehrt, dass solche Chancen nicht wiederkehren?"

(Entnommen aus "Stimme der Gemeinde", Heft 13 / 1. Juli 1961)

+ * +
+

Landesfriedenskomitee
Hessen

Frankfurt/M., Mitte November 1962
Bornheimer Landstrasse 37

Wissen
Für den Fall, dass - wie ich kürzlich
normalerweise - Vi. nur eine Änderung oder Ergänzung
von Becker für "KO 12" vorzuziehen
Hinweise zum Zeitgeschehen des *Letztbuchs*

Im "Spiegel" Nr. 45 vom 7. November 1962 stellt einer der vielen Leser, die ihre Meinung zu den Vorgängen um das Nachrichtenmagazin sagen, fest:

"Während Kubakrise und Berliner Freiheitsschlacht bleiben Geburt des Notstandsgesetzes und Tod des SPIEGEL unauffälliger."

will, direkt dies vielleicht zur Bewegung
zu empfehlen, dass man sich aber mit
In der "Frankfurter Rundschau" vom 26. Oktober 1962 setzt sich eine Leserin mit der von Willi Brandt, Bundeskanzler Adenauer und Aussenminister Schröder erklärten Politik des letzten Risiko auseinander und kommt zu dem Schluß: *Becker*

"Ich will nicht glauben, daß sich diese der ganzen politischen Tragweite und der eventuellen furchtbaren Folgen dieses Risikos bewußt sind. Die Politik des letzten, ganzen, vollen Risikos bedeutet in letzter Konsequenz nichts anderes als den Atomtod für unser ganzes Volk. Die Propagierung des ganzen Risikos ist in Wahrheit nichts anderes als die Bankrotterklärung der Bundesregierung. Statt daß aber nun die parlamentarische Opposition die politische Initiative ergreift und mutig den einzig möglichen Ausweg aus dieser gefährlichen politischen Situation aufzeigt (nämlich Ausweg durch Verhandlung und Verständigung), bläst sie eifrig ins Horn des Kalten Krieges. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner ging so weit, einen angesehenen britischen Politiker, den Labour-Abgeordneten Richard Crossmann, in aller Offenheit der Schamlosigkeit zu bezichtigen, nur weil dieser im Gegensatz zu Wehner die politische Lage und das Kräfteverhältnis in der Welt realer einschätzt und entsprechende akzeptable Vorschläge unterbreitet.

Heute könnte, ja müsste die Stunde der Opposition sein! Morgen schon kann es zu spät sein! Noch hat die von Gustav Heinemann vor Jahren ausgesprochene Mahnung Gültigkeit: "Wer nicht verhandeln will, will schießen!"

Diese Absage an die Politik des letzten Risikos ist auch den Beschlüssen des "Parlaments der Arbeit", dem in Hannover tagenden DGB-Kongress eigen. Mit 276 gegen 138 Stimmen haben die Delegierten des Gewerkschaftskongresses einen Antrag der IG-Metall angenommen, in dem "jede zusätzliche gesetzliche Regelung des Notstandes und Notdienstes" abgelehnt wird, "weil beide Vorhaben geeignet sind, elementare Grundrechte, besonders das Koalitions- und Streikrecht sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken."

Der Deutsche Gewerkschaftsbund soll im Falle der Gefährdung der demokratischen Grundordnung und bei der Bedrohung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung zum allgemeinen Streik aufrufen, wurde ebenfalls in Hannover gegen nur zwei Stimmen beschlossen.

Nicht zuletzt erwarten die Delegierten des Gewerkschaftsbundes von der Bundesregierung Initiativen in der Frage der Abrüstung und Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr und wenden sich gegen die Fortsetzung des Wettrüstens in West und Ost.

Mit Schimpf und Schande wurden die Gewerkschafter ob dieser Entscheidungen bedacht. Nicht aber nur von der Regierungspartei, die die Ablehnung der Notstandsgesetze durch den DGB-Kongress "bestürzend und beschämend" nennt. Auch die SPD, die schon vor und während des Kongresses große Anstrengungen machte, eine Entscheidung der Gewerkschaften für die Notstandsgesetzgebung herbeizuführen, liess verlauten, daß sie trotz des ablehnenden Beschlusses des DGB ihre

grundsätzliche Zustimmung zu einer Notstandsregelung, der sie sich nie widersetzt habe, aufrechterhalte.

Wir bejahen das Bekenntnis der Vertreter von 6 1/2 Millionen Gewerkschafter zum Frieden und zur Demokratie, das zu einem Zeitpunkt abgelegt wurde, als die gesamte Menschheit von dem Ausbruch des atomaren Weltkrieges bedroht war. Die von USA-Präsident Kennedy gegen Kuba verhängte Schiffsblockade, die eine Verletzung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen darstellte, hatte die akute Gefahr eines atomaren Krieges heraufbeschworen. Dank der besonnenen Haltung der Sowjetregierung konnte diese Gefahr beseitigt und die Freiheit Kubas gerettet werden.

Es war fünf Minuten vor zwölf, als Präsident Kennedy angesichts der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft und angesichts der Proteste aus aller Welt dem sowjetischen Regierungschef zusicherte, daß weder die USA noch ein anderer Staat der westlichen Hemisphäre eine Invasion auf Kuba unternehmen würden, Chruschtschow antwortete auf diese Erklärung Kennedys:

"In Anbetracht dessen sind die Motive, die uns veranlassten, Kuba Hilfe dieser Natur (Waffenhilfe, d. V.) zu gewähren, nicht länger anwendbar. Deshalb haben wir unsere Offiziere angewiesen, ... die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den Bau der besagten Objekte einzustellen, sie zu demonstrieren und sie in die Sowjetunion zurückzuführen."

Die Sowjetunion machte damit vor aller Welt deutlich, daß ihre Waffen auf Kuba nur defensiven Zwecken dienen sollten. In seiner Botschaft an Kennedy erinnerte Chruschtschow an die Überfälle auf Kuba. Das kubanische Volk "stand unter der ständigen Bedrohung durch aggressive Kräfte, die ihre Absicht nicht verhehlten, auf kubanischem Gebiet zu landen."

Nach der Übereinkunft der Sowjetunion mit der USA, die Krise in der Karibischen See friedlich beizulegen, sprach Kennedy von einer "staatsmännischen Entscheidung" Chruschtschows und nannte sie einen Beitrag der Sowjetunion zur Erhaltung des Weltfriedens.

Der britische Philosoph und Nobelpreisträger Lord Russell telegraphierte Chruschtschow: "Die ganze Menschheit schuldet Ihnen großen Dank."

Dagegen blieb es dem geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU Dufhues vorbehalten, die Beilegung der Krise als einen Erfolg der Politik der Stärke einzuschätzen und daran die Meinung zu knüpfen, die seit 1949 vom Bundeskanzler und der CDU betriebene Außenpolitik habe sich "damit als richtig erwiesen."

Ja noch mehr! Während ein Aufatmen durch die ganze Welt ging und die Völker mit Genugtuung zur Kenntnis nahmen, daß die Politik der Vernunft und der Verständigung den Ausbruch eines atomaren Weltkrieges verhindert hat, ermächtigte das Bundeskabinett den Verteidigungsminister vorsorglich "eine Reihe von Maßnahmen" vorzubereiten, um die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik zu erhöhen.

Und nur wenige Tage später verabschiedete das Bonner Kabinett die ersten Notstandsgesetze. An der Spitze die sogenannte Notstandsverfassung, die in das Grundgesetz aufgenommen werden muß. Darüber hinaus das Selbstschutzgesetz, das Schutzbaugesetz und das Gesetz über Aufenthaltsbeschränkungen. Außerdem wurden drei sogenannte Sicherstellungsgesetze für die Wirtschaft, die Ernährung und den Verkehr verabschiedet, die nun den gesetzgebenden Körperschaften - Bundestag und Bundesrat - zugeleitet werden.

Das alles entspricht der in der Regierungserklärung vom 9. Oktober dargelegten Politik der Stärke und des letzten Risikos, die verstärkt fortgesetzt werden soll. In dieser Erklärung wurde jeder Gedanke an eigene konstruktive Vorschläge zur Lösung der Westberlin-Frage und des Deutschlandproblems zurückgewiesen. Jede friedensvertragliche Regelung wurde verneint und all jenen Staaten gedroht, die bereit sind, die Realitäten in Deutschland - das heißt das Bestehen von zwei deutschen Staaten - anzuerkennen.

Als einen Teil dieser verhängnisvollen Politik, die die außenpolitischen Spannungen vergrößert und eine krisenhafte Entwicklung im Innern ankündigt, betrachten wir auch die gegen das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" eingeleiteten Mahnahmen. Wir sind einverstanden mit der grossen dänischen Zeitung "Politiken", die im Zusammenhang mit der Aktion gegen den "Spiegel" schreibt:

"Die westdeutschen Polizeibehörden, die so wenig Schlagkraft zeigen, wenn es gilt, Kriegsverbrecher in ihren eigenen Reihen zu erwischen, haben wieder einmal ihre Wirksamkeit bewiesen, wenn die Sache einen anderen betrifft. Wir sind Zeuge einer Verletzung der Freiheit der Presse und der Freiheit des Individiums, gegen die wir wieder protestieren müssen. Der schlimmste mögliche Kommentar, den man geben kann und den wir nicht übersehen können, lautet: So sehr uns diese Angelegenheit in Wut versetzt, so wenig ruft sie doch unser Erstaunen hervor."

Wir können deshalb nicht erstaunt sein, weil das, was jetzt für die gesamte Öffentlichkeit offenbar wird, uns, den organisierten Friedenskräften gegenüber, schon seit Jahren praktiziert wird.

So wurden bei der Schließung der Geschäftsstelle des Bundesfriedenskomitees auch die Materialien eingezogen, die für die Verteidigung im Strafverfahren zusammengetragen waren. Da es eine "reine Verwaltungsmaßnahme" war, wöhnten der Polizeiaktion keine Zeugen bei (die Angestellten wurden aus den Räumen gewiesen) und es wurde kein ordnungsgemäßes Protokoll über die eingezogenen bzw. sichergestellten Materialien angefertigt.

Auf einer Pressekonferenz erläuterten der Innenminister von NRW Dr. Dufhues die Schließung des Büros und der Beschlagnahme des Vermögens: Angesichts der Schwierigkeit der außenpolitischen Lage und der zu erwartenden Auseinandersetzungen müsse man im eigenen Haus Ordnung schaffen.

Wenn Karl-Hermann Flach im Leitartikel der "Frankfurter Rundschau" vom 29. Oktober 1962 u. a. sagt:

"Wenn es also morgens in aller Frühe bei uns klingelt, können wir uns nicht weiterhin in dem beruhigenden Gefühl strecken, daß es nur der Milchmann oder der Junge mit den Brötchen sein kann; wenn um Mitternacht jemand an unsere Tür schlägt, wissen wir nicht mehr genau, daß es sich schlimmstenfalls um einen Telegrammboten oder einen betrunkenen Weggenossen handeln kann, der sich in der Türe geirrt hat. Wir müssen damit rechnen, daß es die politische Polizei ist, die bei Nacht und Nebel nach Landesverrätern sucht."

dann ist das für uns nichts Neues. Wir wissen seit Jahren, daß sich die politische Polizei nicht nur solcher Methoden bedient, um Landesverräter zu suchen, sondern auch um Friedenskämpfer, Gegner der Politik der atomaren Aufrüstung mundtot zu machen. (evtl. Beispiel)

Und wenn Bruno Dechamps in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" die Feststellung des geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU Dufhues "Es ist keine Affäre der deutschen Presse, sondern eine Affäre des Spiegels" als Provokation bewertet und feststellt:

"Man muß doch wohl den Gemeinplatz nicht immer wiederholen, daß die Freiheit unteilbar ist. Kein Staatsbürger, zu schweigen von Journalisten, kann sich gefallen lassen, daß man Unterschiede macht zwischen solchen, für die die rechtsstaatlichen und demokratischen Garantien voll gelten sollen, und anderen, die mit weniger vollem Maß gemessen werden könnten. Denn was irgend jemanden in diesem Land an seiner Freiheit geschmälert wird, wird jedem weggenommen. . ."

dann sind wir damit sehr einverstanden.

Und wenn Karl Gerold in der "Frankfurter Rundschau" vom 3. November 1962 fragt:

"In was für einem Staat leben wir eigentlich? In was für miserablen Zuständen befindet sich diese Bundesregierung? In was für miserablen Zuständen befindet sich dieser Staat, Bundesstaat, Halbstaat 'Teutscher Nation!?!'"

dann sagen wir:

Wir leben in einem Staat, dessen Politik nicht dem vom Parlamentarischen Rat ausgearbeiteten Grundgesetz, auf dessen Boden wir stehen, entspricht, sondern dessen Regierung alle Versuche macht, die Gesetzgebung ihrer Politik des letzten Risikos unterzuordnen.

Darüber müssen jetzt alle, die um die Aufrechterhaltung der demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik besorgt sind, zusammenstehen, um die Demokratie zu retten. Die Demokratie in der Bundesrepublik zu retten, bedeutet gegen jede Notstandsgesetzgebung und gegen die Politik der atomaren Aufrüstung zu kämpfen und damit die Durchsetzung einer deutschen Friedens- und Entspannungspolitik zu ermöglichen.

Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, den innerdeutschen Frieden zu gewinnen und die allgemeine, vollständige und kontrollierte Abrüstung zu verwirklichen.

Darum fordern wir:

1. Mit der Überwindung von Haß, Mißtrauen und Kriegspropaganda muß unverzüglich begonnen werden. Die Verfassungen beider deutscher Staaten verpflichten dazu.
2. Die Regierungen und Parlamente beider deutscher Staaten sollen feierlich darauf verzichten, innerdeutsche Fragen durch Gewaltanwendung zu lösen. Sie sollen einen Nichtangriffspakt abschließen.
3. Beide deutsche Staaten sollen sich zur schrittweisen, kontrollierten Abrüstung und zur militärischen Neutralität bekennen. Auf Entwicklung, Herstellung und Besitz von Atomwaffen ist zu verzichten. Die Lagerung fremder Atomwaffen auf deutschem Gebiet ist abzulehnen.
4. Beide deutsche Staaten sollen darauf drängen, daß 17 Jahre nach Kriegsende die auch völkerrechtlich abnormale Lage durch Abschluß eines Friedensvertrages beseitigt wird.
5. Die gefährliche Lage in Westberlin soll durch seine Verwandlung in eine neutrale Freie Stadt entschärft werden. Dieser neue Status muß international garantiert werden. In einem friedlich wiedervereinigten Deutschland wird das ungeteilte Berlin Hauptstadt sein.

73. 12. 61

Aktionsgemeinschaft
gegen die atomare Aufrüstung
der Bundesrepublik

Düsseldorf, im Dezember 1961
Prinz-Georg-Str. 89
Fernruf: 44 16 45

ED 718-24-72

Liebe Freunde!

Am 2. Dezember 1961 fand in Düsseldorf eine Sitzung des Zentralen Arbeitsausschusses der "Aktionsgemeinschaft" statt. Das Interesse, das die Mitglieder des Ausschusses und die geladenen Gäste an dieser Tagung zeigten war so gross, dass der vorgesehene Raum nur mit Mühe die Teilnehmer zu fassen vermochte. Die räumliche Enge konnte jedoch dem Ernst und der Bedeutung der Beratungen keinen Abbruch tun.

Einleitend machte Herr Prof. Dr. Schneider, Würzburg grundlegende Ausführungen zu den Fragen, die durch den immer dringender werdenden Abschluss eines deutschen Friedensvertrages aufgeworfen werden.

Ein umfassender Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit, die Erfolge und die Schwierigkeiten der "Aktionsgemeinschaft" schloss sich an, den der Sekretär der Organisation, Herr Olf Vetter, Koblenz ablegte. Anregungen zur Fortführung und Erweiterung der Tätigkeit der "Aktionsgemeinschaft" gab anschliessend Herr Prof. Dr. Groebe, Hamburg.

Vor Beginn der Diskussion erläuterten die Herren Hans-Martin Karwehl und Walter Bloch die den Tagungsteilnehmern zur Beratung vorliegenden Entwürfe für einen Appell und eine Grundsatzerklärung der "Aktionsgemeinschaft". In der sich anschliessenden Diskussion sprachen 23-Tagungsteilnehmer. Es war eine ausserordentliche fruchtbare Aussprache über die in den einleitenden Ausführungen der Herren Schneider, Vetter und Groebe behandelten Probleme sowie über die beiden vorliegenden Entwürfe. Die Diskussion liess klar erkennen, dass der Ernst der Lage gerade von den Atomrüstungsgegnern eine erhöhte Aktivität erfordert, um noch, solange es nicht zu spät ist, die Menschheit vor dem Untergang in einem Atomkrieg zu bewahren.

Die Tagungsteilnehmer billigten fast einmütig die vorliegenden Entwürfe und beschlossen die Veröffentlichung der Grundsatz-Erklärung in der Januar-Ausgabe der "Informationen". Ferner wurde beschlossen, den Appell als Flugblatt in möglichst hoher Auflage zu drucken. Dieses Flugblatt wird die Luftschutzbrochüre des Bundesinnenministeriums "Jeder hat eine Chance" als Ausgangspunkt benutzen und sie als ein Mittel der psychologischen Kriegsvorbereitung bloßstellen. Gleichzeitig wird es den Weg aufzeigen, der zu einem wirklichen Schutz vor Atombomben und Krieg führt.

Wir empfehlen dieses Flugblatt Ihrer besonderen Aufmerksamkeit und bitten Sie, bereits heute recht zahlreiche Bestellungen aufzugeben, um uns einen Überblick über die benötigte Auflagenhöhe zu geben (Preis ca. DM 8,-- pro 1000 Stück).

Die Tagung endete mit der Aufnahme einer Reihe neuer Mitstreiter in den Zentralen Arbeitsausschuss und mit der Wahl des Vorstandes.

Besonders erfreulich war, dass viele junge Menschen an dieser Konferenz teilnahmen, die ihre Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in der "Aktionsgemeinschaft" zum Ausdruck brachten. Weiterhin konnten wir mit Genugtuung feststellen, dass Mitglieder des Zentralen Arbeitsausschusses aus allen Teilen der Bundesrepublik von Kiel bis München und von Aachen bis Braunschweig nach Düsseldorf gekommen waren, um durch ihre Anwesenheit und ihre Mitarbeit zu einem Erfolg der Tagung beizutragen.

Ein ausführlicher Bericht über die Tagung und ihre Beschlüsse folgt in der nächsten Ausgabe der "Informationen".

Mit freundlichen Grüssen

Der zentrale Arbeitsausschuss
der "Aktionsgemeinschaft"
H. A. Oberer

Handwritten marks and numbers on the left margin.

Large handwritten 'Info' watermark on the bottom left.

Large blue 'Archiv' watermark on the right side.

Haus Bommern e.V.

Witten/Ruhr, Dezember 1962

Alte Straße 49

7. 2. 63 E. BECKER/VK

Bankkonten:

Postscheckamt Dortmund 44 506

Stadtsparkasse Witten 88 60

ED 718 - 26 - 73

"Haus Bommern soll eine Zelle der allgemeinen gewaltlosen Selbsthilfe sein und deren Möglichkeiten im psychologischen, ideologischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bereich des modernen Krieges erforschen, bekanntmachen und verwirklichen helfen." (Aus der Satzung)

7. Brief aus Bommern

Zur Spiegelaffäre schreibt die "Zürcher Woche": "Man muß kein Prophet sein, um vorauszusagen, daß - wie immer die Krise um den "Spiegel" ausgehen mag - die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr dieselbe sein wird wie vorher. Die Luft wird rauher werden und das Aufeinanderprallen der Gegensätze härter. Bonn und die Bundesbürger sind an einem Wendepunkt angelangt. Von jetzt an führt der Weg steil bergan oder steil bergab. Beide Möglichkeiten sind gegeben und erklären die Aufmerksamkeit, gemischt mit Sorge, mit der die Nachbarn Deutschlands die nächsten Schritte des Wanderers erwarten."

Nutzen wir die Zeit. Erwarten wir nicht zuviel von Regierung, Parlament und den großen Organisationen des geistigen, wirtschaftlichen und politischen Lebens. In und außer Amt ist der Staatsbürger in seiner primären Verantwortung aufgerufen, und wir empfehlen, "Die moderne Revolution", die "Freiwilligenfibel" und die "Österrede über Ende und Anfang deutscher Politik" neu zu lesen.

Heute bieten wir eine weitere Hilfe an. Die Schweizer Pädagogin Elisabeth Rotten hat sie uns allen, Jüngeren wie Älteren, gegeben. Frau Rotten stellt das Leben und Wirken eines Mannes dar, mit dessen internationaler Arbeit sie persönlich verbunden ist: Fridtjof Nansen. Forscher-Nothelfer-Politiker. 10. Oktober 1861 - 13. Mai 1930. Saanen 1962, 48 S.

bitte wenden

Wir können der international verehrten Pädagogin keinen größeren Dank zu ihrem achtzigsten Geburtstag bringen, als dadurch, daß wir diese Gabe für uns, unsere Jugend und unser Volk fruchtbar machen. Ich glaube, sachlich zu bleiben, wenn ich das unscheinbare Heft zum besten zähle, was uns seit dem Zusammenbruch in die Hand gekommen ist.

Unsere Lehrer machen wir darauf aufmerksam, daß einzelne Kapitel der Schrift sich gut als Klassenlesestoff für die reifende Jugend eignen. Für diesen Zweck werden fünfzig Stück für 26,-- DM + Porto abgegeben. Der Text ist für Erwachsene wie Jugendliche gleich interessant, und möglichst viele Eltern sollten ihn ihren Kindern schenken. Einzelpreis 1,-- DM.

Nikolaus Koch
(Nikolaus Koch)

Durch Haus Bommern zu beziehen:

Elisabeth Rotten: Fridtjof Nansen. Forscher-Nothelfer-Politiker.
10. Oktober 1861-13. Mai 1930.
Saanen 1962, 48 S., DM 1,--

Elisabeth Rotten: Siege ohne Waffen. Göttingen 1959, 32 S., DM 1,--

Nikolaus Koch: Die moderne Revolution. Tübingen 1951, 135 S., DM 4,50
Kriegsdienst und Friedensdienst. Witten 1954,
58 S., DM 1,80

Koch/Manstein: Die Freiwilligen. Ausbildung zur gewaltlosen
Selbsthilfe und unmilitärischen Verteidigung.
(Freiwilligenfibel) Göttingen 1959,
32 S., DM 1,--

Nikolaus Koch: Umrüstung von der militärischen zur unmilitärischen
Verteidigung. In: Die Friedensrundschau
1959/11, DM -,60

Nikolaus Koch: Perversion und Revolution des Glaubens.
In: Versöhnung und Friede 1959/7, DM -,50

Nikolaus Koch: Pervertierte Theologie. Gegen Gundlachs Irrlehre
vom Krieg. Witten 1959, 12 S., DM -,30

Nikolaus Koch: Osterrede über Ende und Anfang deutscher Politik.
Witten 1961, 52 S., DM 2,--

Flugblatt: Atompilot in Gewissensnot. 100 Stück DM 1,--

Gustav Heckmann: Satyagraha - Gandhis Wehrhaftigkeit. Sonder-
druck aus: Erziehung und Politik. Minna Specht
zu ihrem 80. Geburtstag. 14 S., DM 1,--

Internationaler Versöhnungsbund
Iserlohner Kreis

Verband der Kriegsdienstverweigerer
Gruppe - Iserlohn
Anschrift:
Walter Dahmen, 586 Iserlohn, Ketten-
strasse 19 - Tel.: üb. 2789 u. 6359

ED 718-26-74

Sehr geehrte Damen u. Herren!

Iserlohn, den 16. 9. 1963.

19. 9. 63

Als Anlage senden wir Ihnen eine Informationsschrift zum Fall des Kriegs-
dienstverweigerers Helmut Seidel mit der höflichen Bitte zu, von dem In-
halt Kenntnis zu nehmen.

Falls Sie mit uns der Meinung sind und den in der Informationsschrift ent-
haltenen Schlußbemerkungen zustimmen, bitten wir Sie dringend, sich an den

Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages
Herrn Admiral von Heye

5300 B o n n / R h e i n
=====

zu wenden.

Sollten Sie noch andere Wege sehen, Herrn Seidel zu helfen, wären wir Ih-
nen selbstverständlich ausserordentlich dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

i. A. gez. Walter Dahmen

Anlage: Informationsschrift.

Verband der Kriegsdienstverweigerer e. V.

Gruppe Iserlohn

Anschrift: W. Dahmen, Iserlohn, Kettenstraße 19
Tel. üb. 2789 u. 6359 Kto.: 4107 Dresdner Bank A. G. Iserlohn

Informationen über den Fall des Kriegsdienstverweigerers Helmut Seidel.Angaben zur Person:

Helmut Seidel, 5844 Hennen Krs. Iserlohn, Oststrasse 20, evgl., geb. am 12. 2. 1943, besuchte bis zu seiner Einberufung zur Bundeswehr mit der Qualifikation der Fachschulreife eine Werkkunstschule in Dortmund, die ihn fachlich und persönlich ausgezeichnet beurteilt. Er bereitet sich auf den Beruf des Architekten vor.

Einberufungsbescheid:

Diesen erhielt Herr Seidel am 1. 6. 1963.

Antrag auf Kriegsdienstverweigerung:

Der Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen wurde am 25. 6. 1963 gestellt, und zwar beim Kreiswehrrersatzamt Hagen. Diesem Antrag maß das Kreiswehrrersatzamt keine aufschiebende Wirkung bei, obwohl es nach objektivem Recht die aufschiebende Wirkung dieses Antrages hätte berücksichtigen müssen. Die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aufgrund des Artikels 4/3 GG ist nicht abhängig von der Einhaltung der im Wehrpflichtgesetz vorgesehenen Fristen, da eine Gewissensentscheidung grundsätzlich nicht an einen Termin gebunden ist.

Wehrdienstantritt:

Am 1. 7. 1963 in der Panzerkaserne, Hemer, wo er der Ausbildungskompanie 3/7 zugeteilt wurde.

Waffenausbildung:

Infolge eines längeren Lazarett- bzw. Revieraufenthaltes wurde Herr Seidel am 24. 8. 63 davon informiert, er habe seinen ersten Waffendienst am 26. 8. 63 zu absolvieren.

1. Verweigerung des Waffendienstes:

Am Morgen des 26. 8. 63. Seine Verweigerung, Waffendienst zu leisten, die er seinem direkten Vorgesetzten, Feldwebel Klöhn, gegenüber aussprach, wiederholte er später auch vor seinem Kompaniechef, Oberleutnant Jung, u. dem Regimentskommandeur, Major van Lessen, die ihn beide auf etwaige Folgen seines Verhaltens ausdrücklich hingewiesen hatten. Daraufhin erfolgte seine erste vorläufige Festnahme für zwei Tage. Am Dienstag, dem 27. 8., bestätigte das Truppendienstgericht Koblenz eine zehntägige Arreststrafe, die der Regimentskommandeur ausgesprochen hatte. Freitag, dem 30. 8., legte Herr Seidel schriftlich Beschwerde gegen dieses Urteil ein, die jedoch nicht wirksam wurde, da sie nicht fristgerecht abgegeben wurde und nicht auf dem Dienstwege erfolgte. Bei der Rechtsmittelbelehrung hatte man es versäumt, Herrn Seidel den genauen Dienstweg der Beschwerde mitzuteilen. Die Arreststrafe endete am 7. 9. um 13,00 Uhr.

Prüfungsausschußverhandlung:

Die Verhandlung vor dem Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer fand während dieses ersten Arrestes am 29. 8. beim Kreiswehrrersatzamt in Hagen statt. In dieser Verhandlung wurde Herr Seidel nicht als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen anerkannt, obwohl sein Rechtsbeistand,

Herr Rechtsanwalt Dr. Klinkhardt, Dortmund, aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen als Rechtsbeistand vor Kriegsdienstverweigererprüfungsausschüssen erklärt, seiner Ansicht nach werde die Gewissensentscheidung des Herrn Seidel von jedem Verwaltungsgericht anerkannt werden. Der ablehnende Bescheid des Prüfungsausschusses basierte in erster Linie auf der angeblichen "Unglaubwürdigkeit" Herrn Seidels. Dem steht jedoch seine entschiedene Haltung gegenüber, den Dienst an der Waffe zu verweigern, auch wenn er dafür empfindliche Strafen auf sich nehmen muß. Nach Eingang des ablehnenden Bescheides des Prüfungsausschusses wurde durch Herrn Dr. Klinkhardt fristgerecht Widerspruch erhoben, so daß eine neue Entscheidung von der Prüfungskammer ausgesprochen werden muß.

2. Verweigerung des Waffendienstes:

Nachdem Herr Seidel am Samstag, dem 7. 9., aus dem Arrest entlassen wurde, forderte man ihn am darauffolgenden Montag, dem 9. 9., erneut auf, Waffendienst abzuleisten. Die erneute Verweigerung des Waffendienstes trug Herrn Seidel eine abermalige vorläufige Festnahme von zwei Tagen ein.

3. Verweigerung des Waffendienstes:

Nach Beendigung der zweiten Festnahme wurde Herr Seidel am darauffolgenden Tag erneut zum Waffendienst befohlen. Auch dieses Mal verweigerte er aus Gewissensgründen und wurde nunmehr zum dritten Male für zwei Tage festgenommen.

4. Verweigerung des Waffendienstes:

Einige Stunden nach seiner Freilassung wurde Herr Seidel neuerlich zum Waffendienst abkommandiert. Seine nunmehr vierte Verweigerung des Waffendienstes wurde mit einer weiteren vorläufigen Festnahme von zwei Tagen erwidert. Ferner wurde Herrn Seidel am 13. 9., von seinem Regimentskommandeur bedeutet, er habe eine 21-tägige Arreststrafe gegen Herrn Seidel beantragt.

Schlußbemerkungen:

Unserer Ansicht nach bedeutet die Behandlung des Herrn Seidel eine offensichtliche Nichtbeachtung des im Artikel 4/3 GG garantierten Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, das bekanntlich dem Wehrpflichtgesetz als Grundrecht übergeordnet ist. Ferner sind wir der Ansicht, daß die im Anschluß an die Arreststrafe wiederholt vorgenommenen vorläufigen Festnahmen eine Umgehung der Vorschriften der Arrestvollziehung darstellen und verwaltungsfremden Zielen dienen. Aus rein menschlicher Sicht sei gesagt, man möge zumindest bis zu einem rechtsgültigen Abschluß des Anerkennungsverfahrens als Kriegsdienstverweigerer eine Beurlaubung vom Wehrdienst oder eine Freistellung vom Waffendienst veranlassen. Sehr wesentlich bei der Beurteilung der Persönlichkeit Herrn Seidels ist es gewiß, daß er sich bereit erklärt hat, sofort nach der Entlassung aus der Bundeswehr einen Ersatzdienst abzuleisten.

Iserlohn, den 14. 9. 1963

VK Gruppenvorstand - Iserlohn

gez. G. Essen gez. W. Dahmen

~ 10. 1963

DIE ZUKUNFT HAT SCHON BEGONNEN - ABER WER WIRD SIE GESTALTEN?

Junge Bürger!

ED 718-26-77

Terror kann nur mit Terror bekämpft werden! - so sprach der erfolgloseste Politiker des 20. Jahrhunderts, Adolf Hitler.

Gewalt ist das Gesetz der Bestie! Der Sieg über die Gewalt gehört der furchtlosen Seele! - so sprach der wirklich schöpferische und erfolgreiche Politiker des 20. Jahrhunderts Mohandas K. Gandhi.

Lohnt es, die jedem Menschen zustehenden freiheitlichen Grundrechte unter Einsatz des Lebens zu verteidigen?

Wir antworten mit einem entschlossenen Ja!

Ist Gewaltanwendung das geeignete Mittel hierzu?

Wir antworten mit einem entschiedenen Nein!

Im 20. Jahrhundert brauchen und dürfen wir keine Konflikte mehr mit Waffengewalt ausfechten.

Die Geschichte der Menschheit ist ein Fortschreiten des Menschen im Bewußtwerden seines Wesens und seiner Würde. Heute hat die Menschheit den Stand erreicht: entweder sich selbst total zu vernichten oder aber den Krieg zu überwinden.

Als ehernes Weltgesetz wurde erkannt "DIE ANGEWANDTEN MITTEL BESTIMMEN DEN ZWECK!" Wird etwas mit Blut und Eisen aufgebaut oder verteidigt, so wird es auch in Blut und durch Eisen untergehen! Bevor wir nicht diesen Teufelskreis der Gewalt durchbrechen, ist all unser Tun vergebens. Dieses Gesetz einmal zum Bewußtsein der Menschen gelangt, fordert, daß wir daraus unsere Konsequenzen ziehen. Man kann die Sonne nicht mehr um die Erde kreisen lassen. DIE KOPERNIKANISCHE WENDE IN DER POLITIK IST DA!

Wir kämpfen für keine Partei, sondern für eine neue Methode: den Weg des gewaltlosen Widerstands mit furchtloser Seele.

Karl Marx ist in die Weltgeschichte eingegangen, weil er den Willen hatte, die Welt zu verändern. Das machte ihn groß. Aber Marx und Lenin glaubten an den "letzten" gewaltsamen Kampf. Ihnen waren auch gewaltsame Mittel recht, die Welt zu verändern. Mit Gewalt kann kein Weltfrieden erkämpft werden. Keine Partei darf sich mit Gewalt das Recht anmaßen, der allein führende Teil der Gesellschaft zu sein und den Rest für unmündig zu erklären.

Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden.

Zu unseren Zielen gehört es, sowohl uns als auch den 17 Millionen Deutschen in Mitteldeutschland ein freiheitlicheres, menschenwürdigeres Dasein zu erkämpfen - aber wir wissen, daß eine militärische Aufrüstung nur Freiheit und Wohlstand zerstört und daß militärische Bedrohung einer Diktatur diese nur stärkt.

Wir bekämpfen den totalitären Kommunismus wie den dazugehörigen Antikommunismus, weil beide Ideologien in wirklichkeitsfremder Vereinfachung die Welt in eine gute und eine böse Hälfte teilen und den Atomscheiterhaufen ständig erhöhen.

Manche Vertreter der älteren Generation sagen, Deutschland sei bei seiner jüngsten heillosen Vergangenheit ein ausgebrannter Krater, von der Jugend sei nichts mehr zu erwarten und das Beste, was sie noch tun könne sei: Schweigen für Deutschland!

Wir wollen das Geschehene nicht verschweigen, verkleinern oder mit Fingern auf andere weisen - wir wollen aber zeigen, daß Deutsche auch anders sein können. Für uns ist hierfür die Bundeswehr der ungeeignetste Platz.

Nicht die ganze deutsche Jugend sucht in Sex und entarteten Formen des Jazz Vergessen der Greuel der Vergangenheit, der Sinnlosigkeit der Gegenwart und der Hoffnungslosigkeit der Zukunft.

Wenn Ihr Eurem Leben einen Sinn geben wollt, dann kämpft mit uns gegen die Gewalt. In unseren Reihen stehen junge Menschen, die mutig, opferbereit und zukunftsfröh sind. Dieser Kampf wird nur mit größter Selbstzucht erfolgreich gekämpft werden können. Ihr werdet gegen eine Welt von Vorurteilen und Illusionen aufstehen müssen - doch

DIE ZUKUNFT HAT SCHON BEGONNEN - WIR WOLLEN SIE GESTALTEN!

Verantwortlich: Verband der Kriegsdienstverweigerer, Gruppe Stuttgart
Schloßstraße 60 - A. Riedel

Entwurf ARLT

7.12.69 (VK-BA)

Antwortschreiben an den Friedensrat (kein offener Brief)

ED 7 18-26-78

Sehr geehrte Herren !

Sie haben uns am 4. 9. 69 einige Vorschläge unterbreitet, um gemeinsam darüber zu beraten, wie dem von uns allen begrüßten Schritt - der teilweisen Einstellung der Kernwaffenversuche - weitere Schritte in Richtung auf den Abbau der internationalen Spannungen und einer allgemeinen Abrüstung folgen können.

Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß darauf die politische Lage in Deutschland nicht ohne Einfluß ist.

Mit Sorge betrachten wir deshalb auch dieselben Zeichen der Aufrüstung und Militarisierung in der DDR wie in der Bundesrepublik.

Wir sind der Auffassung, daß Friedensarbeit nicht losgelöst von den Problemen des betreffenden Staates getan werden kann, wenn sie nicht in einen Widerspruch zu den objektiven Gegebenheiten geraten will. Unser Kampf richtet sich daher sowohl gegen eine irrtümliche außenpolitische Zielsetzung, wie gegen eine innenpolitische Militarisierung des öffentlichen Lebens in unserem Lande. Wir dürfen annehmen, daß Sie darüber informiert sind.

Vergeblich haben wir bisher gehofft, Kenntnis von ähnlichen Aktivitäten des Friedensrates in der DDR erhalten.

Wir haben in der Vergangenheit keine Anzeichen dafür finden können, daß Sie eine mit den aktiven Pazifisten und Antimilitaristen in der BRD vergleichbare Zielsetzung oder Arbeit vorweisen können.

Bitte geben Sie uns deshalb bekannt, was von Ihrer Seite geschehen ist, damit

- die weitere Aufrüstung in Ihrem Lande gestoppt wird,

- die Militarisierung des öffentlichen Lebens und der Jugend eingestellt wird,

- die Hetze gegen ein anderes politisches System aus den Lehrmitteln der Schulkinder entfernt wird,

- die Schießbefehle an der Mauer in Berlin und den anderen Grenzgebieten zurückgezogen werden,

- die Einschränkung elementarer Menschenrechte wie: Freizügigkeit, Redefreiheit, Gewissensfreiheit und Versammlungsfreiheit aufgehoben werden,

- das Recht auf ~~Kriegsdienstverweigerung~~ Kriegsdienstverweigerung gesetzlich garantiert wird,

- die Öffentlichkeit gegen trügerische Luftschutzmaßnahmen auch in Ihrem Staate mobilisiert wird.

Wir sind dann gerne bereit, die Möglichkeiten zu einer Zusammenarbeit zu überdenken.

ED 718-26-79

Frankfurter Aktionskreis
der Friedensverbände

Frankfurt/M.-Niederrad
Pfarrer Farr, Tel. 672802
Geschäftsstelle: Adolf Mierschstr. 4

Der Frankfurter Aktionskreis der Friedensverbände lädt
herzlich ein zu einer Tagung am

(28.1.64)
DFG

S o n n t a g, dem 26. Januar 1964

in Frankfurt/M. - Nied, Ev. Gemeindehaus, Oeserstr. 3

T h e m a : " Können wir die Feinde lieben ? "

9,30 Uhr: Gebetsgottesdienst für den Frieden

Prof. Linke, Friedberg, Theologisches Seminar
Geschäftsführer der Kirchlichen Bruderschaften
in Deutschland

11,00 Uhr: " Können wir die Feinde lieben ? "

Vortrag von Pfarrer Frey, Herborn

Gemeinsames Mittagessen

14,00 Uhr: Aussprache über das Thema in kleinen Kreisen

15,00 Uhr: " Wie kann der 3. Weltkrieg vermieden werden ? "

Vortrag von Dr. med. Katz
Sekretär des Versöhnungsbundes

A n m e l d u n g bis zum 22. Januar 1964 an Pfarrer Andres,
623 Frankfurt/M., - Nied, Oeserstr. 3
Telefon: 313339

Ich nehme .- teil - nicht teil -

Ich beteilige mich am Mittagessen - ja - nein -

.....
(Ort)

.....
(Unterschrift)

P r o t o k o l l

Über die Besprechung zwischen Vertretern des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung und der Zentralstelle für Recht u. Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V. am 8. April 1964 in Bonn.

30. 4. 64 V.

Die Besprechung fand auf Einladung des Bundesarbeitsministeriums statt. Anlaß war die beabsichtigte Neuregelung der Durchführung des zivilen Ersatzdienstes, insbesondere die Verlagerung der Kompetenz auf das Bundesverwaltungsamt. Eine besondere Tagesordnung lag nicht vor. Den Vorsitz führte Herr Ministerialdirigent Ahrens. ~~Ahrens~~ Andres.

Min.Dirig.Ahrens gab bekannt, daß eine Novelle zum Gesetz über den zivilen Ersatzdienst beabsichtigt sei, durch welche u.a. die verwaltungsmäßige Abwicklung des Ersatzdienstes dem Bundesverwaltungsamt übertragen werden sollte. Anlaß hierzu sei eine Kritik des Bundesrechnungshofes in der Richtung, daß die bisher vom BMA durchgeführte Betreuung der Ersatzdienstpflichtigen keine Ministerial-Aufgabe darstelle. Derartige Aufgaben seien von untergeordneten Verwaltungsbehörden wahrzunehmen. Man habe sich diesen Vorstellungen nicht verschließen können. Es sei auch bereits seitens des BMA festgestellt worden, daß es sich weder für die Ersatzdienstpflichtigen noch für die Trägerorganisationen als günstig erwiesen habe, daß bei allen möglichen - relativ nichtigen Anlässen - das BMA eingeschaltet werden mußte. Deshalb habe man nach Möglichkeiten zur Vereinfachung gesucht. Erstrebenswert sei es ohne Zweifel, die reinen Verwaltungsaufgaben nach Möglichkeit auf eine Bundesbehörde zu verlagern, welche einen breiten Unterbau habe, so daß die jeweiligen Aufgaben nach Möglichkeit regional erledigt werden könnten. Dazu hätte sich an und für sich die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung angeboten, welche die Aufgaben zumindest teilweise hätte weiterdelegieren können auf die jeweiligen Arbeitsämter. Leider habe sich diese Möglichkeit als nicht durchführbar erwiesen. Sowohl die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung als auch einige Parlamentarier hätten bezüglich dieser Regelung rechtliche Bedenken angemeldet. Die Gründe für diese Bedenken kamen nicht sehr klar zum Ausdruck.

Das BMA habe sich nunmehr entschlossen, die administrativen Aufgaben auf das Bundesverwaltungsamt zu verlagern. Das Bundesverwaltungsamt schließlich sei eigens dafür geschaffen worden, die Bundesministerien von verwaltungsmäßigen Aufgaben zu befreien. Dabei sei allerdings zugegeben, daß auch das Bundesverwaltungsamt nicht über einen Unterbau verfüge, welcher eine regionale Abwicklung ermöglichen würde.

Min.Dirig.Ahrens wies darauf hin, daß an sich eine grundlegende Reform des Ersatzdienstgesetzes beabsichtigt sei, daß jedoch eine solche Reform wegen Überlastung seiner Dienststelle bisher immer wieder habe zurückgestellt werden müssen. Es sei zu hoffen, daß gerade die beabsichtigte Entlastung des BMA von den administrativen Aufgaben aus dem Ersatzdienstgesetz eine baldige Reform des Gesetzes ermögliche. Es dürfe aber nicht angenommen werden, daß bereits die Novelle wesentliche Reformen des Ersatzdienstgesetzes

bringen werde. Das sei nicht der Fall. Mit dieser Novelle sollten lediglich einige Lücken im Gesetz geschlossen werden. So sei z.B. daran gedacht, den Leitern der Ersatzdienstgruppen und evtl. auch den Leitern bestimmter Trägerorganisationen die Befugnis zum Erlaß gewisser Verwaltungsakte zu übertragen. Damit könne z.B. erreicht werden, daß Anträge Ersatzdienstpflichtiger auf einmalige Sondervergünstigungen (z.B. Urlaub aus besonderem Anlaß) von dem Leiter der Ersatzdienstgruppe bzw. Trägerorganisation entschieden werden können. Durch diese Maßnahme soll erreicht werden, daß einerseits das Bundesarbeitsministerium bzw. in Zukunft das Bundesverwaltungsamt von Kleinarbeit entlastet, zum anderen aber auch das Verfahren in solchen Angelegenheiten im Interesse des Ersatzdienstleistenden beschleunigt wird.

Weiter sei daran gedacht, eine gewisse Erweiterung der Disziplinarstrafmöglichkeiten vorzunehmen. So soll nach der Novelle bei Dienstpflichtverletzungen die Geldbuße in Höhe bis zum zweifachen Monatssold (bisher halber Monatssold) und die Ausgangssperre bis zu 4 Wochen (bisher 3 Wochen) verhängt werden können. Damit würden die entsprechenden Disziplinarstrafgrenzen für die Bundeswehr (Geldbuße: 1 Monatssold, Ausgangsbeschränkungen bis zu 3 Wochen) überschritten, doch geschehe dies bewußt. Es sei nämlich zu berücksichtigen, daß es für Ersatzdienstpflichtige nicht - wie bei der Bundeswehr - die Disziplinarstrafe des Arrestes gebe. Es sei auch nicht beabsichtigt, für Ersatzdienstpflichtige den Arrest als Disziplinarstrafe einzuführen. Das führe jedoch dazu, daß in Fällen, wo die bisherigen Disziplinarstrafmöglichkeiten nicht ausreichen, die ordentlichen Gerichte mit der Angelegenheit hätten befaßt werden müssen. Das führt dazu, daß Freiheitsstrafen durch das ordentliche Gericht verhängt und in das Strafregister eingetragen werden können.

Auf Anregung des Vertreters des VK wurde vom Bundesarbeitsministerium zugesagt, daß die Informationen an die Presse über diese Fragen in einer Weise geschehen werde, die für Verallgemeinerungen und Diffamierungen der Gesamtheit der Ersatzdienstpflichtigen keine Veranlassung bietet.

Das BMA gab weiter bekannt, daß furch Vereinbarung mit dem Bundesverteidigungsministerium erreicht worden sei, daß die Akten der anerkannten Kriegsdienstverweigerer schneller dem BMA zugeleitet werden.

Auf die Auffassung, daß die Krankenhäuser bei der Zuteilung von Ersatzdienstpflichtigen gegenüber anderen interessierten Organisationen absolute Priorität genießen, angesprochen, erklärte das BMA, daß es den Prioritätsanspruch der Krankenhäuser zwar weiterhin bejahe, die Verteilung der Ersatzdienstpflichtigen jedoch in Zukunft etwas elastischer gehandhabt werden wird, als dies bisher vielleicht geschehen sei.

Auf die Frage, wie sich das BMA zu sogenannten Einweisungskursen für Ersatzdienstpflichtige am Beginn der Dienstzeit stelle, wurde entgegnet, daß das BMA solche Kurse an sich für erstrebenswert halte, daß dem jedoch z.Zt. gewisse Schwierigkeiten entgegenstünden, welche aber zu gegebener Zeit wohl auszuräumen wären.

Hinsichtlich der Möglichkeit, den Ersatzdienst auch im Ausland abzuleisten, erklärte das BMA, daß es sich nicht grundsätzlich gegen eine solche Möglichkeit sträuben werde, daß derartiges jedoch einer allgemeinen Reform des Ersatzdienstgesetzes vorbehalten bleiben müsse. Das BMA sei bereit, zu gegebener Zeit entsprechende Vorschläge der Friedensverbände in seine Überlegungen einzubeziehen. Es sei jedoch darauf hinzuweisen, daß dabei sehr diffizile Fragen berücksichtigt werden müßten.

Abschließend erklärte das BMA, daß es durchaus erstrebenswert sei, die Ersatzdienstpflichtigen in größeren Gruppen als bisher zumeist üblich, zusammenzufassen, da dadurch manche der von den Trägerorganisationen und den Friedensverbänden angestrebte Verbesserungen des Ersatzdienstes eher durchgeführt werden könnten. Das BMA werde daher entsprechende Bestrebungen der Zentralstelle voll unterstützen.

Hans Ploen

Arbeitsrichtlinien

für die ED 748-26-83

ARBEITSGEMEINSCHAFT unabhängiger DEUTSCHER FRIEDENSVERBÄNDE

14.11.64
+ RS V17-64
v. 12.11.64

- I Die ADF ist ein Arbeitsteam mehrerer gleichgerichteter Verbände. Ihr Sinn ist:
- Erfahrungsaustausch und gegenseitige Information mit dem Ziel der Verständigung über mögliche Maßnahmen.
 - Erarbeitung von grundsätzlichen Stellungnahmen im Namen aller vertretenen Verbände (Beispiel: Zivildienst, Notdienst u.a.).
 - Gemeinsame politische Initiativen, die an nationale oder internationale Stellen gerichtet sein können.
 - Weiterleitung gemeinsamer Beschlüsse an Presse und Rundfunk.
 - Verhandlungen und Gespräche mit politischen Stellen und mit Friedensverbänden der westlichen und östlichen Länder, wobei Verhandlungen und Gespräche sachkundiger benannter Vertreter des Einverständnisses der Vorstände aller im Team vertretenen Verbände bedürfen.
- II Die ADF setzt sich zusammen aus den Vorsitzenden der ihr angehörenden Verbände, und zwar:
- Internationaler Versöhnungsbund (VB)
 - Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK)
 - Deutsche Friedensgesellschaft (DFG)
 - Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK)
 - Welt-Organisation der Mütter aller Nationen (WOMEN)
- bzw. aus den von den Verbänden als Vertreter delegierten bevollmächtigten Personen. Die Federführung für die Arbeitsgemeinschaft, die Vorbereitung der Zusammenkünfte und die Vertretung nach Außen übernimmt ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft, das gewählt wird. Der Sitz des mit der Federführung Beauftragten ist jeweils Sitz der Arbeitsgemeinschaft. Die Verteilung der Aufgaben innerhalb der Arbeitsgemeinschaft wird jeweils beschlossen. Die einzelnen Organisationen legen Anregungen und Anträge ihrer Verbände dem Arbeitsteam zur Beratung vor.
- Um die Arbeit zu finanzieren, zahlen die einzelnen Verbände einen jährlichen Beitrag, dessen Höhe von dem Team beschlossen wird. Der mit der Kassenführung Beauftragte richtet ein Sonderkonto für Überweisungen der ADF ein, über das er einmal jährlich abrechnet.
- III Der Aufnahme von neuen Verbänden in die Arbeitsgemeinschaft müssen die Mitglieder des Teams einstimmig zustimmen. Dem Team müssen zur Entscheidung Satzungen und Programme der sich um die Aufnahme bewerbenden Organisation vorgelegt werden.
- IV Die angeschlossenen Verbände verpflichten sich, jeweils ein Exemplar ihrer Veröffentlichungen, Rundschreiben und Flugblätter an die Mitglieder des Teams zu senden.
- V Das Team trifft sich mindestens zweimal jährlich zur Durchführung der in Punkt 1 genannten Aufgaben.
- (Verabschiedet am 31.10.1964 in Frankfurt unter Anwesenheit von VB, IdK, DFG, VK und Women.)

INTERNATIONAL PEACE BUREAU
Rue de Zürich 41
Geneve.

ED 718-26-84

Mansu

13.1.64 V.

12.11.63

MINUTES OF ADVISORY COMMITTEE MEETING

12th November 1963 at 16.00 hours at IPB office, Geneva.

Present: Jules Humbert-Droz, Reverend Alfred Werner, Dr. Ernest Wolf, Duncan Wood and Niels Mathiesen.

1. On the request of Sven Guldberg it was agreed to add the following to the minutes of the AGM at Oosterbeek: "The issuing of the Bulletin should in the future be a matter that depends only on the IPB and as far as for the contents the material should be collected jointly by the IPB and the ICDP. The decision of the Executive Committee at its meeting in London at Easter 1963 of having an editorial board for the numbers edited in London was confirmed, and as new members of this board were appointed Nancy Richardson and John Kay."
2. Members of the Advisory Committee.
The Committee welcomed the presence of Alfred Werner, who had previously indicated that time would not allow him to take part. It was not yet possible for him to take a final decision, but he will do his best to make himself available for the meetings. The Committee regretted that professor Pierre A. Lalive had been unable to accept the election as a member of the Committee, also due to lack of time, and expressed the wish to coopt a member in his place. The following persons were suggested for cooptation: David Millwood, Reverend Riedmatten and M. T. Szmitkowski. The Committee agreed that M. Millwood should be welcomed to take part in the work of the secretariat, in particular in matters concerning the editing of the Bulletin, for which he had shown great interest, and that he in that capacity would be welcomed to attend the Committee meetings. The question of coopting him as a member of the Committee would be reviewed at a later date when the members of the Committee had had the opportunity to acquaint themselves with him. It was further agreed that the two other persons suggested should be approached in order to learn whether they might be willing to serve on the Committee.

The functions of the Advisory Committee were agreed to be the following: The Committee shall act on behalf of the Executive Committee in between the meetings of the Executive, and be responsible to it. The decisions of the Advisory Committee shall come into power ten days after the members of the Executive have received the minutes and only if they at that time have raised no objections to the decisions therein recommended by the Advisory Committee.
3. Membership of affiliated organisations.
Only three affiliated organisations had confirmed their affiliation at the time of the meeting: The Swiss Peace Council, the National Peace Council of Great Britain and the WRI. It was agreed to send a special letter to the other organisations, asking them to confirm their affiliation. At the same time two National Peace Councils which had not yet given the names of their affiliated organisations should be asked to do so.
4. Housing situation of the IPB office.
The secretariat had recommended that a new apartment be found as soon as possible, as the office will have to move out from the

present premises before January 1965, and the uncertain atmosphere of the future this creates makes it somewhat uneasy to settle down to work. After having inquired by all the real estate agents of Geneva, the secretariat recommended a 6 room apartment at Rue de Zürich 41, which would best serve the purposes of the IPB. The rent will be somewhat higher than at the present premises, and for smaller rooms, but according to current prices in Geneva it would probably be impossible to find anything more reasonable today. The rent will be 600 frs a month + 100 for central heating and hot water. In order to allow for the necessary expenses for redecoration the agent agreed to deduct 100 frs a month the first year and 50 frs a month the second year, altogether 1800 frs. The Committee agreed that the mentioned apartment should be rented from 1st December, and that the lease with the owner of the present premises should be terminated from 1st January 1964, up to which date the rent has been paid.

- E0718-26-85
5. Production of Peace Information Bulletin.
After a short discussion the suggestion put forward by the secretariat in the last report was agreed upon. The suggestion had been supported by Reginald Sorensen and opposed by the Executive of the Swedish Peace Council, which thought the time for changing the appearance of the Bulletin was not appropriate just when the work was taken over by the IPB secretariat, and which also thought the number of 1000 copies was too low as the affiliated organisations should be encouraged to sell it through their members. The Committee found that if a change should take place the most suitable time was just at the take-over, and that an increased sale of copies might justify the printing at a later date. In any case it would be better to change from duplicated to printed at a later date, than the opposite way. The argument that the adopted suggestion would allow for 6 editions a year in two languages and further to pay 2400 frs a year for translation and foreign editorial work, seemed to be decisive. It was pointed out, however, that the duplicated production would necessitate a considerable amount of work in the secretariat, which would not have been necessary for the printed version. As the production of an information bulletin was considered to be one of the main activities of the secretariat, it was found worth while to invest this amount of work in it.
 6. News release.
The secretariat had made an estimate for the production of a news release according to the suggestion in the last report. With 400 free copies sent out free it would cost 2000 frs a year. It was agreed that during the first months of next year an investigation of the resources of contacts and correspondents necessary for such a production should take place and that the production might start from July 1964 if the results of that investigation were satisfactory.
 7. Bonnevie conference for global disarmament and the rule of law.
Judge Carl Bonnevie of Oslo has requested the participation of the IPB in an international conference for the above purpose, to take place possibly in April 1964. The Committee agreed to ask Mr. Bonnevie for further information about the progress of the preparations and the program, before considering the matter at the next meeting.
 8. Relations with l'Union Internationale des Associations pour la Paix.
Several organisations, among them members of the IPB, have received an invitation to attend the 34th international congress of the above Union, and some have asked the IPB for information about the

Union, in order to take a decision. The following facts have been collected:

The Union was the organisation for which the IPB was the executive office from 1892, and which was declared dissolved by the Swiss federal court of justice, because after the second world war it has no more been possible to appoint its Council and Executive Committee. It is true that some people have tried to revive the Union, partly with old members partly by founding a few new member organisations. Nevertheless, the Court did not find that this association was a continuation of the old Union, and, as already stated, declared the Union, founded in 1892, as dissolved. The present Union presided by dr. Pontzen, is therefore not correct when stating on its letter-head that it exists since 1892.

The member organisations of the Union are: 1) Conseil National de la Paix (France), 2) Deutsche Friedensgesellschaft (Germany), 3) Societa per la Pace e la Giustizia Internazionale (Italy), 4) Ligue Internationale Contre la Guerre (Switzerland), 5) Conseil Belge de la Paix Fondation Henry la Fontaine (Belgium) and 6) Osterreichische Friedensgesellschaft (Austria). Active peace workers in those countries have been asked to what degree these organisations exist, and the replies indicate that the 1st, 3rd, 4th and 6th organisations exist only on paper, whereas the second is affiliated to the IPB-member Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände, and the 5th exists actively. On this background the Committee agreed that the basis of the Union seems rather weak, and that it is probably not capable of undertaking the great task of organising an international conference. In any case, it was pointed out by the chairman, did the Union not have the right to assume the title "34th international peace congress" for its proposed congress, as this is a pretence of an unbroken organisational line back to the old IPB.

It was agreed that contact should be taken with the secretary of the Union, who lives in Geneva, in order to invite him to a meeting of the Committee for the particular purpose of coming to a friendly agreement about the relations between the Union and the IPB.

9. Relations with the ICDP, letter from the WRI.

The secretary drew the attention to a letter received from the secretary of the PPU, Stuart Morris, saying that the motion from the WRI Executive Committee quoted in the last report does not necessarily represent the unanimous opinion in that matter by the whole WRI as such. The Committee agreed to the suggestion that this point should be made known through the minutes, in order to prevent any misunderstandings in regard to the position of the PPU.

After some debate on the question of the desirability of a merger of the IPB and the ICDP at the present stage, the Committee agreed on the decision taken at the AGM in Oosterbeek where the matter was deferred for two years. The secretary stressed that the matter brought up by the WRI did not touch upon the question of whether there should be a merger or not, but solely regretting that the decision on a possible merger had been deferred for so long, and that this had been decided without the delegates having been briefed on the matter beforehand; and that what the WRI asked for was that both the ICDP and the IPB should "reconsider their position before January, circulating all relevant documents and minutes to member organisations and if necessary calling Executive meetings to re-examine the position."

The chairman underlined that all decisions of the IPB AGM ought to be taken unanimously, according to the tradition which has been followed so far, that the delegates coming to Oosterbeek were well informed beforehand about the existence of the ICDP, and that no

other decision could therefore have been taken than the one which actually is in power as long as nobody knew very well what the ICDP might develop to become. He further emphasized that the decision taken did not bind the IPB for more than two years, and could thus not be considered of such importance that it must be necessary to have the matter circulated to the member organisations before a decision at an AGM.

The Committee agreed that the chairman should write a reply to the letter from the WRI.

10. New rules for the IPB

The secretariat presented a draft proposal for new rules, based on the rules of 1914, 1930, 1960, the draft of 1962 and a memo by Sven Guldberg of 1963, and suggested it be sent out first to the members of the Executive Committee for their comments, then with these comments incorporated be circulated to the member organisations with the request to make their comments, and then the final, revised draft should be circulated to the members in due time for submission to the 1964 AGM. The Committee made a few minor alterations in the proposed text and agreed to the above procedure.

11. Finance.

Unfortunately the Committee did not find time enough to go through the financial matters as they had been prepared in detail, but the secretary was asked to enclose his report with the minutes. Some of the points were, however, briefly discussed:

a) Funds.

The secretariat felt uneasy about the time running without having the IPB funds placed in a way which would yield the maximum interest, as this means spending bits of the capital, and losing interest on it. It favoured an investment of as great a part of the capital as possible, and using as little of it as possible for capital expenditure, provided the investment be made so that the interest is high enough to cover the expenses. The chairman shared this view, and could report that the capital at the moment yields an interest of 3 %. Legally IPB is owner of all shares of "Société Immobilière La Fortification", a Geneva company which owned the house Rue Charles Bonnet 8, and which now owns the proceeds of the sale of that house. Before the funds, now provisionally in an account yielding 3 %, can be taken out of the Société Immobilière La Fortification and invested mainly through a foundation decided at the AGM at Oosterbeek, the mentioned company must be dissolved formally. This cannot be done before the federal and cantonal authorities have granted income tax exemption for the profit on the sale of the house. Otherwise we would have to pay a federal tax of 56.000 frs, and still higher cantonal taxes. The chairman assured the Committee that he is pressing the matter as much as possible.

b) Sale of land.

The chairman reported that point 9. of the minutes of the AGM held at Oosterbeek was inaccurate. The land consists of many different pieces and no offer had been made at the time of the AGM. The chairman had, however, reported that the land was estimated to Hfl. 20.000 and had received authority to sell it at this price. Since then the chairman has received a letter from a local notary of Zaltbommel, Holland, that he was confident that he could sell the different pieces of land for together Hfl 20.000 to the various peasants now laboring the land against a small rent. As this declaration was not very clear and in no way^a binding offer, the chairman suggested that he would get into touch with a banker in Zaltbommel, whose name had been recommended to him, and he was authorized to do so.

The meeting adjourned 19.20.

Ernest Wolf
Chairman

Niels Mathiesen
Secretary general

ED 718-26-188

25. 10. 63
31. 10. 63 V.

I N T E R N A T I O N A L P E A C E B U R E A U

R E P O R T

S E P T E M B E R - O C T O B E R 1 9 6 3

F R O M T H E S E C R E T A R Y G E N E R A L

MEMBERSHIP OF AFFILIATED ORGANISATIONS	page 1.
OFFICE AND HOUSING SITUATION OF IPB	page 1.
LOCAL ADVISORY COMMITTEE	page 2.
STAFF	page 2.
MEETINGS IN LONDON AND PARIS	page 2.
COOPERATION BETWEEN FRENCH PEACE MOVEMENTS	page 2.
RELATIONSHIP WITH ICDP	page 3.
PEACE INFORMATION BULLETIN	page 4.
NEWS SERVICE	page 6.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

I. MEMBERSHIP OF AFFILIATED ORGANISATIONS

According to decision at the AGM, the affiliated organisations were requested to reaffirm their wish to continue their affiliation to the IPB. If the reaction to this request reflects the interest the organisations take in the future activity of the IPB, our position is extremely weak indeed.

Out of the 17 affiliated organisations there are only 5 which have informed us that they have taken the matter up for consideration, and only 3 of these 5 which have confirmed their affiliation.

Have confirmed affiliation:

National Peace Council, Great Britain.

War Resisters' International (see point VII)

Have informed us that the matter is being considered:

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände.

Onafhankelijke Contactcommissie voor Vredeswerk.

Have not replied at all:

Association Montessori.

Conseil Suisse des Associations pour la Paix.

Fellowship of Reconciliation, USA.

Friends Peace Committee, Great Britain.

International Fellowship of Reconciliation.

Northern Friends Peace Board, Great Britain.

Norwegian Peace Council.

Pax Romana, Switzerland.

Peace Pledge Union, Great Britain.

Stockholm Peace Society.

Swedish Peace and Arbitration Society.

Swedish Peace Council.

Vernad der Kriegsdienstverweigerer, Germany.

For the larger part of the abovementioned members the lack of response does probably not indicate that they want to terminate their affiliation with the IPB, but their affiliation as such is not much worth if the speed of reaction and communication is not considerably improved.

II. Office and housing situation of IPB

The flat which IPB rents in the house it formerly owned, consists of 7 rooms plus bathrooms, kitchen and hall. The 2 larger rooms are being used for office and a common sitting room (for receiving visitors), whereas 3 of the smaller rooms are occupied by 3 students and 2 rooms by myself.

On my arrival here there was literally nothing to build upon, no work to be continued and no office equipment whatsoever. Many of the rooms had not even electric light, they were (and are still to some extent) more or less dirty and unfriendly, furnished with some odd old, small tables and a few uncomfortable, wooden chairs.

These are things, however, that can easily be bettered with some time and money, as the apartment in itself is ideal for our purpose, and must be considered to be very cheap compared with current prices in Geneva. I do not want to invest much time and money in redecoration, however, as we will unfortunately have to move out at the latest by the end of next year, when the owner of the house is taking it over for his own use.

In the meantime we must find a new place, which is extremely difficult if we want to get something at a reasonable price. Just now letters are sent out to all agencies, stating the needs of IPB. So far some cleaning up and decoration has been made, electric light

has been put into the rooms, and the entrance hall, which was the most depressing room of them all, has been completely redecorated. Regardless of our future housing situation we will have to buy some office furniture, desks, chairs, filing cabinets, shelves and lamps.

So far I have bought a good office typewriter, a first class duplicator, a typist chair and various smaller necessary items.

III. LOCAL ADVISORY COMMITTEE.

Of the 4 members of the advisory committee elected at the AGM, 3 are from Geneva. The fourth, Jules Humbert-Droz, is from La Chaux-de-Fonds, and was the only one present at the meeting, the 3 others were elected in absentia. It now turns out to have been a rather unsatisfactory election, as of the 3 local people 2 have declined to accept the election for the lack of time to serve on the committee (Pierre-A. Lalive and Alfred Werner), whereas the third member (Duncan Wood) has declared his good will, but has as far been impossible to get in direct contact with. Under such circumstances the elected committee is of very little help, and I will have to, in an informal way, to find a small group of people for myself who have both good will and the time to meet regularly.

IV. STAFF.

Such an informal group consists for the time being of only the 3 students living here and myself, plus David Millwood and his wife. The Millwoods are experienced in public relations, design and journalism, and have a firm background in the CND.

We had our first staff-meeting 23.10, where we discussed and agreed upon a number of the items in this report. In the near future we hope to find more people of the same kind who want to cooperate.

The 3 students are Ingrid Jonas (Germany), Elizabeth Palmer (South Africa) and Walter Schenkel (Switzerland). The agreement we as far have established between us says that they will each give 10 hours' work a month for their rooms (based on the monthly rent for the apartment, how great part of it they occupy, and 5 frs. an hour). In addition they will help in the office as their time allows, at 5 frs an hour.

This agreement has not yet been approved by the executive committee, which is hereby requested to give its comments.

V. MEETINGS IN LONDON AND PARIS.

In the days 7. - 13.10. I met in London and Paris with representatives of the National Peace Council, the International Confederation for Disarmament and Peace, the Campaign for Nuclear Disarmament, the Youth Campaign for Nuclear Disarmament, the Women's International Liaison Committee for International Cooperation Year, the Peace Information Bulletin editorial board, the Ligue d'Action Pacifiste and Action Civique Nonviolente. I tried in vain to meet representatives of the Bertrand Russell Peace Foundation, but have later received the available information.

The results of the meetings will to some extent be reflected in the following.

VI. COOPERATION BETWEEN FRENCH PEACE MOVEMENTS.

It seems that the Action Civique Nonviolente is the only really actively working group in France. This group, which is not an organisation in the current sense, and which is strongly backed by Lanza del Vasto's Communauté de l'Arche, attracts the activity of the younger people, who do not any longer support the purely pacifist

groups very much, probably because of their inactivity. The 2 CND movements seem also to be weak and inactive at the moment. A group under the leadership of Jules Moch against the French nuclear deterrent seems to be a purely national-political concern, without relevance to the nuclear arms issue as such.

There has been a kind of national peace council in France, which still exists on paper. The desirability and possibility of reviving this will be investigated. The ACN, which might be considered the leading group in France, is understandably only interested in cooperation with active peace organisations, and feels probably at the time that efforts to coordinate activity with other groups are, in the greater part of the cases, a waste of time and energy. In order to establish coordinated efforts among the French peace groups and organisations, therefore, the inactive ones must first reinforce their own work and power of action, so that they can really contribute to possible common efforts.

VII. RELATIONSHIP WITH I C D P .

Within certain parts of the peace movement there seems to be a more or less expressed unhappy feeling about the decision taken at the AGM about deferring for 2 years any question of amalgamation or close cooperation which would require an identification with the ICDP. This is of course first of all felt within the ICDP itself, but also among individuals from other organisations, and very clearly and strongly in the WRI. It would be inappropriate to mention other organisations as long as they have not themselves officially stated their view, but it is most important that the executive and the affiliated organisations should be acquainted with the resolution passed by the WRI executive and communicated to us in a letter of 14.10, so that they can decide what action this requires in response from us:

"On behalf of the Executive Committee of the W.R.I. I would like to draw your attention to decisions made at our last meeting regarding our relationship to both the International Confederation and the International Peace Bureau. The following Resolution was passed:-

"The W.R.I. regrets that the decision on a merger has been deferred for so long and that it was not possible for delegates to be fully briefed before the Oosterbeek conference. It urges both organisations to reconsider the position before January, circulating all relevant documents and minutes to member organisations and if necessary calling Executive Meetings to re-examine the position. The W.R.I. cannot contemplate being affiliated to two bodies with the same purpose indefinitely and will be obliged at some stage to withdraw its affiliation from one if a decision to merge is not reached."

I think this is self-explanatory and we would appreciate immediate action. I would only add a further quotation from our minutes to clarify the position:-

"The decision related to withdrawal of affiliation was made not only on financial grounds but also because the presence of two organisations in the field would cause confusion and would damage the ability of the independent peace movement to develop and to undertake unified action. The demands of the world situation were such that the peace movement should consolidate its forces and develop the most efficient means of communication and co-operation."

Yours fraternally
Tony Smythe
Secretary

In this relation I would only draw your attention to the fact that the WRI and the IFOR are among our strongest and most active member organisations, and that these two probably are in the same boat in this question, being both affiliated to the IPB and the ICDP.

VIII. PEACE INFORMATION BULLETIN.

With issue no. 3 of the bulletin the editorial board in London has terminated its job, and the whole responsibility for the future work lies with us.

The need for producing a bulletin has not been seriously discussed in the IPB. Everybody has taken it for granted that it is an extremely valuable thing to spend much work and a considerable amount of money on, without really analysing the matter, i.e. the needs and the functions.

This question was discussed at two meetings in London and at the staff meeting here, as well as with a number of individuals. The conclusion of these discussions, which are strongly endorsed by the staff, are hereby submitted to the members of the executive for their serious and immediate consideration.

In article 2. point a) of the old rules of the IPB (1914-version) is stated as the first objective of the IPB: "Giving organisations, associations and individuals working for peace information on matters connected with propaganda and ideas which they hold in common, and facilitating communication between them."

Although these rules are not binding today, they express in a surprisingly up-to-date way what should be the functions of this body, and may very well serve as a guide-line for us.

Those of us who have so far given serious thought to what function the bulletin should have, agree upon the following:

- a. it should be of strictly informative nature, not containing articles or evaluations of the matters brought forward,
 - b. it should be a service to all peace organisations, groups, etc.
- This view, and its more detailed implications as to the nature of its contents, was endorsed by the AGM.

Of the first issue 3.050 copies were printed, roughly 1100 were sent out, of which 150 were paid for. Of the second issue 1.030 were printed, 515 were sent out and roughly 80 paid for.

This indicates that in the foreseeable future we should make approximately 1.000 copies only, and should rather not count on any sales income. The greater bulk of the bulletin will go to organisations and periodicals, which we cannot charge for it, because we want documentation, reports and periodicals in exchange.

As the character of the bulletin is one of internal use much more than for public sale, the price for printing it is too high compared with the small advantages there are for having it printed. I have got printers' estimates for 3.000 copies like no. 2/63 from Great Britain, Holland, Norway, Germany and Switzerland, where the most advantageous estimate, comparatively, is from one of the Swiss printers, namely 1.356 frs and 117 frs for each additional 1.000 copies.

This means that 1.000 copies would cost 1.112 frs, for 4 issues that is 4.448 frs, plus postage, bands and addresses that is 5.088 frs.

This price does not include any extra work for collecting material from abroad, and no second or third language editions, which would almost double or triple the price.

The alternative hereby suggested is therefore to produce a duplicated bulletin in 2 editions, English and French, (there might later be a third language, e.g. German or Spanish), up to 25 pages plus a printed cover, sent free to 1.000 addressees, 6 times a year.

The estimated cost for this is 3.100 frs (paper, stencils, electro-stencils, ink, printed cover, staples, bands, addresses and postage stamps). In order to secure a regular production it is further estimated to pay 1.200 frs a year for translation work and 1.200 frs to foreign correspondents. It is believed that this last expenditure is necessary to be able to rely fully on correspondents in foreign countries to send their material. This brings us to a total of 5.500 frs, only slightly more than for the printed, quarterly bulletin in only one language and without any extra editorial work paid for.

I said that the bulletin would have to be sent free to a great part of the organisations and periodicals which we want to receive it. This does not, however, exclude the possibility of building up a body of subscribers who will pay for it. I could envisage that organisations and periodicals in principle get the bulletin free of charge as these readers have to be our main concern, and that individuals have to pay their subscription. Furthermore I suggest that overseas readers who want to have the bulletin sent by air-mail, should pay the extra costs for this themselves.

All readers might furthermore receive a yearly reminder that they are welcome to pay a contribution towards the cost of production, as many of those who are entitled to complimentary copies might be willing to pay for it.

Various ideas have been discussed as to the typographical appearance of the bulletin, but it is yet too early to present a model of it. The matter is being investigated by the top-class British designer Robin Fior. So far the idea of a well designed, printed cover, in 2 or 3 colours, and of using paper of different colours for the various sections (organisations, periodicals, bibliography, abstracts, reports, documents, etc.) is agreed upon. The cover would be the same for all issues in one year, in order to reduce printing costs to a minimum. The number of the issue would appear on the right hand side of the first duplicated page, which might be left uncovered.

There are also technical advantages connected with duplication particularly valuable for just this kind of bulletin, namely the possibility of including last minute's information (which for printing would have to be one month old), and that of using the exact number of pages up to a certain maximum set by the weight (for postage reasons). Producing a duplicated bulletin would furthermore make it possible to a larger extent than by printing to control the time factor, in order to get each issue out at the exact date of publication.

With the limited resources at hand, which must be stretched to cover as many activities as possible, it is the firm belief that such a change in the production of the Peace Information Bulletin would greatly be to the advantage of the international peace movement, and that the change should take place as from the next issue (15.2.64).

The matter will be reconsidered at the next staff meeting in 2 weeks' time, and I therefore urge the members of the executive to send in their comments to reach us by 6.11.63. Comments from the affiliated organisations as well as from the ICDP will also be most welcome and greatly appreciated.

For the production of the bulletin it has been budgetted 10.000 frs for this year, subtracting the 5.500 frs for the proposed version of it leaves us with 4.500 frs. I suggest that this should allow for buying some of the office equipment needed for efficient work. First I would deduct 1.500 frs which have already been spent on typewriter and duplicator in addition to the 1.100 frs budgetted for these 2 items (typewriter 800 frs, duplicator 1.800 frs = 2.600 frs), which leaves us with 3.000 frs. Out of this sum I suggest that approximately 2.000 frs be invested in office equipment, with a priority to desk, typewriter desk(s), chairs and filing cabinets.

IX. NEWS SERVICE.

The last 1.000 frs released from the bulletin production I would suggest being invested in the production of a fortnightly news-release. This should consist of e.g. 2 pages with short, factual news-items about what is going on in the international peace movement and other news of particular relevance to peace work, which rarely are circulated to the world press through the ordinary channels. In an experimental period of e.g. 1 year the news-releases would be mailed only to a limited number of agencies and papers, perhaps only in Europe. A network of personal contacts would have to be set up, to check to which extent the news are used, in order to judge the value of the service.

The editorial work will depend much on the national and local organisations, if they do not provide us with the news it will be almost impossible to produce news-releases of any value.

Before such a plan is launched, it is therefore essential to have secured the reliable cooperation of a great number of organisations or individuals all over the world. At the present stage this would have to be voluntary work.

A study of how the Agenzia Radicale in Rome is working and which circulation it has, should be made, as well as the possibility of direct translations of their news without duplicating their work.

Such a news-release should in the initial stage be made in 4 versions: English, French, German and Scandinavian languages.

As the budget for the time being does not allow for a greater circulation than perhaps a few hundred agencies and major papers, the possibility should be investigated if national and local organisations would support the work either by paying for having the news-release sent to a certain number of addresses in their country, or by buying a number of copies which they send out themselves. The possibility of individual subscriptions should also be kept open.

Niels Mathiesen
Niels Mathiesen

Genève, 25.10.63

* 138/63

20.12.63
13.1.64 V.

E0718-26-85

MINUTES OF ADVISORY COMMITTEE MEETING

20th December 1963 at 14.15 hours at IPB office, Geneva.

Present: Jules Humbert-Droz, Niels Mathiesen, Walter Schenkel, Ernest Wolf and Duncan Wood.

1. The chairman has written to the Nobel Peace Prize Committee in order to assure the IPB the right of nomination for the prize. (As it will be known the old IPB was awarded the Nobel Peace Prize in 1910, and all prize winners have the right to nominate candidates).
2. The chairman excused himself for the delay in circulation of the minutes of the last meeting. They will be circulated with the minutes of this meeting.
(In his turn the secretary must now excuse himself. Because of illness during and after the Christmas holidays he has not been able to circulate the minutes as soon after the meeting as he had wished to do)
3. Of the two persons who have been asked to take part in the Committee only M. Szmikowsky has replied, regretting that he is not able to take part, although he sympathizes very much with our work.
4. Finance.
A revised draft budget was presented by the secretariat, with an estimate account brought up to date. It was agreed to bring these up to date as far as possible to 31st December, and present them at the meeting of the Executive in January.
It was agreed on the principle of the proposed budget, which is to work on the interest of the capital exclusively as far as this is possible.
The state of Geneva has now notified us that the proceeds of the sale of the house in Rue Charles Bonnet 8 are exempted from income tax. The chairman estimates therefore that the investment of the capital can be made before 1st April 1964. This means that we will get interest on this capital from 1st April 1965. In the meantime capital expenditure will be necessary in addition to the interest of 3 % which the capital will yield until 1st April 1964.
The following names were mentioned in connection with setting up a financial committee: Max Weber, Dr. Krumbacher and Marcus Mattmüller.
The Swedish Peace and Arbitration Association has asked how much it is supposed to pay as an annual contribution, notifying us that it will for the time being pay 200 frs. The Committee agreed to defer this question till after the new rules have been adopted, as the question of contributions has been proposed to be fixed through the constitution. The same Association also reports that it will together with the Swedish Peace Council take 50 subscriptions for Sweden of the Peace Information Bulletin.
5. Place of the January meeting of the Executive.
According to the recommendation of the AGM at Oosterbeek, it was decided to hold the meeting at Tyringe Kurhotel, Sweden, on 14th January, lasting the whole day. The AGM recommendation said:
" - Should be held on Sunday January 12th. The place of the meeting will have to be fixed at a later date according to the place of the meeting of the ICDP which has not yet been fixed." The Committee agreed, however, that it was preferable to change the date of the

meeting from the 12th to the 14th, so that it should fall after the meeting of the ICDP and not during, in order thereby to avoid any confusion between the two meetings. The chairman preferred in addition to this alteration also to change the place of the meeting, but the rest of the Committee felt this would be a waste of time and travel expenses for the members of the Executive Committee who would be at Tyringe for the meeting of the 3+3 between the ICDP and the IPB.

For the meeting of the 3+3, the Committee recommended Sven Guldberg and George Delf in addition to the chairman, and that John Kay should also be asked to attend, and, if he would be unable, to pass this request on to his personal substitute Nancy Richardson.

The chairman will, on special invitation, attend the entire ICDP conference in Tyringe. The secretary felt that it would be natural and desirable for him also to attend as much of the ICDP conference as possible, to which the Committee agreed.

The agenda for the IPB Executive Committee meeting was agreed upon as follows:

- Secretary's report and financial report (containing draft budget)
- Report from the 3+3 meeting between the ICDP and the IPB.
- New member organisations.
- International conference 1964.
- Miscellaneous.

Niels Mathiesen
Secretary general

(Due to the short time before the meeting of the Executive Committee the minutes have not been signed by the chairman)

INTERNATIONAL PEACE BUREAU
Rue de Zürich 41
Genève.

ESTIMATED ACCOUNTS FOR SECOND HALF 1963

INCOME

Balance from last year's account	10.180.-
Members' contributions	220.-
3 % interest on 780.000.-	11.700.-
Balance from Oosterbeek	224.-
Sale of Bulletins	19.-
Refund for telephones	40.-
Capital expenditure	<u>4.202.-</u>
	<u>26.585.-</u>

EXPENDITURE

Salary secretary	5.000.-
Salary staff	2.000.-
Bulletin 2/63	4.000.-
Bulletin 3/63	2.652.-
Travel expenses chairman last year	1.000.-
Travel expenses secretary	752.-
Office expenses, postage	990.-
Telephones, cables	426.- +)
Documentation	246.-
Light and decoration flat Ch. Bonnet	300.-
Gaz and electricity	116.-
Working permit	40.-
Typewriter	800.-
Duplicator	1.800.-
Chair	210.-
Rent flat R. Ch. Bonnet	1.020.-
Rent and heating flat R.de Zürich	433.-
Repairs and decoration flat R.de Zürich	1.800.-
Office equipment and furniture	<u>3.000.-</u>
	<u>26.585.-</u>

+) whereof a part is to be refunded by
World Federation for Mental Health

IPB

2

DRAFT BUDGET FOR FIRST HALF 1964INCOME

3 % interest 3 months 780.000.-	6.000.-
Members' contributions	1.780.-
Rent of two rooms	1.200.-
Capital expenditure	<u>11.420.-</u>
	<u>20.400.-</u>

EXPENDITURE

Rent and heating	3.600.-
Salary secretary	6.000.-
Salary staff	2.000.- (2.500.-)
Social insurance	300.-
Peace Information Bulletin 3 issues	3.000.-
Travel expenses executive	1.500.- (1.000.-)
Travel expenses secretary	2.000.-
Office expenses	<u>2.000.-</u>
	<u>20.400.-</u>

Capital pr. August 1963	780.000.-
÷ Capital expenditure 1963	<u>5.000.-</u>
Capital pr January 1964	775.000.-
÷ Capital expenditure first half 1964	<u>11.420.-</u>
	763.580.-
+ Sale of land	<u>22.000.-</u>
	785.580.-
÷ Capital expenditure 1964/65	<u>35.000.-</u>
Capital for investment 1st April 1964	<u>750.580.-</u>

ED748-26-99

INTERNATIONAL PEACE BUREAU
Rue de Zürich 41
Genève

Erledigt:
- 3 FEB 1964

13.1.64 4.2.64 V.

A. Minutes of meeting of Executive Committee and members
at Tyringe, Sweden, Monday 13th January 1964

Delegates and observers present	p. 1
Secretary's report	p. 1
Financial report	p. 1
Relations with ICDP	p. 2
New member organisations	p. 2
International conference 1964	p. 3
International conference 1965	p. 3

B. Minutes of meeting of the Executive Committee
at Tyringe, Sweden, Sunday 12th and Monday 13th January 1964

International Peace Bureau Foundation	p. 4
Conference "For global disarmament and rule of law"	p. 4
Function of the Advisory Committee	p. 5

C. Report from the secretary general to the meeting of the Executive
Committee and members at Tyringe, Sweden, Monday 13th January 1964

Membership of affiliated organisations	p. 6
Housing	p. 6
The Advisory Committee	p. 7
Staff	p. 7
Peace Information Bulletin	p. 7
Information material	p. 8
Address file	p. 8
New rules for IPB	p. 8
Finance	p. 8

INTERNATIONAL PEACE BUREAU
Rue de Zürich 41
Genève.

MINUTES OF MEETING OF EXECUTIVE COMMITTEE AND MEMBERS
AT TYRINGE, SWEDEN, MONDAY 13. TH JANUARY 1964 09. 50.

Present:

Hugh Brock		Friends Peace Committee
George Delf		National Peace Council & Executive
Philip Eastman	+))	International Fellowship of Reconciliation
Norman Frith		Friends Peace Committee
Sven D. Guldberg		Executive
Alfred Hassler	+))	US Fellowship of Reconciliation
J. B. Th. Hugenholtz	++))	Onafhankelijke Contactcommissie voor Vredeswerk
Gerold Jaspers	+))	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände
Ingrid Jonas	++))	Staff
Gösta Larsson		Swedish Peace and Arbitration Society
Niels Mathiesen		Staff
Marie Lous Mohr		Norwegian Peace Council
Stuart Morris		Peace Pledge Union
Irmgard de Ondarza	++))	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände
Tony Smythe		War Resisters' International
Bertil Svahnström		Swedish Peace and Arbitration Society
Ernest Wolf		Executive

Observers present:

Inga Beskow	Swedish section WILPF
Johanne Reutz Gjermoe	Norwegian section WILPF
Uffe Hansen	Danish section IFOR
Stiv Jacobsson	Swedish section WRI
Kenneth Lee	ICDP
Bo Wirmark	Swedish section IFOR

- +) Present only at morning session
- ++) Present only at afternoon session

In the chair:

Ernest Wolf

1. Secretary's report

The secretary general read his report for the last half year's work at the secretariat (as attached).

Comments on the report:

It would be desirable to have similar, possibly regular, reports circulated to the member organisations.

The Executive Committee should be composed of persons living in Geneva, and take the place of the Advisory Committee.

The Advisory Committee ought to meet more often, although not too often, perhaps once a month.

3. Financial report

The secretary general read the estimated accounts for the second half year 1963 and the draft budget for the first half year 1964, as previously circulated

with the last minutes.

Comments and questions on the report:

The sum of 4.000 frs under expenditure for Bulletin 2/63 also includes part of the salary for Emma Weighill.

The sum of 3.000 frs under expenditure for office equipment and furniture, regards office equipment and office furniture.

The item "Sale of land" under capital status in the draft budget should be called "Value of land".

At the bottom of the same column there should be deducted "Taxes liability" 22.000 frs, which leaves a capital for investment of 728.580 frs.

3. Relations with ICDP

During the Oosterbeek conference 1963 a tentative plan had been worked out between representatives of the ICDP and the IPB, according to which the Peace Information Bulletin should be published by the IPB, with the co-operation of the ICDP. The situation should be revised by a joint commission of six people during the January meeting of the ICDP.

This commission met, and after ample considerations recommended that it would be more rational and sensible for the IPB not to take over the production of the Bulletin, but leave this to the ICDP. The production should in that case not only be the editorial but also the financial responsibility of the ICDP.

This recommendation was accepted by the meeting of the members present, and it was further the general concensus that the ICDP and the IPB should work out other ways of co-operation, and it was unanimously decided to recommend to the Executive Committee that:

"The IPB should co-operate with the ICDP in carrying out as many as possible of the following projects, according to the funds and personnel available:

1. Collecting and abstracting by suitable people of relevant peace research results.
2. To collect information with a view to research and advice concerning problems like fund raising, membership, publicity, and promote regional or world co-operation for this.
3. To encourage the preparation of suitable materials (e.g. handbooks) on these subjects.
3. To encourage International Non-Governmental Organisations to work for a "World at Peace" in connection with the United Nations International Co-operation Year 1965, and take suitable initiatives in this connection involving direct contacts on a people-to-people level.
George Delf, Jerry Hunnius and Niels Mathiesen should keep in touch to see what can be developed in regard to this project.
4. The provision of an international service of peace information.
The details should be worked out jointly by the two (ICDP & IPB) secretaries.
5. The above arrangement shall stand until August 1965."

It was further suggested that the IPB should arrange for a reception center for delegations to the 18 nations disarmament conference in Geneva, and in co-operation with the ICDP arrange seminars for peace organisation workers and similar seminars and conferences.

4. New member organisations

It was suggested that the secretaries of the ICDP and the IPB together should see if a division of membership could be worked out, and report on this.

It was further suggested that the IPB should not for the time being push for the formation of new national peace councils.

Both the above suggestions were unanimously approved.

5. International conference 1964

The chairman of the Norwegian Peace Council informed the meeting about the preparations already undertaken by the Council in regard to the International Conference. A school not far from Oslo has been booked for the last week of August. The school can accommodate 95 persons in single rooms, there are halls and rooms for plenary sessions and commission work, it is situated by a lake in the forest, can easily be reached by bus from Oslo, and the price for full board is 30 N. Kroner (£1-10-0).

The theme for the conference "Means in peace work", which had been discussed in the Advisory Committee, was found to be better suited for smaller, specialized seminars, possibly arranged in co-operation with the ICDP, and the following other themes were discussed:

"How to arrive at peaceful solutions in a world dominated by fear"

"Ways and means of meeting and avoiding conflicts and of building peace in the nuclear age"

"Non-military techniques in stead of military ones to avoid and solve conflicts"

"World co-operation year and the nonviolent society"

After a brief discussion the meeting agreed that the theme should be

"Alternatives to violence in national and international conflicts", and that the title might be reformulated or given subtitles at the discretion of the Executive Committee.

It was further agreed that the Norwegian Peace Council should be responsible for the practical arrangements of the conference, and the secretariat, in co-operation with the Advisory Committee and Executive Committee, should be responsible for the program and speakers, as well as for sending out the invitations.

It was decided that the conference should start with an opening session on Sunday night 23rd August, the conference itself starting on Monday morning 24th August and close on Thursday night 27th August. The IPB Annual General Meeting should take place on Friday 28th August.

6. International Conference 1965

For the International Conference 1965 it was suggested to investigate the possibilities of holding it in a place like Arnoldsheim, Germany, or West Berlin.

The meeting adjourned 16.50

Ernest Wolf
chairman

Niels Mathiesen
secretary general

INTERNATIONAL PEACE BUREAU
Rue de Zürich 41
Genève

MINUTES OF MEETINGS OF THE EXECUTIVE COMMITTEE AT TYRINGE,
SWEDEN, SUNDAY 12TH AND MONDAY 13TH JANUARY 1964.

Present:

George Delf, Sven D. Guldberg, Ulrich Hertz (substitute member), Niels Mathiesen (staff) and Ernest Wolf.

Apologies:

John Kay and Nancy Richardson.

The Committee discussed the items on the agenda for the meeting with the members, those matters being minuted under that meeting. Only the following matters were discussed only by the Executive, and are therefore minuted separately here:

1. International Peace Bureau Foundation

As the point 5. in the minutes of the Oosterbeek AGM did not reflect what was actually resolved by the members meeting, the following, new and more correct text was approved:

"The chairman proposed the setting up of a foundation of 650.000 Swiss francs, under the trusteeship of three persons in Switzerland. It was further suggested that these three should be supplemented with representatives of the Swedish Peace Council, the Friends Peace Committee and the National Peace Council (Great Britain).

While the chairman had suggested that he should present a concrete proposal to the January meeting, it was suggested that he should establish the foundation without previously referring to a members' meeting.

The latter suggestion was approved and the chairman was authorized to set up the foundation with a capital of 650.000 Swiss francs and a council of foundation consisting of three Swiss persons and three non-Swiss persons, one each from the Swedish Peace Council, the Friends Peace Committee and the National Peace Council (Great Britain).

2. Conference "For global disarmament and rule of law"

Upon our request Judge Carl Bonnevie of Oslo, Norway, has sent more information about his proposed "For global disarmament and rule of law" to take place in Copenhagen, Denmark, in April 1964.

The Committee agreed to send Judge Bonnevie a friendly letter regretting that the IPB unfortunately cannot take part in the preparations of the conference, nor promise to send speakers to it, but that we may put our list of members at his disposal in order that he may contact the members directly if he so wishes.

3. Function of the Advisory Committee

The Committee accepted the recommendation of the Advisory Committee that this should act on behalf of the Executive Committee, and that recommendations made by the Advisory Committee should come into power as decisions of the Executive Committee two weeks after the minutes have been sent out from the secretariat, provided that the members of the Executive have raised no objections within that time.

A slip of paper should be enclosed with the minutes, which should be returned to the secretariat expressing agreement or disagreement with the recommendations.

Ernest Wolf
chairman

Niels Mathiesen
secretary general

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

INTERNATIONAL PEACE BUREAU
Rue de Zürich 41
Genève

REPORT FROM THE SECRETARY GENERAL TO THE MEETING OF THE
EXECUTIVE COMMITTEE AND MEMBERS AT TYRINGE, SWEDEN,
MONDAY 13TH JANUARY 1964.

As the last half year in a way has been a "warming up" period for a new time in the IPB-work, most of the time has been devoted to planning, discussion, preparation and the material development of an office. Thus there is little outward activity to report on, but it may nevertheless be of interest to the members to be presented with a report which, I hope, reflects our situation. This report should be seen in connection with the one presented for September-October 1964, as I will try not to repeat what was already said there.

1. Membership of affiliated organisations

At the time of the previous report only two organisations had reconfirmed their membership, later we have received confirmations from the greater part of the members. At the time of the first meeting of the Advisory Committee, we had received the confirmations of four members, by an error the name of the Norwegian Peace Council was not given in the minutes, the Council had in fact sent its confirmation at an early date, and I apologize for this error.

Because of the weak response to our demand for a reconfirmation until the first meeting of the Advisory Committee of 12th November, the Committee agreed to send a special letter to the members about the matter. As a fairly high percent have later confirmed membership, this letter has not yet been sent out. There are now only three organisations: the Association Internationale Montessori, the Pax Romana and the Stockholm Peace Society, from which we have had no response so far, and I suppose that the time is ripe to send such a letter to those three.

The matter of new member organisations will be discussed under a separate point of the agenda, and is therefore not mentioned in this report.

2. Housing

The housing situation of the IPB office will by now probably be known to you, let me therefore mention it only briefly here:

As we had to move out from the apartment in Rue Charles Bonnet within one year's time, the Advisory Committee agreed with the secretariat that it was desirable to find a new apartment as soon as possible in order to get settled definitely for a longer time. As the old apartment was very large and required a tremendous lot of work and quite some expenses to be put in a really representative shape, it was felt that we should rather leave it before we put too much efforts and money into it. The mental factor of not having a place for a long time was also decisive.

After having inquired by all the real estate agencies in Geneva, we found a six room apartment in the neighbourhood of the railway-station, not very far from the Palais de Nations, which we thought was the most suitable we could find in relation to the rent and our resources. We are now in the middle of the process of establishing ourselves in this place.

The rent for the new apartment will be slightly higher than in the old one, despite the fact that it is considerably smaller. This is due to the regulation of rents in Geneva, where the rent cannot be changed so easily in an apartment

or house as long as you live there, but once it gets free and somebody else moves in the price goes up.

3. The Advisory Committee

There were in the beginning some difficulties in getting the local Advisory Committee in Geneva together, and it has therefore only met twice: 12th November and 20th December.

Those elected at the Oosterbeek AGM and who are taking part are: the chairman, Jules Humbert-Droz, Alfred Werner and Duncan Wood. The fifth elected member, Pierre Lalive, was unfortunately unable to accept the election because of lack of time. The Committee has so far not been able to find a suitable person to take the place of professor Lalive.

I would ask the meeting to discuss and decide upon the function of the Advisory Committee. The Committee itself has recommended, as you will see from the relevant minutes, that it "shall act on behalf of the Executive Committee in between the meetings of the Executive, and be responsible to it. The decisions of the Advisory Committee shall come into power 10 days after the members of the Executive have received the minutes and only if they at that time have raised no objections to the decisions therein recommended by the Advisory Committee."

With the present geographical dispersion of the members of the Executive, this solution seems to me to be the only one which can work. It can, however, only be said to be a temporary solution, as an executive should be able to meet often and without geographical and financial difficulties, as the IPB finances do really not allow for great travel expenses. I hope therefore that future Executive Committees will be so elected that either the members or their personal substitutes live very close to the secretariat.

4. Staff

As you will know the budget allows for employing one secretary general full time, and additional secretarial help for the amount of 4000 frs a year. The two students living in the IPB apartment do this extra secretarial work. During the last months we have also had some assistance of a third student, who has now left. One of the students, Walter Schenkel, will be working two days a week for the next half year and will mainly assist with the bulletin work, whereas the studies of the other student, Ingrid Jonas, do not allow her to assist more than probably five hours a week, and she will mainly work with translations. If the work of the IPB is to expand in the way we hope, it will probably be necessary to employ at least one additional full-time secretary, and as soon as the financial means for this can be found, the matter should be considered.

5. Peace Information Bulletin

The formula for the Bulletin was decided at the Oosterbeek AGM to be a service bulletin of purely informative character, the publication of which should be the responsibility of the IPB alone, with assistance from the ICDP and various other organisations and persons in compiling the material.

A suggested plan for the production was worked out by the secretariat, as you will know from the previous report, which aimed at the production of six issues a year, in English and French editions, mimeographed with a printed cover. The cost for such a production, including salary for foreign editors' work and for translation work, would only be slightly higher than for the previous printed version in only four issues a year and in only one English edition.

6. Information material

In order to secure all the material required to produce such a bulletin, a circular letter was sent out to approximately 1000 peace organisations, movements, groups and periodicals, outlining for them quite boldly the services the IPB could give them in the field of information, if only they would furnish us with all material and information they have. The letter was sent out in two varieties, one for organisations and one for periodicals, both of them in three languages.

7. Address file

An address file has been worked out to serve as a basis for all future work, and mainly for the bulletin work, with all the peace organisations, movements, groups and periodicals we have been able to find in various kinds of lists and directories, with the exception of too awkward or crank enterprises in the field, and also a great deal of small, local groups, particularly in the USA.

The names and addresses are on special framed cards for the use with a small addressing machine, and are divided in approximately 75 national groups. They are marked with tabs of various colours according to our relations with them and their response to our call for co-operation.

8. New rules for IPB

As this item is previously mentioned in the Ad. Comminutes, I shall only very briefly summarise that a draft has been worked out for new and more comprehensive rules for the IPB. The draft has been based on the rules of the old IPB-rules of 1914 and 1930, the ILCOP-rules of 1960, a draft of 1962 and a memo by Sven Guldberg of 1963. The new draft was, with a few minor amendments, endorsed by the Ad. Com. which decided to circulate it first to members of the Executive for their comments and possible amendments, secondly to the member organisations for the same purpose, and finally, with all the comments and amendments worked in, again to the member organisations submitting the draft as a proposal to the 1964 AGM.

9. Finance

In addition to the estimated accounts for the latter half of 1963 and the draft budget for the first half of 1964, it is only necessary to add a general remark:

The idea behind the draft budget, as endorsed by the Ad. Com., is that the IPB ought to, as far as possible, try to establish a budget which does not, or as little as possible, envisage the use of the capital. The capital should, on the contrary, to as high a percentage as possible, be invested, and the expenditure should be adjusted to the interest which that capital yields.

It will most likely, at least in the transition period before the capital yields any interest, be necessary to use a part of the capital. If it is possible, though, this part should be kept so small that the rest is sufficient to yield an interest large enough to keep the secretariat running ad infinitum. In no case will this interest be large enough to meet the growing demands for co-ordinating activity, and other sources of income should be found. The point is only that even if such other sources cannot be found, the secretariat has always the means to continue a necessary minimum amount of service.

Tyringe, 13th January 1964

Niels Mathiesen

Maus
28. 2. 64

ED 718-26-108

16. 3. 64 V.

CONTACTS FOR SURVIVAL

A memorandum from the secretary general

The idea of collecting and processing information relevant to peace work is not a new one, and the number of persons who through the years and in various places of the world have been planning and working in this field is certainly a large one. The growing trend of internationalization and co-operation in peace work has been particularly manifest through the last years, and a basic necessity for this development is a co-ordinated effort in the field of information, in order to present to every single organisation, movement, group and individual working in the various fields of peace activities as comprehensive and up-to-date as possible a picture of all relevant efforts and means.

Ideas like these are not the monopoly of the IPB or the ICDP. If a really complete list could be compiled of all who are devoting more or less of their time, money and energy to such information work, one would probably get a frightening image of a waste of human resources. The fact that so many groups and individuals are feeling the need for such work to be undertaken, should prove the necessity of efficient collaboration and co-ordination.

One of the most serious and well developed undertakings in the field of information collection, to my knowledge, started some fifteen years ago in the mind of a Norwegian Pacifist Ulf Christensen in Oslo. About three years ago the realization of his plans were encouraged by the financial assistance of the Danish Columbus Foundation. The donator and director of this foundation, the inventor Niels Ulbjerg, takes a particular interest in the coordination of peace work, and has given important grants to various scandinavian projects.

Briefly, this project developed through the last years is the following; Mr. Christensen, with assistance of his wife Gloria and numerous parttime volunteers particularly in Great Britain and Denmark, have, through a world-wide net of contacts, accumulated thousands and thousands of reference cards giving names and addresses of organisation, groups, institutions, individuals, etc. in some way or another related to peace work. There are reference cards to books, reviews, publications, films, and other kinds of intellectual and scientific work which touches upon the numerous causes of conflict and / or pointing towards their resolution. An ingenious system of graphic symbols makes it easy at a glance, and without language difficulty, to see which main group the reference belongs to and to make cross references. A graphic wall-chart has been designed for an easy comprehension of the classification (with 20 main groups and 400 sub-groups) of the entire reference system. There is material enough to fill a catalogue of perhaps one thousand pages. The idea is now to compile the most important part of the information in a handy catalogue of 200-350 pages, with an efficient index system and a "thumb-guide" along the margin for instant finding of the wanted reference section.

Although of course all kinds of organised peace work have got the proper space in the directory, one of Ulf Christensen's main concerns has been to bring out in the light the efforts of the innumerable individuals, who, more or less alone, each in their way and society take part in mankind's struggle for survival. Hence the title of the project: Contacts for Survival. His idea, which he certainly shares with many others, is to open up channels of communication between all the single efforts, and thereby to let loose the inspiration, wider knowledge and understanding which are necessary in this, probably decisive fight against threatening conflicts and wars.

Needless to project the image of how easy it is to break a single match and how hard to bend a full match box, an image which is given various expressions in all the languages of the world. It is exactly this kind of strength of solidarity across all kinds of frontiers which the peace movement cannot do without, faced with this task of winning the peace which often seems suprahuman.

Various mechanics for internationalising and interrelating peace work do exist and are still being set up, like our own international peace information service, but there is still a long way to go, before these mechanics work in a co-ordinated and really efficient way. It is my hope and belief that a catalogue like Contacts for Survival can be an important tool for making the machinery run, and I feel that we have here resources at hand which we cannot afford to leave idle.

There could be told about thousand of restless working hours, travels, depression and joy, intriguing printing methods, a world wide correspondence the bare thought of which could drive one crazy. It might fascinate you, but I am afraid of going into details, as it might also make this memo so long that you will not read it, and it is after all intended to spark off an action from our side.

Mr. Christensen and his wife have received several grants from the Columbus Foundation, but far from sufficient to keep themselves alive and the work running. Every now and then they have to put this work aside and go out to earn some money to be able to continue. This is exactly the case right now. I do not know how Ulf and Gloria Christensen feel it, but I am afraid there might be a limit to patience, sacrifice and enthusiasm. If that limit is reached we are left with a room-ful of most valuable information material, which is worth just nothing to us because the only people who at this stage are able to process this mass into a useful tool are those who have collected the material and invented the system. I am also afraid that if the Christensens are not given the possibility now to finish their work uninterrupted, it might be shuffled off hastily in despair and degrade to a third-class duplicated thing.

I think therefore that the IPB has here a unique chance of supporting morally and financially an outstanding effort to increase communication, feeling of solidarity, co-ordination and efficiency of international peace work, a chance which we should grasp now.

There are lots of technical problems of printing and publishing, of advertising and selling, of producing new and still more comprehensive editions of the catalogue, etc. But these are problems which we can solve

in a co-operation between the authors, the Columbus Foundation, the technically high developed printing firm in Danmark (specialized in technical handbooks) and other institutions like the California Institute for advanced studies (which aims at the "Publication of a World Almanach - a book to list names, addresses, offices, aims and other data of the world's peace and peace education organisations".) of which Prof. José de Castro is going to be the president and with whom I will have an interview in this regard.

What I suggest, and recommed, that the IPB do now is to grant Ulf Christensen a sum of money, sufficient for six months concluding work, and to invite him (with travel expenses paid) to come to a meeting of our Executive, to which possibly also Mr. Uldbjerg of the Columbus Foundation should be invited, at a later stage to discuss the further details of a co-operative publication of Contacts for Survival.

Niels Mathiesen

Niels Mathiesen

Institut für Zeitgeschichte Archiv

AN ALLE FRIEDENSORGANISATIONEN, -BEWEGUNGEN UND -GRUPPEN

Zeitschriften-Austausch und Internationaler Informationsdienst

Wie Sie bereits aus unserem Rundschreiben vom 28. 11. 63 entnommen haben, hat das Internationale Friedensbüro auf seiner Jahresversammlung im August 1963 beschlossen, ein "Peace Information Bulletin" herauszugeben, das Informationen über Tätigkeiten der Friedensbewegungen aller Welt bringen, alle wesentlichen Organisationen, Bewegungen, Gruppen und Zeitschriften aufführen und Hinweise sowie Auszüge aus Büchern und Artikeln über die den Frieden betreffenden Arbeiten geben sollte.

Auf einem gemeinsamen Treffen des IFB und der ICDP im Januar 1964 wurde jedoch nunmehr beschlossen, dass die ICDP und nicht das IFB das "Peace Information Bulletin" herausgeben sollte. Gleichzeitig wurde ebenfalls über verschiedene Tätigkeitsbereiche beschlossen, in denen die beiden internationalen Körperschaften zusammenarbeiten sollen. Dabei wurde an die Abhaltung von Konferenzen und Arbeitsseminaren gedacht, sowie an die Erstellung eines internationalen Informationsdienstes über die die Friedensarbeit betreffenden Nachrichten, an ein Sammeln und Zusammenfassen der wesentlichen Resultate der Friedensforschungsarbeit, an ein Zusammenstellen von Informationen im Hinblick auf Forschung und Rat bezüglich der Probleme wie Geldaufbringung, Mitgliederschaft, Publizität und an die Vorbereitung passenden Materials für diese Vorhaben. Weiter sollten nicht-regierungsvertretende internationale Organisationen ermutigt werden, im Zusammenhang mit dem von den Vereinten Nationen beabsichtigten "Jahr der Zusammenarbeit" (1965) mitzuarbeiten für eine "Welt des Friedens".

Dabei muss hinzugefügt werden, dass die Ausführung der oben angeführten Vorhaben von Geldern und Personal abhängig gemacht werden muss.

In kürzlich abgehaltenen internen Zusammenkünften hat das IFB vorgeschlagen, dass seine Tätigkeit sich auf das Erstellen eines internationalen Informationsdienstes für die den Frieden betreffenden Arbeiten, mit besonderem Schwergewicht auf Abrüstung, konzentrieren sollte und dass dieser Dienst ebenfalls als Grundlage für einen Nachrichtendienst gelten könne.

Es ist geplant, dass der Informationsdienst funktionieren soll durch die Ein-sendung aller Publikationen der Organisationen, Bewegungen und Gruppen, die sich für den Frieden einsetzen, an unser Büro in Genf. Das Material wird hier verwahrt werden. Wenn dieses System aufgebaut sein wird, werden wir in der Lage sein, auf alle Fragen bezüglich der internationalen Friedensbewegung zu antworten. Die Erstellung eines solchen Dienstes hängt jedoch vollkommen ab von der Zusammenarbeit der Organisationen, Bewegungen, Gruppen und Zeitschriften, deren Informationen wir benötigen.

Obgleich das "Peace Information Bulletin" von der ICDP in London herausgegeben wird, wurde übereinstimmend beschlossen, dass die Informationen nur an einem Ort gesammelt werden sollen, nämlich im Büro des IFB in Genf. Es würde eine ungeheure Vergeudung von Zeit und Energie bedeuten, vollkommen identische Informationssammlungen in London und Genf durchzuführen.

Das bedeutet, dass alles Material, alle Veröffentlichungen und Dokumente usw. die für ein gutes Funktionieren des internationalen Informationsdienstes für den

Frieden notwendig sind, weiterhin nach Genf zu senden sind. Zeitschriften, die wir auf der Basis eines Austauschabonnements erhalten, sind ebenfalls nach Genf an das IFB zu senden, obwohl das "Peace Information Bulletin" von der ICDP in London versandt werden wird.

Auf welche Weise können Sie uns am besten helfen?

- A Senden Sie uns alle Zeitschriften, Bulletins, Rapporte, Prospekte, Plakate usw., die Sie herausgeben.
- B Orientieren Sie uns über Ihre geplanten Konferenzen, Zusammenkünfte, Aktionen, Forschungsprojekte, Demonstrationen, Märsche, Resolutionen, usw., von welchen Sie annehmen, dass sie auch andere Friedensorganisationen interessieren könnten.
- C Senden Sie uns Rapporte und Photographien über die in B erwähnten Aktivitäten.

Die Änderung in der Herausgabe des "Peace Information Bulletin" hat unglücklicherweise zu einem Verzug von 2 Monaten bezüglich der 4. Ausgabe geführt. Das bedeutet ausserdem, dass es nicht sechs Mal im Jahr, sondern nur vier Mal erscheinen wird. Das Bulletin wird in englischer und französischer Sprache herausgegeben werden. Die Änderung in der Herausgabe bringt weiter mit sich, dass das IFB nicht länger in der Lage ist, allen Organisationen das Bulletin kostenlos zu übersenden.

Eine Liste aller Abonnenten bezüglich der gezahlten sowie der Austauschabonnemente für das "Peace Information Bulletin" wird von uns an das ICDP - Büro in London übergeben, sowie die schon erhaltenen Beiträge dahin übersandt werden.

Irgendwelche Fragen über das "Peace Information Bulletin" sollten in Zukunft an die folgende Adresse gerichtet werden:

International Confederation for Disarmament and Peace,
3 Hendon Avenue, London N. 3

Alle diejenigen, die noch unseren alten Namen oder die alte ILCOP - Adresse benutzen, möchten bitte den korrekten Namen und die Adresse im Briefkopf beachten.

Mit den besten Wünschen und Grüßen,
für das IFB-Sekretariat:

Ingrid Jonas Niels Mathiesen Walter Schenkel

FALLS DIE ADRESSE AUF DIESEM BRIEF FALSCH SEI SOLLTE,
WÄRE ES UNS EINE GROSSE HILFE, WENN SIE UNS DIE
RICHTIGE ANGEBEN KÖNNTEN.

WICHTIG :

Wir danken all denjenigen unter Ihnen, die uns regelmässig Ihre
Veröffentlichungen übersenden, die für uns sehr wertvoll sind.

25. 3. 64

1. 4. 64

MINUTES OF ADVISORY COMMITTEE MEETING
Thursday 5th March 1964 15.00

(The draft minutes of the above meeting having been circulated to the members of the Executive Committee and no objections have been received within the time limit (apart from one by the chairman, being incorporated in the present minutes), the following must be considered as accepted by the Executive Committee:)

1. Minutes of Advisory Committee meeting of 15th February 1964 were approved.

The draft of the minutes of that meeting had been circulated to the members of the Executive Committee, who had raised no objections or comments.

The following matters were discussed, arising from the report of 22./24. February with recommendations of 27. February and the memo of 28. February (which had all been circulated to the members of the Executive Committee prior to the meeting):

2. International service of peace information. Press release.

The basic idea in the recommendation was accepted with the additional observation that the information ought to have a particular emphasis on disarmament efforts. The suggestion that such an information service might serve as a base for producing a press release, which should also go to the peace organisations, was also generally accepted, with some debate on whether such a press service should bring the full texts of disarmament documents. There was general agreement that it was not necessary to send those documents to the press, as the world's major newspapers print them. The contents of a press release service should rather concentrate on news items about what is going on in the peace movement and similar news which the press does not get.

3. Full-time shorthand/typist secretary.

The chairman said the secretary general should feel free to make a concrete proposal when somebody had been found suitable to the job.

4. New IPB rules.

There was some discussion on how the development of international peace work, in particular organisational relations with the ICDP, would affect the formulation of new rules for the IPB. The importance of keeping a wider framework for the IPB than the more unilateral one of the ICDP was stressed. The discussion centred mainly on the principles and aims in relation to possible future new member organisations. One view was that the aims and principles must first be stated, so that potential new members know what they are affiliating to. The other view was that we must first see what kind of new member organisations might be interested in affiliation, and this can only be seen after the organisational relationship with the ICDP is clear in 1965.

It was emphasized that the rules and declaration of principles must be wide enough to group also organisations with peace work as secondary task (The present draft for new rules does allow for this).

The secretary general was of the opinion that the aims and principles of the IPB

were not the main issue in the question of whether or not to place the matter of new rules on this year's AGM agenda. He emphasized the necessity of having rules which can serve as the base for the organisational mechanics of the IPB, assuring smooth and democratic decisionmaking, and stating clearly the field of responsibility of each organisational link. He expressed the view that the present rules are not adequate in this respect, and reminded the Committee that certain member organisations had expressed dissatisfaction with the present way of decisionmaking, said to be undemocratic. New rules should therefore be made this year. The Committee agreed in recommending that the matter of new rules should be deferred.

5. Speakers for international conference 1964.

The Committee discussed briefly a list of names, and recommended that in the first instance the following should be asked to lecture at this year's conference:

Martin Luther King jr., USA.

Gene Sharp, UK.

Björn Egge, Norway.

A non-Norwegian Scandinavian expert on international law.

A person with recent experiences from India and the Far East.

There should only be one lecture a day, plus one for the public meeting in the Nobel Institute in Oslo.

The lecturers should take part in the entire conference.

6. Contacts for Survival.

Two members of the Executive had sent in their opinion on the suggestions put forward in the memo on Contacts for Survival: George Delf supports the suggestion that financial aid be given, and raises the question of whether the IPB might not publish the catalogue under its own name. Sven Guldberg is against the suggestion, as he thinks "that IPB resources should exclusively be spent on projects in close connection with IPB specific tasks of co-ordinating the activities of peace organisations". (The catalogue is just meant to be a tool for co-ordination and co-operation)

The secretary general reported that he had discussed the matter with ambassador Josué de Castro (see memo last page) who knew the matter beforehand, seemed personally interested and promised to follow up on his return to Geneva in order to see how the various plans in the field can be co-ordinated.

The Committee felt unable to make a recommendation as certain aspects of the work were not clear. It asked for information on two points:

What will be the pagewise proportions of the different sections of the catalogue, and according to which principles or guidelines will the information for publishing be selected from the main bulk ?

Serious doubt was expressed as to the possibility of keeping the individual references up-to-date, and the view was expressed that annual or bi-annual editions or supplements would be necessary.

Ernest Wolf

Niels Mathiesen

26, 5, 64 2. 6. 64 V.

REPORT OF THE SECRETARY GENERAL FOR JANUARY - MAY 1964

1. Membership

We have finally received confirmations from the last member organisations which had not responded at the time of our last report. The Association Montessori Internationale and the Stockholms Peace Society have confirmed that they continue their affiliation, whereas Pax Romana has disaffiliated.

Two organisations have applied for affiliation: Pacem in Terris, an organisation newly founded in Switzerland, and Folkereising Mot Krig, the Norwegian section of the War Resisters' International. The applications will be dealt with at this year's AGM.

2. Housing

Please refer to point 2. of the last report. Since the return to Geneva in mid-January after the Tyringe conference a great part of the time until Easter was given to the redecoration and furnishing of the office apartment which was very dark and dirty and had almost no furniture, no lamps, etc. As the budget barely provides for buying the most necessary materials like paint, textiles, building panels, electric equipment and a few tools, we are not ~~xxxxx~~ able to pay professional work and have to do all ourselves.

The rooms for office use which need to be completely re-done are the corridor, the main office room with the adjacent sitting room and the small office room. The progress of the work in these rooms is so far: sitting room 90 %, main office room 50 %, corridor 30 %, small office room 0 %. Before Easter this work had to be stopped completely because there was no more time for it.

It is our goal that the IPB office apartment shall become as inviting, modern and representative as our limited means can possibly allow. This is not only necessary for those who work here, but it is important or even imperative if we shall be able to receive people here. Therefore this work will have to continue as soon as there is any time for it.

The materials are paid for by a reduction in the rent during the two first years of the lease, which amounts to 1800 frs. Materials for what is strictly speaking office furniture such as shelves, desks and tables (which we also have to build ourselves), is paid for by a special grant on the budget.

The particular difficulty of such work is that it has to be done piecemeal in between ordinary office work.

3. Staff

Please refer to point 4. of last report. We have reported previously that Walter Schenkel would be working two days a week for the first half year 1964. Unfortunately he has not been able to do so, he as well as Ingrid Jonas work for their rooms by 5 hours a week.

This is most inadequate and it has therefore been agreed to hire permanent secretarial help. It is, however, very difficult to find the right person for such a job and the present budget does not really allow for it. From the end of April Margaret Whitehead of the International Quaker Center has worked 5-6 hours a week in the evenings, but this arrangement may unfortunately

not last longer than a few months. It is important to realize that the peace organisation background in Geneva is much too weak to provide any voluntary office help of value.

ED 718-26-116

4. International service of peace information

As it was decided at the Tyringe conference in January that the IPB should not take over the production of the Peace Information Bulletin, it was at the same time, among other things, recommended that the IPB should cooperate with the ICDF in providing an international service of peace information. In the same way as the planning of the Peace Information Bulletin was our main preoccupation up till the Tyringe conference, a great part of our time after that has been spent on discussing, per correspondence and in meetings, what exactly such a service should be and how it should function, particularly in relation to other organisations and institutions which do similar work or part of it.

The setting up of such a service, which we usually have considered as what should become our main work, is a much more complex matter than it might seem at first glance. Therefore the progress in the planning and preparation is almost negligible, and if such a service is at all going to be developed, it may well take at least another 6 months.

One may say that the two main obstacles in this project is the difficulties in coordination with other organisations and the lack of determination in our own. More or less important parts of peace information services are already being done by for instance the Canadian Peace Research Institute, Contacts for Survival, Informationsdienst des V.K., California Institute for Advanced Studies, etc, just to mention some. The new Danish Peace Foundation will furthermore specialize in exactly the same field of work.

What might be of real service to the international peace movement would be to pool all what is relevant from these and other sources into one international service of peace information, from which any organisation or individual as well as the mass information media could get the information needed. A basic source for us here would be Contacts for Survival and those sources connected with it. Contacts for Survival is most anxious to enter into close cooperation with the IPB in order to get its information material out. Repeated efforts to persuade the IPB committees to enter into such a cooperation has resulted in that the matter will be taken up at the AGM. The logic consequence of this is that the entire question of planning and preparation for an international service of peace information will also have to wait.

Our suggestions to the Canadian Peace Research Institute for cooperation were for a very long time left unanswered and when the reply finally came it was rather negative.

The secretary will have talks with both the Danish Peace Foundation and Contacts for Survival in June.

5. IPB conference

The preparations for the 1964 conference have proceeded slowly but steadily, so that the programme is now finally at the printers. This is in fact at least one month too late. Whereas the reactions from the host organisations, the Norwegian Peace Council, have been quick and precise with regard to the practical arrangements for the conference, the actions and reactions of those in charge of asking the speakers and getting their definite replies, have in too many cases been much too slow and this is a major reason why the programme has not been ready long ago.

It is not necessary here to give any details about the conference, as the programme will be out in a few days. One important change, however, will have to be mentioned: In the very last minute, as the programme had already

been typeset and corrected at the printers, Gene Sharp asked to be released from his speaking engagement. He should have lectured on "The political equivalent of war: civilian defence". After a couple of long-distance telephone calls we were lucky to replace him by Nils Petter Gleditsch of the Oslo Peace Research Institute, who will lecture on "Non-military defence as a strategic deterrent".

6. Peace periodicals seminar

According to the recommendation of the Tyringe conference, the ICDP and the IPB have cooperated in planning a specialized seminar, the first one of a series we hope, to take place in conjunction with the IPB conference on the 29th and 30th August at Sörmarka. The seminar will be for editors and staff of peace periodicals. Responsible organisers of the seminar are PAX in Norway and Freden in Sweden. ICDP, IPB and Peace News are jointly sponsoring the seminar, and IPB has taken particular responsibility for inviting speakers, working papers and participants.

7. International Cooperation Year

The secretariat regrets deeply that it has taken such a long time to get out a circular letter about ICY, which should have been out more than a month ago. The matter has unfortunately been postponed from day to day because of the ordinary running work of the office and in particular preparations for the conference. The letter, which should have had a much higher priority, is ready now to be sent out in English, French and German, to all countries except those where ICY committees are already set up, i. e. Canada, Great Britain and USA. It gives short background information and urges that information be sent in and ICY committees be set up to start planning and preparation. A report shall be ready for the ICDP council meeting end of June.

8. New IPB rules

The original decision to circulate the draft for new rules was reversed after the Tyringe conference as the Advisory Committee recommended to defer the matter for another year, and the Executive Committee accepted this recommendation.

Some member organisations, however, have expressed the view that it is necessary to proceed with this matter so that it can be placed on the agenda of this year's AGM. We hope that the coming meeting of the Executive Committee will once more reverse its decision, back to what it was before Christmas. The most inadequate rules of the previous ILCOP are in fact as good as no rules at all, and to us it seems a preposterous idea that an international organisation like the IPB should be run without rules.

For the IPB secretariat

Niels Mathiesen

ED 718-26-118

Alternatives to violence in national and international conflicts

~ 29.5.64 4. 6. 64 V.

with particular reference to nonviolent
peace brigades and international police
forces

PLACE L. O.-skolen, Sörmarka, Klemetsrud,
Norway. Telephone: Oslo 68 88 55

TIME 23rd-27th August 1964

PRICE 160 N. kroner (£8-\$23)

which includes accommodation in single rooms,
all meals and conference fee.

TIME-TABLE

Breakfast	08.30
1. morning session	09.30-11.00
2. morning session	11.30-13.00
Lunch	13.15
Coffee, tea	16.30
Afternoon session	17.00-18.30
Supper	19.00
Evening session	20.00-21.30

The lectures will be held in the first morning
session, discussions and commission work in
the three remaining sessions.

PROGRAMME

Sunday 23 Registration from 17.00
Supper
Opening session

Monday 24 **MARJORIE SYKES:**
"Nonviolent peace brigades"
The speaker: Leader and trainer of Gandhian
Shanti Sena peace brigades.

Tuesday 25 **NILS PETTER GLEDITSCH:**
"Non-military defence as a strategic
deterrent"
The speaker: Studies of sociology and
philosophy, works on nonviolent defence as
assistant at the Peace Research Institute of
Oslo, Norwegian representative in the San
Francisco-Moscow march, editor of Pax.

Wednesday 26 **EDUARD ZELLWEGER:**
"The United Nations and its role of
peacemaking"
The speaker: Member of the Swiss Council of
States, first Swiss ambassador to post-war
Yugoslavia and former representative of the
UN Secretary General in Laos.

Reception by the Mayor of Oslo at the
Town Hall.

Afternoon free for sightseeing and
visits to museums.

Public meeting in the
NOBEL INSTITUTE 20.00

GUNNAR JAHN, president of the
Nobel Committee, will open the
meeting.

JENS EVENSEN:
"Alternatives to violence, a general
survey"

The speaker: Director General of the Legal
department of the Norwegian Foreign Office,
legal expert to the UN and the International
Court of Justice.

Thursday 27 **BJÖRN EGGE:**
"Some aspects of maintaining order
without violence"

The speaker: Colonel in the Norwegian
army, worked for the UNEF in Congo, active
in the World Veterans Association and the
Register for World Police Force.

TRAVEL The conference place is half an hour's bus ride from Oslo. Details of communications will be sent after registration. Participants may stay till after breakfast Friday 28th August.

POST-CONFERENCE

TRAVEL Participants who want to travel in Norway after the conference should write directly to: Öivind Holter, Foreign department, Bennets Reisebureau, Oslo 1, Norway.

PEACE PERIODICALS

SEMINAR A seminar for editors and staff of peace periodicals will be held at the same place Saturday and Sunday 29th and 30th August. Programme and details may be obtained from IPB, Geneva.

REGISTRATION AND ALL

INQUIRIES should be addressed to:
International Peace Bureau,
Rue de Zürich 41,
Geneva, Switzerland.

Cables: Peacebureau, Geneva.
Telephone: 31 64 29.

The International Peace Bureau was founded in Rome in 1892. After its re-organisation by ILCOP in 1962 the IPB aims at establishing itself as a service institution to all peace organisations, movements, groups and periodicals. For this purpose, its activities are concentrated on the collection and dissemination of all information relevant to the international peace movement.



**bureau
international
de la paix**

International
Conference
1964
Sörmarka
Norway

INTERNATIONAL PEACE BUREAU

INTERNATIONAL CONFERENCE 1964

REGISTRATION FORM

Family name -----
(block letters please)

First name -----

Profession -----

Full address -----

Organisation -----

I will arrive in Oslo by / plane / ship / train / car /
from ----- at ----- day, ----- August, ----- o'clock.

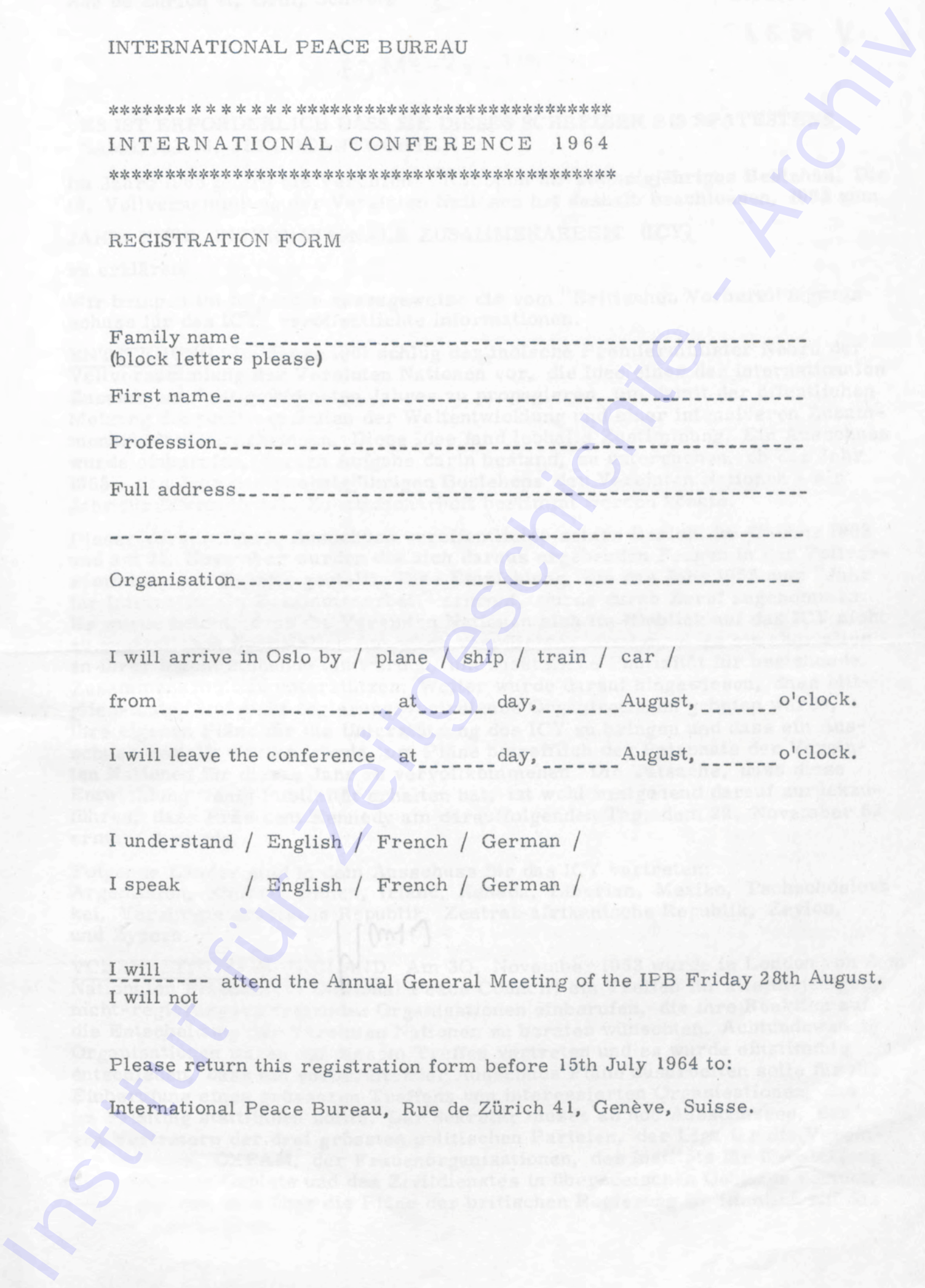
I will leave the conference at ----- day, ----- August, ----- o'clock.

I understand / English / French / German /

I speak / English / French / German /

I will ----- attend the Annual General Meeting of the IPB Friday 28th August.
I will not

Please return this registration form before 15th July 1964 to:
International Peace Bureau, Rue de Zürich 41, Genève, Suisse.



ED 718-26-120

**ES IST ERFORDERLICH DASS SIE DIESES SCHREIBEN BIS SPÄTESTENS
SAMSTAG 13. JUNI BEANTWORTEN**

Im Jahre 1965 feiern die Vereinten Nationen ihr zwanzigjähriges Bestehen. Die 19. Vollversammlung der Vereinten Nationen hat deshalb beschlossen, 1965 zum **JAHR FUER INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT (ICY)** zu erklären.

Wir bringen im folgenden auszugsweise die vom "Britischen Vorbereitungsausschuss für das ICY" veröffentlichte Informationen.

ENTSTEHUNG: Im Jahre 1961 schlug der indische Premierminister Nehru der Vollversammlung der Vereinten Nationen vor, die Idee eines der internationalen Zusammenarbeit gewidmeten Jahres zu propagieren, um damit der öffentlichen Meinung die positiven Seiten der Weltentwicklung und einer intensiveren Zusammenarbeit näherzubringen. Diese Idee fand lebhafteste Zustimmung. Ein Ausschuss wurde einberufen, dessen Aufgabe darin bestand, zu untersuchen, ob das Jahr 1965 - das Jahr des zwanzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen - als Jahr für Internationale Zusammenarbeit bestimmt werden könnte.

Dieser vorbereitende Ausschuss veröffentlichte seinen Bericht im Oktober 1963 und am 21. November wurden die sich daraus ergebenden Fragen in der Vollversammlung zur Debatte gestellt. Eine Empfehlung, die das Jahr 1965 zum "Jahr für Internationale Zusammenarbeit" ernannt, wurde durch Zuruf angenommen. Es wurde betont, dass die Vereinten Nationen sich im Hinblick auf das ICY nicht zu zusätzlichen finanziellen Ausgaben verpflichten könnten, dass sie aber alles in ihrer Macht stehende tun würden, um zusätzliche Publizität für bestehende Zusammenarbeit zu unterstützen. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass Mitgliedstaaten und nicht-regierungsvertretende Organisationen gebeten wären, ihre eigenen Pläne für die Unterstützung des ICY zu bringen und dass ein Ausschuss erstellt werden würde, um Pläne betreffend des Patronats der Vereinten Nationen für dieses Jahr zu vervollkommen. Die Tatsache, dass diese Entwicklung wenig Publizität erhalten hat, ist wohl weitgehend darauf zurückzuführen, dass Präsident Kennedy am darauffolgenden Tag, dem 22. November 63 ermordet wurde.

Folgende Länder sind in dem Ausschuss für das ICY vertreten: Argentinien, Finland, Indien, Irland, Kanada, Liberia, Mexiko, Tschechoslowakei, Vereinigte arabische Republik, Zentral-afrikanische Republik, Zeylon, und Zypern.

VORBEREITUNG IN ENGLAND Am 30. November 1963 wurde in London von dem Nationalen Friedensrat (National Peace Council) ein Treffen für alle diejenigen, nicht-regierungsvertretenden Organisationen einberufen, die ihre Reaktion auf die Entscheidung der Vereinten Nationen zu beraten wünschten. Achtundzwanzig Organisationen waren auf diesem Treffen vertreten und es wurde einstimmig entschieden, dass ein vorbereitender Ausschuss Pläne ausarbeiten solle für die Einberufung eines grösseren Treffens von interessierten Organisationen, das im Frühling stattfinden sollte. Der Sekretär dieses ad hoc Ausschusses, der aus Vertretern der drei grössten politischen Parteien, der Liga für die Vereinten Nationen, OXFAM, der Frauenorganisationen, des Instituts für Entwicklung überseeischer Gebiete und des Zivildienstes in überseeischen Gebieten besteht, wurde gebeten sich über die Pläne der britischen Regierung im Hinblick auf das ICY zu informieren.

In der Antwort auf eine an den Premierminister gerichtete Anfrage hiess es, dass die Regierung Ihrer Majestät das ICY voll unterstützen werde: "Die Politik der Regierung Ihrer Majestät verfolge eine Unterstützung dieser Initiative in der Hoffnung, dass eine grössere Beachtung der bestehenden internationalen Zusammenarbeit zu einer verstärkten Zusammenarbeit auf lange Sicht führen möge."

Auf weiteren Zusammenkünften des vorbereitenden Ausschusses im Januar, Februar und März 1964 wurden Pläne für ein Treffen am 17. April, in London, ausgearbeitet, auf dem 147 Organisationen, die wahrscheinlich das ICY unterstützen würden, darunter Gewerkschaften und Handelsfirmen, anwesend waren. Dieses Treffen hatte einen dreifachen Zweck: die Idee des ICY so vielen Organisationen wie möglich bekannt zu machen; auf alle nur denkbaren Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten hinzuweisen; den Grundstein für eine nationale Kampagne zu legen.

VORBEREITUNGEN IM AUSLAND - Kanada hat eine führende Rolle in der vorbereitenden Arbeit für das ICY gespielt und hat einen nationalen Ausschuss gebildet, der mit den vorbereitenden Plänen für das Jahr beauftragt ist. Das Women's International Liaison Committee für das ICY hat seinen Sitz ebenfalls in Kanada. Dieses Committee beabsichtigt, im April in London ein Treffen zu veranstalten. Am 27. Februar fand in den Vereinigten Staaten ein Treffen aus Anlass des ICY statt, an dem 300 Personen teilnahmen und zu dem der Unterstaatssekretär Harlan Cleveland als Redner kam. Es wurden sechs Arbeitsgruppen gebildet, um weitere Pläne vorzubereiten.

SIE WERDEN UM DAS FOLGENDE GEBETEN:

- 1) Senden Sie uns die Informationen, die Sie bereits besitzen oder die Sie erhalten können über die Tätigkeiten, die im Hinblick auf das ICY von Ihrem Land, Ihrer eigenen Organisation oder von anderen geplant sind. Dabei kann es sich um einige Worte oder um verschiedene Seiten von Informationen handeln.

Bitte senden Sie uns diese Informationen bis spätestens zum 13. Juni 1964, da zu diesem Zeitpunkt ein internationaler Bericht verfasst werden soll, der sich auf Informationen von IHNEN stützen wird.

- 2) Sollten bisher noch keine Tätigkeiten bezüglich des ICY in Ihrem Land geplant sein, bitten wir Sie inständig, diese Idee zusammen mit anderen Organisationen, Bewegungen und Gruppen aufzunehmen. Bilden Sie einen ICY Ausschuss, um zu beraten, welches der beste Beitrag ist, den SIE in diesem besonderen Jahre 1965 leisten können.

Alle diejenigen, die uns Informationen über ihre Pläne und Tätigkeiten im Hinblick auf ICY senden, werden dafür unseren Bericht über die Vorbereitung des ICY auf internationaler Ebene erhalten.

Wir würden am liebsten Ihre Informationen in Englisch, Französisch, Deutsch oder aber in den skandinavischen Sprachen erhalten, sollte dieses jedoch schwierig für Sie sein, so senden Sie uns auch Informationen in anderen Sprachen ein.

Falls Sie Ihre Information bezüglich des ICY schon an die International Confederation for Disarmament and Peace in London gesandt haben sollten, so ist es nicht erforderlich, diese auch noch an uns zu senden.

Niels Mathiesen

25. 7. 64

31. 7. 64 V.

Additional Communication to the members of INTERNATIONAL PEACE BUREAU (ILCOP) with regard to the Meeting of the Executive Committee held in London on 30th and 31st May 1964.

The Meeting of the Executive Committee held on the above mentioned date devoted a great deal of its time to the drafting of new rules to be submitted to the next Annual General Meeting. Due to lack of time some points were left open and were later agreed among the members of the Executive Committee by way of correspondence. We are now in a position to send you enclosed the text of draft rules which will be submitted to the Annual General Meeting as the unanimous proposal of the Executive Committee.

By an unfortunate omission the last communication was not designated as a preliminary one giving only as advance notice the decisions of the Executive concerning Conference Arrangements and the Agenda of the Annual General Meeting.

Apart from the enclosed proposal of new rules the following decisions were taken and are part of the Minutes of the Meeting of the Executive Committee held in London on 30th/31st May 1964:

- 1) It was agreed that IPB should initiate a project to promote the non-violent solution of international crisis situations. This should be done on an international basis with the cooperation of organisations and individuals having already experience in this field.
- 2) In the light of previous decisions urging that an international service of peace information be issued by IPB the Secretary was invited to present to the Annual General Meeting some specimen news releases.
- 3) A text of rules for an IPB-Foundation (Trust Fund) prepared by the Chairman was discussed and approved with some amendments. (An English translation of the approved text will be sent to the Members before the Annual Conference.)

Ernest Wolf
Chairman

Corrections to be made in the enclosed text for new IPB rules

There are some typing errors in the enclosed draft, will you please correct them before you submit the text to your organisation:

Page 1., line 14: conflicts.

Page 2., line 20: submitted

Page 2., line 22: months

Page 3., insert after line 15: "Only members having paid their annual contribution for the last year according to the accounts approved by the audit have the right to vote."

Page 4., line 17: an Advisory Committee

Page 4., line 23: read Executive Committee in stead of Council.

INTERNATIONAL PEACE BUREAU

DRAFT RULES

as suggested by the Executive Committee at its meeting in London 30. - 31. 5. 64

I NATURE AND OBJECTIVE OF THE INTERNATIONAL PEACE BUREAU

Article 1

The International Peace Bureau is an association in the sense of articles 60 et seq. of the Swiss Civil Code.

Its legal domicile is in Geneva.

Article 2

The IPB exists to serve the cause of peace by the promotion of international cooperation and the nonviolent solution of international conflict.

For this purpose the IPB maintains a secretariat.

In particular this secretariat is responsible for:

- a) Giving organisations, movements, groups and individuals working for peace information on matters of common interest and facilitating communication between them,
- b) organising an annual international conference to consider questions of peace and peace-work,
- c) forming a library of documents and publications relevant to the work of the international peace movement,
- d) issuing publications with a view to the promotion of the above points.

II MEMBERSHIP

Article 3

Full membership in the IPB is open to:

- a) all international organisations working primarily for peace and international cooperation;
- b) national peace councils or other federations coordinating the peace movement of their respective countries;
- c) international organisations having the promotion of peace and international cooperation as one of their aims;

- d) national and local organisations working directly for peace and international cooperation or having the work for peace as one of their aims;

Associate membership without voting rights is open to individuals who support the aims of IPB.

The elections of new member organisations shall be decided by a two-thirds majority of the members present at a General Assembly voting in conformity with article 4. A member organisation can be disaffiliated by the decision of the same majority of members.

III THE GENERAL ASSEMBLY

Article 4

The General Assembly constitutes the sovereign authority of the IPB and meets once a year.

- a) The place and date of the General Assembly meeting shall be communicated to the members at least four months before it is due to take place.
- b) All matters to be dealt with at the General Assembly and nominations for elections must be submitted to the secretariat at least three months in advance of the meeting. The General Assembly cannot take decisions on any matter submitted after this date.
- c) Members shall be informed of the agenda and the list of candidates at least two months in advance of the meeting.
- d) The General Assembly
elects the Chairman and the members of the Executive Committee,
reviews the reports of the previous year's work,
deals with the accounts of the last financial year,
draws up the budget for the ensuing year and decides the annual contribution of the members,
appoints auditors
and discusses and decides upon all matters submitted to it by any member, the Executive Committee or the Secretariat.

Article 5

An extraordinary meeting of the General Assembly shall be convened if it is requested by at least five full members or by the Executive Committee. The request shall be submitted together with the agenda

and the necessary documents to the Secretariat, the place, date agenda and documents shall be communicated to the members at least one month in advance of the meeting and the meeting shall take place within two months after the request has been made on condition that a quorum of two-thirds of the full members has pledged to attend.

VI ELECTION AND VOTING IN THE GENERAL ASSEMBLY

Article 6

In elections and any other matters arising, the members of categories a), b), and c) are, irrespective of the number of their delegates present at the meeting, entitled to one vote for every ten thousand individual members, up to a maximum of five votes and with a minimum of one vote.

Members of category d) are entitled to one vote, irrespective of the number of their individual members.

New members are entitled to exercise their voting rights at the meeting of the General Assembly following the payment of their subscription.

Article 7

Any candidate who is a member of any full member organisation (or affiliates) affiliated to the IPB is eligible for election as Chairman or as member of the Executive Committee.

Any full member organisation has the right to nominate candidates and only those nominations which have been received by the Secretariat at least three months in advance of the meeting of the General Assembly and which have been accepted by the candidates themselves, shall be put to the vote.

The Chairman is elected by a separate vote.

All elections are by secret ballot.

The Executive Committee can decide which other officers, committees, etc. shall be elected by the above procedure.

V THE EXECUTIVE COMMITTEE

Article 8

The Executive Committee shall exercise the authority of the IPB in between the meetings of the General Assembly.

It shall consist of the Chairman and three or four members, who shall be elected for a period of two years.

The Executive Committee appoints a treasurer who is not a member of the Executive Committee, but should be invited to attend its meetings whenever they are held at a place where this is convenient.

The Executive Committee shall meet at least three times a year. One meeting shall be at the time of the Annual General Assembly meeting; at least one of the other meetings shall be open to representatives of member organisations who shall not have a vote.

The Secretary General shall take part in the meeting of the Executive Committee without a right to vote.

Between meetings of the Executive Committee authority is delegated to the Chairman and the Secretary General, between whom there should be regular consultations.

VI ADVISORY COMMITTEE

Article 9

At the discretion of the Executive Committee and Advisory Committee may be appointed, whose decisions are subject to ratification by the Executive Committee.

VII REVISION OF THE RULES AND DISSOLUTION OF THE IPB

Article 10

The present rules may be revised by the General Assembly, following a proposal by any full member or by the Council.

Such proposals for revision must be submitted maximum seven months after the previous General Assembly meeting and shall be circulated to the members at least four months in advance of the next meeting of the General Assembly.

The presence of a quorum of two-thirds of the members and a majority of three-fourths of the votes cast are necessary in order to revise the rules.

Article 11

A proposal for the dissolution of the IPB must be submitted on the same conditions as for proposals for revision of the rules.

To carry a proposal for dissolution a majority of four-fifths of the votes cast shall be necessary.

INTERNATIONAL PEACE BUREAU
41, rue de Zurich, Geneva

ED 718-26-127

To all Member-Organisations

22. 1. 65

4. 2. 65

Dear friends,

Our Executive Committee met on January 7th and 8th in London. One of the items of the minutes of this meeting runs as follows:

"A reminder is to be sent to member organisations referring to the rules of the Foundation. Any proposals should then be sent to the members of the commission set up at Sörmarka (see Minute 6 of the Annual General Assembly) consisting of the following:

George Delf
National Peace Council
29 Great James Street
London W. C. 1

Philip Eastman
International Fellowship of
Reconciliation
3, Hendon Avenue
L o n d o n N. 3

Ulrich Herz
Flintlasvägen 44
Sollentuna/Sweden

Bertil Svahnström
Jungfrugatan 30
Stockholm /Sweden - "

We therefore would like to remind you in referring you to Minute 6 of our General Assembly at Sörmarka and to Dr. Wolf's statement about the Foundation that proposals are wellcomed by the above mentioned persons.

With best wishes for your work
Yours sincerely

Ingrid Jonas
(Office Secretary)

ED 718-26-128

23.3.65

International Peace Bureau
41, rue de Zurich, Geneva
Switzerland

European Security

Report by George Delf (observing on behalf of IPB) of the two-day conference by the Consulta della Pace under the auspices of the International Confederation for Disarmament and Peace, and held in Rome on February 13, 14, 1965. The Chairman was Kenneth Lee.

Some IPB members may already have seen the ICDP report of this conference which appeared in Peace Press of February 23rd. The additional points in the following report are based on my personal impressions of the conference.

Purpose

This conference was originally conceived as a means of drawing attention to the dangers of the MLF, but was subsequently redesigned to cover the whole field of European security. The aim was to allow peace organizations to reach a clearer understanding of the problems in order to increase their effectiveness.

Participants

48 delegates and observers attended, from ICDP member organisations, trade unions, political parties, and other peace groups. One British Labour M.P. attended (Norman Buchan), but fewer Italian politicians than had been expected.

Results

The conference was divided into three commissions: 1) An analysis of the political and military situation in Europe, 2) Alternative proposals and 3) Europe's place in the world. A final plenary session discussed peace movement projects and proposals.

Attempts to strengthen and redesign nuclear alliances, such as the MLF and ANF and nationalistic ambitions such as the French force de frappe, were considered to impede a detente. Among various alternatives discussed was a nuclear freeze leading to nuclear disengagement in such areas as Central Europe, Scandinavia, the Mediterranean, and the Balkans. Recognition of present German frontiers was considered a precondition of European integration.

ICDP was asked to set up a commission to examine how people can become more fully identified with the processes of government. Peace organizations were asked to press for arms cuts which would permit more effective aid to developing countries and to urge control and reduction of arms exports. ICDP was asked to develop closer contacts with African and Asian countries, and to study the Thirring proposals for the unilateral disarmament of Austria. Finally, a resolution was passed calling on Britain and the Soviet Union to reconvene the Geneva conference of 1954 to permit a negotiated peace in Vietnam.

Comment

I confess that my memories of this Rome conference consist of a strange mixture of meandering debates about defence issues and impressions of this striking city of ancient ruins crawling with millions of tiny Fiat cars. Not to mention the unusual sight of a snow-daubed Forum!

What was useful about this meeting?

- a) Peace issues are more international than ever, so an international peace conference of this kind is a means of internationalising the thinking and activities of the peace movement. Despite Europe's small size few peace-workers know much about their neighbour's problems. Therefore almost any increase in understanding is in itself good.
- b) Although the final conclusions were rather general and unoriginal, even this limited co-ordination is valuable at the early stage in international peace co-operation.

c) Useful personal contacts were made.

What were its defects?

a) Inadequate preparation meant that the discussions covered too wide a field involving almost all the main issues in world politics. Translations distractions, which are unavoidable in this sort of conference, merely emphasized the need for a much sharper focus of debate. It is unnecessary to travel a long way in order to say things which have already been said many times in many places.

b) problem resolved itself in a definite division of opinion among what might be called the pragmatists and the fundamentalists. The former group thinks of peace much in the same way as traditional politicians, as a matter of devising new techniques to control weapons and making new international agreements, etc. They think primarily of nuclear free zones, disengagements, new alliances, arms control agreements, etc. The "fundamentalists" believe that peace, if it is to last, must be based on new attitudes rather than new techniques. They believe that war is a consequence of the ordinary individual's remoteness from the centres of government and power. This remoteness, partly the result of technical and administrative progress which gives enormous power to political leaders, has created a climate of personal irresponsibility in matters of war and peace. How else to explain the great gulf in standards of behaviour which now separates personal ethics from the dehumanised abstractions of nuclear strategists? In order to bridge this gulf the fundamentalists want to build peace from the individual upwards, by which involves a re-examination of the whole political structure.

Of course both these groups are right, in the sense that peace action must exist on many levels, but my impression after this Rome conference is that the peace movement today is expecting more than it deserves. To make big demands of governments without offering new and dynamic alternatives is to invite the indifference not only of political leaders but also of the ordinary public for whom we claim to act and speak. A lot of hard thinking remains to be done.

George Delf
Acting Secretary,
International Peace Bureau
March 1st 1965

23. 3. 65

23. 3. 65

INTERNATIONAL PEACE BUREAU
41, rue de Zurich, Geneva
Switzerland

Dear Friend,

This is a newsletter which will bring you and your organization up to date with recent IPB developments.

a) First, to explain why it is I who am now writing to you. At the meeting of the Executive Committee on January 7th and 8th I was asked to serve as Acting Secretary of the IPB until the post had been advertised and it was possible to appoint a full-time Secretary. Having just resigned from the National Peace Council in order to take part in the Leyton by-election as a disarmament candidate, I was free to accept this offer. I have agreed initially to serve on a part-time basis until May 1st, while living in London, and have of course resigned from the Executive Committee.

b) My two main tasks during this period are to make plans for the annual conference this summer, and to prepare a programme of work for the IPB.

c) Annual Conference A modern attractive conference centre has been booked for the period August 29th - September 3rd, at Jongny sur Vevey, near Lausanne, Switzerland. The basic cost per person per day is 28 Swiss francs. Sixty places have been reserved. It is proposed to divide this period as follows: 29th August - midday 2nd September, public conference, and 2.30 p.m. 2nd Sept. - evening 3rd September Annual General Assembly.

The Executive Committee has decided that the theme of the conference shall be REQUIREMENTS FOR A WORLD AT PEACE - Governmental and Individual Responsibilities and Opportunities. Speakers are already being invited, but it would help me greatly if you and your friends would send names and addresses of those whom you feel would speak well on this theme. It is proposed to relate this conference closely to current problems and opportunities of peace organisations. In the hope that many young people will attend the conference it has been suggested that a number of small travel grants be made by the IPB. A decision will be taken on this at the next meeting of the Executive Committee in April. Meanwhile your own organization may wish to make special arrangements to enable younger members to come to Vevey. - A preliminary programme will be sent to you as soon as possible.

d) IPB PROGRAMME In case you do not already know, progress has been made on the study of non-violence potentialities, for which a grant was allocated at last year's Annual General Assembly. Donald Groom, of the Friend's Peace Committee, has convened a number of meetings in London to discuss this subject and plans are being prepared for training courses and seminars.

Another proposal approved at the Annual General Assembly was the conference to discuss U.N. peace-keeping methods suggested by Colonel Bjorn Egge. Philip Eastman of IFOB has agreed to organize this conference, which is due to take place in June, in England.

I have myself attended a conference in Rome on behalf of IPB, organized by the ICDP to discuss NATO and European security (see attached report), and have also had a discussion in Paris with the managing editor of "Disarmament". This journal, as you may know, is produced by the World Veterans Federation. We discussed ways in which the IPB could usefully contribute to wider public interest in disarmament.

My own tentative opinion at the moment is that the IPB Secretary should act at a kind of "contact man", to receive and disseminate ideas and information among peace organisations. At present few of us know much about what is happening in other countries. He would operate primarily in Western Europe, but also seek to

-2-

improve contacts in Eastern Europe and further afield (funds permitting). He would try to communicate his special knowledge to a wider public by means of broadcasts, articles, etc. As at present, the IPB could continue to encourage member groups to organize conferences and training courses with international significance.

You and your organization will of course have your own ideas about IPB's most suitable role. Please send them to me as soon as possible: at my address in London, 7 Montague Square, W.1.

With best wishes
Yours sincerely

George Delf
(Acting Secretary)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Archiv

17. 4. 65

PROPOSALS FOR THE ANNUAL GENERAL MEETING OF THE INTERNATIONAL PEACE BUREAU

2-3 September 1965

TO MEMBER ORGANISATIONS OF THE INTERNATIONAL PEACE BUREAU

In response to George Delf's communication asking for suggestions for the forthcoming Annual General Meeting of the IPB, and according to the rules adopted in the Annual General Meeting, August 1964, we wish to make the following proposals for the work of the IPB in 1965/6.

- (1) It is gratifying that during the year relations between the IPB and the International Confederation for Disarmament and Peace have considerably improved and effective co-operation between the two organisations has been established. The publication of 'Peace Press'; Studies on Training in Non-Violence and an international consultation on Peace-Keeping under the United Nations are examples of this. It is hoped that it will not be too long before the question 'Why two organisations with identical objectives?' is creatively resolved. Every effort should be made to find ways and means to help in achieving that end.
- (2) Programme. As an interpretation of Article 2 of the IPB Constitution, we propose that major emphasis during the coming years should be put on:
 - (a) Organising international conferences to consider questions of peace and peace work, and supporting similar conferences organised by member bodies;
 - (b) Publishing literature relevant to its objectives, if possible in several languages;
 - (c) Making grants to member and other organisations for specific projects falling within the scope of the IPB, that is, "to serve the cause of peace by the promotion of international co-operation and the non-violent solution of conflict".
- (3) Secretariat. To carry out the above programme it is not vitally necessary to maintain a fully-fledged secretariat with a full-time General Secretary and a large office staff, nor is it advisable from the point of view of using the resources of the IPB in the best possible way. There^{fore} it is suggested that: a part-time General Secretary - paid, or if possible honorary - be appointed. His or her function would be to prepare for meetings of the Executive Committee, keep the Minutes and give general direction to the Office Secretary in Geneva. (The Chairmen of the Executive, in fact, could perform this function, but as it is a constitutional requirement, a General Secretary has to be found. Hence the suggestion "part-time, if possible honorary").

.../

- (4) Executive Committee. As the programme outlined above will put increased responsibilities on the Executive and will require a wider outlook of the peace movement on the part of the Executive, it is desirable that it should be more representative of its membership. When making nominations for the vacant places on the Executive the above points should be borne in mind.

Much of the work outlined above should be done through the IPB's member organisations by assigning them projects and/or asking them to volunteer to take up specific items.

By clearly defining its objectives and putting them in practice as proposed in this memo, the IPB could be instrumental in strengthening the independent non-violent peace movement which at this juncture needs creative thinking and action.

Will you please indicate your agreement or precise amendments. Also please let us know if your organisation will be willing to make these proposals to the IPB Executive Committee and the General Assembly.

Devi Prasad
General Secretary, War Resisters
International

Philip Eastman
General Secretary, International
Fellowship of
Reconciliation

London, April 1965.

INTERNATIONAL PEACE BUREAU
41, rue de Zurich, Geneva, Switzerland

LETTER TO MEMBER ORGANISATIONS FROM THE ACTING SECRETARY

Dear Member,

This is the second newsletter prepared by me, and it is written at the end of my three-month term of office as Acting Secretary. M. Egli, a resident of Geneva, has been invited by the Executive Committee to serve on a part-time basis as Acting Secretary for the next five months, from May, 1st, so it is probable that future communications from the IPB will be under his name.

There are two main points of information at present: the recent meeting of the Executive Committee in Geneva, and the preparations for the Annual Conference at Vevey from August 29 - September 3.

Meeting of the Executive Committee April 10/11, Geneva.

All members of the Executive Committee were present, and also Ernest Wolf (President) and Sean McBride (Treasurer). Finance, the Acting Secretary's Report, Representation at Conferences, ICDP/IPB co-operation, and the Annual Conference were among the items on the agenda.

a) Acting Secretary's Report

I had prepared a report for the Committee, based on my experience both as a member of the Executive and as Acting Secretary (see paper attached). The first part of this report was approved after being slightly amended in its present form. The second part, under the heading 'Finance and Administration', was discussed but no decision was taken. Certain fundamental aspects of administration are involved, which will require further clarification and decision at the Annual General Meeting. Meanwhile, as already mentioned, M. Egli has been invited to serve for five months as Acting Secretary.

b) Representation at Conferences

Philip Eastman reported satisfactory progress on the conference on U.N. peace-keeping methods, which he is organising in June on behalf of IPB. It is hoped that Ulrich Herz can attend and prepare a report for the AGM.

IPB had been invited by the World Council of Peace to take part in the preparatory committee for the World Peace Congress in Helsinki in July. It was decided not to take part in this way but to send a representative to the Congress and encourage member organisations to send their own representatives. We hope you will be able to do this.

Reports are also expected from IPB members who will be attending the ICDP Council meeting and the WRI conference on non-violence at Perugia in August.

c) IPB/ICDP Co-operation

The desire to co-operate in a peace information service was re-affirmed. A full balance sheet on existing and projected work is being sought from the ICDP. It was agreed to pay half the cost of a visit by Gerry Hunnius to North-America on behalf of the peace information service. It was also agreed to pay a grant of £750 (provisionally approved at Spärmarka) to the 'Meeting Point 65' conference in Vienna, jointly sponsored by IPB, ICDP, the U.K. ICY Committee, and with the support of UNESCO. A full-time organizing secretary is now being appointed to run the Western part of this exciting conference. I have been asked to represent the IPB on the small committee responsible for this project.

d) Annual Conference, Vevey, August 29 - September 2

I reported on the preparations to date (see attached draft programme). A final printed programme should be available during May. Meanwhile member organisations should make early applications because the places available are limited. You are also reminded of an earlier suggestion that as many young people as possible should be encouraged to attend. In order to make this easier the Executive decided to set aside a small sum to cover accommodation and part travel expenses of suitable young applicants. Applications must reach the Chairman by July 1st at the latest.

e) Annual General Meeting, September 2 - 3

Members are asked to take note of the Rules governing the Annual General Assembly. Copies may be obtained from the office in Geneva. Three places on the Executive Committee fall vacant this summer (those of Sven Guldberg, Nancy Richardson, and George Delf). Nominations are sought in accordance with the Rules.

The meeting will start at 2.30 p. m. on the 2nd and end on the following afternoon.

f) Grants

I was asked to draw up proposals regarding the procedure for applying for grants, and when these are finally approved they will be sent to member organisations.

Finally, I hope that these details are of some use to you and your organisation. Requests for further clarification or information should be sent to the Chairman or Acting Secretary, 41, rue de Zurich, Geneva.

With best wishes for the success of your work,

Yours sincerely,

George Delf
Acting Secretary
23 April 1965
London.

ED 748-26-135 7. 5. 65

INTERNATIONAL PEACE BUREAU
41, rue de Zurich, Geneva, Switzerland

REPORT BY THE ACTING SECRETARY

During the past weeks I have discussed with a number of different people the IPB's search for an adequate role. The result has been a little disappointing, considering that the IPB is one of the very few peace organisations with sufficient resource. This lack of inspiration, however, is perhaps symptomatic of the "what next"? atmosphere in the world peace movement today. Despite this a number of ideas have been discussed, which are included in the following report.

PURPOSE

The best way of fulfilling the purposes of the IPB in present circumstances is for it to relate itself to a modern world situation in which peace and disarmament are the declared goals of all nations, and in which the United Nations and its agencies are actively seeking to build the framework of an integrated world society. In such a context what can be the function of a small international and non-governmental peace organisation like the IPB? It can only be to develop and promote new ideas directly related to peace-making which have not yet been effectively adopted by governments, and then to transmit these ideas to the right people and organisations.

In terms of today's politics this means in particular a) relating all IPB activities as closely as possible to what the UN and its agencies are trying to achieve in the field of peace-keeping, human rights, disarmament, international law, and the general advancement of international co-operation and b) making sure that the results are transmitted to active peace-workers, people in responsible positions, and the communications media.

HOW CAN THIS BEST BE DONE?

a) By sponsoring conferences and seminars on the above themes. Such activities should either be designed primarily to further expert discussion or disseminate new ideas to politicians and key figures in the peace movement. They could be organised by IPB or on its behalf by member and other peace-type organizations (as in the present case of the conference on UN peace-keeping, organized for IPB by IFoR). These meetings should not be confined mainly to Western Europe, where it is easiest but in some ways least relevant, but should also be sponsored in areas of greatest tension - the Middle East, Africa and Asia. Well prepared non-governmental meetings (with government observers) could be an effective way of disseminating new ideas on peace-keeping.

b) By further dissemination of these ideas by published reports and by co-operation in the development of peace information services and the special commissioning of articles from experts for use by newspapers, journals, etc.

FINANCE AND ADMINISTRATION

a) The IPB is in the fortunate and unusual position of being able to carry out projects of the kind mentioned without having to beg for outside financial support. The 1964/65 budget amounted to about £9,000 of which approximately £6,000, is likely to be spent. It is suggested that the annual budget should provisionally be kept within £7,000 - £10,000 which will permit activities to continue into the early 1970s before financial appeals for outside report will become necessary.

b) The administration of the IPB's programme requires careful thought. The 1964/65 Administrative budget was set at approximately £2,750.- which includes £750, for less than half the annual salary of a Secretary. In a full year his salary would amount to at least £2,000, including expenses, etc. Thus on the present basis a normal Administrative budget would total about £4,000, or more than half a total annual budget of £7,000.

Such a ratio of administration to programme is only realistic if this programme depends on a full-time Secretary. But if the programme outlined above is accepted this will not be the case. Such a programme, which in most respects is a rationalization of existing work, requires a flexibility of approach (both geographically and in terms of personnel) which can hardly be provided by one man living in one place.

It is therefore suggested that the IPB's programme can best be administered by a strong Executive Committee, whose members should as far as possible be drawn from different countries and be directly involved in peace activities, with the help of a part-time office secretary in Geneva. This would impose added demands on Committee members, particularly on the Chairman, but it would ensure that the IPB's work is directly related to member organizations, as well as enabling a larger proportion of available funds to be spent on projects than on administration.

George Delf

Acting Secretary
March 31st
1965

Institut für Zeitgeschichte

ED 71B-26-137

7. 5. 65

INTERNATIONAL PEACE BUREAU
41, rue de Zurich, Genève, Suisse

DRAFT PROGRAMME

Annual Conference and Annual General Meeting

Vevey, August 29 - September 3 1965

REQUIREMENTS FOR A WORLD AT PEACE - GOVERNMENTAL AND
INDIVIDUAL RESPONSIBILITIES AND OPPORTUNITIES

Cost

Registration fee - 20 Sw. francs

Daily charge, per person - 28 Sw. francs

August 29 - Sunday

Late afternoon - arrivals and registration
Evening - Welcoming address by Chairman.

Malcolm Muggeridge has been invited to speak on 'The anatomy of a radical'.
He is an English author and journalist.

August 30 - Monday

Lord Chalfont, UK. Minister of State for Disarmament, has been invited to
speak on current prospects for disarmament. He has promised a final decision
during May. Lord Chalfont was formerly Defense correspondent of the 'Times'.

Prof. Hans Thirring, of Austria, has agreed to explain his proposals for the
disarmament of Austria.

August 31 - Tuesday

Prof. Peter Worsley, of Manchester University, author of the 'Third World', has
provisionally agreed to speak about the third world's impact on world politics.

Lewis Nkosi, a South African journalist, has agreed to speak about his
personal experiences of apartheid.

Dr. Conor Cruise O'Brien, formerly U.N. representative in Katanga and
now Vice-Chancellor of the University of Ghana, has agreed to speak on
'some problems of African development'.

September 1 - Wednesday

M. Jean Pictet, Director for General Affairs of the International Committee
of the Red Cross in Geneva, has agreed to speak on the application of inter-
national humanitarian law in the modern world.

Sean McBride, of the International Commission of Jurists (or his deputy) has
provisionally agreed to speak about the latest developments in International
Law.

A number of prominent figures in the international peace movement have been
invited to take part in a public discussion, or Brains Trust, of current de-
velopments in peace work.

September 2 - Thursday

The conference will end at midday after further discussion of peace movement
activities and future plans.

September 2 (2.30 p. m.) - September 3 (p. m.) Annual General Meeting.

Chairman: Dr. Ernest Wolf
Hon. Treasurer: Senator E. A. Lindblom
Vice-Chairmen: Gerald Bailey
Abbé Pierre
Marie Lous-Mohr
Reginald Sorensen, M.P.

ED 718-26-138

BULLETIN OF INFORMATION

No. 18

February, 1959.

Report on the 1958 Conference

R e s o l u t i o n

Brief summaries of the speeches.

Resolution passed by annual conference of ILCOP
held at Krogerup Højskole, Humlebaek, Denmark
August 24-29, 1958

The Conference has concentrated on the consideration of immediate proposals for the avoidance of war in certain danger areas where local conflicts might break out and where Great Powers interests are so much at stake that they might become involved in the fighting. These areas include Central Europe, the Middle East and the Far East.

It was recognised that despite differences of social system and ideology, and despite their mutual distrust, the Great Powers have certain common interests:-

1. The need to avoid a war which none could win and few survive.
2. The need to restrict the possession of nuclear weapons to those countries already possessing them.
3. The need to reduce the ruinous and wasteful expenditure of money and resources involved in the present arms race.

In view of these common interests we were encouraged to believe that proposals made by statemen for a measure of disengagement and controlled disarmament in particular areas might have some chance of being accepted, and the Conference would welcome them as positive first steps to peace.

In Central Europe the plans imply a neutral zone separating NATO and Warsaw Pact countries, with an inspection system which could serve as an experiment for the control of wider disarmament agreements.

In the Middle East we believe that the immediate steps to be taken include:-

1. The recognition and encouragement of Arab aspirations towards independence and federation.
2. The recognition of the permanence of the State Israel, the encouragement of every movement towards Arab-Israeli reconciliation and cooperation, and the negotiation of agreements and guarantees that the present frontiers will not be changed by force.
3. The negotiation of agreements to restrict propaganda and the export of arms to the area.
4. Determined efforts, involving the cooperation of Israelis and Arabs, to solve the refugee problem.
5. Plans for economic and social development, through the United Nations, bearing in mind the immense wealth of some Arab States and the obligation which rests upon them to use their wealth for the benefit of the people throughout the Arab world.

In this connection we recommend investigation of the possibility of applying co-operative principles to the production and sale of oil, as well as other fields of economic activity.

The Conference recognises that these proposals, both for Central Europe and the Middle East, represent no more than initial steps. For more long-term objectives, we re-affirm the resolutions adopted at previous ILCOP conferences on the need for total disarmament, the settlement of all disputes by peaceful means, and international cooperation for the promotion of more equitable living standards throughout the world.

Summaries of the speeches.

EUROPE AND AFRICA

Professor John Danstrup, Lecturer in History at the University of Copenhagen; recently visited E. and W. Africa and Egypt.

The main problem is a clash of civilizations. European settlers in Africa bring with them an extension of Europe. But this European civilization is foreign to Africa.

The difficulty is similar in the Middle East, accentuated by Israel where Jews from many countries are returning, bringing Western culture with them and with ideas of advancing this way of life in the area.

European rulers in Africa, in accepting the principle of self-government for these territories have imposed a set of standards based on European ideas of culture and law. This is resented by the Africans. Their resentment is only aggravated by the realization that they must become more western and less African before they can, and in order to, achieve their right of self-government.

Their grievance is made worse when those who come to Europe find that, in spite of conforming with western habits and customs, coloured people are not accepted. The result is a reaction by Africans against the Europeans who have attempted to impose upon

them a way of life. Any "strong" policy by the Europeans, such as that carried out in the Union, only increases the resentment; the Africans become embittered and, eventually, desperate.

Hope for the future lies in the fact that the African population overwhelmingly outnumbers the Europeans. In a sense the result of the struggle is a foregone conclusion. Every day economic and political developments are undermining the basis of apartheid. It is encouraging, also, that the facts are being increasingly appreciated on all sides. Future policies must be based on the following :

1. In order to develop economically, the African territories must adopt and adapt western methods and techniques.
2. Europe must continue and extend existing connections on a basis of mutual understanding and equality.

Europe has a responsibility derived from her past interference, to see that progress in Africa takes place peaceably and smoothly. This will only be achieved if we in the West understand the people of Africa and their needs.

D.B.C.

THE RESPONSIBILITY OF
EUROPE TO UNDER-DEVELOPED COUNTRIES

Mr. Mogens Pihl, Professor of Physics, Copenhagen; Chairman of the Danish Work Camps Association.

Professor M. Pihl, in his address, emphasised the change of attitude shown generally by Europeans towards the coloured races. We now spoke of our "responsibility" towards the people, and this attitude often arose from an innate sense of guilt on account of the wrongs which we had perpetrated upon them in the past, and a desire to atone by giving them technical and economic assistance, thus inducing a sentimentalised approach. But what was needed today was a recognition of the whole world as one community and a rejection of the idea that coloured peoples are a species whose immaturity is natural and that true equality with the civilised West is therefore impossible.

Professor Pihl insisted that full and free exchange of opinion between Europeans and the peoples of Africa and Asia was the essential factor. We must learn to understand them unsentimentally and spread information in an objective manner about their culture and traditions. This must be accompanied by undertaking various contacts in which European and other nations worked together.

Professor Pihl described some of the ways in which the Danish organisation, of which he is Chairman, was attempting to carry out this task, particularly in Mysore. He dealt with some of the difficulties which inevitably arise in this connection. What was to be done, for instance, in regard to a country which still accepted a primitive form of tribal government, where any economic aid given by the West would inevitably be used to fortify the ruling class and failed to be used for the benefit of the people concerned? Professor Pihl admitted that he did not himself know the answer to this problem.

It was sometimes urged that primitive people who as yet had no conception of democracy or the rights of minority groups should be left alone undisturbed. But this policy took no account of the fact that today Western technique was already having a wide-spread and often unsettling influence. It was impractical to suppose that some national cultures could be left unaffected. Nor was it realistic to urge that modern techniques were often bereft of human qualities, and should not therefore be applied into under-developed areas. If we did not make use of modern techniques the result would frequently be to avoid the human responsibility, as would be the case, for example, if we made no effort to educate primitive peoples to adopt scientific means of limiting the increase of population.

Professor Pihl stressed the danger of approaching these problems from a standpoint of strict philosophical and religious orthodoxy. It was the orthodox element in both the Communist and the Western democratic ideologies which was the serious and fundamental obstacle to better relations between the Communist and the Western worlds. Rather, in our contacts with foreign peoples, we should rely on our belief in the unlimited possibilities of man's development.

In the course of the discussion Professor Pihl agreed that the feeling of guilt as a motive for assisting under-privileged peoples was of great importance and value for certain individuals. What he had endeavoured to point out was that collectively - so far as national assistance was given - it was a less desirable motive. We should not think of ourselves as missionaries. We should not, indeed, think of this work at all in terms of aid given to less fortunate races, but as work which was undertaken in order to bring about closer contact between the various human communities.

K.I.

DISARMAMENT AND DISENGAGEMENT

Denis Healey, Member of Parliament; formerly Secretary of the International Department of the British Labour Party.

Mr. Healey opened by stating that, in the past, relations between States had been settled by the exercise of power involving on many occasions the use of force. In the twentieth century governments began to appreciate that this was unsatisfactory. Today the victor in war is worse off as a result of it. Governments now claim to recognise that war should not be used as an instrument of policy, and the League of Nations and United Nations were created as instruments to preserve peace and to resolve disputes by peaceful means.

The Great Powers, however, have only an intermittent faith in the rule of law in international affairs. Since 1945 in particular there have been two incompatible systems of thought on international relations. The communist powers believe that the only really stable basis for world peace would be a new social system created by revolution under the leadership of the various commu-

nist parties. The western powers do not accept this claim and believe that it ought to be possible to maintain peace between differing social systems.

The latest developments in weapons of war, including atomic bombs and inter-continental missiles, have brought about a new situation in international relations. The leaders of the two greatest powers, the U.S.A. and the U.S.S.R., now realise that should either of them launch a new war with the latest weapons, it would mean suicide for themselves. Here is thus a "balance of terror" between them. The alternative to co-existence is no existence.

In the discussions which are taking place on the avoidance of a new war there are two main trends:

First. there are suggestions that the best way to proceed is by pressing for political settlements of particular problems including, for example, the unification of Germany, the representation of China in the United Nations, and the settlement of the Middle East.

Second. There are suggestions that the best way to proceed is by pressing for the removal from the Great Powers of the means of fighting.

Both these methods of approach are two facets of the same issue. They both imply the readiness of the Powers to co-operate constructively one with another. Both sides, nevertheless, distrust each other, and both in recent years have used military force, short of world war, to achieve their ends. The Western Powers used force in the Middle East, and the U.S.S.R. used it in Hungary,

The basis of co-operation between the Western Powers and the U.S.S.R. ought, therefore, to be the pursuance of their common interest in avoiding a third world war.

The present "balance of terror" is unstable because in time other powers, besides the U.S.A., the U.S.S.R. and Britain, will possess atomic weapons, thereby the power to blow up the world. The U.S.A. and the U.S.S.R. have a common interest in avoiding the spread of atomic weapons to other powers. They also have a common interest in limiting expenditure on a wasteful armament race, in which both sides already possess the power to destroy each other.

The recent moves towards a limitation of nuclear tests is the first gleam of light of co-operation between the U.S.A. and the U.S.S.R.. Other countries, for example France, which believe that they have the power to produce atomic weapons but have not yet done so, may be reluctant to agree to the ending of the testing of nuclear weapons. Future steps for the control of atomic weapons must be within limits acceptable to the Great Powers. An adequate system to control existing stocks of nuclear weapons would be virtually impossible.

In various parts of the world there are peoples and states who wish to change their present position. If their wishes are frustrated they are prepared to use force to achieve their ends. Examples are to be found in Tunisia and Cyprus. Means must be found to enable dissatisfied people to obtain required changes by peaceful means. This is one of the most difficult problems in the world's areas of tension. One way forward is to "disengage" the military forces of the Great Powers from the danger areas. The most obvious place for this policy is Central Europe. Both sides have a mutual interest to withdraw from an area of great danger.

Because of the common interest of the Great Powers in avoiding a new war Mr. Healey felt reasonably confident that within the next ten years there would be a new trend towards co-operation.

j.M.

THE MIDDLE EAST

Reginald Sorensen, M.P., Chairman of the National Peace Council, London.

This was an address so full of information that it can hardly be reported satisfactorily in a short note. It was based on the personal experience of the speaker during a recent visit to the Yemen at the invitation of the king of that country.

The present situation in the Middle East began to develop at the break-up of the Ottoman Empire at the end of the first Great War. The Arab states disliked the formation of the mandated territory, and, later, the independent state, of Israel, in spite of the fact that there had been considerable numbers of Jews in Palestine for a long time without any serious trouble. This was partly because Jews returning to that country after 1918 were regarded not as the Semitic people they were by descent, but as representatives of Western nations. The whole idea of the re-formation of Israel was looked upon as the result of Western imperialism. The dislike of the Arabs was greatly increased by jealousy of the astounding material progress of the new state, and was made bitter by consideration of the thousands of Arab refugees encamped at its borders.

There is no doubt that the liberation of India, Ceylon and Burma after the second World War greatly stimulated the political awakening of the Arab nations, and the position of leadership amongst them has been assumed by Egypt partly by virtue of its comparatively large population, partly because of her special position on the Suez Canal route for the transport of oil, and partly because of the rise to power of Colonel Nasser.

The attitude of Great Britain to the Middle East has been largely based on fears of possible interference with the production and transport of oil. Behind this has been fear of aggression in the area by U.S.S.R.. The climax of the growing tension was the invasion of the Canal area by British and French forces in 1956. This action should have been successful in the military sense in a few days. But the governments concerned did not reckon with the repercussions throughout the East and in U.S.A. and U.N.O.. Nor did they foresee the strong opposition on the part of a large section of the British public, and of practically the whole of the Opposition at Westminster. The result of the business was increased bitterness on the part of the Arabs, an increased certainty that French and British intentions were hostile to them, and a greater tendency to unite with one another.

Present conditions in the Middle East countries were described as varying widely. There is great poverty in some parts, but great wealth in Kuwait, where the social services are comparable with those of Great Britain. The poverty, however, is due to natural conditions, and is not to any large extent the result of Western imperialism.

The situation in the Yemen was given in some detail, and it was stated that the description was broadly true of the whole of the area. Things are much as they were in the middle ages. There is an expectation of life of 40 years. Families average 4 children, but 70 % of children die before the age of five years.

Women are subordinate, and although slavery does not exist now in theory it still survives in a caste of women who do the most unpleasant jobs. There are no schools for girls and only a few for boys, the teachers being either Egyptians or untrained natives. There are very few doctors, and no trained nurses. Food is available in barely sufficient quantity, but there would not be enough if the death-rate were lowered. Government is in the hands of an autocrat, benevolent enough on one side, but despotic on the other.

Constructive suggestions. Mr. Sorensen also gave a list of the practical suggestions which he had made to the British Government and to the Opposition. Chief among these was the plea that the West should have respect for Arab upsurge and support union between the Arab states. Not less important was the suggestion that the continued existence of Israel should be affirmed, and support given to every influence tending to unite Israel with Arab states. (A note was given that the Israel-Arab Association in Tel Aviv will associate itself with ILCOP.) Next came a request for increased financial aid to the Arab world, coupled with consideration of the difficult problem of dividing oil profits fairly between the countries in which wells are situated and the oil producing firms. It was suggested that a permanent Oil Board might perhaps be set up, to consist of a majority of Arabs with representatives of the technically advanced countries which have made the oil available.

Finally, the area should be immediately made neutral in the military sense, Western troops should be withdrawn, and lightly armed United Nations police forces sent in to deal with incidents and help with the pacification of the primitive tribesmen.

N.A.N.

THE SCHOOL AND INTERNATIONAL UNDERSTANDING

Nicholas King-Harris, Head of St. Christopher School, Letchworth, England.

The aim of education is to create a man of informed and balanced mind, capable of thinking and judging for himself, and not dependent on purely emotional reactions. Understanding of International relations should be an important part of that aim, but understanding alone is not enough to promote peace in the world. Peace depends upon "Human relations", so it is the kind of individual that education creates that matters.

Difficulties of attaining the aim :

1. The character of a child is largely formed before school age is reached, so that home training and influences have an important effect which is outside the teacher's control.
2. There are children who can never benefit by even the most broadening experiences.
3. The intellectual approach to a problem is difficult or impossible to many children.

School aids towards development of the aim:

1. History should be something more than historical knowledge, it should be the intellectual study of current events, which will help to produce an informed national opinion, and so influence politics.
2. Geography should include not only a survey of the earth, but a knowledge of how and where people live, and the conditions which influence national character.
3. Languages as aids to understanding other nationals are most valuable, but even more so as the introduction to the culture of their countries.
4. Mixing pupils of as many nations as possible, and the encouragement of foreign visitors, help to break down provincialism and broaden outlook.

It is fundamental to the proper use of the aids that the teacher should have experience, tolerance and learning, and should understand the different mentalities of the children under his care.

It is the education of the school in its broadest sense that determines the real value of the aids to the furtherance of International understanding, and so it is legitimate to put first the broader purpose of a full education.

The speaker believed that this could best be done in a school rooted in a national culture, rather than in an "international" school, which might have no cultural roots at all. He stressed the need for a "fuller, freer fundamental education", for the habit of thinking, not just memorising, and the importance of intellectual training as an antidote to emotionalism, especially in international affairs. He concluded by repeating his first point : The most important task of a school is to produce the right person - one who will carry over into the life of the nation the best that a full education can give.

D.M.D.

SWEDEN AND NUCLEAR WEAPONS

Mrs. Barbro Alving, Member of the Swedish Aktionsgruppen mot Atombomb, Stockholm.

Mrs. Alving prefaced her address on the movement opposing the proposal to arm the Swedish army with nuclear weapons by sketching the background out of which the movement has arisen. Politically, Sweden is in a state of unrest. The sum voted by Parliament for Defence is the highest in the country's history. Military leaders are demanding that the army be equipped with nuclear weapons. Except for the Conservative Party, all political parties are deeply divided on this question, including the Social Democratic Party, which forms the Government of the country. The Women's section of the S.D.P., however, has declared its opposition to nuclear armament.

In March 1958 a book was published entitled "Instead of the Atom Bomb" and this has become the centre of the new movement. The movement has deliberately avoided establishing any form of organization. Publicity is initiated by an "Action Group" consisting of twenty-one citizens. They have issued a statement containing two themes : first, an argument against the provision of nuclear weapons, and secondly a summary of positive proposals for replacing military 'defence' by methods of co-operation for the assistance of underdeveloped countries. The statement is circulated

to individuals (not to societies or organizations) who are asked to indicate their agreement by signing the statement and returning it to the Action Group. The response has been remarkable and the effect of the movement is already noticeable in a changing outlook shown by the fact that political organs and the Press are now taking anti-nuclear weapon thought very seriously.

S.C.F.

THE POLISH OUTLOOK ON INTERNATIONAL AFFAIRS

Professor Stefan Boratynski.

Emphasising that he was speaking as a private citizen interested in international affairs and not in any official capacity, Professor Boratynski began by contrasting the field of the political scientist with that of the natural scientist. The latter can carry out laboratory experiments and establish laws which become the basis of prediction. For the former these methods are impossible: he must look to history for lessons but all prediction is hazardous.

History showed that in their common war-time purpose, the Great Powers, despite differences of background and outlook, were able to co-operate and that this war-time co-operation continued into the post-war period in the creation of the United Nations. The principles of the U.N. Charter were excellent but their operation depended on the continuation of co-operation among the Great Powers. Nevertheless small countries could not rely for their safety upon the goodwill and co-operation of the Great Powers. Every Government must take the steps it thought necessary for the security of its own people.

War today hangs over mankind like a sword of Damocles and it is the duty of all nations to strive for its removal. Poland has produced the Rapacski Plan for the removal from a Central European zone of all weapons of mass destruction. It was disappointing that this plan had not been more generally welcomed and he thought governments which rejected it were acting contrary to the spirit of the U.N. Charter. In Poland the Warsaw Pact was regarded as a strong guarantee of peace in Europe. However he did not like the division of Europe into two rival military blocs and would welcome a single security system for Europe. Although the Charter of the U.N. sanctioned regional defence arrangements, that did not mean approval of the creation of artificial divisions for military purposes.

He was of the opinion that the maintenance of the national sovereignty and integrity of all States, great and small, was the essential basis of peace. We had seen before the war, how the attack on one small State had led to attacks on others. Poland was striving for the relaxation of international tension and was doing her best but would resist any threat to her sovereignty. Any threat to the Oder-Neisse line (her western frontier), which in his view had been created for the general benefit, would be resisted with all the means at her disposal.

- In the discussion which followed the chief matters raised were:
1. The moral and legal validity of the Oder-Neisse line and the possibility of its ultimate modification by peaceful means;
 2. The advantage of cultural exchanges between Poland and Western countries the obstacles to them at present found on both sides;
 3. The possibility of a liberalising and democratising (in the western sense) of the Polish political system; and
 4. The validity of the view that national sovereignty was the basis of international peace. The view was strongly expressed that the achievement of peace required a diminution of national sovereignty.

H.F.B.

C O N F E R E N C E
1 9 5 9

will be held in Germany from the 23rd to the 28th August.

Further details will be issued later.

This Bulletin is published by ILCOP Secretariat, Paradiesstr. 14,
Riehen, Switzerland.

Chairman: Dr. Ernest Wolf
Hon. Treasurer: Senator E. A. Lindblom
Vice-Chairmen: Gerald Bailey
Abbé Pierre
Marie Lous-Mohr
Reginald Sorensen, M.P.

ED 718-26-143

23.8.59

Eleventh Annual Conference - August 23rd - 28th, 1959
in the Evangelical Academy ARNOLDSHAIN
near Schmitten, Frankfurt-am-Main, Germany.

=====

The Conference will take as its general theme

ENDING THE COLD WAR

with special reference to the situation in Europe, in the Middle East and the Far East, and will consider the part the individual can play in lessening international tension.

The sessions will be opened by speakers from
a number of countries, including :

Mr. Henri Cornil
of the European Office
of the United Nations, Geneva
(Theme : Possibilities of
Nuclear Disarmament)

Sir Alec Kirkbride, KCMG
Ambassador in Libya 1954;
British Resident (1939) and
Minister (1946) in the
Hashemite Kingdom of Jordan.

Dr. Diether Posser
of Germany. Barrister.
(Theme : The cold war in
Europe.)

Dr. Heinz Kloppenburg
Chairman of the German section
of the International
Fellowship of Reconciliation.

Victor Purcell, CMG, Ph.D.
Lecturer on Far Eastern
History at Cambridge
University. Formerly in
the Malayan Civil Service.

YOUR ORGANISATION is invited to send representatives to take
part in the discussions. Visitors are welcome,
subject to accommodation being available. The charge for accom-
modation, board and fee will be 15.- DM a day and should be paid
at the time of the conference.

Application should be made on the attached form and sent as soon
as possible to

ILCOP Secretariat
Paradiesstrasse 14, Riehen (Switzerland)

ED 718-26-145

Chairman: Dr. Ernest Wolf, Switzerland
Vice-Chairmen: John Kay, Great Britain
Marie Lous Mohr, Norway
Abbé Pierre, France
Reginald Sorensen, M. P., Great Britain
Dr. J. W. R. Thompson, Canada
Hon. Treasurer: Senator E. A. Lindblom, Sweden

23.3.62

Minutes of member meeting held at Geneva, Switzerland, on
Friday/Saturday, 23rd/24th March 1962, beginning at 3:20 p.m.

Present: Prof. Dr. Ernest Wolf in the Chair
Reginald Sorensen, M.P.
Ds. J.B.Th. Hugenholtz
Christel Küpper
Stuart Morris
Duncan Wood (for Kenneth Lee)
Robin Dixon
Dr. Fritz Katz

1. Apologies for absence: Senator Lindblom, Dir. Sven Guldberg, Marie Lous Mohr, Arthur Booth, Philip Eastman, Kenneth Lee, Association Montessori.
2. The minutes of the meeting held at Culham College on Saturday, 26th August 1961 are approved.
3. The chairman expresses his gratitude for the most valuable collaboration of affiliated organisations mentioning especially the NPC, the Friends Peace Committees and Boards, the PPU, the WRI and the Swedish Peace Organisations. In reply Reginald Sorensen thanks Ernest and Marie-Madeleine Wolf for their unselfish work in favour of ILCOP.
4. The Chairman reports on the intended sale of the building 8, rue Charles Bonnet, Geneva. A local expert who was asked to make a written evaluation of the house came to the result, that the net value would be Sfr. 300.000.--. It is known that architects always make prudent evaluations to be on the safe side, but allowing for this, the Chairman would have expected an evaluation to reach Sfr. 600.000.-- and in view of offers already received the Chairman thinks that it should be possible to obtain a price of Sfr. 900.000.-- or even in excess of that amount. The building belongs at present to a separate company, Société Immobilière de la Fortification, and there is on it a mortgage of Sfr. 150.000.-- which will have to be deducted from the price obtained. The Société Immobilière de la Fortification would also normally have to pay heavy federal and cantonal income taxes in case of sale of the house, because in the books of the Société Immobilière it is with a value of Sfr. 182.000.--. However, upon application made by ILCOP both the federal and cantonal authorities have declared their willingness to waive the income taxes in view of the nature of our organisation.

After a short discussion the Chairman is authorized to sell the house for Sfr. 900.000.-- or more. A decision what to do with the proceeds is not made. The original intention to buy another house is dropped, because it seems not to be economical. The Chairman will take advice, what the best investment could be. /./

5. In connection with the question of the position and the tasks of the Secretary it is considered, how the yearly yields could be employed. It is agreed that the Secretary shall get a compensation of Sfr. 500.-- a month beginning with January 1st, 1962. If he should be compelled to rent an expensive apartment, this amount can be raised. The appointment of the Secretary has a preliminary validity of one year.
6. It is approved, that the Secretary shall publish a quarterly bulletin. The question, if this bulletin has to be printed or only mimeographed, is decided in favour of printing. This could perhaps be done in the Netherlands where printing is less expensive. The Secretary shall ask for reports from the affiliated organisations.
7. In order to encourage more young people to join the ILCOP conferences the accommodation fee shall be reduced for youth.
8. It is agreed that ILCOP shall ask for consultative status with ECOSOC and UNESCO.
9. The Secretary is charged to publish as soon as possible a folder on ILCOP in three languages (English, French and German).
10. The secretary shall seek for possibilities to call national peace councils into being in countries as Austria, France or Belgium.
11. The travel expenses of the members of the Executive Committee shall be reimbursed by ILCOP.
12. The discussion on the rules has led to a first revised draft which is enclosed as annex.
13. With regard to the name it is agreed, that in the new rules priority should be given to "IPB" (International Peace Bureau), resp. "BIP" (Bureau International de la Paix) and that the former denomination "ILCOP" shall only be added in brackets.
14. The Vice-Chairman shall be replaced by sponsors (see no. 17).
15. It is agreed, that the next conference shall be held at Wartensee Castle / Lake of Konstanz, near Rorschach (Switzerland) from the 26th to the 31st of August 1962. Adresses shall only be given until Thursday, 30th, and Friday, the 31st of August, shall be held free for the member meeting. The title of the conference will be "Peace and the present world situation". It is intended to invite 5 speakers, 2 from England (to be invited by the NPC) and 3 from the continent. As for single rooms it is understood that they must be found in hotels of the neighbourhood, because there are no single rooms at Wartensee Castle. The Secretary is charged to find out, what extra cost has to be paid by those who claim for a single room. The information shall be given at an early moment.
16. A decision on the relationship of IPB with World Peace Brigade is postponed, likewise a decision on a directory of peace organisations. There is a short discussion on the relationship with the "Union Internationale des Sociétés de la Paix". Contacts are not regarded as necessary.
17. A large space of time was devoted to the question of sponsors. There were at first proposed about 70 persons. From this number are selected 17 persons, who shall be asked to be sponsors of IPB. Several delegates and the Secretary are charged with this task.

The meeting is finished at noon on the 24th March; date of the next meeting: 31st August at Wartensee Castle.

an G. Gunning

INTERNATIONAL PEACE BUREAU; formerly INTERNATIONAL
LIAISON COMMITTEE OF ORGANISATIONS FOR PEACE (ILCOP)

ED 712-26-146

R U L E S

1. The name of the Association is INTERNATIONAL PEACE BUREAU (IPB); formerly INTERNATIONAL LIAISON COMMITTEE OF ORGANISATIONS FOR PEACE (ILCOP); in French: BUREAU INTERNATIONAL DE LA PAIX (BIP); antérieurement CONSEIL DE LIAISON DES ORGANISATIONS POUR LA PAIX. It is established as an association in conformity with art. 60 et seq. of the Swiss Code. If the Secretariat is in Switzerland, the seat of the Association is at the address of the Secretariat. Should the Secretariat be moved outside Switzerland, the legal domicile of IPB shall be in Geneva at the office of the permanent representative of IPB with the European Agency of the UNO.
2. The major purposes of the Association are:
 - a) the promotion of consultation and co-operative action among the international organisations and national councils working for the peace and international co-operation;
 - b) the organisation of an annual international conference for the consideration of current issues in world affairs;
 - c) the exchange of information on the activities of the co-operating organisations and other relevant matters;
 - d) the support of the peace movement in countries where no National Peace Council affiliated with IPB exists and the encouragement of formation of such National Peace Council,
 - e) and generally the promotion of co-operation between the National Peace Councils themselves.
3. Full membership of the Association is open:
 - a) to all international organisations working primarily for peace and international co-operation;
 - b) to National Peace Councils or other federations coordinating the peace movement of their respective countries;
 - c) to international organisations having the promotion of peace and international co-operation as one of their aims;
 - d) to national or regional organisations working directly for peace and international co-operation or having the work for peace as one of their aims.

The election of new member organisations to the Association shall be decided by a two-thirds majority of the members present and voting in conformity with art. 4. A member organisation can be disaffiliated by the decision of the same majority of members.

4. A member's meeting, known as the Council, is called at least once a year. An extraordinary member's meeting may be called at any time by the Executive Committee and must be called upon demand of 2/3 of the members. Members of the category a), b) and c) are, irrespective of the number of

their delegates present at a meeting, entitled to two votes and members of category d) are entitled to one vote, irrespective of the number of their individual members. The Council has the power to coopt three persons in an individual capacity for a period of two years with a possibility of reelection; these co-opted members have one vote each in the Council.

5. The activities of the Association shall not interfere with or limit the action of its constituent organisations. Statements aimed at the promotion of world peace may be issued by the Association from time to time provided that they have the unanimous support of the representatives of the constituent organisations present and voting.
6. Member organisations shall make an annual payment toward the cost of the Association's work, the respective amounts to be agreed by the Association with each constituent body.
7. The Council shall elect every year an Executive Committee of three to five persons, namely: a chairman, a treasurer and one to three other persons.
8. The Council shall annually elect not more than sponsors upon recommendation of the Executive Committee.
9. The INTERNATIONAL PEACE BUREAU shall have its executive office in Geneva, a general secretary shall be in charge.
10. Changes in these rules can be made, after one month notice has been given, by decision of a majority of two-thirds of the vote cast, in conformity with art. 4, at any properly-summoned meeting of the Association.

Draft of 24th March 1962

held at
Wartensee Castle, Rorschach, Switzerland

26.8.62

Report taken from BULLETIN OF
INFORMATION published by I.L.C.O.P.

The Conference was attended by 64 representatives and members of peace movements in several European countries. The general subject was:

Peace and the Present World Situation

The themes discussed in particular were: "Co-existence - plus" (Speaker: Christopher Mayhew M.P., London), "Possibilities and Method of a Science of Peace" (Speaker: Prof. Dr. B. Landheer, The Hague), "The Disarmament Problem and the Non-Aligned Nations" (Speaker: Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg D.D., Dortmund) and "La paix et la situation mondiale actuelle" (Speaker: Prof. Dr. Charles Burky, Genève).

The main problems treated by the speakers were also submitted to Commissions for further discussion and deliberation. These Commissions produced the following reports.

REPORT OF THE COMMISSION ON PEACE RESEARCH

1. We have acquainted ourselves with the work of a variety of organisations in all parts of the world that are either undertaking or promoting study of issues connected with international relations and peace.
2. We believe that much useful work, particularly in the form of studies of specific problems, is already being done or actively contemplated. We think it is very important that the manner in which all such studies are undertaken should be objective, scientific and not "opinion orientated". It is therefore important, if the results are to have maximum impact, the action groups should not be directly connected with research studies. Nevertheless we hope that any action groups will always make available to research organisations any information or experience which they believe may be relevant.
3. If peace research is to be properly conducted there are a number of practical problems which first have to be solved:
 - a) the provision of adequate funds;
 - b) the relationship between research organisations and governments and the need where certain types of research are concerned, for access to classified information - thus involving some form of co-operation between the two;
 - c) the possible reluctance of government officials, statesmen and negotiators to co-operate fully with research organisations, when the research relates to military and foreign policies;
 - d) the difficulty of finding projects of which the results can be put to practical use and
 - e) the means of making the results of research widely available and intelligible to the non-specialist.
4. We do not believe these are unsurmountable difficulties and all of them do not apply to every kind of research. We are glad that there is at present a wide interest in research of this nature. We hope that under properly objective conditions more and more will be undertaken. We believe that this will in fact happen and the need therefore arises for some form of international information centre that will help to disseminate as widely as possible both (a) details of

projected researches and (b) the results of completed studies. We believe that IPB (ILCOP) may be able to fulfil this function and would therefore like to put forward for wider consideration a suggestion that it does.

REPORT OF THE COMMISSION ON DISARMAMENT

ILCOP is a co-operative link between many different peace organisations which have very different traditions and methods of working. In our attitudes to the problems of disarmament, therefore, we could and should do two different things:

1. Make up lists of different methods which are at present being used, analysing and discussing their advantages and disadvantages, but leaving it to the organisations themselves to decide which of these methods seem especially practicable and suitable for them.

2. Try to select from such lists methods which the different affiliated organisations could agree upon and which ILCOP as such, therefore could recommend.

A first division could be made between

- a) "Disarmament from above", i.e. political solutions at Government level or through the United Nations.
- b) "Disarmament from below", i.e. the creation and mobilization of a climate of public opinion whereby pressure can be brought to bear on Governments and military power blocs.

However, it is to be recognised that this is not a sharp distinction, but that the two methods are necessarily complimentary to one another. For some of our organisations it may, generally speaking, be most suitable to concentrate their efforts on either a) or b). On the other hand, it should be possible to find out methods of types a) and b) which all our organisations could agree upon and thereby try to put into operation through collective action by the peace movement as a whole.

List a): Disarmament from above

1. That we try to offer compromise solutions between plans proposed by East and West respectively.
2. That we strongly promote acceptable compromise solutions proposed by non-aligned nations.
3. That - so long as there is not total disarmament - we support partial disarmament plans including for example all forms of disengagement, especially between the Eastern and Western blocs, and particularly in Central Europe, nuclear test bans, nuclear free zones, the Rapacki plan, the Gaitskell plan, the Uden plan.
4. That we should promote the idea of unilateral steps towards disarmament by our own Governments and analyse and discuss as to what these steps should be for our respective countries. It is also felt that the policies advocated by peace movements in a particular country should be understood and, if possible, actively supported by the peace movements in other countries.
5. That we should present to the public by all the means at our disposal all proposals such as the neutral nations' recommendations on tests, the findings of the Accra Conference etc. which might lead to a settlement of the cold war, so that the issues involved and the measures to be taken will be widely understood. As far as Governments genuinely are searching for peace, we may expect that they will support us in this matter and we, in our turn, should also support constructive proposals made by Governments.

List b): Disarmament from below

1. The aims of such actions from below should be to experiment with all forms of Constitutional action, such as influencing Governments, the political parties and Trade Unions as well as other political, religious and social institutions.
2. The following practical Constitutional actions could be undertaken: Marches, pickets, canvassing, lobbying, distribution of literature, advertising, conducting public opinion polls, research into causes of conflicts, stimulating discussion in the press, public meetings, conferences both national and international, counteracting military propaganda and war hysteria, individual witness, possible creation of new political parties where support cannot be gained from existing political parties.
3. Undertake, where appropriate, non-violent direct action for peace and against preparation for war such as:
 - a) Civil Disobedience both on a small and large scale,
 - b) Refusal of military service (notwithstanding conscientious objection being a wider issue, based on fundamental human rights on one hand and a deep personal conviction on the other),
 - c) Non-co-operation with Civil Defence,
 - d) Tax refusal,
 - e) Fasts.
4. Seek the support of Trade Unions and all industrial workers in order to encourage and promote actions against the production and transportation of armaments and weapons of mass destruction.
5. Stimulate social and economic changes which will create conditions favourable for disarmament and make permanent peace a practicable and obtainable reality.

It is to be stressed that disarmament is but one aspect of the overall peace problem and, recognising, that much peace work often presents a rather negative appearance we should seek to support work of a more positive nature, such as that undertaken by Work Camps, the World Peace Brigade, S.C.I., Peace Corps, UNESCO, etc.

It is felt that of the points listed above the following should be acceptable to all members and provide ground for common action among affiliated organisations of ILCOP.

List a) - Action from above, point 2: That we strongly promote acceptable compromise solutions proposed by non-aligned nations, and point 3: That we support partial disarmament plans;

List b) - Action from below, point 1: To experiment with all forms of constitutional action, and point 2, which was the list of some of the many forms of practical constitutional actions which can be taken.

NOTE: The W.R.I. was represented by its two Secretaries Devi Prasad and Tony Smythe

MINUTES OF ADVISORY COMMITTEE MEETING
 15. February 1964 10.30 16.3.64

Present: Ernest Wolf, Alfred Werner, Duncan Wood, Niels Mathiesen.
 Apologies: Jules Humbert-Droz.

1. Reports of talks with various people

The secretary general reported on informal talks with:

a) Dr. Jantzen, secretary general of l'Union Internationale des Associations pour la Paix. The meeting with Dr. Jantzen was primarily intended to be a personal introduction in order to open friendly relationship with the Union, and was as such most satisfying. Dr. Jantzen was given a general view of the present state of the IPB and some ideas of its future work. He stated that his function within the Union was a rather nominal one, as his work for the Bonne Volonté Mondiale took all his time, and that the chairman of the Union, Dr. Pontzen in Paris, would be the only person who could give up-to-date information about the Unions work and with whom one should discuss possible questions of co-operation etc. Personally Dr. Jantzen felt that a slow development towards a merger of the two bodies sometime in the future might be desirable, logic and probably possible. He recommended that the secretary general should see Dr. Pontzen when he had the opportunity. The Committee felt that we should not attach too great importance to the Union and that a meeting between the IPB secretary general and the Union's chairman might be considered by the latter as attaching greater importance to the Union than the IPB wished. The Committee would not, however prevent the secretary general from having an informal meeting with Dr. Pontzen if he felt this might be useful.

b) Sean McBride, secretary general of the International Commission of Jurists, Council member of the ICDP and of the Accra Assembly. As Sean McBride had previously indicated his interest for the work of the IPB and his willingness to serve as an adviser whenever we wanted, the meeting took place in order to give him an up-to-date picture of the development of the IPB, and to discuss some of the matters on this agenda.

c) Curt Gasteyger, journalist, and James Knott, director of programs, both of the World Veterans Association. The meeting took place primarily to discuss the possibilities of developing an information service on disarmament, in particular from the 18 Nations Conference as had been suggested to the IPB by various people particularly by Homer Jack. The WVA representatives could report that, after a favourable response to their circular letter of last autumn, it had been decided that their organisation should publish a quarterly information bulletin on disarmament, and that the first issue was under preparation. The publication will be in English and French. The Committee recommended that, with this fact in view, the IPB should not try to set up a disarmament information service of its own.

2. International Directory on peacework.

An important work on an international reference directory on peacework has been undertaken through the last five years by "Contacts for Survival" in Oslo. As the time did not allow to enter into this matter in a sufficiently detailed way the Committee asked the secretary general to attach a separate memo on it to the present minutes.

3. International conference in Firenze. ED 718-26-150

The IPB had received an invitation to attend the International Conference of Youth and Students for Disarmament, peace and National Independence to take place in Firenze 26.2. -1.3.64. The Committee recommended that we should send a letter of thanks and good wishes to the conference, regretting that we were not in a position to send a representative to it.

4. IPB conference 1964

The Committee discussed the translation into French of the conference title, and agreed to adopt unless anything better be found, "Resoudre les conflits, mais sans violenc".

The Committee requested of its own members, of the members of the Executive as well as the member organisations, as soon as possible, to suggest subtitles and speakers for the conference, so that the speakers can be asked and secured in time, and the final program be circulated.

5. International Co-operation Year 1965

The secretary general suggested that the Committee should discuss the possibility of arranging a universal petition for disarmament or of non-aggression, as the particular contribution of the international peace movement to the ICY 1965. If such a project were to be adopted by the IPB, it would have to be the major task for the coming 1 1/2 years.

The Committee recommended that the secretary general should first investigate with the World Federation of United Nations Associations how a somewhat similar project proposed some years ago was developing, with the National Peace Council of Great Britain how its plans for ICY were progressing and which part the IPB might play in that relation, with the ICDP which plans it has for the ICY and with the World Federalists whether they would be interested in co-operation.

6. Circular letter to organisations

A circular letter to all peace organisations, movements, groups and periodicals has been drafted by the secretary general to explain the new situation with regard to the Peace Information Bulletin.

As the letter should also contain information about future activities the IPB is planning to take up in stead of producing the bulletin, the matter was deferred till after the secretary general has had talks in London with representatives of the ICDP about the projects agreed upon in the joint statement of the Tyning conference.

7. Co-operation in ad hoc committees

The Committee recommended that the IPB in given situations should seek co-operation with non-member organisations through ad hoc committees.

8. Contacts with the churches

The Committee recommended that new contact be taken with RP Riedmatten to find a person representing catholic peace work with whom contacts could be established, further that contact be taken with the World Council of Churches.

The above minutes are circulated only to members of the Executive as they have not yet been signed by the chairman. This is done in order not to lose time before the next meeting of the Advisory Committee. After endorsement by the chairman they will be circulated to the members organisations.

Niels Mathiesen

Report from meetings with representatives of ICDP, IFOR, WRI, NPC, Friends Peace Committee, and the secretary general's recommendations resulting from these meetings.

ED 718-26-151

On the days 22nd and 24th February 1964 the secretary general had talks in London with

Gerry Hunnius	secretary general of ICDP
Philip Eastman	secretary general of IFOR
Tony Smythe	secretary general of WRI
George Delf	secretary general of NPC
Kenneth Lee	secretary general of Friends Peace Committee

to discuss the future activities of the IPB on the background that the IPB is not going to take over the production of the Peace Information Bulletin, and taking into account the joint ICDP - IPB statement at the Tyringe conference.

There was general agreement on the following points:

The major task of the IPB should be to provide an international service of peace information. This service should be developed along the lines previously planned by the IPB secretariat, and consist in collecting, filing and processing all obtainable information about the various peace organisations, movements, groups and periodicals and about their activities, as well as of other information relevant in this connection. An abstracting service should also be included which should be mainly focussed upon litterature and documents in French and German languages.

This information service should be at the disposal of anybody who wanted our assistance in this field.

The role of the IPB in the co-ordination of International Co-operation Year should primarily be that of collecting and disseminating relevant information about planned and running projects. Further development in ICY activities, such as the Robert Jungk proposal of a "World at Peace" or Danilo Dolci's proposal of a world conference on nonviolence, would have to be discussed after Jungk and Dolci have discussed their plans jointly with the ICDP Executive next month, where the IPB secretary general should be present.

The joint arrangement or sponsoring of a seminar on peace periodicals should be the first in a series of similar seminars. Small, regional seminars, running parallell on the same topics, might also be envisaged.

A s horthand typist should be employed as secretary to the IPB secretary general so that his time could be used as efficiently as possible.

The following points were only taken up by and discussed by a few of the above representatives:

The collecting and abstracting of peace research results should rather be undertaken by the ICDP than by the IPB in view of the fact that Gerry Hunnius has important knowledge in this very special field.

The draft for new IPB rules should be circulated to the member organisations and submitted to the 1964 AGM

Recommendations from the secretary general to the Executive Committee

Being in agreement with the above recommendations and suggestions, .
I would be glad to see them endorsed by the IPB Executive.

If the international service of peace information is agreed upon to become the major task for the IPB, assistance should be sought from a person with particular knowledge in how to set up and run an efficient machinery for filing and processing the information. This machinery should, from the very beginning, be set up so that it allows for considerable expansion through the years to come, and so that it will not become necessary to reorganise it after a while when the amount of information stored might become too large for an inadequate machinery. This may imply the provision of a simple punched cards system (among which one can be bought in France for the basic price of approximately 1000 frs.)

The systems in operation in the Canadian Peace Research Institute and in Contacts for Survival should be studied as possible models, and close co-operation should be established with the Dokumentationsabteilung der Verband der Kriegsdienstverweigerer. Serious consideration should be given to how the amount of information already stored by Contacts for Survival might be incorporated into the IPB service of peace information.

Regarding the new rules for IPB, some representatives of member organisations have expressed concern that they should be adopted this year. The chairman has expressed the view that the matter should be deferred for another two years, as our organisational relationship with the ICDP at that time is yet unknown and it would be a waste of work to go through the procedure of adopting new rules which might have to be changed in a few years' time. The members of the Executive have been asked for their advice in this matter, and one has recommended that the process with adopting the new rules should continue now, one has left the matter to the discretion of the secretary general and one has not yet replied. Some members feel the adoption of adequate rules is necessary to ensure democratic decisionmaking in the IPB.

Sven Guldberg, the member of the Executive who favours proceeding with the matter now, has expressed the view that the draft presented to the Executive by the secretary general comprises one organisational layer too much, having both a council and an Executive, as he regards also the AGM being a separate organisational layer. To my knowledge this set-up is the minimum of decisionmaking bodies any organisation requires, where the AGM is the supreme body meeting once a year, the Council the larger body which secures geographical and organisational representation in between the AGM's and which can more easily be consulted in matters where the Executive feels the need for consultation without having to put the matter before the member organisations (which requires a time-consuming procedure). Finally the Executive should be the day-to-day responsible body, geographically so situated that it can easily meet whenever necessary without travel expenses (to take the place of the actual Advisory Committee).

After having heard the arguments in favour of proceeding with the rules this year, I support the view expressed in the above report that the draft should be circulated to the member organisations after the members of the Executive have sent in their comments to the draft, and that the final draft, with the comments of the Executive and of the member organisations worked in, should be submitted to this year's AGM.